Wiener Stadtbibliothek
57291 F

F 57.291
Nov. 1966

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER STADTBIBLIOTHEK



Ab Mitte November:

## Graben-Einbahnringelspiel beginnt

2. November (RK) Voraussichtlich Mitte November ist es soweit: der Graben wird Einbahn in Richtung Stephansdom. Gleichzeitig wird die Einbahn Brandstätte in Richtung Tuchlauben umgedreht. Für diese Umstellung waren einige kleinere Straßenbauarbeiten erforderlich, die sich verzögert haben, sodaß der ursprünglich festgesetzte Termin "Ende Oktober" nicht eingehalten werden konnte.

Die Verkehrsbetriebe haben sich jedoch schon auf die Umstellung vorbereitet. Die Autobuslinien sollen folgendermaßen fahren:

Linie 4: Stephansplatz, Rotenturmstraße, Praterstern

Praterstern, Marc Aurel-Straße, Tuchlauben, Graben, Seilergasse

Linie 5: Floridsdorf, Marc Aurel-Straße, Tuchlauben, Kohlmarkt, Bellaria

Bellaria, Habsburgergasse, Graben, Stephansdom, Rotenturmstraße

Linie 7: Kärntner Straße, Stephansplatz, Rotenturmstraße, Franz Josefs-Bahnhof

Franz Josefs-Bahnhof, Wipplingerstraße, Tuchlauben, Graben, Seilergasse

Linie 8: Schulerstraße, Erzbischöfliches Palais, Brandstätte, Tuchlauben, Bognergasse

Heidenschuß, Bognergasse, Graben, Singerstraße

Linie 9: Habsburgergasse, Graben, Stock im Eisen-Platz, um die Stephanskirche, Erzbischöfliches Palais, Brandstätte, Tuchlauben, Kohlmarkt.

./.

Die im Gebiet zwischen Graben, Stephansplatz, Brandstätte und Tuchlauben liegenden neuerrichteten Stationen, die die bisherigen ablösen, werden für "Achter" und "Neuner" am Eck Schulerstraße-Rotenturmstraße beim Erzbischöflichen Palais liegen und weiter in Richtung Tuchlauben die Haltestelle an der Ecke Brandstätte-Tuchlauben. Die aus Richtung vom Hohen Markt kommenden Linien 4,5 und 7 haben ihre Station in der Tuchlauben auf der Höhe der Einmündung der Brandstätte und weiter am Graben in der Höhe der Dorotheergasse. Diese Haltestelle ist überhaupt als Zentralhaltestelle für sämtliche innerstädtische Linien gedacht und ergänzt faktisch die Haltestellen auf dem Stephansplatz. Alle übrigen Haltestellen und Linienführungen werden wie bisher beibehalten.

Zunächst ist das "Graben-Ringelspiel" für zwölf Wochen als "Probebetrieb" vorgesehen. Die Verkehrsfachleute hoffen jedoch, daß sich die beabsichtigte Umstellung bewähren wird.

\- - -

## Rekordverkehr zu den Wiener Friedhöfen

### 22.000 Personen in einer Stunde zum Zentralfriedhof befördert

2. November (RK) Trotz des unfreundlichen Allerheiligenwetters gab es heuer einen Rekordbesuch auf den Wiener Friedhöfen. Schon am Mittwoch, dem 26. Oktober, also am österreichischen Nationalfeiertag, war bei schönem Wetter ein sehr starker Friedhofsverkehr zu verzeichnen. Am Donnerstag und am Freitag sank die Frequenz ab, um am Samstag wieder dieselbe Stärke wie am Nationalfeiertag zu erreichen. Bedingt durch das außerordentlich schlechte Wetter am Sonntag ging der Besucherstrom zu allen Friedhöfen an diesem Tag zurück. Einschließlich Montag, dem 31. Oktober, da sehr viele Wiener zu ihren Gräbern unterwegs waren, wurden vor den eigentlichen Totengedenktagen insgesamt 270.000 Fahrgäste von und zu den Friedhöfen befördert.

Am Allerheiligentag wurden allein von und zum Zentralfriedhof 236.000 Fahrgäste bei insgesamt 960 Zugsfahrten gezählt. Außer der Linie 71 wurden die Linien 6, 7, 22, 29, 35, 46 und 74 zum Zentralfriedhof verlängert. Die größte Frequenz an diesem Tag wurde zwischen 9 und 10 Uhr vormittag mit 22.100 Personen in einer Richtung verzeichnet. Einschließlich der Vortage wurden im gesamten Stadtgebiet zirka 810.000 Personen im Friedhofsverkehr befördert, das sind um rund 10.000 mehr als 1965.

Auch der Autobusverkehr zum Zentralfriedhof war stärker, als im Vorjahr. In der stärksten Stunde zwischen 9 und 10 Uhr vormittag, brachten die Autobusse zirka 600 Personen zum Zentralfriedhof. Durch die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen den Organen der Polizei und den Verkehrsbetrieben konnte der Verkehr flüssig, ohne nennenswerte Verspätungen und unfallfrei abgewickelt werden. Das notwendige Platzangebot konnte nur durch sehr erhebliche Überstundenleistungen des Fahrpersonals der Verkehrsbetriebe zustandegebracht werden.

\- - -

## Infektionskrankheiten im September

2. November (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat September folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: infektiöse Leberentzündung 61 (1 Todesfall), Scharlach 115, Keuchhusten 36, Ruhr 5, Diphtherie 1, Unterleib-Typhus 1, Paratyphus 1 und bakterielle Lebensmittelvergiftung 17. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Kinderlähmung und Malaria.

Bei einer Gesamtzahl von 5.525 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.771. In 89 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 2.795 Röntgendurchleuchtungen, 544 Röntgenaufnahmen und 1.622 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.315. Von 589 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 12, von 110 untersuchten Geheimprostituierten 24 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 168 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungsstellen wurden an 330 Beratungstagen 9.010 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 577 Frauen untersucht, davon erstmalig 247. Bei 71 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 13.002 Kinder untersucht, in den Kindergärten 599 und in der Augenärztlichen Zentrale 840.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 295 Personen, davon 102 Männer, untersucht worden. Dabei wurden 1.275 Laboratoriumsuntersuchungen und 307 Endoskopien gemacht. Davon waren 32 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 69 Sportler untersucht.

\- - -

## Zum Gedenken an Josef Radetzky

2. November (RK) Am 2. November 1966 jährt sich der 200. Geburtstag des österreichischen Feldmarschalls Josef Radetzky.

Johann Josef Wenzel Anton Franz Karl Graf Radetzky von Radetz wurde 1766 auf Schloß Trebnic, 60 km südlich von Prag, geboren. Seine Mutter, eine geborene Freifrau Bechinie von Lazan, starb bei seiner Geburt, sein Vater 10 Jahre später. So wuchs der junge Radetzky in Prag bei seinem Großvater auf, besuchte dort die höheren Schulen sowie die in Brünn und Wien und begann hier Jus zu studieren. In den Türkenkrieg von 1788 zog Radetzky als Oberleutnant und nahm 1793 an den Kämpfen in der österreichischen Niederlanden teil. Bei Fleury verwundet, beförderte in Beaulieu noch am Schlachttage (26.6.1794) zum Rittmeister. Zwei Jahre später gelang es Radetzky in Italien die erste brauchbare Pioniereinheit der österreichischen Armee zu schaffen. Im 2. Koalitionskrieg avancierte er 33jährig zum Oberst und erhielt für sein Verhalten bei Novi das Ritterkreuz des Maria Theresiaordens.

Im 3. Koalitonskrieg (1805) zeichnet sich Radetzky bereits als Generalmajor durch den berühmt geworden Raid aus Friaul bis nach Marburg aus, 1809 schlug er sich erfolgreich bei Wels und Wagram.

Zum Chef des Generalquatiermeisterstabes der österreichischen Armee berufen, hatte er als Organ des Hofkriegsrates an der Reorganisation der Truppen entscheidenden Anteil. In engstem Einvernehmen mit Metternich und Schwarzenberg gelang es ihm, das österreichische Heer 1813 zum Zünglein an der Waage zwischen dem napoleonischen Frankreich und der russisch-englisch-preußischen Koalition zu machen.

1813 wurde Radetzky Generalstabschef Schwarzenbergs und konzipierte die Entscheidungsschlacht bei Leipzig. Radetzky setzte sich auch für die Offensive nach Frankreich ein, die in den Schlachten von 1814 zur Vernichtung der napoleonischen Macht führte.

Von 1816 bis 1829 war der zu dieser Zeit etwas in den Hintergrund getretene Feldherr Divisionskommandant in Ödenburg und in Ofen beziehungsweise Festungskommandant von Olmütz. Erst 1831 zog ihn General Frimont aus diesem Schattendasein wieder ans Licht; Radetzky

./.

wurde dessen Nachfolger als kommandierender General im lombardo-venetianischen Königreich. Seine dort ausgearbeitete "Feldinstruktion" und "Manövrierinstruktion" erlangten in der österreichischen Armee über seinen Befehlsbereich hinaus Geltung. Unter ihm wurde die österreichische Armee in Italien ein Elitekorps.

Weitgehend auf sich selbst gestellt in dem 1848 revolutionären Oberitalien, erfocht der alte Marschall - beraten von dem hervorragenden Generalstabschef Hess - die raschen Siege gegen die Piemontesen bei Santa Lucia und Custozza. Noch glänzender war Radetzkys 5-Tage-Feldzug gegen Karl Albert vom März 1849 (Sieg bei Novara), der den Zusammenbruch der österreichischen Machtstellung in Italien um ein Jahrzehnt hinausschieben konnte. Nun erst wurde Radetzky der populärste Heerführer der österreichischen Armee im 19. Jahrhundert. Seine vielleicht größeren militärischen Leistungen 1812-1815 hingegen traten niemals stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Ende 1850 übernahm Radetzky das Kommando der in Böhmen und Mähren stationierten Armee, die jedoch unter seiner Führung nicht zu fechten brauchte. Von 1849-1857 war er noch Generalgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreiches, dann trat er mit 72 Dienstjahren in den Ruhestand. Er starb am 5. Jänner 1858 in der Villa Reale zu Mailand im 92 Lebensjahr und wurde auf dem Heldenberg in Wetzdorf in Niederösterreich beigesetzt.

Unter den vielen Auszeichnungen und Ehrungen Radetzkys sei seine Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Wien am 7. August 1848 erwähnt.

\- - -

Kritiker-Wettbewerb des Verlagsfür Jugend und Volk:

Preise für die besten Kinder- und Jugendbuchrezensionen

2. November (RK) Der Verlag für Jugend und Volk veranstaltet gemeinsam mit dem "Presseclub Concordia" auch heuer wieder einen Kritiker-Wettbewerb unter dem Motto "Die beste Rezension". Für die drei besten Kritiken über österreichische Kinder- oder Jugendbücher hat der Verlag drei Preise ausgesetzt und zwar in Höhe von 2.500, 1.500 und 1.000 Schilling.

Den Initiatoren dieses Wettbewerbs geht es dabei jedoch nicht um "gute" Besprechungen, sondern vor allem um die kritische Auseinandersetzung des Rezensenten mit den Neuerscheinungen auf dem österreichischen Kinder- und Jugendbuchsektor, wobei es gleichgültig ist, in welchem österreichischen Verlag das jeweilige Kinder- oder Jugendbuch erschienen ist. Die Rezension muß im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober und dem 15. Dezember 1966 im Druck erschienen sein. Jede eingereichte Rezension wird von einer Jury beurteilt, die sich aus prominenten Mitgliedern des "Presseclubs Concordia" zusammensetzt.

Der Verlag für Jugend und Volk ersucht die Presse, die Verlage und die Rezensenten selbst, alle jene Kritiken, mit denen sie an dem Wettbewerb teilnehmen wollen, bis 30. Jänner 1967 unter dem Kennwort "Die beste Rezension 1966" direkt an den Verlag für Jugend und Volk, 1014 Wien, Tiefer Graben 7-9, zu senden. Die Preisträger werden Anfang 1967 bekanntgegeben.

\- - -

## 75. Geburtstag von Leopold Hainisch

2. November (RK) Am 2. November 1966 feiert der Wiener Regisseur Leopold Hainisch seinen 75. Geburtstag.

Leopold Hainisch wurde am 2. November 1891 in Wien geboren, besuchte die Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien, nahm Privatunterricht für Schauspiel, Gesang und Musik und begann seine Tätigkeit zunächst als Schauspieler im Theater in der Josefstadt. Sein Weg führte ihn dann von der Neuen Wiener Bühne an das Hoftheater in Meiningen und an das Carl-Theater in Wien.

Hainisch betätigte sich hernach vorwiegend im Rundfunk und vollzog 1938 den Übergang zur Filmregie. 1939 erschien als erste größere Arbeit der Mozart-Film "Eine kleine Nachtmusik", 1940 das Lustspiel "Falstaff in Wien". Seine beste Arbeit ist eine 1941 durchgeführte Verfilmung des Anzengruber'schen Bauerndramas "Der Meineidbauer". Nach 1945 erschienen weitere Filme, die der damaligen österreichischen Filmproduktion mit ihr Gepräge gaben. So war die Verfilmung von Schönherrs "Erde" dem Werk durchaus angemessen, ebenso ist die freie Umgestaltung des "Verschwenders" als Farbfilm (1953) durchaus als gelugen zu bezeichnen. Sein letzter Film erschien 1957 und zwar der Heimatfilm "Das Schloß in Tirol".

Größere Verdienste hat sich Hainisch als Fernsehregisseur erworben. So hat er für die USA rund 60 Fernsehkulturfilme gedreht, insbesondere mit dem Wiener Philharmonischen Orchester, den Wiener Sängerknaben und Prof. Aichers Salzburger Marionettentheater. Als Rundfunkregisseur ist ihm die österreichische Erstaufführung von Zuckmayers "Des Teufels General" bei Radio Innsbruck zu danken.

\- - -

## Professor Eduard Gaertner gestorben

2. November (RK) Gestern starb in Wien der bekannte Maler und Graphiker Professor Eduard Gaertner knapp nach Vollendung seines 76. Lebensjahres. In der heutigen Sitzung des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates hielt der Vorsitzende, Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, dem Verstorbenen, der als Fachkonsulent des Kulturamtes der Stadt Wien von 1949 bis 1960 die Betreuung der Wiener Künstlerschaft innehatte, einen tiefempfundenen Nachruf.

Gaertner wurde in Bubenitsch bei Prag geboren und besuchte die Prager Kunstakademie. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst übersiedelte er nach Wien, wo er ein Werbe-Atelier eröffnete. Er wurde Mitglied des Hagenbundes und stellte hier bis zur Auflösung dieser Vereinigung im Jahre 1938 seine Bilder aus. Gaertner war als Gebrauchsgraphiker für Weltfirmen tätig und erwarb sich als Illustrator bei großen Verlagen und Zeitungen allgemeine Beliebtheit. Seit 1911 beteiligte er sich erfolgreich an mehreren Wettbewerben und war auch als Modezeichner und Lehrer tätig. Nach einigen Jahren in Deutschland berief ihn 1949 der Wiener Bürgermeister in das Kulturamt der Stadt Wien, wo er eine Reihe heute bereits selbstverständlich gewordener Institutionen, wie die Wiener Schulgalerien, die Plakatwertungsaktion, die jährliche Ausstellung "Das gute Bild für jeden" und die "Grüne Galerie" im Stadtpark ins Leben rief. In Würdigung seiner Verdienste wurde Gaertner 1951 der Professorentitel und 1961 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen.

\- - -

## Wien-Ausstellung in Nürnberg

2. November (RK) Stadtrat Hubert Pfoch ist heute nach Nürnberg geflogen, um dort in Vertretung des Wiener Bürgermeisters die Ausstellung "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" zu eröffnen. Stadtrat Pfoch wird morgen, Donnerstag, eine Pressekonferenz abhalten. Ab Freitag ist die Ausstellung nach der Eröffnung durch den Wiener Stadtrat in Anwesenheit des Nürnberger Oberbürgermeisters Urschlechter allgemein zugänglich.

Die Wien-Ausstellung, die abseits der Klischeevorstellungen im Ausland über unsere Stadt ein echtes Bild der österreichischen Bundeshauptstadt zeigt, ist seit 1961 in sechs europäischen Ländern gezeigt worden, und zwar in der Bundesrepublik Deutschland, in Dänemark, in Finnland, Holland, Norwegen und Ungarn. Bisher haben fast eine Viertelmillion Menschen die Ausstellung gesehen. Heute wurde "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" bereits in Budapest, Braunschweig und Hamburg gezeigt. Im nächsten Jahr wird als Gegenbesuch für die Rom-Ausstellung in der Wiener Volkshalle die Wien-Ausstellung in der italienischen Hauptstadt zu sehen sein sowie in Triest zur Triestiner Messe.

\- - -

## Protestversammlungen gegen Habsburg-Einreise

2. November (RK) In zahlreichen Wiener Großbetrieben sowie in den Städtischen Unternehmungen kam es heute vormittag zu Protestversammlungen der Betriebsangehörigen gegen die Einreise von Dr. Otto Habsburg nach Österreich. In den Versammlungen wurden Resolutionen beschlossen, in denen auch die Entschlossenheit der Gewerkschaft zum Ausdruck kommt, eine Auslieferung von Vermögen an Dr. Otto Habsburg zu verhindern. Der Wortlaut dieser Resolutionen wurde Bundeskanzler Dr. Josef Klaus und Bürgermeister Bruno Marek zur Kenntnis gebracht. Bürgermeister Marek ließ den Betriebsversammlungen seine Grüße übermitteln und versicherte die daran beteiligten Gewerkschaftsmitglieder seiner Verbundenheit mit ihnen.

Um 11 Uhr versammelten sich im Rathaus mehrere hundert Vertrauensmänner und Mitglieder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Gruppe Hoheitsverwaltung, und beschlossen einstimmig eine an den Bundeskanzler gerichtete Resolution. Darin wird ebenfalls an der Einreise Dr. Otto Habsburgs Kritik geübt und vor einer Übertragung von Vermögenswerten der Republik Österreich an ihn gewarnt.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

2. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 bis 5 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm, Endiviensalat 2 bis 2.50 S je Stück.

Obst: Äpfel Tafelware 5 bis 7 S, Bananen 8 bis 10 S, Birnen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Pferdehauptmarkt vom 2. November

2. November (RK) Aufgetrieben wurden 48 Stück, hievon 1 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 36 Stück verkauft, unverkauft blieben 12 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 3, Niederösterreich 31, Burgenland 10, Steiermark 4.

Preise: Fohlen 14 S, Pferde extrem 10,10 bis 11 S, 1. Qualität 9 bis 10 S, 2. Qualität 8,20 bis 8,80 S, 3. Qualität 5,50 bis 8 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 72 Groschen, je Kilogramm. Er beträgt für Schlachtpferde 8,71, für Pferde und Fohlen 8,86 S.

\- - -

## Schweinehauptmarkt vom 2. November

2. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0, Neuzufuhren Inland: 3.275, Jugoslawien 1.064, Bulgarien 1.856, Ungarn 2.939, DDR 1.554, Summe 10.688. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 18,50 bis 19 S, 1. Qualität 18 bis 18,50 S, 2. Qualität 17,20 bis 18 S, 3. Qualität 16 bis 17,20 S, Zuchten extrem 15,20 bis 16 S, Zuchten normal 13 bis 15 S, Altschneider 11,50 bis 12 S.

Ausland: Jugoslawien (15,10) 15,50 bis 16,50S(17,-), Bulgarien 15,10 bis 16,50. Ungarn 16,20 bis 16,50S,DDR 15,40 bis 16,50S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 7 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 17,39S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 7 Groschen und beträgt nunmehr 16,23 S. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine ermäßigte sich um 31 Groschen und beträgt 15,86 S. Der Durchschnittspreis für DDR Schweine ermäßigte sich um 4 Groschen und beträgt 16,19 S. Der Durchschnittspreis für jugoslawische Schweine ermäßigte sich um 18 Groschen und beträgt 16,31 S. Der Durchschnittspreis für ungarische Schweine erhöhte sich um 9 Groschen und beträgt nunmehr 16,45 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Termine zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1967

3. November (RK) Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 wird am Montag, dem 28. November, ab 9 Uhr früh, in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses beraten werden. Am gleichen Tag, um 13.30 Uhr, werden der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, die Zahlen des neuen Budgets der Hoheitsverwaltung (Geschäftsgruppe I-XI) beziehungsweise die der Wirtschaftspläne der Unternehmungen (Geschäftsgruppe XII) in einer Pressekonferenz im Concordia-Haus der Öffentlichkeit mitteilen.

Vom 29. November bis einschließlich 6. Dezember wird der Voranschlag im Rathaus zur öffentlichen Einsichtnahme aufliegen.

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag beginnen voraussichtlich am Freitag, dem 9. Dezember, mit der Generaldebatte. An jedem der darauffolgenden Wochentage werden jeweils die Ansätze einer Geschäftsgruppe beraten.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 7. bis 13. November

3. November (RK)

Montag, 7. November:

18.30 Uhr, Musikakademie, 1, Seilerstätte 26, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: 1. Hugo Wolf-Abend der Liedklasse Dr. Erik Werba - Kurt Schmidek

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus I A (Wiederholung des 2. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Edith Peinemann (Violine), Dirigent Charles Münch (Schubert: 5. Symphonie B-dur; Prokofieff: 1. Violinkonzert D-dur op. 19; Beethoven: 6. Symphonie F-dur op. 68 "Pastorale")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs - IGNM: Zyklus XII "Kammermusik unseres Jahrhunderts"; Assmann-Quartett, mitwirkend Annelies Kupper (Sopran), 1. Abend (Schönberg: Streichquartette Nr. 1 und Nr. 2)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg: Ensemble "Musica da camera"; Zyklus "Barocke Kammermusik auf barocken Instrumenten"; Virtuose Geigenmusik (Wiederholung vom 6. November 1966)

Dienstag, 8. November:

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus VII; Ensemble "Concentus musicus" (J.S.Bach: 3. Suite D-dur; Konzert für zwei Violinen d-moll; 5. Brandenburgisches Konzert D-dur)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Chorvereinigung "Jung Wien": Festkonzert "20 Jahre Jung-Wien"; mitwirkend Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Leo Lehner (Bruckner, Händel, Haydn, Mozart, Palestrina, Schubert, Johann und Josef Strauß, Wolf)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: Zyklus XII "Kammermusik unseres Jahrhunderts"; Assmann-Quartett, 2. Abend (Schönberg: Streichquartette Nr. 3 und Nr. 4)

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u. d. K.: Vortrag Franz Eibner "Beethoven: 1. Symphonie erster Satz oder "Die Größe Haydns"

Mittwoch, 9. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Liederabend Helga Wangen, am Flügel Johan van Beek (Mozart, Schumann, Brahms, Sutermeister, Mussorgsky)

./.

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus I der KHG); Wiener Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Zdenek Košler (Dvořák)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Konzertvereinigung blinder Künstler: "Beschwingt und kurios"; Josef Misar, Klavier - Karl Uher, Tenor und Rezitation - Charlotte Kaminski, Sopran (Schumann, Wolf, Mozart, Grieg, Offenbach, Debussy, Adam Kienzl, Chopin, Strauß-Grünfeld)

Donnerstag, 10. November:

18.30 Uhr, Musikakademie, 1, Seilerstätte 26, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Margarete Sparber "Belcanto und Schubertlied"

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Kammermusik-Zyklus; Dimov-Quartett, Bulgarien (Haydn, Beethoven, Bartók)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Zdenek Košler (Dvořák: 3. Symphonie Es-dur op. 10; Violinkonzert a-moll op. 53; Ouvertüren op. 91 "In der Natur", op. 92 "Karneval" und op. 93 "Othello")

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Roczek-Quartett (Haydn: Streichquartett B-dur op. 76/4; Bartók: 6. Streichquartett; Brahms: Streichquartett c-moll op. 51/1)

19.30 Uhr, Italienisches Kulturinstitut, 3, Ungargasse 43: Musikalische Jugend Österreichs - Italienisches Kulturinstitut: 2. Bläserserenade im Zyklus XVI; Eichendorff-Quintett, mitwirkend Heinz Medjimorec, Klavier (Milhaud: Suite "La Cheminee du Roi Rene"; Vivaldi: Concerto g-moll für Flöte, Oboe und Fagott; Rossini: 1. Bläserquartett: Ibert: Drei kurze Stücke für Qintett)

20.00 Uhr, Palais Palffy, Beethovensaal: Musikhaus 3/4: "Das süße Lied verhallt nicht"; Maria Reining erzählt ihr Leben im Gespräch mit Franz Tassie (seltene Platten und Bandaufnahmen)

20.00 Uhr, Gesellschaft für Musik, 1, Hanuschgasse 3: Österreichische Gesellschaft für Musik: Vortrag Boris Blacher "Musik im technischen Zeitalter"

./.

Freitag, 11. November:

18.30 Uhr, Musikakademie, 1, Seilerstätte 26, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Öffentliche Reifeprüfung Brigitte Lorenz (Violine) und Alexandra Bachtiar-Fritsch (Violoncello)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Symphoniker-Zyklus der GdM; Wiener Symphoniker, Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Haydn, Schumann, Brahms)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Kasteliz-Konzerte: Klavierabend Siegfried Schmalzl

19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 1. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Hanny Steffek (Sopran), Rose Kalasek (Sopran), Astrid Hellesnes (Alt), Kurt Equiluz (Tenor), Walter Kreppel (Baß), Dirigent Carl Melles (Charpentier: Te Deum für Soli, gemischten Chor und Orchester, Haydn: Missa Sanctae Cecilae für Soli, gemischten Chor, Orgel und Orchester)

Samstag, 12. November:

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: 2. Abonnementkonzert, Dirigent Eugen Ormandy (Mozart: Haffner-Symphonie D-dur KV 385; Webern: Drei Stücke für Orchester op. posth, Respighi: Fontane di Roma; Schostakowitsch: 5. Symphonie op. 97)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus IIIB (Voraufführung des 2. Konzertes im Symphoniker-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Haydn, Schumann, Brahms)

Sonntag, 13. November:

10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Kammerorchester: 1. Konzert im Matineen-Zyklus, mitwirkend Jutta Heller (Mezzosopran), Manfred Kautzky (Oboe), Dirigent Argeo Quadri (Haydn: Symphonie A-dur Nr. 64; Respighi: Il Tramonto. Poemetto lirico; Marcello: Oboenkonzert c-moll; Mozart: Symphonie B-dur KV 182)

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Wiederholung des 2. Abonnementkonzertes, Dirigent Eugen Ormandy (Mozart, Webern, Respighi, Schostakowitsch)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Symphoniker-Zyklus; Wiener Symphoniker, Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Haydn: Symphonie Nr. 103 Es-dur "Mit dem Paukenwirbel"; Schumann: Klavierkonzert a-moll op. 54; Brahms: 4. Symphonie e-moll op. 98)

- - -

## Keine Delogierungen im Winter

3. November (RK) Justizminister Univ.-Prof. Dr. Hans Klecatsky hat Bürgermeister Bruno Marek in einem Schreiben mitgeteilt, daß er im Hinblick auf den kommenden Winter auch heuer die Gerichte neuerlich auf den Erlaß über Delogierungen im Winter hingewiesen hat. In diesem Erlaß wird die besondere Wichtigkeit hervorgehoben, bei der Anordnung von Delogierungen während der kalten Jahreszeit Härten zu vermeiden.

\- - -

## Geehrte Redaktion!

Wir erinnern an die Pressefahrt mit Stadtrat Maria Jacobi und Bezirksvorsteher Leo Mistinger zu den Einrichtungen des Vereines "Jugend am Werk", dessen Tätigkeit durch das neue Wiener Behindertengesetz besondere Bedeutung erhielt. Treffpunkt: morgen Freitag, 4. November, 9 Uhr, Rathaus-Eingang Lichtenfelsgasse, wo ein Autobus bereitsteht. Rückkehr gegen 12 Uhr.

\- - -

## Millionenaufträge der Stadtverwaltung für Wiener Gewerbebetriebe

3. November (RK) Die Stadtverwaltung vergibt wieder an Wiener Gewerbebetriebe eine Reihe von Aufträgen für Arbeiten an städtischen Wohnhaus- und Schulbauten. Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute Aufträge mit einem Gesamtkostenaufwand von mehr als 16,4 Millionen Schilling. Dabei handelt es sich in erster Linie um Baumeister-, Schlosser, Maler- und Fußbodenlegerarbeiten.

Im einzelnen werden folgende Arbeiten durchgeführt:

Wohnhausbauten: 22, Anton Sattler-Gasse-Schrickgasse (Herstellung der Gehwege, 688.000 Schilling); 19, Krottenbachstraße, Bauteil II A (Gewichtsschlosserarbeiten, 570.000 Schilling); 3, Marxergasse 12 (einschließlich Kindertagesheimstätte, Erd- und Baumeisterarbeiten, 2,930.000 Schilling); 15, Minciostraße-Gablenzgasse (Kunststeinarbeiten, 344.480 Schilling); 23, Mauer, Marktgemeindegasse (Bodenbelags- und Malerarbeiten, 1,023.000 Schilling); 11, Weißenböckstraße-Wilhelm Kreß-Platz, 3. Bauteil (Taerrazzoarbeiten, 218.000 Schilling); 21, Bessemerstraße-Schenkendorfgasse (Beschlagschlosserarbeiten, 217.000 Schilling). - Schulen: 22, Düsseldorfstraße-Georg Bilgeri-Straße, Erweiterungsbau (Unternehmerarbeiten, 9,6 Millionen Schilling); 22, Anton Sattler-Gasse (Zentralheizungsarbeiten, 852.644 Schilling).

\- - -

## Ausbau von Straßen im 16., 22. und 23. Bezirk

3. November (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates bewilligte heute wieder mehrere Anträge über den Ausbau beziehungsweise Umbau von Wiener Straßen. Die Gesamtkosten für diese Projekte belaufen sich auf 2,5 Millionen Schilling.

Im 16. Bezirk wird die Kreitnergasse von der Gablenzgasse bis zur Koppstraße ausgebaut (650.000 Schilling). Für den weiteren Ausbau der Erzherzog Karl-Straße im 22. Bezirk, und zwar im Abschnitt von der Vernholzgasse bis zum Genochplatz, werden nunmehr die Grundfreimachungen durchgeführt. Im 23. Bezirk schließlich ist der Ausbau beziehungsweise Umbau folgender Gassen vorgesehen: Zampisgasse, Pfarrgasse, Johann Dunkl-Gasse, Virilligasse, Beyfußgasse und Zeleznygasse (Gesamtkosten: 1,850.000 Schilling).

\- - -

## Neue städtische Wohnhausanlage an der Lorenz Müller-Gasse

3. November (RK) Im 20. Bezirk beginnt die Stadtverwaltung mit der Errichtung einer neuen großen Wohnhausanlage. Die Anlage entsteht südlich der Lorenz Müller-Gasse an der Brigittenauer Lände auf einem Baugrund von rund 13.700 Quadratmeter. Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Kurt Heller die Pläne und die Gesamtkosten für den ersten Bauteil dieser Anlage in der Höhe von 51,2 Millionen Schilling. Als Baurate für 1966 sind drei Millionen Schilling vorgesehen. Der Antrag wird noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung zugeleitet werden.

Der erste Bauteil der neuen Wohnhausanlage wird zwei achtstöckige Wohnblöcke mit je vier Stiegen parallel zur Lorenz Müller-Gasse umfassen. Darin werden 216 Wohnungen und ein Geschäftslokal untergebracht sein. Für die gesamte Anlage ist der Einbau einer Zentralheizung vorgesehen. Die Pläne für die Anlage wurden von der Arbeitsgemeinschaft der Architekten Artner, Christoph, Erhartt, Leierer und Petermair ausgearbeitet.

\- - -

## Außerordentlicher Städtetag über Finanzausgleich

3. November (RK) Am 5. November findet in der Landeshauptstadt Salzburg ein Außerordentlicher Städtetag statt, an dem rund 350 Bürgermeister und Gemeindevertreter aus größeren Gemeinden aller österreichischen Bundesländer teilnehmen werden. Der Städtetag wird sich ausschließlich mit Finanzfragen befassen, und zwar in erster Linie mit der Neuregelung des Finanzausgleiches für die Jahre 1967 bis 1972, die nunmehr den Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes vorgelegt und zur Annahme empfohlen werden soll.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

3. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 3,50 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm, Häuptelsalat 2 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 5 bis 7 S, Birnen 4 bis 8 S, bulgarische Weintrauben 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Rindernachmarkt vom 3. November

3. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 1 Stier, 7 Kühe, 1 Kalbin, Summe 9. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

## Schweinenachmarkt vom 3. November

3. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 113 Stück, Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

## Pferdenachmarkt kein Auftrieb

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Kommenden Donnerstag, den 10. November:

## Benennung des "Marianne und Oscar Pollak-Hofs" in Floridsdorf

4. November (RK) Am nächsten Donnerstag, dem 10. November, um 10.30 Uhr, wird Bürgermeister Bruno Marek im Rahmen einer Feierstunde der großen städtischen Wohnhausanlage Prager Straße 31 beziehungsweise Dunantgasse 10-18, den Namen "Marianne und Oscar-Pollak-Hof" geben.

Die Wohnhausanlage 21, Dunantgasse 10-18 und Prager Straße 31 die 1961 ihrer Bestimmung übergeben wurde, enthält insgesamt 454 Wohnungen, davon 32 Heimstätten für alte Menschen, sowie ein Geschäftslokal, eine Ordination und ein Ladengebäude. Die Baukosten betrugen rund 56,8 Millionen Schilling.

Oscar Pollak lebte von 1893 bis 1963 und war einer der führenden Journalisten Österreichs. Er leitete viele Jahre die "Arbeiter-Zeitung" als Chefredakteur. Seine Gattin Marianne, 1891 bis 1963, war von 1945 bis 1959 Abgeordnete zum Nationalrat und von 1945 bis 1961 Chefredakteurin der Zeitschrift "Die Frau". Marianne und Oscar Pollak waren seit den Tagen der Ersten Republik führende Persönlichkeiten der österreichischen Arbeiterbewegung.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur Benennung der städtischen Wohnhausanlage 21, Prager Straße 31, am Donnerstag, dem 10. November, um 10.30 Uhr, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Zufahrt mit Straßenbahnlinie 132.

\- - -

## Rauchfangkehrertarif 1966

4. November (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält die Verordnung des Wiener Landeshauptmannes über den Maximaltarif für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien, kurz Kehrtarif 1966. Die Verordnung ist bereits am 1. Oktober in Kraft getreten.

Ferner enthält das Landesgesetzblatt eine Kundmachung über die Pflegegebühren für die Heilanstalt in Klosterneuburg.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 9, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

## Anmeldung für die Hausgehilfenehrung der Stadt Wien

4. November (RK) Die Gemeinde Wien ehrt alljährlich Hausgehilfen und Hausgehilfinnen, die bei einem Arbeitgeber 25 Jahre ununterbrochen in Dienst stehen oder standen.

Anmeldungen für die Hausgehilfenehrung können bis 30. November bei der Magistratsabteilung 62, 1, Rathausstraße 9, 2. Stiege, 2. Stock, Zimmer 319, eingebracht werden. Mitzubringen sind der Meldezettel, eine Urkunde über den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft und der letzte Zahlungsabschnitt für die Krankenkasse.

\- - -

Die Wiener Stadtverwaltung ist sich dieser wichtigen Rolle der Hotellerie bewußt. Sie fördert daher die Wiener Beherbergungsbetriebe durch eine großzügige Kreditaktion. Für die gastronomischen Betriebe läuft eine Kreditaktion, in deren Rahmen bisher fast 94 Millionen Schilling an zinsenlosen Darlehen bewilligt wurden.

Die Hotellerie hat, wie es ihrer Bedeutung zukommt, auch Sitz und Stimme in der Wiener Fremdenverkehrskommission. Und die Fremdenverkehrsstelle der Stadt bemüht sich, durch einen internationalen Werbefeldzug unter der Devise 'Wien hat immer Saison' einen Jahresausgleich der Besucherfrequenz herbeizuführen.

Auch in Zukunft, meine Damen und Herren, wird es unserer gemeinsamen Anstrengungen, der engen Zusammenarbeit der Fremdenverkehrswerbung und der Eigenwerbung der Hotellerie bedürfen, um unserer Stadt jenen Platz im Fremdenverkehr der Welt zu sichern, der ihr dank der natürlichen Gaben ihrer Bewohner und der Kulturschätze, die sie zu verwalten hat, seit jeher gebührt.

So wünsche ich Ihrer Tagung einen erfolgreichen Verlauf, wünsche Ihnen aber auch unbeschwerte Stunden der Entspannung und lege Ihnen selbst Ihre alte Devise der Gästebetreuung ans Herz: 'Wenn Sie zufrieden waren, sagen Sie es weiter - wenn Sie nicht zufrieden waren, sagen Sie es mir!' "

\- - -

## Eine halbe Million für Sport und Kultur

4. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat aus Mitteln des Wiener Sportfonds Förderungsbeiträge von insgesamt 404.000 Schilling vergeben. Zehn Wiener Sportvereine erhalten für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen und deren Einrichtungen insgesamt 298.200 Schilling, 31 weitere Sportverbände für den Ankauf von Geräten und die Durchführung des Trainingsbetriebes 105.800 Schilling.

Desgleichen wurden aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer 119.500 Schilling für die Förderung kultureller Institutionen zur Verfügung gestellt. Subventionen wurden diesmal dem Niederösterreichischen Tonkünstlerorchester, dem Theater der Courage, dem Theater im Palais Erzherzog Karl, der Kleinen Bühne am Lichtenwerd, dem Theater am Börseplatz, dem Österreichischen Kulturzentrum und der Chorvereinigung "Jung Wien" gewährt.

\- - -

## Neue Straßennamen in Donaustadt und Hadersdorf

4. November (RK) Zwischen der Wagramer Straße und dem Gotenweg im 22. Bezirk verläuft eine Straße, die bisher im Volksmund 'Eiswerkstraße' hieß. Auch beim Gotenweg handelt es sich um eine Bezeichnung, die noch nicht ins amtliche Straßenverzeichnis aufgenommen wurde. Der Kulturausschuß des Gemeinderates beschloß, beide Straßennamen nunmehr auch amtlich anzuerkennen.

Eine Straße im 14. Bezirk,Hadersdorf,, die den Wasserweg mit der Mariabrunner Straße verbindet, erhielt die Bezeichnung "Apfelrosenweg". Die "Apfelrose" ist besondere Rosenart, die in den zahlreichen Gärten dieser Gegend vorkommt.

\- - -

Gesperrt bis 16 Uhr!

## Wien-Ausstellung in Nürnberg eröffnet

### "Gut gemacht, geschickt arrangiert, mit viel Informationsmaterial"

4. November (RK) Heute nachmittag wurde im Nürnberger Rathaus nach einer Begrüßung durch Oberbürgermeister Dr. Urschlechter die Ausstellung "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" von Stadtrat Hubert Pfoch in Vertretung des Wiener Bürgermeisters eröffnet. Gestern fand eine Pressekonferenz statt, die bereits heute in allen Nürnberger Zeitungen ein erfreuliches Echo gefunden hat. In halbseitigen Artikeln und mit Bildern aus der Ausstellung berichten die Zeitungen über die Wien-Ausstellung. Die Nürnberger Journalisten finden viele überraschende Parallelen mit ihrer eigenen Stadt, so die Probleme des Massenverkehrs und der U-Bahn, der Müllverbrennung und das Bestreben, den Wiederaufbau und die Neuordnung der beiden Städten unter Wahrung des Stadtbildes vorzunehmen. Eine Zeitung charakterisiert die Ausstellung mit der Schlagzeile "Gut gemacht, geschickt arrangiert, mit viel Informationsmaterial". Die Wien-Ausstellung wird in Nürnberg bis 19. November zu sehen sein.

Bei der Eröffnung der Ausstellung hielt Stadtrat Hubert Pfoch folgende Ansprache:

'Ich möchte vorerst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Ausstellung 'Wien, Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst' in der altehrwürdigen Stadt Nürnberg gezeigt werden kann und möchte daher an den Beginn meiner Ausführungen meinen Dank stellen, meinen Dank dafür, daß Sie Wien eingeladen haben, mit dieser Ausstellung nach Nürnberg zu kommen, meinen Dank aber auch für die viele Arbeit, die sie mit unserer Ausstellung hatten.

Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, Bruno Marek, den dringende Amtsgeschäfte in Wien festhalten und dessen Fernbleiben Sie bitte entschuldigen wollen, hat mir den ehrenden Auftrag erteilt, seine Grüße den Bürgern und der Stadtverwaltung von Nürnberg, im besonderen Herrn Oberbürgermeister Dr. Urschlechter, zu überbringen. Mit besonderer Freude kann ich aber auch seine Einladung an Sie weitergeben, doch möglichst bald mit einer Ausstellung der

./.

Stadt Nürnberg in unser Wiener Rathaus zu kommen. Ich spreche diese Einladung schon deshalb mit Vergnügen aus, weil wir dann die Möglichkeit haben werden, uns für das große Maß an Hilfe, das uns hier zuteil wurde, erkenntlich zu zeigen.

Die Ausstellung, die bisher in sieben Städten Deutschlands sowie in Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen und Ungarn gezeigt und von fast 250.000 Menschen besucht wurde, verfolgt einen doppelten Zweck: sie will Zeugnis geben von den Schätzen des Geistes, der Kultur, der Arbeit in Wien, aber auch von der sozialen Gesinnung, die in den Mauern unserer Stadt geborgen ist. Sie will auch eine Legende zerstören: die Legende, nach der die Wiener nur ein Volk der Tänzer und der Geiger sind, die den lieben Gott einen guten Mann sein lassen, die Sorgen negieren und nichts anderes zu tun haben, als ihre Zeit bei Musik und Wein angenehm zu verbringen.

Dieses, wie wir meinen, ein bißchen einseitige Bild Wiens ist nicht neu. Einer der vielen berühmten Söhne Ihrer Stadt, der 'Schuhmacher und Poet dazu' Hans Sachs, sagte in seinem 'Lobspruch auf Wien' der immerhin aus dem 16. Jahrhundert stammt, über unsere Stadt und ihre Keller:

'Die Weinkeller sind so tief und weit
daß man vermeint zu dieser Zeit
Stadt Wien, die sei unter der Erd
mehr gebaut, als droben funden werd..."

-wenngleich er auch den tapferen Widerstand der Residenzstadt gegen die Türken rühmte. Aber es ist wohl auch viel Wahres an solchen Dingen und es wird schon kein Zufall sein, daß Richard Wagner sein lebensfreudigstes und heiterstes Werk, die 'Meistersinger', das Spiel um Ihren weisen, musizierenden Schuhmachermeister und um Ihre Stadt, dieses Märchen aus dem Mittelalter, gerade in Wien schrieb.

Wenn ich vorerst ein Wort Ihres Hans Sachs über Wien zitierte, so darf ich andererseits auch die Worte sagen, die ein berühmter Sohn meiner Heimat über Ihre Stadt fand. Adalbert Stifter, einer der bedeutendsten österreichischen Poeten, schrieb einmal nach seinem Besuch Nürnbergs:

'Nürnberg hat auf mich einen ungeheuren Eindruck gemacht. Ich ging nach meiner Ankunft in der Stadt herum, bis es finster wurde

./.

in harter Arbeit uns der Leistungen unserer Vorfahren würdig zu erweisen.

Und hier fanden wir fürwahr ein reiches Betätigungsfeld! Hunderttausende Wohnungen waren in diesem Krieg zerstört worden, ein großer Teil historisch und kulturell bedeutender Bauwerke - denken Sie nur an den Stephansdom, an Schloß Schönbrunn, an Oper und Burgtheater, an Parlament und an das Rathaus - waren ganz oder zum Teil zerstört, die Versorgungsleitungen der Stadt an vielen Stellen unterbrochen - Wien blutete aus tausend Wunden!

In diesen zwei Jahrzehnten, die seit dem unseligen zweiten Weltkrieg vergangen sind, ist unsere Stadt in neuem Glanze erstanden und wir meinen - und hier möchte ich um Nachsicht bitten, Verliebte sind nun einmal blind und wir Wiener sind ja allesamt in unsere Stadt verliebt - daß Wien schöner ist, als es vorher war. Was erhaltenswert war, haben wir wieder aufgebaut und den Schätzen der Vergangenheit haben wir neue moderne Bauwerke an die Seite gestellt. Einen Teil von ihnen werden Sie in der Ausstellung in Photo oder Modell sehen. Um nur einige zu nennen: die Wiener Stadthalle, ein Mehrzweckbau, deren Haupthalle 16.000 Personen für Veranstaltungen jeder Art Raum gibt, unser städtisches Strandbad 'Gänsehäufel' eines der nadh dem Kriege neu erbauten Sommerbäder, das an schönen Sommertagen mehr als 30.000 Badefreudige aufnimmt; der eine Million Quadratmeter große Donaupark, in dem 1964 die Internationale Gartenschau, die IGA 64, zu sehen war.

Die Ausstellung soll Ihnen aber auch zeigen, daß Wien eine Stadt mit sozialen Gewissen ist. Eine Stadt, die versucht, für sozial Schwache und für Kranke vorbildlich zu sorgen. Wien besitzt zum Beispiel allein mehr als 200 städtische Kindergärten, wir bauten Schulen und Heime für körperbehinderte Kinder und wir arbeiten am Neubau unseres Allgemeinen Krankenhauses, das 2.500 Betten aufweisen wird. Deshalb verstehen wir es aber doch, gelegentlich auch Feste zu feiern und so stellen die Wiener Festwochen den jährlichen Höhepunkt des kulturellen Lebens Wiens dar. Während dieser vier Wochen kommen Künstler aus allen Teilen der Welt in unsere Stadt, Politiker und Gelehrte finden sich zum jeweiligen Europa-Gespräch, bedeutende Kunstausstellungen öffnen ihre Tore. Was uns aber am meisten freut:die Wiener Festwochen sind keine Exklusiv-

./.

und kam völlig berauscht nach Hause. Das ganze Ding war mir wie feenhaft, ich war wie eine Gestalt aus einem Dürerschen Bilde. Nürnberg ist die schönste Stadt, die ich je gesehen habe; sie ist in ihrer Ganzheit ein wahrhaftiges Kunstwerk'.

Es gäbe zwar noch über viele Gemeinsamkeiten zwischen Nürnberg und Wien zu berichten, aber ich möchte ihre Geduld nicht allzu lange in Anspruch nehmen. Lassen Sie mich daher nur noch eines dazu sagen, daß nämlich unsere beiden Städte weitaus mehr verbindet als der uralte und heute wieder aktuell gewordene Rhein-Main-Donau-Weg. Und daß uns Wienern viel daran liegt, in einer Welt, in der sich so vieles nur zu oft feindlich gegenübersteht, das Gemeinsame zu betonen und Bande der Freundschaft noch fester zu knüpfen.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß sich Wien mit einer Ausstellung der Nürnberger Bevölkerung vorstellt. Bereits in der ersten Nachkriegszeit hatte Nürnberg den Mut, inmitten von Bombenschutt und Trümmern eine internationale Planungsschau zu veranstalten, die ein lebendiges Zeugnis für den Optimismus, für die Hoffnung auf eine bessere Zeit war und an der sich auch Wien mit einer großen Zahl von Plänen und Projekten beteiligte. Und gerade die Erkenntnisse, die die verantwortlichen Wiener Kommunalpolitiker beim Besuch dieser Schau gewannen, trugen viel zum Wiederaufbau unserer Stadt bei und wir glauben, mit Recht auf das seit dieser Zeit Geleistete stolz sein zu können.

Dabei haben es gerade unsere beiden Städte bei der Lösung der Probleme des Wiederaufbaues ungleich schwerer gehabt als so manche andere Stadt, die auf keine kulturellen Schätze der Vergangenheit Rücksicht zu nehmen hatte. In Nürnberg und in Wien galt es, das historische Antlitz der Stadt zu wahren, den Forderungen der Gegenwart und der Zukunft unter gleichzeitiger Erhaltung des historischen Stadtbildes Rechnung zu tragen. Sie gestatten mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich hier einen Gedanken ausspreche, den wir auch in unserer Ausstellung anklingen lassen. Wir meinen, es genüge nicht, unter Berufung auf eine glanzvolle Vergangenheit die Hände in den Schoß zu legen. Wir glauben an die Richtigkeit des Dichterwortes, das da sagt: 'Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen' und versuchen,

./.

Veranstaltung! Jeder Wiener Bezirk hat sein eigenes Festwochenprogramm und durch die Aktion 'Wien - eine Stadt stellt sich vor' wird Wien selbst, werden die Häuser zu den Akteuren in dem Festspiel, das Wien heißt:

Wir haben große Probleme vor uns: auch hier möchte ich Sie nicht mit einer Aufzählung langweilen, denn wohl jede Stadt hat ihre eigenen und besonderen Sorgen und Probleme, allen voran das Verkehrsproblem, das Ihnen ja auch nicht fremd sein dürfte. Nur ein paar seien herausgegriffen: Wir müssen daran denken, in Wien eine U-Bahn zu bauen. Wir müssen uns mit dem totalen Hochwasserschutz der Stadt beschäftigen. Wir müssen unser Straßennetz erster Ordnung ausbauen. Wir sind dabei, die Trinkwasserversorgung weiter zu verbessern und überlegen eine totale Abwasserklärung für Wien. Und wir sind weiters bemüht, Wien zum Sitz internationaler Organisationen und Behörden zu machen, nachdem es sich in den letzten Jahrzehnten zu einer beliebten Kongreßstadt entwickelt hat.

Als im Theater an der Wien am 6. Oktober 1945 - die Oper war ja in den Märztagen desselben Jahres bei einem Bombardement in Flammen aufgegangen - Beethovens 'Fidelio' erklang, erhielt der Chor der befreiten Gefangenen 'Heil sei dem Tag, heil sei der Stunde' Bedeutung. Von dem diesen Tagen gefolgten raschen Wiederaufbau unserer Stadt finden Sie in der Ausstellung zahlreiche Zeugnisse. Mögen Sie aus dem Gezeigten die Schönheit der Wiener Landschaft, den Rhythmus der Arbeit und die Harmonie der Architektur spüren, die gemeinsam mit den anderen Schöpfungen von Geist und Kultur jene Atmosphäre Wiens schufen, in der sich nicht nur die Wiener selbst wohl fühlen, sondern von der auch die zahlreichen Besucher dieser Stadt gefangengenommen werden, so daß sie für viele von Ihnen ihre zweite Heimat wurde.

In diesem Sinne darf ich diese Ausstellung für eröffnet erklären.

\- - -

## Jahresablesung für Gas und Strom beginnt

+ 4. November (RK) Wie von den Wiener Stadtwerken schon bei Einführung der "Jahresabrechnung für Gas und Strom" mitgeteilt wurde, wird der Jahresverbrauch von Gas und Strom jeweils in den Monaten November beziehungsweise Dezember gelegentlich des Inkassos des letzten Teilrechnungsbetrages abgelesen.

Da somit für das Verbrauchsjahr 1966 der Beginn der Ablesungen knapp bevorsteht, stellen die Wiener Stadtwerke erneut an alle Kunden, deren Gas- und Stromverbrauch nach dem neuen System abgerechnet wird, die Bitte, ihren Kassieren den Zutritt zu den Gas- und Stromzählern unbedingt zu ermöglichen. Diese Bitte betrifft somit auch jene Kunden, die ihre Teilrechnungsbeträge über ein Geldinstitut begleichen. Tag und Stunde der Ablesung werden den Kunden zeitgerecht wie bisher angekündigt.

Die Wiener Stadtwerke weisen darauf hin, daß sie mit der Einführung der nur einmaligen Ablesung im Jahr den Kunden kostbare Zeit und der Wirtschaft viele Arbeitsstunden ersparen konnten. Sie hoffen nun ihrerseits, daß sie die Zählerablesungen ohne Zeitverluste durchführen können.

Der Verbrauchsablesung im November beziehungsweise Dezember wird in den Monaten Jänner und Februar 1967 die Vorlage der über elektronische Rechenanlagen erstellten Jahresrechnung folgen. In dieser werden - für jeden Kunden leicht erkennbar - die abgelesenen Jahresverbrauchswerte und deren betragsmäßige Abrechnung ausgewiesen sein.

\- - -

## Antrittsbesuch des kanadischen Botschafters

4. November (RK) Der neue kanadische Botschafter in Wien, J.A. McCordick, stattete heute vormittag im Wiener Rathaus Bürgermeister Bruno Marek seinen Antrittsbesuch ab.

\- - -

## Wer gut schmiert, fährt gut!

### In diesem Fall ist die Straßenbahn gemeint

+ 4. November (RK) Dieser heutzutage in den Zeitungen vielverwendete Satz findet, wenn man ihn von seinem technischen Inhalt her betrachtet, auf alles Anwendung was sich bewegt. Die Reibungsverminderung und eine damit verbundene Geräuschminderung ist ein technisches Problem, das noch nicht zur Gänze gelöst ist und an dessen Verbesserung man ständig arbeitet. Auch die Wiener Verkehrsbetriebe haben nicht nur im Rahmen ihres Kundendienstes sondern im eigenen Interesse damit zu tun.

Wer kennt nicht das oft nerventötende Quietschen einer "um die Ecke" biegenden Straßenbahn? Bei modernen Gelenkzügen und mehrachsigen Fahrgestellen ist dieses Geräusch geringer, bei den alten Typen mit dem starren Fahrwerk umso durchdringender. Um hier eine Linderung und Lärmminderung zu schaffen, stehen bei der Straßenbahn daher seit einiger Zeit drei moderne Gleisbogenschmierwagen in Betrieb. Diese Fahrzeuge pressen mit Hilfe eines kleinen schlittenartigen Eisenstückes, das etwas schmäler als die Schiene selbst ist, unter Druck ein Graphitgemisch etwa zehn Millimeter tief an die Innenseite der Schiene.

Täglich fahren diese drei Wagen, für die die Verkehrsbetriebe rund eine Million Schilling ausgegeben haben, von vier bis 21 Uhr im Zweischichtbetrieb das städtische Gleisnetz ab, um die 730 Gleiskrümmungen zu "schmieren". Lediglich ein Mann, nämlich der Lenker, bildet die Besatzung. Die Arbeit selbst, für die früher viele Hände tätig werden mußten, wird automatisch ausgeführt. Infolge der besonderen Konstruktion der Graphitspritze besteht keine Gefahr, daß die Schmiermasse auf die Oberfläche der Schienen selbst oder gar auf die umliegende Fahrbahn gelangt. Die bei der Straßenbahn durch das Schmieren erwünschte nahezu lautlose Gleitfähigkeit in Kurven gefährdet daher den Individualverkehr in keiner Weise.

\- - -

## Junge Gäste aus Nordrhein-Westfalen im Rathaus

4. November (RK) In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek empfing Stadtrat Hans Bock heute vormittag im Rathaus eine Delegation sozialdemokratischer Jugendfunktionäre aus Nordrhein-Westfalen, die auf Einladung der Jungen Generation Wien eine Studienreise hierher unternommen haben. Im Rahmen einer Stadtrundfahrt lernten die 25 jungen Gäste die kommunalen Probleme Wiens kennen und diskutierten über ihre Eindrücke mit Stadtrat Bock, der ihnen auch ein Referat darüber hielt, was Österreich und die Gemeinde Wien für die Jugend und die jungen Ehepaare tun. Ein Sprecher der Delegation dankte für die Gastfreundschaft der Stadt Wien und betonte, daß die Teilnehmer an dieser Studienfahrt von Wien tiefe Eindrücke empfangen hätten.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

4. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 bis 5 S je Kilogramm, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm, Grundsalat 2 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 5 bis 7 S je Kilogramm, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm und Birnen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## "Jugend am Werk" - ein Werk der Humanität

### Behinderte Jugendliche finden den Weg in die Gemeinschaft

4. November (RK) Es war ein langer und beschwerlicher Weg von jenen Zeiten in der Vergangenheit, in denen die Körper- und Geistesbehinderten nicht nur sich selbst überlassen waren, sondern von allen herumgestoßen und verspottet wurden, bis zur Gegenwart, in der sich die Gemeinschaft dieser Menschen annimmt und ihnen überall dort, wo es möglich ist, den Weg in eine bessere Zukunft ebnet.

Eine der aktivsten Institutionen, die sich auf diesem Gebiet, soweit es jugendliche Behinderte betrifft, durch ihr segensreiches Wirken unschätzbare Verdienste erworben hat, ist die Aktion "Jugend am Werk". Bereits 1929 unter dem Namen "Jugend in Not" als Hilfseinrichtung für arbeitslose Jugendliche gegründet, wurde diese Aktion im Mai 1945 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Theodor Körner und des Stadtrates Josef Afritsch erneut ins Leben gerufen und unter dem Namen "Jugend am Werk" im Rahmen des städtischen Jugendamtes weitergeführt.

Auch nach 1945 war es zunächst Aufgabe dieser Aktion, die jungen Menschen zu einer geregelten Arbeit anzuhalten. Systematisch begann man in 14 Heimen im ganzen Stadtgebiet die arbeitlosen Jugendlichen zu erfassen. Allgemeine Erprobungs- und Berufsvorschulungskurse, Hauptschulkurse, Umschulung in Lehrwerkstätten, Lenkung der Freizeit und anderes bildeten das umfangreiche Arbeitsprogramm.

Im August 1957 beschloß der Wiener Gemeinderat, die Aktion "Jugend am Werk" von der Verwaltung des Magistrates unabhängig zu machen und einen selbständigen Verein mit ihrer Leitung zu betrauen. Mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung weitete sich auch die Tätigkeit von "Jugend am Werk" aus. Die Berufsvorschulungs- und Erprobungskurse wurden immer weiter ausgebaut und auf die verschiedensten Berufe ausgedehnt. Vielen berufsunentschlossenen und berufsunreifen Jugendlichen konnte so eine Brücke von der Schule zum Beruf geschlagen werden. Hunderte Mädchen und Burschen fanden dadurch leichter den Anschluß an das Erwerbsleben.

./.

Nun, da die Zahl der Schulabgänger erheblich gesunken ist und es viele freie Lehrstellen gibt, sich also eine völlig neue Situation auf dem Arbeitsmarkt entwickelt hat, wandelten sich zwangsläufig auch die Aufgaben von "Jugend am Werk":

Trotz der Konjunktur gibt es noch viele junge Menschen, die auch in der Zeit der Vollbeschäftigung keinen geeigneten Arbeitsplatz finden. Es sind dies vorwiegend die geistig und leistungsmäßig behinderten Jugendlichen. Für sie wurden von "Jugend am Werk" sogenannte "Arbeitsgruppen" geschaffen. Die Anzahl dieser Gruppen nahm von Jahr zu Jahr zu, die Ausstattung der Werkstätten wurde laufend verbessert und die Arbeit entwickelte sich allmählich von der Handarbeit im engeren Sinn zu Verrichtungen für Industrie und Gewerbe hin. Manche der betreuten Jugendlichen wären wohl physisch den Anforderungen des Erwerbslebens gewachsen, finden sich aber im komplizierten Ablauf des Alltags unserer Zeit nicht zurecht. Für sie ist die Beschäftigung bei "Jugend am Werk" - also eine geschützte Arbeitssituation - eine Möglichkeit, sich langsam an Leistung zu gewöhnen. Für viele dieser behinderten Jugendlichen wird die Beschäftigung bei "Jugend am Werk" wohl auf viele Jahre notwendig sein. In den gut eingerichteten Werkstätten können sie jedoch in dieser Zeit zumindest die Befriedigung kennenlernen, die aus der eigenen Arbeitsleistung kommt. Die Aufgaben von "Jugend am Werk" haben sich im Lauf der vergangenen 20 Jahre öfter gewandelt, um sich den wirtschaftlichen Bedürfnissen und den Erfordernissen des zu betreuenden Personenkreises anzupassen, aber immer stand der bedürftige und behinderte junge Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen.

In den Werkstätten: Mit Begeisterung an der Arbeit

Heute vormittag fand eine Pressefahrt statt, bei der Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi, der Obmann des Vereines "Jugend am Werk", Bezirksvorsteher Leo Mistinger, und der Geschäftsführer des Vereines, Fritz Muster, die Pressevertreter durch die Einrichtungen der Aktion führten und ihnen dabei zeigten, was "Jugend am Werk" für körperlich und geistig behinderte Jugendliche leistet.

Stadtrat Maria Jacobi stellte einleitend fest, daß im Schuljahr 1964/65 mehr als 6.000 behinderte Kinder in den Sonderschulen

./.

der Stadt Wien unterrichtet wurden. Die Aktion "Jugend am Werk" betreute im vergangenen Jahr 530 schulentlassene Jugendliche; 194 von ihnen konnten Arbeitsplätze vermittelt werden. Wenn man bedenkt, wieviel Arbeit und Idealismus dahinter steckt, bis etwa ein geistig behindertes Kind soweit ist, daß es in den normalen Arbeitsprozeß eingegliedert werden kann, dann kann man ermessen, wie groß die Erfolge dieser Aktion sind. Gegenwärtig werden von "Jugend am Werk" 453 Jugendliche betreut. Dafür stehen insgesamt 63 hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung - "lauter Idealisten und von ihrer Tätigkeit Besessene", wie Bezirksvorsteher Mistinger sagte, "die eine überaus verantwortungsvolle und schwierige Arbeit leisten."

Sodann wies Stadtrat Maria Jacobi auf das neue Wiener Behindertengesetz hin, das am 5. Oktober dieses Jahres in Kraft getreten ist. Auch für die großen Aufgaben, die der Allgemeinheit durch dieses Gesetz erwachsen, wird sich "Jugend am Werk" zur Verfügung stellen.

Erste Station der Pressefahrt war das Schulungsheim im 16. Bezirk, Grundsteingasse 65, wo auch die Zentralstelle der Aktion untergebracht ist. Hier werden sogenannte Berufsvorschulungskurse abgehalten, in denen die Jugendlichen nicht nur verschiedene Heimarbeiten verrichten, sondern auch Serienteile für Industriebetriebe herstellen. Zur vollsten Zufriedenheit der Firmen entstehen hier die verschiedenartigsten Erzeugnisse für die Elektroindustrie, die Metallwarenindustrie, die Spielwarenindustrie, die Verpackungsindustrie, die Kunststoffindustrie und viele andere.

Die Jugendlichen sind mit wahrer Begeisterung an der Arbeit, und sie sind darüber hinaus außerordentlich gewissenhaft und genau. Die Firmen betonen, daß der Ausschuß bei der hier geleisteten Arbeit wesentlich geringer ist als in den firmeneigenen Werkstätten. Es ist kaum zu glauben, was diese Kinder und Jugendlichen leisten können, wenn man mit viel Liebe und Geduld ihre Fähigkeiten erweckt und ausbildet.

Im Schulungsheim Grundsteingasse - das erste Heim, das von "Jugend am Werk" eingerichtet wurde - ist übrigens auch eine Herberge für Jugendliche aus den Bundesländern eingerichtet, die im Rahmen einer ständigen Aktion des Unterrichtsministeriums Wien besuchen. Die Herberge ist gleichzeitig ein Betätigungsfeld für jene Mädchen, die in dem Heim hauswirtschaftliche Verrichtungen erlernen.

./.

Im Schulungsheim Kuefsteingasse 38 im 14. Bezirk und in einer Expositur im 20. Bezirk, Schwarzingergasse 4, sind gleichfalls mehrere Arbeitsgruppen für geistig behinderte Jugendliche untergebracht. Auch hier wird in hervorragend eingerichteten Werkstätten, zum Teil sogar an einfachen Maschinen, gearbeitet, wobei die Tätigkeit der Jugendlichen je nach ihren Fähigkeiten und ihrer Geschicklichkeit aufgeteilt ist. Die Jugendlichen erhalten aus erzieherischen Gründen ein monatliches Taschengeld in der Höhe von 50 bis 150 Schilling, das zweifellos ein guter Ansporn für sie ist. Die Arbeitszeit dauert wochentags von 8 bis 16 Uhr, täglich bekommen die Jugendlichen auch ein Mittagessen. Alle, die in den Werkstätten arbeiten, werden durch das Arbeitsamt für Jugendliche eingewiesen. Die Eltern zahlen einen Kostenbeitrag, der gegenwärtig 180 Schilling im Monat beträgt. Dabei gibt es aber je nach Einkommen Ermäßigungen oder Freiplätze.

Während die Jugendlichen, die in den Werkstätten tätig sind, bei ihren Eltern wohnen, hat "Jugend am Werk" für alle jene, die kein Zuhause haben, in der Elisenstraße 4 in Rodaun ein Vollinternat eingerichtet, das im vergangenen Jahr eröffnet wurde. Rund 70 geistig behinderte Jugendliche, Burschen und Mädchen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren, haben in diesem schönen Internat eine neue Heimat gefunden, in der sie von hervorragenden Pädagogen betreut werden und eine individuelle Berufsausbildung erhalten. In Rodaun stehen die Jugendlichen auch unter ständiger ärztlicher Betreuung.

In Ottakring entsteht ein großes Rehabilitationszentrum

Eine der wichtigsten Einrichtungen von "Jugend am Werk" ist gegenwärtig noch im Bau: das Rehabilitationszentrum in der Speckbachergasse im 16. Bezirk. Dort wird gegenwärtig eine aus zwei Gebäuden bestehende ehemalige Schule mit einem Kostenaufwand von zwölf Millionen Schilling umgebaut und als Rehabilitationszentrum für rund 250 Personen eingerichtet. In diesem Objekt werden nicht nur Werkstätten von "Jugend am Werk" untergebracht sein, sondern auch die Arbeitstherapeutischen Kurse der Gemeinde Wien (Magistratsabteilung 12) abgehalten werden. Diese Kurse finden gegenwärtig noch in ihren alten Räumen in der Josefstädter Straße statt.

./.

Darüber hinaus aber wird dort vor allem ein gemeinsames Team von Ärzten, Psychologen, Psychiatern, Pädagogen und Jugendbetreuern tätig sein, das die Jugendlichen testen und über ihre Aufnahme in die Heime und Werkstätten entscheiden wird. An der Zusammenstellung dieses Teams werden "Jugend am Werk", die Magistratsabteilung 12 (Erwachsenen- und Familienfürsorge), das Arbeitsamt und andere Stellen beteiligt sein. Dieses Team wird im Frühjahr 1967 seine Tätigkeit aufnehmen, denn bis dahin hofft man, mit dem Rehabilitationszentrum in der Speckbachergasse fertig zu sein.

Eine weitere Einrichtung von Jugend am Werk ist die Lehrwerkstätte für Metall- und Holzberufe im 20. Bezirk, Lorenz Müller-Gasse 4. Dort werden Metall- und Holzarbeiterlehrlinge voll ausgebildet.

Abschließend bleibt noch die Frage: Woher kommt das Geld für diese Aktion? Denn es ist wohl klar, daß "Jugend am Werk" große finanzielle Mittel benötigt. Nun, das Geld, das wahrlich gut angelegt ist, weil es vielen jungen Menschen das Leben wieder lebenswert macht, kommt von mehreren Subventionsträgern - und es ist erfreulich, daß es mehrere sind: das Bundesministerium für soziale Verwaltung, die Gemeinde Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaften der Metall- und Bergarbeiter sowie der Bau- und Holzarbeiter, die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Kommenden Donnerstag, den 10. November:

## Bürgermeister Marek eröffnet neue Volksschule in Floridsdorf

5. November (RK) Am nächsten Donnerstag, dem 10. November, wird Bürgermeister Bruno Marek um 9 Uhr die im 21. Bezirk, Dunantgasse 2, errichtete neue Volksschule für Knaben und Mädchen eröffnen. Die in einer Bauzeit von 18 Monaten und mit einem Aufwand von 20,7 Millionen Schilling errichtete Volksschule beherbergt in drei Trakten zwölf Klassenzimmer, die notwendigen Lehr- und Lehrerzimmer, einen großen Turnsaal mit Garderoben- und Brauseräumen sowie eine Schulwartwohnung. Das neue Objekt gehört neben den Schulen in der Roda-Roda-Gasse (21. Bezirk) und in der Düsseldorfstraße-Georg Bilgeri-Straße (22. Bezirk) zu den ersten mehrgeschossigen und massiven Schulbauten aus Fertigteilen in Österreich.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Eröffnung der neuen Volksschule zu entsenden. Termin: Donnerstag, 10. November, 9 Uhr. Ort: 21, Dunantgasse 2-Jedleseer Straße 64. Zufahrt: Straßenbahnlinie 132.

\- - -

## Schülerkonzerteauch für Polytechnische Lehrgänge

5. November (RK) Vor 15 Jahren hat das Kulturamt der Stadt Wien begonnen,Konzerte für die Wiener Schuljugend zu veranstalten. Diese Aktion wurde im Lauf der Zeit so weit ausgebaut, daß sie nunmehr alle Wiener Schüler der zweiten, dritten und vierten Hauptschulklassen sowie der entsprechenden Klassen in den allgemeinbildenden höheren Schulen umfaßt. Im heurigen Schuljahr sollen erstmals auch die Schüler der Polytechnischen Lehrgänge einbezogen werden.

Schon im Vorjahr wurde der 750.000.Besucher dieser Jugendkonzerte registriert. Für das laufende Schuljahr sind zehn Konzerte für rund 16.000 Schüler der zweiten Klassen der Hauptschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Hinzu kommen neun Konzerte für etwa 14.000 Schüler der dritten Klassen, zehn Konzerte für 16.000 Schüler der vierten Klassen und zwei Konzerte für 3.400 Schüler der Polytechnischen Lehrgänge.

Am Programm für die zweiten Klassen stehen Mozarts Ouvertüre zu "Der Schauspieldirektor", ein Lehrstück Kordas "Die Instrumente des Orchesters", der dritte Satz aus dem Trompetenkonzert Es-dur von Joseph Haydn, Prokofieffs musikalisches Märchen "Peter und der Wolf" und die Schnellpolka "Auf der Jagd" von Johann Strauß.

Das Programm für die dritten Klassen umfaßt Auberts Ouvertüre zu "Fra Diavolo", die Romanze für Violine und Orchester F-dur op. 50 von Beethoven,Dvoraks "Karneval" op. 92 und Armin Kaufmanns "Zirkus Poldrini".

Für die Schüler der vierten Klassen sind Mozarts Ouvertüre zu "Die Zauberflöte", der erste Satz aus Beethovens 5. Symphonie c-moll op. 67, die symphonische Dichtung "Die Moldau" von Smetana, der dritte und vierte Satz aus dem ersten Klavierkonzert Es-dur von Liszt, Strawinskys "Feuervogel" und der Walzer "Künstlerleben" von Johann Strauß vorgesehen.

./.

Die Schüler der Polytechnischen Lehrgänge hören Peter Cornelius' Ouvertüre zu "Der Barbier von Bagdad", Beethovens 1. Symphonie C-dur op. 21, das Klavierkonzert op. 54 von Robert Schumann und Marcel Rubins "Musik zu einer Posse von Johann Nestroy".

Es spielen die Wiener Symphoniker und das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester mit bekannten Solisten. Als Dirigenten wirken Hans Swarowsky, Karl Etti, Helmut Froschauer und Milo Wawak mit; die organisatorische Durchführung der Konzerte obliegt dem Theater der Jugend.

Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat für diesen Konzertzyklus im Schuljahr 1966/67 einen Betrag von 830.000 Schilling bereitgestellt.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß Bürgermeister Bruno Marek kommenden Montag, den 7. November, um 10.30 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die Förderungspreise der Stadt Wien für das Jahr 1966 an zehn begabte Wiener Wissenschaftler und Künstler überreichen wird. Zugang zum Stadtsenatssaal: 1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege I. Es wird gebeten, die Plätze bis 10.25 Uhr einzunehmen.

\- - -

Die Schüler der Polytechnischen Lehrgänge hören Peter Cornelius' Ouvertüre zu "Der Barbier von Bagdad", Beethovens 1. Symphonie C-dur op. 21, das Klavierkonzert op. 54 von Robert Schumann und Marcel Rubins "Musik zu einer Posse von Johann Nestroy".

Es spielen die Wiener Symphoniker und das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester mit bekannten Solisten. Als Dirigenten wirken Hans Swarowsky, Karl Etti, Helmut Froschauer und Milo Wawak mit; die organisatorische Durchführung der Konzerte obliegt dem Theater der Jugend.

Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat für diesen Konzertzyklus im Schuljahr 1966/67 einen Betrag von 830.000 Schilling bereitgestellt.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß Bürgermeister Bruno Marek kommenden Montag, den 7. November, um 10.30 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die Förderungspreise der Stadt Wien für das Jahr 1966 an zehn begabte Wiener Wissenschaftler und Künstler überreichen wird. Zugang zum Stadtsenatssaal: 1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege I. Es wird gebeten, die Plätze bis 10.25 Uhr einzunehmen.

\- - -

## 70. Geburtstag von Karl Mühl

5. November (RK) Am 7. November feiert der um die Taubstummenfürsorge verdiente Professor Karl Mühl seinen 70. Geburtstag.

Professor Karl Mühl, ein hervorragender Spezialist und Methodiker der Taubstummenfürsorge, wurde am 7. November 1896 in Scheiblingkirchen (Niederösterreich) geboren. Schon frühzeitig interessierte er sich für den Taubstummenunterricht und erhielt 1916 eine Stelle an der niederösterreichischen Landes-Taubstummenanstalt in Wien-Döbling. Nach der Kriegsdienstleistung vorübergehend an der Volksschule in Wartmannstetten tätig, kehrte er 1919 als Lehrer und Präfekt an die Anstalt in Wien-Döbling zurück und erwarb ein Jahr später die Lehrbefähigung für den Unterricht taubstummer Kinder. Durch die Trennung der Bundesländer Wien und Niederösterreich fiel das Institut an Wien und seine Lehrpersonen wurden der neuerrichteten städtischen Taubstummenschule in der Hofzeile zugewiesen. Professor Mühl verblieb dort bis zum Ende des Schuljahres 1938/39 und bildete sich während dieser Zeit sowohl in seinem Hauptamt an der Taubstummenschule wie in seinem Nebenamt an der Berufsschule für Taubstumme, der er nahezu 20 Jahre angehörte, weiter aus. Zugleich hielt er Referate in Sonderschullehrerberatungen und veröffentlichte mehrere fachliche Schriften. Außerdem widmete er sich der Fürsorge für taubstumme und gehörlose Jugendliche und Erwachsene. Mit Beginn des Schuljahres 1939/40 wurde die städtische Taubstummenschule in der Hofzeile geschlossen und Professor Mühl an das Taubstummeninstitut "Gehörlosenschule mit Heim", 13, Speisinger Straße 105, versetzt. Während des zweiten Weltkrieges betreute er die ertaubten und gehörgeschädigten Soldaten in den Wiener Lazaretten, für die er im Rainer-Spital einen ständigen Absehkurs einrichtete und leitete. Unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen trat er seinen Dienst im Taubstummeninstitut Wien-Speising wieder an und sicherte durch seine Aufbauarbeit dessen Bestand. Auch den Fürsorgeapparat schuf er neu, indem er die "Gesellschaft für Befürsorgung der Taubstummen und Gehörlosen von Wien, Niederöster-

./.

reich und Burgenland" errichtete, deren Präsident er seither ist. Gleichzeitig gründete er die Absehkurse für Gehörgeschädigte an der II. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten.

Im Dezember 1954 erhielt Professor Karl Mühl den "Doktor Karl Renner-Preis" in der Höhe von 10.000 Schilling. Gegenwärtig ist Professor Mühl weiterhin als Lehrer am Taubstummeninstitut in Hietzing beschäftigt.

\- - -

## Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien im November

5. November (RK)

| | | |
|---|---|---|
| Sonntag, 6. November, | 9.30 bis 11 Uhr, | Das mittelalterliche Wien<br>Dr. Bisanz |
| Sonntag,13. November, | 9.30 bis 11 Uhr, | 19. und 20. Jahrhundert<br>Dr. Pötschner |
| Sonntag,20. November, | 9.30 bis 11 Uhr, | Gesamte Schausammlung<br>Dr. Bisanz |
| Sonntag,27. November, | 9.30 bis 11 Uhr, | 16. bis 18. Jahrhundert<br>Dr. Bisanz |

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung unter der Nummer 42 804/741, Klappe 46. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Außerordentlicher Städtetag in Salzburg:

## Paktierter Finanzausgleich wurde gebilligt

7. November (RK) Zum Wochenende, am Samstag, wurde in Salzburg ein außerordentlicher Städtetag abgehalten, bei dem ein Bericht von Vizebürgermeister Felix Slavik (Wien) über den Abschluß des neuen Finanzausgleiches zur Debatte stand. Der Bericht wurde von den Delegierten des Städtetages einstimmig - mit einer Stimmenthaltung - zur Kenntnis genommen.

Am Städtetag, der in der Aula Academica der Salzburger Universität abgehalten wurde, nahmen ungefähr 300 Delegierte teil; viele Bürgermeister konnten infolge der neuerlichen Katastrophenmeldungen nicht nach Salzburg kommen. Insgesamt waren von den 185 Mitgliedsgemeinden 101 vertreten. Am Vormittag wurden in fraktionellen Besprechungen der beiden großen Parteien die letzten Bedenken gegen das Finanzausgleichsgesetz zerstreut. Bei der Vollversammlung am Nachmittag, die Bürgermeister Dr. Scherbaum (Graz) eröffnete, bekannte sich Vizebürgermeister Slavik in seinem Referat leidenschaftlich zu einem paktierten Finanzausgleich. "Wenn das Finanzausgleichsgesetz einmal oktruiert werden sollte", rief der Wiener Vizebürgermeister aus, "könne man nicht mehr von einer echten Gemeindeautonomie sprechen."

./.

Auch Bürgermeister Dr. Lugger (Innsbruck), der das Schlußwort des außerordentlichen Städtetages sprach, bekannte sich zu einem paktierten Finanzausgleich im Interesse und zum Wohl aller Gemeindebürger in Österreich.

Bürgermeister Dr. Scherbaum verwies in seiner Begrüßungsansprache darauf, daß vor 15 Jahren zuletzt ein außerordentlicher Städtetag abgehalten worden war. Auch damals handelte es sich um Finanzfragen. 1951 standen eine Neuregelung der Gewerbesteuer und das 5. Lohn- und Preisabkommen zur Debatte.

Im Namen der Stadt Salzburg begrüßte Bürgermeister Bäck die Delegierten des Städtetages.

Hierauf erstattete Vizebürgermeister Slavik seinen Bericht zum Finanzausgleichsgesetz und hob besonders hervor, wie ungünstig die Ausgangsituation gewesen war. Über den neuen Finanzausgleich, der nun von 1967 bis 1972, also sechs Jahre gelten soll, wurde schon drei Jahre hindurch verhandelt.

Der neue Finanzausgleich

Das neue Finanzausgleichsgesetz bringt für die Gemeinden unter anderem folgende wesentliche Änderungen: der Polizeikostenbeitrag wird von 60 auf 80 Schilling pro Einwohner und Jahr erhöht.

Die Schutzklausel verpflichtet den Bund in Hinkunft nicht "zur Einleitung" sondern "zur Führung" von Verhandlungen. Die Gewerbesteuer wird zwischen Bund und Gemeinden 50 zu 50 aufgeteilt, bisher 40 zu 60. Als Ausgleich dafür erhalten die Gemeinden fünf Prozent Umsatzsteuer, somit nunmehr 23 Prozent, statt bisher 18 Prozent.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bis 1972 allmählich eine reine Landessteuer werden.

Von der Mineralölsteuer **erhalten** die Gemeinden zunächst zehn Prozent, ab 1970 weitere vier Prozent mehr.

Weitere Änderungen betreffen die Landesumlage, die Bedarfszuweisungen, den Finanzkraftschlüssel der Gemeinden, die Salinengemeinden und Gemeinden mit Bundesbahnbetriebsstätten, die Erweiterung für die Gewährung von Zweckzuschüssen und eine Finanzhilfe des Bundes zum Bauaufwand bei Pflichtschulen. Die Getränkesteuer soll in eine umsatzsteuerartige Verkehrssteuer umgewandelt werden.

./.

## Die Resolution

Schließlich genehmigte der Städtetag nach einer kurzen Debatte, an der sich drei Delegierte beteiligten, folgende Resolution:

"Der am 5. November 1966 in Salzburg zusammengetretene außerordentliche Städtetag nimmt den Bericht über den Abschluß eines Finanzausgleichs für die Jahre 1967 bis 1972 zur Kenntnis. Das Sekretariat des Österreichischen Städtebundes wird jedoch beauftragt, den Finanzminister fristgerecht darauf hinzuweisen, daß in der Frage der Vergnügungssteuer für Kinovorführungen zwischen der getroffenen Finanzausgleichsvereinbarung und dem Wortlaut der Regierungsvorlage eine wesentliche Differenz besteht und daß ferner eine Reihe von Einwendungen des Österreichischen Städtebundes bei der Endredaktion des Finanzausgleichsentwurfes nicht berücksichtigt wurden.

Der Finanzminister wird ersucht, die entsprechenden Korrekturen durchzuführen.

Gegenüber den Landesregierungen bringen die in Salzburg versammelten Vertreter der Mitgliedsgemeinden die sichere Erwartung zum Ausdruck, daß sich alle Bundesländer ohne Vorbehalt an den Beschluß der gemeinsamen Konferenz der Landeshauptleute und der Landesfinanzreferenten vom 20. Oktober 1966 halten werden, demzufolge ein halbes Prozent der Bedarfszuweisungen jenen Gemeinden zu gewähren ist, deren Reineinnahmen aus dem Finanzausgleich 1967 gegenüber der bisherigen Rechtslage Mindereinnahmen ergeben.

+

Der außerordentliche Städtetag bringt überdies seine Auffassung in der Richtung zum Ausdruck, daß die finanzielle Notlage der Spitalerhalter zum ehestmöglichen Zeitpunkt beseitigt werden muß, daß in den nächsten Jahren weitere Verbesserungen für die Finanzierung von Gemeindestraßen eingeleitet werden sollten und daß schließlich auch eine Ausweitung der Finanzhilfe des Bundes an theatererhaltende Gemeinden eine dringende Notwendigkeit bedeutet."

\- - -

## Hochwasser-Hilfsappell des Städtebundes an die Gemeinden

7. November (RK) Der Österreichische Städtebund hat aus Anlaß der neuerlichen Hochwasserkatastrophe in mehreren österreichischen Bundesländern an die Bürgermeister aller seiner Mitgliedsgemeinden ein von Bürgermeister Bruno Marek als Obmann und von Bundesrat Otto Schweda als Generalsekretär des Städtebundes unterzeichnetes Rundschreiben gerichtet, in dem folgender Hilfsappell enthalten ist:

"Die tobenden Hochwässer und die donnernden Lawinen der letzten Tage haben das Jahr 1966 endgültig zu einem schweren Katastrophenjahr für Österreich werden lassen. Entsetzliche Verluste an Menschen und riesige Schäden an Hab und Gut machen die allseitige Hilfe zu einer Pflicht, der sich niemand entziehen darf.

Auch die Solidarität der Gemeinden muß in diesen Tagen schwerer Opfer wirksam werden. Wir rufen alle Mitgliedsgemeinden auf, wo und wie immer sie zur Hilfeleistung in der Lage sind, ihr möglichstes zu tun. Jenen Gemeinden, die bei Bekanntwerden des Umfanges der Katastrophenfälle sofort von sich aus Hilfsmaßnahmen eingeleitet haben, gilt unser aufrichtiger Dank.

Den von Hochwasser oder Lawinen schwer betroffenen Gemeinden und ihren Bürgern wendet sich unsere Anteilnahme zu. In ihrem Namen wenden wir uns an unsere Gemeinden: Helft selbst und helft helfen!"

\- - -

## Wien hilft wieder in den Hochwassergebieten Kärntens und Osttirols

### 32 Fahrzeuge und 66 Mann im Einsatz

7. November (RK) Bei den vergangenen zwei Hochwasserkatastrophen im vorigen Jahr und heuer hat Wien seine große Hilfsbereitschaft bereits unter Beweis gestellt. Nunmehr hat die Stadtverwaltung zum drittenmal die Initiative ergriffen und Hilfstruppen in die Hochwassergebiete von Kärnten und Osttirol entsandt.

Nachdem gestern nachmittag die Tiroler Landesregierung in Wien um Hilfe angesucht hatte, gab Vizebürgermeister Felix Slavik sofort den Auftrag, eine Hilfsmannschaft zusammenzustellen. Daraufhin wurden um 21.30 Uhr zwei Rüstwagen, zwei Lkws und ein Kommandofahrzeug der Wiener Feuerwehr mit 22 Feuerwehrleuten sowie zwei Schlammsaugefahrzeuge der Magistratsabteilung 48 (Fuhrpark) mit vier Begleitpersonen nach Osttirol in Marsch gesetzt.

In den späten Abendstunden des gestrigen Tages schaltete sich auch Bürgermeister Bruno Marek in diese Aktion ein und beauftragte Stadtrat Hubert Pfoch, eine Hilfstruppe für die Kärntner Überschwemmungsgebiete zusammenzustellen. Der Leiter der Magistratsabteilung 48, Senatsrat Dipl.-Ing. Franz Fischer, bereitete mit seinen Leuten die ganze Nacht hindurch den Einsatz vor.

Heute um 8 Uhr früh konnte der von der Magistratsabteilung 48 zusammengestellte Wagenzug bereits in Marsch gesetzt werden. Diese Hilfstruppe umfaßt 20 Lastkraftwagen, zwei Schlammsaugefahrzeuge, einen Werkstättenwagen, einen Tankwagen und ein Kommandofahrzeug. Der Wagenzug wird von 40 Mann begleitet, die bei den Räumungsarbeiten eingesetzt werden. Heute abend wird dieser Hilfszug in Villach eintreffen und vom Kärntner Baureferenten Landesrat Schober die Einsatzorte zugewiesen erhalten.

\- - -

## Förderungspreise der Stadt Wien für zehn junge Wiener

7. November (RK) Im Rahmen einer Feierstunde im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses wurden heute die Förderungspreise der Stadt Wien 1966 durch Bürgermeister Bruno Marek überreicht. Die Preise für Literatur erhielten Michael Guttenbrunner und Alois Vogel, für Musik Peter Christian Altmann und Helmut Erich Deutsch, für bildende Kunst Rudolf Schönwald, akademischer Maler, und Rudolf Schwaiger, akademischer Bildhauer, und für Wissenschaft Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher, Dr. Harald Niklfeld, a.o. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Schmidt und Dr. Gerlinde Zita.

Kulturstadtrat Gertrude Sandner hielt die Würdigungsrede für die zehn ausgezeichneten Literaten, Musiker, bildenden Künstler und Wissenschaftler, in der sie ausführte:

"Die Förderungspreise der Stadt Wien, die im Jahre 1951 vom Gemeinderat beschlossen wurden, fügen sich organisch in den Tätigkeitsbereich der Stadtverwaltung zugunsten von Kunst und Wissenschaft ein. Die Träger dieser Preise bilden einen eindrucksvollen Querschnitt durch das geistige und künstlerische Leben unserer Stadt.

Wir haben bisher zur Verleihung dieser Förderungspreise alljährlich in den Konferenzraum des Kulturamtes eingeladen. Heuer wird die Vergabe erstmals im Stadtsenatssaal durch die Anwesenheit unseres verehrten Herrn Bürgermeisters ausgezeichnet. Sowohl die Verlegung der Feier hierher als auch die Anwesenheit des Herrn Bürgermeisters stellen mehr als eine freundliche Geste dar. Es soll vielmehr damit das notwendige Ansehen, das der künstlerischen und wissenschaftlichen Arbeit in unserem Gemeinwesen zukommen muß, augenfällig dokumentiert werden.

Nun aber zu den Ausgezeichneten des Jahres 1966. In alphabetischer Reihenfolge darf ich zunächst bei dem Komponisten Peter Christian Altmann beginnen. Schon mit sieben Jahren erhielt Peter Christian Altmann den ersten Klavierunterricht, mit 14 Jahren kam er ans Konservatorium der Stadt Wien. In diese Zeit fallen auch seine ersten Kompositionsversuche. 1959 begann Peter Christian Altmann das Kompositionsstudium an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien, seit 1960 auch das Studium an der Eb-

./.

teilung für Musikerziehung. Nach der Lehramtsprüfung für Musik betrieb Herr Altmann zusätzliche Studien bei Professor Gottfried von Einem, war aber auch als Werkstudent und als Erzieher und Schilehrer beim Landesjugendreferat Wien tätig. Trotz dieser umfangreichen Tätigkeit entstand in der Zeit von 1961 bis jetzt eine stattliche Reihe von Liedern, Sonaten, Kompositionen für Quartette und Orchester, geistlichen Musikstücken und Variationen. Wir alle hoffen, daß Peter Christian Altmann noch viele Kompositionen schaffen wird.

Auch Helmut Erich Deutsch ist Komponist. Er wurde im Jahre 1945 in Wien geboren und hat speziell auf dem Gebiet der Bühnenmusik bereits Beachtenswertes geleistet. Er trat 1955 in das Konservatorium der Stadt Wien ein und bestand nach abgelegter Matura im Jahre 1963 die Staatsprüfung für Klavier und die Reifeprüfung in Musiktheorie mit Auszeichnung, 1964 erfolgte die Aufnahme in die Akademie. Seine Musik ist herb, besitzt starke Ausdruckskraft, persönliche Note und läßt gediegenes technisches Können erkennen; sie ist modern im besten Sinne des Wortes. Neben seinen schon erwähnten Bühnenmusiken, die mitgeholfen haben, die Schulaufführungen des Akademischen Gymnasiums und der Höheren Schule in der Rahlgasse weit über den Schulbetrieb hinaus bekanntzumachen, sind eine auf diversen Bällen gespielte Polonaise sowie Klavierstücke und Lieder nach Gedichten von Heine und Storm erwähnenswert.

Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher kommt aus einem ganz anderen Fachgebiet. Er studierte nach dem Krieg als Werkstudent an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Nach Abschluß des Studiums als Gutsadjunkt in Gutenhof bei Himberg in Niederösterreich tätig, wurde er dort nicht nur Gemeinderat sondern auch Präsident eines Fußballklubs. Seine ersten journalistischen und erzählerischen Arbeiten erschienen in der Arbeiter-Zeitung, in deren Redaktion er 1957 unter Oskar Pollak eintrat. Neben diesem Beruf widmete sich Gehmacher dem Universitätsstudium der Soziologie, gab 1962 seine Stellung als Redakteur auf und wurde freier Wissenschafter und Publizist. Kurz nach dem Entstehen des Instituts für empirische Sozialforschung schloß er sich 1965 dem Institut an und konzentrierte sich ausschließlich auf die soziologische Arbeit.

./.

Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Schul- Jugend- und Betriebssoziologie. Für seine journalistische Tätigkeit im Dienste der Jugend hat er bereits drei Staatspreise erhalten. Er ist auch Mitglied des Kollegiums des Stadtschulrates von Wien. Im Europaverlag und im Verlag Jungbrunnen sind mittlerweile seine ersten Bücher erschienen.

Michael Guttenbrunner wurde in Althofen in Kärnten geboren. Er hatte bereits verschiedene Berufe hinter sich, als er in Wien an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt zu studieren begann und sich als Autodidakt selbst ausbildete. Die Lektüre der 'Fackel' und die intensive Beschäftigung mit Karl Kraus haben sein Weltbild und seine Sprachauffassung geformt. Bereits 1947 erschien sein erster Gedichtband 'Schwarze Ruten', ihm folgte der Band 'Opferholz' (1954), ferner '18 Gedichte' (1957), dann 'Ungereimte Gedichte' (1959) und schließlich 1965 sein letzter Gedichtband 'Die lange Zeit'. Die Lyrik Guttenbrunners ist geprägt durch sein Leben, seine Herkunft und die Gedankenwelt seines Vorbildes Karl Kraus. Besondere Beachtung widmete er seiner Umwelt, von der er in mehreren einprägsamen Gedichten berichtet und die zugleich auch seine kritische Haltung gegenüber seiner Kärntner Heimat ausdrücken. Guttenbrunner erhielt im Jahre 1954 den Georg Trakl-Preis für Lyrik und im Jahre 1956 eine Förderung aus der [illegible] Dr. Theodor Körner Fonds-Stiftung. In den letzten Jahren ist Guttenbrunner auch als Herausgeber und Vortragender hervorgetreten. Als Herausgeber stammen von ihm die Anthologie 'Schmerz und Empörung' (1946) und 'Theodor Kramer, Vom schwarzen Wein' (1956). Gemeinsam mit Dr. Schick gibt Guttenbrunner auch die Zeitschrift 'Der Alleingang' heraus, in welcher eine Anzahl von Glossen, Polemiken und Gedichte von ihm erschienen ist.

Dr. Harald Niklfeld entstammt einer Wiener Arztfamilie. Er bereitete sich auf das Lehramt für Naturgeschichte vor und arbeitete zunächst am pflanzenphysiologischen Institut der Universität Wien.

./.

Im Beginn unseres Jahrzehnts trat er in die internationale Station für Geobotanik in Montpellier ein, wo sich ihm die Pflanzenwelt Südfrankreichs erschloß. Die Alpine Forschungsstelle Obergurgl der Innsbrucker Universität vermittelte Niklfeld andererseits die Kenntnis von der alpinen Vegetations- und Landschaftskunde in Österreich. Zusammen mit Professor Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Wagner arbeitete er an einer pflanzensoziologischen Kartierung des Stuhlecks in den Fischbacher Alpen. Während diese Kartierung als Gemeinschaftsarbeit erfolgt, bereitet er darüber hinaus eine vergleichend-pflanzengeographische Untersuchung der östlichen Randgipfel der Zentralalpen vor; dabei sollen besonders die Beziehungen ihrer Pflanzendecke zur westkarpatisch-sudetischen Vegetation geklärt werden. Eine erste pflanzensoziologische Erkundung des Wechsel-Massivs wurde von Dr. Niklfeld in diesem Zusammenhang schon durchgeführt. Auch der eigentümlichen und teilweise des Naturschutzes bedürftigen Sumpf- und Wasservegetation der pannonischen Niederung sind zwei Untersuchungsreihen gewidmet. Dr. Niklfeld, der dem botanischen Institut der Hochschule für Bodenkultur angehört, entfaltet eine umfangreiche Vortragstätigkeit und ist an weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen beteiligt.

Auch Dr. Gerhard Schmidt kam als Sohn eines Wiener Arztes zur Welt. Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in Paris 1949/50 wurde auf Grund seiner Dissertation über "Das französische Relief 1250 - 1400" 1951 zum Doktor der Philosophie promoviert. Seit dem Sommersemester 1959 versieht er den Lehrauftrag für Kunstgeschichte und Kunstbetrachtung an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Im Herbst 1958 habilitierte er sich mit seiner Arbeit über "Die Armenbibeln des XIV. Jahrhunderts" an der Universität Wien und erhielt mit Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht 1959 die Venia Legendi für "Mittlere und neuere Kunstgeschichte". Während von seinen Büchern die "Neue Malerei in Österreich" sowie "Die Malerschule von St. Florian" hervorzuheben sind, müssen wir uns mit der Erwähnung von 17 größeren und 30 kleineren Aufsätzen begnügen.

./.

Rudolf Schönwald wurde durch die Ereignisse der Kriegszeit von Hamburg nach Ungarn verschlagen. Nach den Drangsalen des Krieges ließ er sich in Wien nieder und besuchte die Akademie der Bildenden Künste.

Schönwald wandte sich bald ausschließlich der Graphik zu. Er schuf eine Reihe von Graphikzyklen, zu Daniel Defoes "Captain Sigleton", Voltaires "Candide", Rabelais "Gargantua und Pantagruel" und Alfred Jarrys "König Ubu". Mit diesen graphischen Arbeiten erreichte Rudolf Schönwald eine beachtliche künstlerische Höhe, die ihm gute Kritiken und in- und ausländische Preise eintrug. Das Visionäre, Spukhafte, Hintergründige, auch das Groteske scheint, wie seine bisherigen Arbeiten zeigen, seinem Wesen besonders zu liegen. Seine Begabung liegt weit über dem Durchschnitt und viele seiner Arbeiten halten Vergleiche mit höchsten Leistungen der graphischen Kunst stand. Schönwald beteiligte sich an Ausstellungen im In- und Ausland, und zeigte in Wien und Salzburg Kollektiven. Arbeiten von Schönwald befinden sich im Besitz der Graphischen Sammlung Albertina, des Bundesministeriums für Unterricht, des Kulturamtes der Stadt Wien sowie in privaten Sammlungen des In- und Auslandes.

Der akademische Bildhauer Rudolf Schwaiger wurde in Ebensee geboren, besuchte die Holzfachschule in Hallstatt und die Akademie der Bildenden Künste - Klasse Professor Fritz Wotruba - in Wien. Schwaiger ist vor allem als Stein- und Holzbildhauer bekannt geworden. Er ist Figuralist und fühlt sich vor allem einem klaren, formstrengen Stil verpflichtet. Gewisse Anklänge an die heimatliche Folklore sind in seiner Arbeit ebenso spürbar, wie die Tatsache, daß er Schüler von Fritz Wotruba war. Die Einstellung, die Schwaiger zur Erfüllung seiner Arbeit hat, ist stark emotionell. Das gibt seinen Plastiken eine ursprüngliche, menschliche Wärme. Schwaiger hat für die Gemeinde Wien eine Reihe von Aufträgen erfüllt, vor allem Rundplastiken und Reliefs, vorwiegend in Naturstein. Er ist auch ein hervorragender Kleinplastiker. In den Ausstellungen der 'Secession', deren

./.

Mitglied er ist, trat Schwaiger mit Arbeiten hervor und erntete bei der Kritik Zustimmung.

Der Schriftsteller Alois Vogel ist gebürtiger Wiener. Er erlernte das Installateurhandwerk, bildete sich aber autodidaktisch weiter und besuchte zahlreiche Kurse an den Wiener Volkshochschulen. Auch an der Akademie der bildenden Künste war er eine Zeitlang Hörer. Während einer Tätigkeit im Armandusverlag entstand seine erste Novelle 'Das andere Gesicht' (1959). Seitdem hat Vogel an mehreren Romanen gearbeitet. Im Jahre 1964 erschien 'Jahr und Tag Pohanka'. Auch als Lyriker ist Vogel vielfach hervorgetreten, so bereits in den 'Stimmen der Gegenwart', in verschiedenen Zeitschriften und mit einem eigenen Band in der Reihe Felmayers 'Neue Dichtung aus Österreich' unter dem Titel 'Zwischen Unkraut und blühenden Bäumen'. In den Kunstzeitschriften 'Alte und neue Kunst' und 'Speculum artis' wurden viele Aufsätze über moderne Kunst aus der Feder Alois Vogels veröffentlicht.

Der Anfangsbuchstabe ihres Familiennamens zwingt mich, Dr. Gerlinde Zita als letzte in der Reihe der nunmehr Begrüßten zu nennen; Frau Dr. Zita, Facharzt für interne Medizin, würde jedoch einen besonderen Platz in dieser Reihe verdienen. Sie ist seit 1962 ausschließlich im nuklearmedizinischen bzw. Isotopenlaboratorium des städtischen Krankenhauses in Lainz tätig. Ihre Ausbildung erwarb sie in England und im Rahmen eines Europarat-Stipendiums im Kantonspital von Zürich. Von 1962 bis 1964 war sie Konsulentin im Reaktorzentrum Seibersdorf. Die Anwendung radioaktiver Isotope in der medizinischen Diagnostik und Therapie wurde erst nach dem letzten Weltkrieg routinemäßig entwickelt, sodaß man hier von einem relativ jungen Fachgebiet sprechen muß. Der Wert nuklearmedizinischer Diagnostik liegt darin, daß hier Möglichkeiten, vor allem in der frühzeitigen Erkennung von bösartigen Geschwülsten, geschaffen wurden, wo andere Methoden nicht ausreichen, versagen oder

./.

nicht durchgeführt werden können.

Frau Dr. Zita hat in den vier Jahren ihrer alleinigen Tätigkeit im Isotopenlaboratorium des Lainzer Krankenhauses nicht nur die einzelnen Methoden, welche in alle Fachgebiete der Medizin reichen, wesentlich erweitert und die Patientenzahl beträchtlich erhöht, sondern auch darüber hinaus ein beachtliches wissenschaftliches Programm bewältigt. Von ihren bisher 45 Publikationen, Vorträgen und Artikeln befassen sich 36 mit der Isotopenmedizin. Ihre besonderen Verdienste liegen auf dem Gebiet der bildmäßigen Darstellung von Organen und deren krankhaften Veränderungen. In reger Kontaktaufnahme und im Gedankenaustausch mit ausländischen Fachleuten sowie durch den Erfolg ihrer beiden Vorträge auf dem deutschen nuklearmedizinischen Kongreß vom Vormonat in Heidelberg, hat sie Österreich im Ausland gut vertreten und für das Lainzer Krankenhaus im Sinne Professor Tandlers gearbeitet.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bürgermeister, die Überreichung der Förderungspreise der Stadt Wien vorzunehmen."

Internationale Karriere von Förderungspreisträgern

Bürgermeister Bruno Marek sagte in seiner Festansprache:

"Wenn die Verleihung der Förderungspreise heuer erstmals in diesem traditionsreichen Raum des Rathauses vorgenommen wird, so ist dies - wie Frau Stadtrat Sandner ja schon betont hat - wirklich mehr als eine freundliche Geste. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, wie sehr der Gemeindeverwaltung die Förderung der jungen, kulturschaffenden Generation am Herzen liegt. Das demokratische Gemeinwesen hat unter den zahlreichen Angelegenheiten, die sie aus privaten Händen übernehmen mußte, auch die Verpflichtung übernommen, Kunst und Wissenschaft, jene wichtigen Fermente der menschlichen Entwicklung, zu behüten und ihr Wachstum sorgsam zu pflegen.

Dazu gehören freilich zahlreiche wenn und aber, die sich aus der Geschichte der menschlichen Kultur ergeben haben.

./.

Als jener römische Patrizier Mäcenas durch seine Zuwendungen an die Dichter seiner Zeit der Praxis des Mäcenatentums seinen Namen gab, da tauchte schon die Frage auf, ob damit auch die Verpflichtung verbunden sei, sein Lob zu singen. Und diese Frage ist immer wieder gestellt worden; im Zeitalter der feudalen Gesellschaft, als die Könige und Fürsten ihre Dichter und Musiker beschenkten und ihnen auch die Möglichkeit gaben, sorgenfrei an ihren Höfen zu schaffen wie auch im Zeitalter des Entstehens der großen Vermögen. 'Wess' Brot ich esse, dess' Lied ich singe' - dieses Wort stammt aus der Literatur dieser Zeitalter. Nun, der fürstliche Mäzen und der Mäzen aus der Geldaristokratie sind nicht mehr. Staat, Länder, Städte und öffentliche Organisationen der verschiedensten Art haben ihr Erbe angetreten. Sie geben dem Künstler Aufträge, kaufen seine Werke und verleihen ihm auch Preise. Will nun die Gemeinschaft eine Gegenleistung dafür? Soll der Dichter so dichten, der Musiker so komponieren und der Maler so malen, wie es der 'öffentliche Mäzen' verlangt? Nun wir wissen, daß es in nicht demokratischen Staaten üblich ist, daß dem Kulturschaffenden vorgeschrieben wird, wie er zu dichten, zu musizieren und zu malen habe, ja, daß nicht nur der Inhalt des Kunstwerkes, sondern auch dessen Form vorgeschrieben wird, daß nur das Gnade findet, was dem jeweiligen System der Diktatur nützt. Die demokratische Gemeinschaft verlangt keine Unterwerfung des Künstlers; er ist frei in seinem Schaffen. Und nur dort, wo Freiheit in Kunst und Wissenschaft ist, gibt es auch eine Weiterentwicklung. Nur dort wird Kunst und Wissenschaft zur Freude für den Schaffenden selbst und für den, für den sie geschaffen wurde. Förderung im demokratischen Gemeinwesen ist Förderung alles dessen, was mit Bemühen erarbeitet wurde.

Eine andere Frage ist die, ob es überhaupt gut ist, dem jungen Kulturschaffenden finanziell zu helfen, ob nicht die Not und die Sorge zum kulturellen Schaffensprozeß notwendig sind, ob sich nicht das junge Talent allein und ohne äußere Hilfe durchringen müsse?

Wir können aus der Geschichte von Kunst und Wissenschaft so viele Beispiele nennen, wie kostbare Talente zugrunde gehen mußten, weil sie den Existenzkampf nicht führen konnten, daß viele von ihnen, die der Menschheit unsterbliche Werke schenkten, ein jämmerliches und unwürdiges Leben führen mußten, weil sich die Ge-

./.

meinschaft nicht um sie kümmerte. Nein, ich glaube, wir können gar nicht genug tun, um dem jungen Künstler und Wissenschaftler zu zeigen, wie sehr uns an ihm gelegen ist und müssen immer neue Wege suchen, um die Kulturförderung lebendig und fruchtbar zu machen; Preise zu vergeben ist nur ein Weg von vielen. Es ist vielfach schon von einer 'Preisinflation' gesprochen worden. Wenn in Kürschners Literaturkalender nicht weniger als 203 Literaturpreise verzeichnet sind, die gegenwärtig im deutschen Sprachgebiet vergeben werden - auf den anderen Gebieten werden es nicht wesentlich weniger sein - so könnte man bei oberflächlicher Betrachtung meinen, das sei tatsächlich zuviel des Guten. Nein, es ist nicht zu viel, denn jeder dieser Preise bedeutet neue Ermutigung für den Künstler und Wissenschaftler, bedeutet aktive Hilfe und innere Genugtuung.

Ein weiterer Einwand gibt zu bedenken, ob eine einmalige Preisverleihung für den jungen Kulturschaffenden wirkliche Hilfe bedeutet, ob sich nicht die Gemeinschaft damit loskaufen will, indem sie ihn einmal in den Vordergrund stellt und dann sich nicht mehr um ihn kümmert. Der Einwand ist berechtigt. Die Stadt Wien für ihren Teil hat zur Weiterbetreuung auch die Einrichtung der 'Literaturförderung' durch Ankauf einer größeren Anzahl von Büchern geschaffen, sie vergibt an die bildenden Künstler zahlreiche Aufträge bei ihren Neubauten, sie hilft bei der Drucklegung wissenschaftlicher Arbeiten und fördert laufend Musiker-Talente.

Schließlich wäre auch die Frage zu beantworten, ob es wirklich die Richtigen sind, die mit einem Förderungspreis ausgezeichnet werden. Ein Förderungspreis ist keine endgültige Auszeichnung wie es etwa der Würdigungspreis der Stadt Wien ist. Er ist ein Hoffnungspreis, der auf dem Weg der Entwicklung der künstlerischen und wissenschaftlichen Persönlichkeit verliehen wird. Er soll zeigen, daß die Öffentlichkeit das Bemühen des Betreffenden kennt und daß sie in ihn die Hoffnung auf ein weiteres Bemühen setzt. Vielleicht ist es im Zusammenhang mit dieser Frage interessant, was denn eigentlich aus den 150 jungen Künstlern und Wissenschaftlern geworden ist, die von 1951 bis 1965 den Förderungspreis erhielten.

./.

Wenn man die Verleihungen der ersten Jahre durchgeht, so sind beispielsweise die bildenden Künstler Moldovan, Hoflehner, Avramidis und Eckert heute bereits Träger des Würdigungspreises der Stadt Wien, also des höchsten Anerkennungspreises für ein künstlerisches Gesamtwerk. Eckert ist übrigens auch vor kurzem Präsident der Wiener Secession geworden, Hoflehner und Fuchs haben internationale Geltung als bedeutende Künstler errungen. Von den Wissenschaftlern haben Mayer-Maly, Toman, Topitsch und Strelka Berufungen als Universitätsprofessoren erhalten, drei von ihnen allerdings - und das muß leider gesagt sein - nicht in Österreich. Wieland Schmied ist Leiter einer großen kulturellen Stiftung in Deutschland, Helmut Schwarz Direktor des Reinhardt-Seminars. Alle anderen haben weiter gearbeitet, weiter geschrieben und weiter geforscht. Nahezu kein einziger von ihnen ist ohne Erfolg geblieben.

Ich glaube, daß die Stadt Wien mit ihren Bemühungen um die Kulturförderung auf dem rechten Wege ist. Kultur selbst schaffen kann sie allerdings und soll sie auch nicht. Ich bin sicher, daß auch die Damen und Herren, denen ich heute den Förderungspreis der Stadt Wien überreiche, in ihrer weiteren Arbeit den Weg weitergehen werden und auf ihren Gebieten uns noch viele Arbeiten schenken werden.

Des großen Erbes der Stadt bewußt

Alois Vogel sprach im Namen der Ausgezeichneten die Dankesworte:

"Es wurde mir die ehrenvolle Aufgabe zuteil, im Namen der heute Ausgezeichneten den Dank auszusprechen. Wir alle wissen, welch große Aufgaben die Stadt Wien in bau- und verkehrstechnischer Hinsicht in nächster Zeit zu bewältigen hat. Wir wissen, daß es der Hauptstadt eines Landes von sieben Millionen Einwohnern nicht leicht ist, Aufgaben zu erfüllen, die einst der Metropole eines Reiches, das mehr als 52 Millionen zählte, oblagen. Spannungen und Probleme tauchen auf, die in den Zeiten, da die Not eine allgemeine war, doch nicht oder auf ganz anderer Ebene zur Austragung kamen. Wir wissen, daß es große Anstrengung kostet und weiterhin kosten wird, als Hauptstadt eines solch kleinen Landes

./.

nicht dem Provinzialismus zu verfallen. Wir wissen, welche Probleme sich aus der Lage unserer Heimatstadt am Rande der beiden Hemisphären Ost und West ergeben. Wir glauben aber auch, daß gerade aus diesen Gegebenheiten eine Verpflichtung und eine Chance erwächst. Die Verpflichtung, aus dieser Grenzsituation zu handeln und die Chance, auf große Erfahrung zurückgreifen zu können. Wenn ich Erfahrung sage, denke ich an jene, die vom Vielvölkerstaat bis zur schicksalhaften Verteidigung der Demokratie in der Ersten Republik reicht. Wenn ich Verpflichtung sage, denke ich an die Möglichkeit, aus beiden geistigen Bereichen und in beide geistige Bereiche hinein wirken zu können. Ich glaube, im Sinne aller Ausgezeichneten zu sprechen, wenn ich hier gleichsam als Dank für das uns heute bekundete Vertrauen vor Ihnen, den Vertretern der Stadt, versichere, daß wir Künstler und Wissenschaftler unser Möglichstes tun werden, dieses Erbe zu nützen und dieser Verpflichtung nachzukommen."

\- - -

## Stadt Wien spendet für Heribert Meisel-Fonds

7. November (RK) Die Stadt Wien hat wunschgemäß anläßlich des Begräbnisses des Sportjournalisten Heribert Meisel keinen Kranz am Grabe niederlegen lassen. Stattdessen wurde im Auftrag von Kulturstadtrat Gertrude Sandner an den Heribert Meisel-Jugendförderungsfonds ein entsprechender Betrag überwiesen.

\- - -

## 500 Rathaus-Beamte wurden geimpft

7. November (RK) Am Donnerstag der vorigen Woche und heute war ein Impfteam des Gesundheitsamtes der Stadt Wien ins Rathaus gekommen, um den Beamten Gelegenheit zu geben, sich an der Tetanus-Schutzimpfung zu beteiligen. Insgesamt machten 500 Rathaus-Beamte von der Möglichkeit Gebrauch, sich den Impfstoff mit der Pistole in den Arm schießen zu lassen. Zur zweiten Teilimpfung Anfang Dezember wird wieder ein Team des Gesundheitsamtes im Rathaus erwartet.

Aber nicht nur die Rathaus-Beamten, auch alle anderen Wiener haben weiterhin Gelegenheit, sich gegen Wundstarrkrampf impfen zu lassen. Diejenigen Personen, die die erste Teilimpfung schon hinter sich haben, können die zweite Teilimpfung im Hauptgesundheitsamt, 1, Schottenring 24, 2. Stock, Zimmer 217, am 29. November von 15 bis 16 Uhr, sowie am 6. und 13. Dezember von 9 bis 12 Uhr bekommen. Außerdem wird in jedem Bezirksgesundheitsamt jeweils Dienstag und Freitag in der Zeit von 9 bis 11 Uhr geimpft. Dort werden auch Erst-Imfpungen vorgenommen.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

7. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 5 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, ausländische Weintrauben 4 bis 12 S je Kilogramm.

\- - -

## Wahlkomissär der Wiener Tierärzte angelobt

7. November (RK) Bürgermeister Bruno Marek nahm heute in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann von Wien die Angelobung des Vorsitzenden und des Vorsitzenden-Stellvertreters der Landeswahlkommission für die Neuwahl der Vorstandsmitglieder der Landeskammer der Tierärzte vor. Die Wiener Landesregierung hat Obermagistratsrat Dr. Otto Dolezel von der Magistratsabteilung 58 beziehungsweise Oberveterinärrat Dr. Adolf Zaloudek vom Veterinäramt in diese Ämter berufen. Der Wahlkommissär und dessen Stellvertreter legten in die Hand des Landeshauptmannes das Gelöbnis der strengen Unparteilichkeit ab. Die Neuwahl der Vorstandsmitglieder der Landeskammer der Tierärzte Wiens findet voraussichtlich am 16. Februar 1967 statt.

\- - -

## Wiener Gemeinderat berät U-Bahn-Projekt

7. November (RK) Bürgermeister Bruno Marek hat den Wiener Gemeinderat für Donnerstag, den 17. November, zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Zur Diskussion steht das von der Wiener Stadtplanung gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben ausgearbeitete U-Bahn-Konzept. Referenten der Stadtplanung und der Verkehrsbetriebe werden den Gemeinderat über die beabsichtigten Planungen unterrichten. Im Anschluß daran ist eine ausführliche Debatte vorgesehen. Die Sitzung beginnt um 8.30 Uhr.

\- - -

## 70. Geburtstag von Adelbert Muhr

7. November (RK) Am 9. November 1966 vollendet der Wiener Schriftsteller Adelbert Muhr sein 70. Lebensjahr.

Adelbert Muhr, der 1896 in Wien geboren wurde, ergriff die Beamtenlaufbahn bei der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und lernte dabei die Donau kennen, die auch das Hauptthema seiner Schilderungen und der Schauplatz seiner Romane sind. Nach zahlreichen Artikeln in der Tagespresse erschien im Jahre 1945 sein erster großer Roman "Der Sohn des Stroms" (der das Lebensschicksal eines Donauschiffes breit ausgesponnen behandelt). Sein zweiter großer Roman, der die Theiß in den Mittelpunkt stellt, "Die Theißrhapsodie" (1949), ist eine recht spannende Erzählung von der Leidenschaft eines Theißfischers zu einem reichen Mädchen. Später schloß sich Muhr als Feuilletonist der Redaktion des "Neuen Österreich" an und veröffentlichte 1953 den Roman ".. und ruhig fließt der Rhein", der Menschenschicksale am Rheinstrom im Rahmen einer Erzählung darstellt. Das Buch "Sie haben uns alle verlassen" ist ein symbolischer Roman vom Ende der österreichischen Monarchie. "In der Zaubersonne der Rhone", das die Reise des Verfassers auf diesen Strom schildert, wendet er sich wieder einem Fluß zu. Muhr hat sich auch auf dem Gebiete der Wiener Heimatkunde Verdienste erworben, so mit seinem Praterbuch. Seine letzte Publikation "Vom alten Jellinek-Pollak-Streinz zu mir selbst" umfaßt literarische Essays über Österreichische Schriftsteller.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Gertrude Sandner haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

## Wiener Feuerwehr-Taucher nach Osttirol

7. November (RK) Zusätzlich zu unserem heutigen Bericht über die Hilfe der Stadt Wien in den Hochwassergebieten (Blatt 3202) erfahren wir, daß heute nachmittag noch ein Mehrzweckfahrzeug der Feuerwehr der Stadt Wien nach Silian in Osttirol abgefahren ist. Die Feuerwehrleute nehmen zwei Taucher mit Ausrüstung mit, die im Katastrophengebiet zur Bergung von Tierkadavern eingesetzt werden müssen. Ferner werden die Feuerwehrleute Medikamente des Roten Kreuzes ins Katastrophengebiet befördern.

\- - -

## Rinderhauptmarkt vom 7. November

7. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 80 Ochsen, 388 Stiere, 729 Kühe, 167 Kalbinnen, Summe 1.364. Gesamtauftrieb und verkauft dasselbe.

Preise: Ochsen 13 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.60 S (10 Stück), Stiere 13.30 bis 16.30 S, extrem 16.70 bis 16.80 S (2 Stück), Kühe 9.50 bis 13 S, extrem 13.30 bis 13.70 S (9 Stück), Kalbinnen 12.70 bis 16 S, extrem 16.20 bis 16.50 S (5 Stück), Beinlvieh Kühe 8 bis 9.40 S, Ochsen und Kalbinnen 8 bis 12.50 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 4 Groschen, bei Stieren um 11 Groschen, bei Kühen um 43 Groschen und bei Kalbinnen um 37 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für Ochsen 14.91 S, Stiere 15.05 S, Kühe 10.92 S, Kalbinnen 14.34 S; Beinlvieh verbilligte sich im Durchschnitt um 50 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Sensationelle Funde aus der Frühgeschichte Wiens

### Ein Vortrag im Verein für Geschichte der Stadt Wien

8. November (RK) Nach der Abtragung der baufälligen Häuser Sterngasse 3 und 5 im 1. Bezirk wurden an dieser Stelle im Bereich des ehemaligen Berghofs römische und frühmittelalterliche Fundamente entdeckt. Bei den seit vorigem Jahr laufenden Untersuchungen dieser überaus wertvollen archäologischen Funde konnte eine weitere sensationelle Entdeckung gemacht werden: Anhand der Fundamente beziehungsweise der sogenannten Kulturschichten kann zum erstenmal der wissenschaftlich eindeutige Beweis dafür erbracht werden, daß Wien kontinuierlich besiedelt war. Das heißt also, die Archäologen können nunmehr nachweisen, daß es in der Frühgeschichte Wiens keine Lücke in der Zeit zwischen dem Abzug der Römer und den ersten urkundlichen Nennungen Wiens im Mittelalter gegeben hat.

Oberstaatskonservator Dr. Hertha Ladenbauer-Orel, die diese Untersuchungen leitet, befaßt sich am kommenden Freitag, dem 11. November, in einem Vortrag im Rahmen der Veranstaltungen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien mit diesen sensationellen Funden. Der Vortrag (mit Lichtbildern) unter dem Titel "Die Entstehung des Berghofs in der Reststadt - Ein Beitrag der Archäologie zum Werden Wiens" findet um 18 Uhr im Hörsaal des Zeitungswissenschaftlichen Instituts, Neues Institutsgebäude der Universität Wien, 1, Universitätsstraße 7, Stiege 3, 1. Stock, statt.

Der diesem Vortrag zugrunde liegende ausführliche Bericht von Dr. Ladenbauer-Orel wird im nächsten "Jahrbuch des Vereines für Geschichte der Stadt Wien" im Druck erscheinen. Das neue Jahrbuch wird in Kürze erhältlich sein.

\- - -

## Bürgermeister Marek besucht Esperanto-Museum

### Wien besitzt größte Esperanto-Bibliothek der Welt

8. November (RK) Bürgermeister Bruno Marek besuchte heute das Internationale Esperanto-Museum im Reichskanzleitrakt der Wiener Hofburg. Er wurde vom Gründer und langjährigen Leiter dieses Instituts, Hofrat Hugo Steiner, und dem gegenwärtigen Museumsleiter, Staatsbibliothekar Dr. Walter Hube, durch die vier Säle dieser interessanten Sammlung geführt.

Das Esperanto-Museum, das 1927 mit einigen wenigen Exponaten in einem bis dahin als Pferdestall dienenden Raum in einem Hinterhof der Annagasse gegründet wurde, hat sich in jahrzehntelanger, mühevoller Kleinarbeit zur bedeutendsten Sammlung dieses Fachgebietes entwickelt, konnte 1928 in die Hofburg übersiedeln und wurde organisatorisch der Österreichischen Nationalbibliothek angeschlossen. Einzigartig ist die Sammlung von Esperanto-Literatur, die hier zusammengetragen wurde. Mit einem Bestand von 14.000 Bänden besitzt das Museum die größte Esperanto-Bibliothek der Welt. Die Bücher stammen zum Teil aus Nachlässen, die begeisterte Esperantisten in aller Welt dem Wiener Museum vermacht haben. Auch die 1.500 Bände umfassende Sammlung von Hofrat Steiner wurde in den Besitz des Institutes überführt.

An Hand zahlreicher Sammlungen von Druckwerken, Plakaten, Briefen mit Sondermarken und Sonderstempel und Fotografien gibt das Museum einen lückenlosen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Esperantobewegung und über die Bedeutung, die sie auch heute noch in allen Teilen der Welt besitzt. Wien nimmt Dank der Förderung durch Esperantisten in hohen und höchsten Ämtern eine Sonderstellung ein und wurde mit Recht als das Mekka der Esperantobewegung bezeichnet. Viele bedeutende Esperantistenkongresse fanden bereits hier statt und das Museum in der Hofburg stellt auch alljährlich einen großen Anziehungspunkt für viele einzelreisende Esperantisten aus aller Welt dar.

Der Bürgermeister zeigte sich von der Sammlung und dem Idealismus beeindruckt mit dem sie aufgebaut wurde und ständig erweitert wird. Er trug sich auch in das große Ehrenbuch des Esperanto-Museums ein, das bereits die Namenszüge vieler bedeutender Persönlichkeiten der letzten Jahrzehnte enthält. Er wünschte Hofrat Steiner, der trotz seiner 89 Lebensjahre intensiv für die Esperantobewegung tätig ist, noch viele Jahre erfolgreiche Arbeit.

\- - -

## Erhaltung eines Alt-Wiener Vorstadtviertels

### Wird der Spittelberg ein Wiener "Quartier latin"?

8. November (RK) Die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zur Erhaltung eines der wenigen noch vorhandenen typischen Alt-Wiener Vorstadtviertel genehmigte heute der Wiener Stadtsenat auf Antrag von Stadtrat Kurt Heller.

Der Stadtteil zwischen Burggasse, Breite Gasse, Siebensterngasse und Sigmundgasse im 7. Bezirk - im Volksmund Spittelberg genannt - wird durch nicht weniger als neun denkmalgeschützte Alt-Wiener Bürgerhäuser charakterisiert. Das reizvolle Stadtbild, zu dem auch die engen Gäßchen gehören, wird allerdings durch übermäßig hohe Bauten aus der Gründerzeit, die das Gebiet durchsetzen, beeinträchtigt. Das Bundesdenkmalamt und die Fachleute der Wiener Stadtplanung sind sich jedoch darüber einig, daß dieses hübsche Alt-Wiener Vorstadtviertel nach Möglichkeit erhalten und saniert werden muß. Der vom Bauausschuß behandelte Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für dieses Gebiet, der zur endgültigen Beschlußfassung noch dem Gemeinderat zugeleitet wird, soll dafür die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

So reizvoll das äußere Bild der engen Gäßchen mit seinen schönen, wenn auch zum Teil schon recht renovierungsbedürftigen Fassaden ist, so trist sind doch die Wohnverhältnisse hinter diesen Fassaden. Von den 517 Wohnräumen dieses Viertels befinden sich 292 in Bauten, die vor 1860 errichtet wurden und dementsprechend "abgewohnt" sind. Der größte Teil der Haushalte hat kein Wasser und kein WC innerhalb des Wohnungsverbandes. Bei der letzten Wohnungszählung 1961 kam als besonderes Kuriosum zutage, daß in dem gesamten Stadtteil nur zwei Badezimmer existierten. Schon damals waren 25 Wohnungen nicht mehr bewohnt und die Bevölkerungsstruktur zeigte eine starke Überalterung: Von den 566 Bewohnern waren 252 über 50, 159 sogar über 60 Jahre alt. 90 Prozent der Bewohner lebten in Ein- und Zweiraum-Wohnungen. Ähnlich sind die Verhältnisse bei den 38 Gewerbebetrieben dieses Gebietes. Von den 67 Geschäftsräumen standen schon 1961 neun seit Jahren leer. Wirklich lebensfähig erscheinen nur die Geschäfte am Rande des Viertels, also an den Hauptverkehrsstraßen Burggasse, Breite Gasse oder Siebensterngasse.

./.

Ziel der beantragten Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ist es, aus dem ganzen Viertel ein einheitlich niedrig bebautes Teilgebiet herauszuschälen. Die typischen engen Gassen sollen erhalten bleiben und die Abgrenzung gegen die bereits höher bebauten Liegenschaften möglichst organisch gestaltet werden. Die kleine Parkanlage zwischen Kirchberggasse und Guttenberggasse soll erhalten bleiben, weil es in diesem Gebiet ohnehin einen Mangel an Grünflächen gibt.

Pläne um ein Studentenviertel

Das Wirtschaftsreferat der Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung hat sich auch schon darüber Gedanken gemacht, wie der Stadtteil in Zukunft entsprechend ökonomisch ausgenützt werden kann. Wie gesagt, es handelt sich nur um Gedanken!

Bei den gegenwärtigen Nutzungsverhältnissen - fast nur Klein- und Kleinstwohnungen mit niedrigen Mieten und kleine Gewerbebetriebe - erscheint eine Erhaltung der Baulichkeiten nicht möglich. So wurde in diesem Zusammenhang eine Studie ausgearbeitet, die vorschlägt, aus dem Stadtteil um den Spittelberg ein Studentenviertel zu machen, ähnlich wie es das "Quartier latin" in Paris darstellt. Tatsächlich sind von hier alle Universitäts- und Hochschulinstitute, wissenschaftlichen Bibliotheken und Museen leicht zu erreichen. Die erhaltungswürdigen Altbauten bieten genügend Raum für 250 bis 300 moderne Studentenzimmer mit sanitären Anlagen, Gemeinschaftsräumen und Küchen. Damit diese Zimmer ganzjährig ausgelastet werden, könnten in den Sommermonaten Hörer der Internationalen Hochschulwochen sowie jugendliche Touristengruppen oder Kongreßteilnehmer hier untergebracht werden. Mit dem Ertrag aus der Vermietung der Studentenzimmer könnten auch bei Berechnung niedriger Mieten die Mittel aufgebracht werden, um die Gebäude zu erhalten und die Betriebskosten zu decken.

Soweit die "Gedanken" der Stadtplanung. Die Flächenwidmungsänderung läßt jedenfalls viele Möglichkeiten offen.

\- - -

## Christbaummarkt vom 8. bis 24. Dezember

4. November (RK) Der Christbaummarkt wird in Wien in der Zeit vom 8. bis 24. Dezember abgehalten. Die Lagerung der Christbäume kann schon ab Montag, den 28. November, vorgenommen werden.

Die ordnungsgemäße Räumung der Verkaufsplätze hat spätestens am Samstag, dem 24. Dezember, zu erfolgen.

Die Zuweisung der Verkaufsplätze für Lagerung und Verkauf der Christbäume erfolgt in der örtlich zuständigen Marktamtsabteilung über schriftliches Ansuchen nach Maßgabe freier Plätze in der Zeit von Montag, den 7. November, bis Freitag, den 11. November, und von Montag, den 21. November, bis Freitag, den 25. November, täglich von 8 bis 9 Uhr und von 14 und 15 Uhr, gegen Vorlage des Gewerbescheines oder Produzentennachweises sowie des letzten Zuweisungsbescheides und der letzten Standjuxte.

\- - -

Vom 26. November bis 2. Jänner:

## Wiener Christkindlmarkt wieder in Hernals

8. November (RK) Der diesjährige Wiener Christkindlmarkt wird wieder in Hernals, und zwar in der Kalvarienberggasse, vom Elterleinplatz bis zur Geblergasse, und am Sankt Bartholomäus-Platz abgehalten. Er findet von Samstag, den 26. November, bis Montag, den 2. Jänner, statt.

\- - -

## 102. Geburtstag in Hetzendorf

8. November (RK) In der Siedlung Rosenhügel in Hetzendorf, Schurzgasse 60, feiert heute Leopoldine Rolland ihren 102. Geburtstag. Zu diesem Anlaß überbrachten ihr Bürgermeister Bruno Marek und Bezirksvorsteher Wilhelm Hradil die Glückwünsche und Ehrengeschenke der Stadt Wien.

Frau Rolland wurde am 8. November 1864 - also zwei Jahre vor der Schlacht von Königgrätz - in Gumpendorf geboren, das damals noch ein Vorort Wiens war. Sie verbrachte ihre ganze Lebenszeit in Wien, wo auch ihre sieben Kinder zur Welt kamen, von denen heute noch vier am Leben sind. Die Jubilarin ist körperlich und geistig rüstig, hört und sieht gut und hat die Folgen eines Oberschenkelhalsbruches, den sie kurz vor ihrem 100. Geburtstag erlitten hat, völlig überwunden.

Bürgermeister Bruno Marek war über den Gesundheitszustand des "Geburtstagskindes" hoch erfreut und gab der Hoffnung Ausdruck, Frau Rolland im nächsten Jahr zum 103. Geburtstag wieder gratulieren zu können.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

8. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 3 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm, Endiviensalat 2 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 5 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Birnen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Expositurklassen für Wiener Kinder in Niederösterreich

8. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat beschlossen, auch im laufenden Schuljahr Expositurklassen in den Kinderheimen Altenberg bei Greifenstein und Wimmersdorf bei Neulengbach aufrecht zu erhalten. Seit Jahren führen die Volksschule 19, Managettagasse und die Sondererziehungsschule Hohe Warte eigene Klassen für die Zöglinge der genannten Kinderheime in Niederösterreich, in denen das städtische Jugendamt aus sozialfürsorgerischen Gründen Wiener Kinder betreut. Wiener Lehrer der betreffenden Wiener Stammschulen erteilen in diesen Expositurklassen Unterricht. Für die Beistellung der Unterrichtsräume sowie deren Beleuchtung, Reinigung und Beheizung wird den Kinderheimen von seiten der Stadt Wien eine finanzielle Vergütung geleistet.

\- - -

## Förderung der Filmfreunde Österreichs

8. November (RK) Einem Ansuchen der Gesellschaft der Filmfreunde Österreichs entsprechend,hat der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates eine Subvention für ihre Tätigkeit im Dienst des guten Films gewährt. Bekanntlich veranstaltet die Gesellschaft im Kinosaal der Albertina regelmäßig Filmabende, wobei die sorgfältige Auswahl der gezeigten Streifen und das große Interesse breiter Publikumskreise eine finanzielle Förderung rechtfertigen.

\- - -

## Bürgermeister Marek kondoliert zum Tod von Oberstleutnant Elmayer

8. November (RK) Anläßlich des Ablebens des Doyens der Wiener Tanzlehrer, Oberstleutnant a.D. Willy Elmayer-Vestenbrugg, richtete Wiens Bürgermeister Bruno Marek an die Mitarbeiter des renommierten Institutes des Verstorbenen ein Beileidstelegramm. In dem Kondolenztelegramm wird das Lebenswerk Willy Elmayers, der vielen Generationen von Wienerinnen und Wienern den Weg ins gesellschaftliche Leben gezeigt und sich auch karitativ verdienstvoll betätigt hat, hervorgehoben.

\- - -

## Schweinehauptmarkt vom 8. November

8. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 3.560, Jugoslawien 908, Bulgarien 998, Ungarn 2.870, DDR 1.900, Gesamtauftrieb 10.236; verkauft wurde alles.

Preise: extrem 18.20 bis 18.50 S (18.70 bis 19 S), 1. Qualität 18 bis 18.20 S, 2. Qualität 17.50 bis 18 S, 3. Qualität 16 bis 17.50 S, Zuchten extrem 15.50 bis 16 S, Zuchten 13 bis 15.50 S, Altschneider 11 bis 12.50 S. Ausländische Schweine: Jugoslawien 15.10 bis 16.50 S, Bulgarien 15.10 bis 16.40 S, Ungarn 16 bis 16.50 S, DDR 15.40 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 7 Groschen auf 17.32 S, für bulgarische Schweine erhöhte er sich um 9 Groschen auf 15.95 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 3 Groschen auf 16.16 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 6 Groschen auf 16.25 S und für ungarische Schweine ermäßigte er sich um einen Groschen auf 16.44 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 3 Groschen auf 16.26 S.

\- - -

## Pferdehauptmarkt vom 8. November

8. November (RK) Aufgetrieben wurden 63 Stück, hievon 4 Fohlen, und zwei Esel. Als Schlachttiere wurden 50 Stück verkauft, als Nutztiere 2, unverkauft blieben 11 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 3, Kärnten 1, Niederösterreich 34, Steiermark 6, Wien 1, Burgenland 18.

Preise: Fohlen 13 bis 15 S, Pferde extrem 10.30 bis 11 S, 1. Qualität 9.20 bis 10 S, 2. Qualität 8.50 bis 9.10 S, 3. Qualität 7 bis 8.10 S, Nutztiere Pferde 9 S, Eseln 6 S, ein Esel am Fuß 1.600 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 51 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 9.22 S, für Schlachtfohlen 14.50 S, für Schlacht- und Nutzpferde 9.22 S, für Pferde und Fohlen 9.66 S.

\- - -

## Unfälle im Theresienbad wurden untersucht

8. November (RK) Am Abend des 4. November und am Sonntag, dem 6. November ereigneten sich im Theresienbad in Meidling zwei Badeunfälle mit tödlichen Ausgang. Bei beiden Unfällen verunglückten männliche Badegäste bei Tieftauchversuchen.

Die Verunglückten wurden im Gerichtsmedizinischen Institut obduziert, um die Todesursache festzustellen. Bei diesen Untersuchungen wurde auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß irgendwelche Einwirkungen von elektrischen Strom stattgefunden haben könnten.

Die zuständigen Stellen der Bäderverwaltung haben daraufhin heute mittag sofort nach Bekanntwerden dieses Verdachtes sicherheitshalber die Sperre des Schwimmbassins verfügt, obwohl die letzte routinemäßige Prüfung der Installationen, die Ende Juli erfolgte, keinerlei Beanstandung ergeben hatte. Um 14 Uhr fand eine Kommissionierung durch Fachleute des Unfallverhütungsdienstes statt, an der auch die zuständigen Beamten der Bäderverwaltung und der Abteilung für Elektroanlagen teilnahmen. Nach intensiven und genauen Untersuchungen wurde festgestellt, daß keinerlei Möglichkeit für einen Kontakt der Verunglückten mit elektrischen Strom bestanden haben kann.

Auf Grund dieses Ergebnisses konnte der Betrieb im Theresienbad am Nachmittag wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Poliklinik behält Urologische Abteilung

### Bürgermeister Marek würdigt das Lebenswerk Prof.Dr.Deutickes

9. November (RK) Im Arbeitszimmer des Wiener Bürgermeisters fand gestern eine Besprechung über die Zukunft der Urologischen Abteilung an der Allgemeinen Poliklinik der Stadt Wien statt, an der neben Bürgermeister Bruno Marek die Stadträte Hans Bock und Dr. Otto Glück, der Leiter des Anstaltenamtes Senatsrat Dr. Franz Widmayer, der ärztliche Leiter der Poliklinik Univ.-Dozent Dr. Grüneis, die Abteilungsleiter Professor Dr.Paul Deuticke und Professor Dr. Wilhelm Zischka-Konorsa, teilnahmen.

Da Professor Dr. Deuticke kürzlich die Altersgrenze erreichte und demnächst in den Ruhestand treten wird, wollte das Anstaltenamt diese Gelegenheit benützen, um das Primariat nicht mehr auszuschreiben und die Urologische Abteilung aus organisatorischen Gründen zu schließen. Man hätte die Betten dieser Abteilung zur Vergrößerung anderer Abteilungen benützen und dafür die Urologische Abteilung im Wilhelminenspital so vergrößern können, daß keine Verminderung der Zahl urologischer Betten eingetreten wäre. Diese Maßnahme hätte einen Rationalisierungseffekt und eine geringe Personaleinsparung bedeutet.

In der gestrigen Konferenz sprachen sich die Ärzte der Poliklinik gegen eine Sperre der Urologischen Abteilung aus. Dozent Dr. Grüneis wies darauf hin, daß die Abteilung eine der ältesten dieses Faches in Europa sei und auf eine bedeutsame wissenschaftliche Tradition zurückblicken könne. Ihr Wiederaufbau nach dem Krieg sei die Krönung des Lebenswerkes von Professor Dr. Deuticke gewesen, dem es gelungen ist, ein Team medizinischer Wissenschaftler um sich zu scharen, deren Leistungen international anerkannt würden. Die Abteilung trage daher wesentlich zum Weltruf der Wiener Medizinischen Schule bei.

./.

Stadtrat Dr. Glück und Professor Dr. Zischka-Konorsa sprachen von der wachsenden Bedeutung der Urologie infolge der Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung. Es wurde auch erwähnt, daß die Bettenanzahl der Urologischen Abteilung zwar relativ klein sei, aber dafür mehr als hundertprozentig ausgenützt werde, da man vielfach Notbetten aufstellen müsse.

Personalstadtrat Bock wies auf die prekäre Situation auf dem Sektor des Pflegepersonals hin. Aus diesem Grund sei es unbedingt notwendig, jede Möglichkeit einer Umorganisierung zu nützen, die personalsparend wirke. Die Bevölkerung habe nichts von bestehenden Abteilungen, wenn diese dann doch wegen Personalmangels Betten sperren müßten. Im Fall der Urologischen Abteilung der Poliklinik sei jedoch sicher die medizinische Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung gegeben.

Auf Grund der vorgetragenen Argumente sagte Bürgermeister Bruno Marek zu, die Urologische Abteilung der Poliklinik aufrechtzuerhalten; dies vor allem in Würdigung des Lebenswerkes von Professor Dr. Deuticke und der hervorragenden Leistungen seiner Mitarbeiter. Auch der Umstand, daß die Urologie infolge der Altersstruktur der Bevölkerung immer größere Bedeutung erlange und innerhalb des Gürtels außer im Allgemeinen Krankenhaus nur die Abteilung der Poliklinik zur Verfügung stehe, habe zu diesem Entschluß beigetragen.

Demnächst Ausschreibung von zwei urologischen Primariaten

Infolge dieser Entscheidung von Bürgermeister Marek wird der Posten eines Leiters der Urologischen Abteilung der Poliklinik nach dem Ausscheiden Professor Dr. Deutickes neuerlich ausgeschrieben werden. Aber auch das Primariat für die Urologische Abteilung im Wilhelminenspital gelangt zur Ausschreibung.

Gestern fiel auch die Entscheidung über die zukünftige ärztliche Leitung des Karolinen-Kinderspitals. Der bisherige Chef dieser Anstalt, Professor Dr. Alphons Solé, ist kürzlich in den Ruhestand getreten. Das Primariat soll aber nicht ausgeschrieben werden, weil noch Untersuchungen und Überlegungen über die künftige Entwicklung dieser Anstalt angestellt werden müssen. Vorläufig wird der Leiter des Preyer'schen Kinderspitals, Professor Dr. Walter Swoboda, die Führung des Karolinen-Kinderspitals interimistisch mit übernehmen.

\- - -

## 40 Jahre im Dienst der Stadt Wien

9. November (RK) Im Roten Salon des Rathauses feierten heute früh neun Bedienstete der Stadt Wien ihr 40jähriges Dienstjubiläum. Bei der musikalisch umrahmten Feier - das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Josef Haydn - dankten Bürgermeister Bruno Marek sowie die Stadträte Hans Bock und Dr. Maria Schaumayer den Jubilaren für ihre treuen Dienste und wünschten ihnen weiterhin viel Erfolg auf ihrem Lebensweg. An der Feierstunde nahmen auch Stadtrat Rudolf Sigmund und Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl Reisinger teil. Für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sprach deren Vorsitzender, Nationalratsabgeordneter Robert Weisz. Im Namen der Jubilare dankte Senatsrat Dr. Karl Lackner.

Ihr 40jähriges Dienstjubiläum begingen heute: Senatsrat Dr. Karl Lackner (Leiter der Magistratsabteilung 63), Technischer Oberamtsrat Ing. Johann Erlinger (E-Werke), Amtsrat Margarete Neumayer (Magistratsabteilung 4), Verwaltungsoberkommissär Leopold Hrdliczka (Verkehrsbetriebe), Technischer Kanzleioberkommissär Karl Sohnalek (Magistratsabteilung 27), Betriebsinspektor Vinzenz Fietz (Gaswerke), Kindergartenleiterin Josefine Reschounig (Magistratsabteilung 11), Monteur Friedrich Hofer (E-Werke), Erster Fachgehilfe Anton Schenz (Magistratsabteilung 12).

\- - -

## "Grüne Welle" in der Längenfeldgasse

9. November (RK) Im Zug der Längenfeldgasse werden drei neue Verkehrsampeln an den Kreuzungsstellen mit der Schönbrunner Straße, der Arndtstraße und der Eichenstraße errichtet. Die bereits bestehenden provisorischen Verkehrslichtsignalanlagen an den Kreuzungen mit der Böckhgasse, der Flurschützstraße und der Steinbauergasse werden durch definitive Anlagen ersetzt. Die sechs automatischen Ampeln werden miteinander koordiniert, sodaß in der Längenfeldgasse eine "grüne Welle" entsteht. Der Gemeinderatsausschuß für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten hat für dieses Projekt heute 1,130.000 Schilling genehmigt.

Außerdem beschloß der Gemeinderatsausschuß heute die Errichtung einer automatischen Verkehrslichtsignalanlage im 20.Bezirk an der Kreuzung Wallensteinstraße - Klosterneuburger Straße mit einem Kostenaufwand von 420.000 Schilling. Die Anlage wird aus zwei Hängeampeln im Kreuzungsbereich, vier Ampeln an den Fahrbahnrändern und zehn Fußgängersignalen bestehen.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

9. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 3 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm, Endiviensalat 2 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 5 bis 8 S, Birnen 5 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Eiserne Hochzeit in Hietzing

9. November (RK) In der Hietzinger Sankt Veit-Gasse 49 feiert das Ehepaar Wilhelm und Marie Gerstenberger heute seine Eiserne Hochzeit. Zu diesem Anlaß hatte sich Bürgermeister Bruno Marek in dem kleinen, ebenerdigen Haus eingefunden, um dem Jubelpaar die herzlichen Glückwünsche der Stadtverwaltung darzubringen. Der Bürgermeister überreichte den rüstigen Hochzeitern einen großen Blumenstrauß und die Ehrengaben der Stadt Wien. Im Namen der Hietzinger Bevölkerung gratulierten Bezirksvorsteher Dipl.-Ing. Josef Gerstbach und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Eduard Popp.

Beide Ehepartner stehen im 89. Lebensjahr, sind beide in Wien geboren und heirateten vor 65 Jahren gleichfalls in Wien. Herr Gerstenberger ist von Beruf Glasermeister; bis vor zwei Jahren war er noch aktiv in seiner Firma für Bauverglasungen tätig. Dem Ehepaar wurden zwei Kinder geboren, von denen heute leider nur mehr eine Tochter am Leben ist. Mit ihr waren auch die beiden Enkelkinder samt Familien und fünf Urenkerln zu dem Familienfest gekommen, um das Jubelpaar zu seinem großen Tag zu beglückwünschen.

\- - -

## Vorarlberger Weihnachtsbaum für Wien

9. November (RK) Das Amt der Vorarlberger Landesregierung steht gegenwärtig vor einer schweren Entscheidung. Es geht um die Auswahl jenes Baumriesen, der als Gruß des westlichsten Bundeslandes an Wien zur Weihnachtszeit den Rathausplatz schmücken wird. Bald schon soll der Vorarlberger Christbaum den weiten Weg nach Wien antreten, wobei die schwierige Transportfrage noch Gegenstand von Beratungen ist. Der Weihnachtsbaum aus dem Ländle wird am 24. November in der österreichischen Bundeshauptstadt erwartet und soll am 7. Dezember von den Landeshauptleuten Wiens und Vorarlbergs festlich illuminiert werden.

In den vergangenen Jahren hat jeweils ein anderes Bundesland dieses Symbol gesamtösterreichischer Verbundenheit mit der Hauptstadt gewidmet. Auch heuer wieder wird der Weihnachtsbaum im Glanz von nahezu tausend Lichtern bis 6. Jänner 1967 die Wiener Bevölkerung erfreuen und dazu beitragen, das Stadtbild weihnachtlich zu gestalten.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Kommenden Dienstag, den 15. November, 15 Uhr:

## Sowjetisches Staatsoberhaupt besucht das Wiener Rathaus

10. November (RK) Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Nikolai Wiktorowitsch Podgorny, dessen Staatsbesuch bereits für 10. Oktober angesagt war, aber verschoben werden mußte, trifft nunmehr am Montag, dem 14. November in Österreich ein. Im Verlauf seines Staatsbesuches wird er auch in das Wiener Rathaus kommen. Im Stadtsenatssaal des Rathauses wird Staatspräsident Podgorny am Dienstag, dem 15. November, um 15 Uhr, von Bürgermeister Bruno Marek in Anwesenheit der Mitglieder des Stadtsenats empfangen werden. Nach der Vorstellung der Wiener Landes- und Stadtregierung wird der sowjetische Staatschef ersucht werden, sich in das Goldene Buch der Stadt Wien einzutragen.

Das Goldene Buch beinhaltet bereits den Namenszug eines sowjetischen Spitzenpolitikers, nämlich den des früheren Ministerpräsidenten Chrustschow, der am 2. Juli 1960 im Wiener Rathaus war. Die jüngste Eintragung im Goldenen Buch der Stadt Wien erfolgte am 13. September dieses Jahres und stammt von König Olav V. von Norwegen.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. November

10. November (RK)

Montag, 14. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Sonderzyklus (Wiederholung des 2. Abonnementkonzertes der Wiener Philharmoniker); Wiener Philharmoniker, Dirigent Eugen Ormandy (Mozart: Haffner-Symphonie D-dur KV 385; Respighi: Fontane di Roma: Schostakowitsch: 5. Symphonie op. 97)

19.30 Uhr, Musikakademie, Seilerstätte, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse für Lied und Oratorium Dagobert Buchholz (Beethoven)

19.30 Uhr, Albertina: Graphische Sammlung Albertina: 1. Konzert im Zyklus "Bach und der europäische Barock"; Wolfgang Poduschka und Eduard Melkus (Violine), Adalbert Skocic (Cello), Capella Academica Wien, Leitung Eduard Melkus (Vivaldi: Konzert für zwei Violinen, Violoncello und Streicher d-moll; Corelli: Triosonate für zwei Violinen und Baß op. 3 A-dur; J.S.Bach: Sonate für zwei Violinen und Orchester d-moll)

Dienstag, 15. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus III A (Wiederholung des 2. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters); Tonkünstlerorchester, Walter Weller (Violine), Dirigent Franz Allers (Einem: Capriccio op. 2; Mozart: Violinkonzert D-dur; Mahler: 1. Symphonie)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Eberttrio (Brahms: Trio c-moll op. 101; Schostakowitsch: Trio e-moll op. 67; Beethoven: Trio B-dur op. 97)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Schallplattenabend: Dietrich Fischer-Dieskau singt Lieder von Gustav Mahler

Mittwoch, 16. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal:: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Internationalen Orchester- und Chorzyklus: Dresdner Staatskapelle, Nelly Ailakowa (Sopran), Dirigent Kurt Sanderling (Weber: Ouvertüre zu "Preziosa"; Dessau: Sinfonische Adaption des Streichquartettes in Es-dur von Mozart; Mahler: 4. Symphonie G-dur.

./.

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus VIII A; Klavierabend Hans Graf (Mozart: Sonate KV 333; Martin: 8 Preludes pour le piano; Brahms: 1. Sonate)

Donnerstag, 17. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 2. Konzertes im Internationalen Orchester- und Chorzyklus; Dresdner Staatskapelle, Nelly Ailakowa (Sopran), Dirigent Kurt Sanderling (Weber, Dessau, Mahler)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Klavierabend Mathilde Freitag (Brahms: Klavierstücke op. 118; Schubert: Sonate B-dur op. posth.; Schumann: Carnaval op. 9)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Pierre Huybregts (Louel, Debussy, Schumann)

Freitag, 18. November:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Konzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Walter Puschacher (Violine), Ingold Platzer, (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber: Ouvertüre zu "Fra Diavolo"; Beethoven: Romanze für Violine und Orchester F-dur op. 50; Kaufmann: "Zirkus Poldrini"; Dvořák: Ouvertüre "Karneval" op. 92)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Sonderzyklus (Wiederholung des 2. Konzertes im Internationalen Orchester- und Chorzyklus der GdM); Dresdner Staatskapelle, Nelly Ailakowa (Sopran), Dirigent Kurt Sanderling (Weber, Dessau, Mahler)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Liederabend Georg Litassy, am Flügel Dr. Erik Werba (Liszt, Bartók, Kodály)

18.30 Uhr, Musikaakdemie, Seilerstätte), Vortragssaal:Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Veranstaltung der Abteilung für Musikerziehung zum "Tag der Hausmusik"

19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 3. Kammerkonzert im Zyklus VII; Ingrid Mayr (Alt), Georg Grondinger (Bariton), Roman Ortner (Klavier), Kammermusikvereinigung von Radio Wien (Korda, Büchtger, Kont, Apostel, Uhl)

Samstag, 19. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Klavierabend Alexander Jenner (Schubert: Impromptu B-dur; Beethoven: Sonate f-moll "Appassionata"; Werke von Debussy und Liszt

19.30 Uhr, Musikverein, Kammersaal: Klub der Wiener Musikerinnen: Festkonzert zum 80jährigen Bestand.

./.

19.00 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: 75. Konzert der "Wiener Zitherfreunde"

Sonntag, 20. November:

11.00 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 2. Konzert im Zyklus II; Wiener Symphoniker, Damenchor von Radio Wien, Helen Donath (Sopran), Dirigent Peter Maag (Debussy: Trois Nocturnes; Mahler: 4. Symphonie G-dur)

11.00 Uhr, Wiener Stadthalle, Halle D: Stadthallen-Betriebsgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus "Meisterorchester spielen Meisterwerke"; Wiener Philharmoniker, Josef Sivo (Violine), Dirigent Carl Melles (Beethoven: Egmont-Ouvertüre und 4. Symphonie; Mendelssohn: Violinkonzert e-moll)

11.00 Uhr, Theater an der Wien: Theater an der Wien-Betriebsgesellschaft: Topsy Küppers und Georg Kreisler "Lieder für Fortgeschrittene"

11.00 Uhr, Urania: Volkshochschule Urania - Kulturamt: Zyklus "Lieder der Völker"; Evelyn Lear (Sopran), Thomas Stewart (Bariton), Vortrag und am Flügel Dr. Erik Werba (USA)

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Chorkonzert des Atzgersdorfer Männergesangsvereines

15.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Kompositionskonzert Richard Maux

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 3. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Radu Aldulescu (Cello), Dirigent Kurt Wöss (R.Strauss: "Tod und Verklärung"; Schostakowitsch: Cellokonzert; Mozart: Jupiter-Symphonie)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Akademischer Orchesterverein: Orchesterkonzert; mitwirkend Dr. Helmut Riessberger (Flöte), Dirigent Wolfgang Gabriel (Gluck: Ouvertüre zu "Iphigenie in Aulis"; Haydn: Konzert für Flöte und Streichorchester D-dur; Schmidt: 1. Symphonie E-dur)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Bachgemeinde Wien: 2. Abonnementkonzert; Solisten, Chor und Kammerorchester der Bachgemeinde Wien, Dirigent Julius Peter (Bach: Kantaten "Wachet, betet, seid bereit" und "Wachet auf, ruft uns die Stimme"; Telemann: Konzert für Violine a-moll)

\- - -

## "Der alte Herr Kanzleirat" wird wieder jung

10. November (RK) In Österreich und natürlich auch in Wien spielen Titel heute noch eine große Rolle. Es gibt aber Titel, die in der Bevölkerung kaum bekannt sind, wie zum Beispiel "Dampfkesselwärter"; andere wurden geradezu populär. Unvergessen zum Beispiel "der alte Herr Kanzleirat", der durch die Liedinterpretation von Hans Moser geradezu berühmt geworden ist. Dieser Titel war allerdings seit 1956 aus dem umfangreichen Diensttitelverzeichnis der Gemeinde Wien verschwunden. Nun aber ist "der alte Herr Kanzleirat" wieder modern geworden, und zwar mit einem Beschluß des Wiener Stadtsenats vor einigen Monaten, in dem es heißt: "An Beamte der Dienstklasse V, die die siebente Gehaltsstufe erreicht haben oder in den dauernden Ruhestand versetzt werden, kann auszeichnungsweise der Titel Kanzleirat verliehen werden." Man will damit die altgedienten und verdienten Kanzleibeamten aus der Vielzahl der Kanzleioberkommissäre herausheben. Seit dieser Wiedereinführung tragen bereits fünf Kanzleibeamte der Stadt Wien den alten, neuen Titel "Kanzleirat". Die vielen anderen Kanzleibeamten aber träumen zumindest davon.

\- - -

## Leise Züge für die Straßenbahn

10. November (RK) Einen Beitrag der Wiener Verkehrsbetriebe, den Straßenlärm zu vermindern, stellen die besonders leisen, modernen Gelenkzüge dar, wie sie zum Beispiel auf den Linien 9, 10 oder 231 eingesetzt sind. Bei diesen Wagen werden im verstärktem Maße Gummiteile als Abfederungsgrundlage verwendet. Diese zusätzlichen gummigefederten Räder und Fahrgestelle sowie die Wagenaufbauten selbst garantieren einen besonders ruhigen Lauf. In dem Bestreben, die Wiener Straßenbahn "auf leisen Sohlen" fahren zu lassen, sollen allmählich auch die älteren Garnituren mit Gummifederungen ausgestattet werden.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

10. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 4 S, Karotten 3 bis 4 S, Kohl 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 5 bis 6 S, Birnen 3 bis 6 S, Bananen 8 bis 8.50 S je Kilogramm.

\- - -

## Volksschule Dunantgasse eröffnet

10. November (RK) Heute vormittag übergab Bürgermeister Bruno Marek die neue Volksschule der Stadt Wien, 21, Dunantgasse - den ersten größeren Schulneubau, der mit Hilfe von Fertigteilen errichtet wurde - offiziell seiner Bestimmung.

Nach einem reizenden Instrumental- und Chorkonzert und einem sorgfältig einstudierten Prolog, vorgetragen von Schulkindern, hieß Bezirksvorsteher Otmar Emerling die Festgäste willkommen. Unter ihnen konnte er mit Bürgermeister Marek die Stadträte Kurt Heller, Maria Jacobi, Gertrude Sandner und Rudolf Sigmund, Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer und zahlreiche Gemeinde- und Bezirksräte begrüßen. Bezirksvorsteher Emerling sagte, daß der Ausbau des Schulwesens in Floridsdorf nach einem wohldurchdachten Plan vor sich gehe. Da das Schulgebäude in der Ferstlgasse für das neunte Schuljahr benötigt werde, plante man für die Schüler, die nördlich der Floridsdorfer Hauptstraße wohnen, die neue Schule in der Dunantgasse, während für die Kinder südlich der Hauptstraße ein Schulneubau in der Prießnitzgasse vorgesehen ist. Während in der Dunantgasse das Schulgebäude terminmäßig errichtet werden konnte, stieß man in der Prießnitzgasse auf unerwartete Schwierigkeiten: Der Baugrund befindet sich zwar im Besitz der Stadt Wien, aber es steht darauf noch ein altes Bauwerk, das Privatbesitz ist. Der Eigentümer verlangt für das Haus, dessen Wert offiziell auf 150.000 Schilling geschätzt wurde, eine Ablösesumme von 1,7 Millionen Schilling. Mehrere als Ersatz angebotene Gebäude wurden nicht akzeptiert und die Sache muß jetzt in einem langwierigen, gerichtlichen Verfahren geregelt werden. Dies ist schuld daran, daß viele Floridsdorfer Schulkinder noch immer einen langen und gefährlichen Schulweg auf sich nehmen müssen .

Dieser Umstand soll aber die Freude an dem neuen Haus in der Dunantgasse nicht trüben, das als eine der schönsten Schulen Wiens bezeichnet werden darf.

./.

## Drei weitere Schulen für Floridsdorf in Planung

Kulturstadtrat Gertrude Sandner sagte in ihrer Ansprache:

"Sie alle wissen, daß nach unserem städtebaulichen Grundkonzept die Gebiete links der Donau ein besonderes Hoffnungsgebiet der Stadtverwaltung darstellen. Der 21. Bezirk weist in der Zeitspanne zwischen den beiden letzten Volkszählungen, also zwischen 1951 und 1961, den prozentuell größten Bevölkerungszuwachs unter allen Wiener Gemeindebezirken auf. Eine solche Bevölkerungsvermehrung muß natürlich entsprechende Auswirkungen auf den Pflichtschulsektor nach sich ziehen. Insbesondere auch, weil in den vielen Gemeindeneubauten, die hier im letzten Jahrzehnt entstanden sind, nahezu ausnahmslos Familien mit einem oder mehreren Kindern eingewiesen worden sind. Sie werden daher die Notwendigkeit verstehen, daß von den 49 seit 1945 errichteten Schulneubauten nicht weniger als 13 im 21. Bezirk sind. In konsequenter Befolgung des vorhin erwähnten Grundkonzepts der Planung trachten wir, in Floridsdorf ein echtes Schulzentrum entstehen zu lassen, um damit auch jenen Bezirken, die jenseits der Donau liegen, entsprechende kulturelle Möglichkeiten und Schwerpunkte zu geben.

Der erste Schritt für diesen Schulbezirk wurde schon 1961 mit dem Bau einer Sonderschule in der Franklinstraße gelegt. Auch in der Roda-Roda-Gasse wurde inzwischen ein neues Schulhaus in Betrieb genommen, und Sie wissen, daß vor rund zwei Monaten die neue Handelsakademie und die Handelsschule auf dem Ringelseeplatz ihrer Bestimmung übergeben wurden. Für weitere drei Schulgebäude im 21. Bezirk sind die Planungen bereits abgeschlossen. In der Prießnitzgasse wird eine 20klassige Volksschule entstehen, deren Bau durch die schwierigen Grundbesitzverhältnisse verzögert wird. Dann kommt die Schule in der Autokaderstraße, eine achtklassige Volksschule. Weiters eine Volks- und Hauptschule in der Großfeldsiedlung, die 32 Klassen und drei Turnsäle umfassen wird.

./.

Dieser Schule in der Großfeldsiedlung kommt insbesondere deshalb große Bedeutung zu, als dort die Errichtung von nicht weniger als 6.000 neuen Wohnungen geplant ist.

In diesem Jahr wird der Gesamtaufwand, den die Stadt Wien für ihre Pflichtschulen leistet, voraussichtlich die 300-Millionen-Schilling-Grenze erreichen.

So hoffe ich denn, daß dieses neue Schulgebäude den Schülern und Lehrern sowie auch den Eltern viel Freude bereitet, daß in unserem neuen Haus jene Grundlagen an Wissen und Können, an körperlicher und geistiger Bildung gelegt werden, die unsere Jugend befähigen, ihr Leben erfolgreich in wenigen Jahren selbst gestalten zu können.

Ich danke allen, die am Gelingen dieses schönen Baues beteiligt waren, und wünsche jenen, die ihn nun mit Leben erfüllen, alles erdenklich Gute."

Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer erinnerte in seiner Rede daran, daß in den Diskussionen um die neuen Schulgesetze immer wieder die Erkenntnis ausgesprochen wurde, daß die Schule keine vom übrigen Leben abgesonderte Provinz sein dürfe. Daher muß das Schulwesen die Wandlungen der Zeit mitmachen. 1805 verlangte eine Bestimmung, daß jede Klasse ein eigenes Zimmer haben müsse. Heute gibt es Architekten, die sich auf Schulbauten spezialisiert haben und dafür erstaunliche Kenntnisse der Pädagogik mitbringen. Über die modernen Prinzipien des Schulbaues unterrichtete kürzlich eine Ausstellung im Bauzentrum, und Wien darf darauf stolz sein, daß in dieser Exposition zahlreiche Pläne und Fotografien von Wiener Schulen enthalten waren.

Schon Pestalozzi erhob die Forderung, daß die Schulstube eine Wohnstube sein müsse, in der sich das Kind wohlfühlen kann. Aber auch die Lehrer bringen in einer freundlichen Umgebung mehr Freude für ihre wichtige Arbeit auf. Daher danken die Schulbehörden der Stadtverwaltung für dieses wunderschöne Gebäude, dem noch sicher viele andere fortschrittliche Schulneubauten in Wien folgen werden.

./.

"Dunant-Schule" ist einem großen Namen verpflichtet

Bürgermeister Bruno Marek dankte in seiner Eröffnungsansprache zunächst für die reizende rhythmisch-musikalische Einleitung und die deklamatorische Leistung der ABC-Schützen, die Lehrer und Eltern mit Stolz und Freude über ihre Schützlinge erfüllen kann. In dieser Darbietung sei der gute Geist zum Ausdruck gekommen, der in dieser Schule bereits herrsche. In der Rede hieß es weiter:

Die "Besitzergreifung" dieser neuen Volksschule mit ihren zwölf Klassenräumen, ihrem Musik- und Lichtbildzimmer, ihrem Turnsaal und ihrer sonstigen reichhaltigen Ausstattung, durch die Floridsdorfer Kinder bedeutet die Erfüllung eines dringlichen Wunsches der Floridsdorfer. Ich weiß, daß damit noch längst nicht alle Probleme gelöst sind, insbesondere jene nicht, die uns das neunte Schuljahr zusätzlich auferlegt hat - doch hoffe ich zuversichtlich, daß es, ebenso wie hier, auch anderwärts im Bezirk gelingen wird, noch bestehende Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Wenn es um das Wohl unserer Kinder geht, um ihre Erziehung und Ausbildung, um größtmögliche Sicherheit auf dem Schulweg, müssen alle anderen Interessen selbstverständlich zurücktreten.

Eine vorausschauende Stadtverwaltung wird für Schulbauten selbst hohe Kosten nicht scheuen. Die Summen, die hier aufgewendet werden, haben sich in wenigen Jahren, nicht zuletzt dank den späteren Leistungen und der Tüchtigkeit der Schüler im Leben, mehrfach amortisiert.

Für die Baukosten dieser Volksschule in der Dunantgasse wurden 23 Millionen Schilling veranschlagt, für die notwendige Inneneinrichtung mehr als eine Viertelmillion. Nach den Plänen der Architekten Ing. Karl Zepke und Dipl.-Ing. Josef Promintzer - denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte - wurde das zweigeschossige Schulgebäude zu einem ebenso formvollendeten wie zweckmäßigen modernen Schulneubau. Ich halte mit Befriedigung fest, daß in der Anstalt auch zwei Expositurklassen der Sonderschule Jedlesee Unterkunft finden werden.

./.

Wenn ich heute diese neue Schule eröffne, so möchte ich nicht vergessen zu erwähnen, daß dieses Schulhaus in einer Straße steht, die nach dem großen Menschenfreund Henry Dunant, dem Gründer des Roten Kreuzes benannt worden ist. Dunant, ein echter Humanist, begeistert, aber auch zäh in der Durchführung einer großen Idee. Ein Mann, der eine große Tat gesetzt hat. Man wird die Schule nicht als die Schule in der Dunantgasse bezeichnen, sondern kurz als die Dunantschule. Ein Name, der daran erinnert, daß ein Mensch Großes zu schaffen vermag. Möge sein Handeln Vorbild für unsere Jugend werden.

Ich wünsche den Lehrern und den Schülern der neuen Volksschule Dunantgasse viele erfolgreiche Jahre des Lehrens und des Lernens. Mögen sie sich stets dessen bewußt sein, daß sie eine der gesellschaftlichen Keimzellen dieses Staates bilden, von deren Lebensfähigkeit und Gesundheit die Zukunft Österreichs abhängt."

Zum Abschluß der Eröffnungsfeier dankte der Obmann des Elternvereines der Wiener Stadtverwaltung für das neue Schulhaus und die materielle und geistige Unterstützung, die das Unterrichtswesen stets bei den Stadtvätern finde.

Anschließend konnten sich die Eröffnungsgäste bei einem Rundgang von der Gediegenheit und Zweckmäßigkeit überzeugen, mit der alle Räume des Hauses gestaltet wurden.

\- - -

## Zur Ernennung an zwei große Österreicher

### Benennung des "Marianne und Oscar Pollak-Hofes" in Floridsdorf

10. November (RK) In einer musikalisch umrahmten Feierstunde nahm Bürgermeister Bruno Marek heute vormittag die Benennung der großen städtischen Wohnhausanlage in Floridsdorf, Prager Straße 31 und Dunantgasse 10-18 in "Marianne und Oscar Pollak-Hof" vor.

Bezirksvorsteher Emerling konnte als Ehrengäste neben dem Bürgermeister den Ersten Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Stemmer, die Stadträte Franz Glaserer, Kurt Heller, Maria Jacobi und Gertrude Sandner, die Dritte Landtagspräsidentin Helene Potetz, zahlreiche Gemeinde- und Bezirksräte sowie Vertreter der Redaktion der "Arbeiter-Zeitung" mit Chefredakteur Franz Kreuzer an der Spitze begrüßen. Der Bezirksvorsteher erinnerte daran, daß die Floridsdorfer Bezirksvertretung mit den 20 Stimmen der SPÖ und den sieben der ÖVP gegen die zwei Stimmen der Kommunisten die Benennung der Wohnhausanlage nach Marianne und Oscar Pollak beschlossen habe. Es sei für Floridsdorf eine Ehre, ein so bedeutendes Bauwerk zu besitzen, das den Namen zweier großer Wiener und österreichischer Patrioten trage.

Bürgermeister Bruno Marek sagte in seiner Festrede: "Diese Wohnhausanlage, in deren Mitte wir uns befinden, trägt den Namen zweier Persönlichkeiten, die den größten Teil ihres Lebensweges gemeinsam zurückgelegt und ihn auch gemeinsam beendet haben. Vielleicht werden manche Menschen, die jetzt oder später hier wohnen, oder die Kinder, die in den lichten Höfen der Anlage spielen, fragen, wer die beiden Leute waren, nach denen ihre Wohnhausanlage benannt ist. Ihnen will ich eine kurze Schilderung geben:

Oscar Pollak wurde am 7. Oktober 1893 als Sohn einer Wiener Patrizierfamilie in Mariahilf geboren. Er lebte aber nicht lange das Leben eines Sohnes reicher Eltern, denn sein scharfer Verstand sah hinter die Fassaden seiner Zeit und er litt unter der Armut der Massen und unter dem Unrecht, das den arbeitenden Menschen zugefügt wurde. In Mariahilf lernte er auch seine Gattin Marianne kennen, die hier als Sprachlehrerin wirkte. Sie war schon vor 1914 der

./.

Sozialdemokratischen Partei beigetreten und arbeitete für diese Gesinnungsgemeinschaft in Mariahilf, das zu Unrecht als bürgerlicher Bezirk gilt, sondern vielmehr ein Zentrum sozialdemokratischen Geistes war, in dem unter anderem Viktor Adler lebte.

1914 wurde Oscar Pollak zum Militär eingezogen und heiratete Marianne während eines kurzen Urlaubes im Jahre 1915. Oscar kam aus dem Krieg zurück, erfüllt von dem Erlebnis des Grauens und fand sehr rasch den Weg zur Sozialdemokratischen Partei. Er begnügte sich nicht mit einer bloßen Mitgliedschaft, sondern wurde Vertrauensmann und Sektionsleiter und bald Redaktionssekretär der Monatsschrift "Der Kampf'.

Seine Tätigkeit bei der 'Arbeiter-Zeitung' begann er als Kommunalberichterstatter. In dieser Eigenschaft wirkte er auch als Externist der 'Rathaus-Korrespondenz'. Später, als Leiter der Sportredaktion, war er Vorkämpfer eines gesunden Volkssportes, der ihm als Mittel zur äußeren und inneren Ertüchtigung des Menschen wichtig erschien. 1923 berief Friedrich Adler Marianne und Oscar Pollak in das internationale Büro der Sozialdemokratie nach London, von wo sie 1926 wieder nach Wien zurückkehrten. Oscar wirkte dann bis 1931 als Chefredakteur-Stellvertreter der 'Arbeiter-Zeitung' und übernahm nach Friedrich Austerlitz die Leitung des Blattes, das unter ihm zu einer geschliffenen Waffe gegen den Faschismus und gegen jede Bedrohung der Menschenrechte wurde.

Marianne schrieb für das 'Kleine Blatt' und war eine Vorkämpferin für die sozialrechtliche Besserstellung der Frau. Wenige Stunden vor der faschistischen Besetzung verließen die beiden im Jahre 1934 gemeinsam das Verlagsgebäude und gingen in die Illegalität. Fast zwei Jahre lebten sie in der Nähe Wiens unter falschem Namen und arbeiteten für die Revolutionären Sozialisten. 1936 mußten sie in die Emigration, zunächst nach Brüssel und 1938 nach Paris, wo sie unter anderem Otto Bauer in seinen letzten Stunden beistanden. Beim Einmarsch der Hitlertruppen gelang ihnen eine abenteuerliche Flucht über die Pyrenäen nach Spanien und Portugal, von wo sie nach England gelangten. Im Internationalen Büro in London entfalteten sie ein segensreiches Wirken für Österreich und waren in England ein Sprachrohr unserer mundtot gemachten Heimat. Sie haben damals englischen Politikern aller

./.

Richtungen Liebe zu Österreich vermittelt, Kontakt mit der britischen Regierung aufrecht erhalten und persönlich dazu beigetragen, daß Churchill schon 1942 das Versprechen abgab, nach dem Siege der Alliierten dem befreiten Österreich wieder einen Ehrenplatz unter den europäischen Völkern einzuräumen. Unter dem Pseudonym 'Oscar Peter' schrieb er zahlreiche Artikel für Österreich.

Sobald als möglich kehrten Marianne und Oscar Pollak 1945 nach Wien zurück, wo Oscar wieder Chefredakteur der 'Arbeiter-Zeitung' wurde und Marianne die Leitung der Zeitschrift 'Die Frau' übernahm und in den Nationalrat berufen wurde, dem sie bis 1959 angehörte.

Was waren das für glühende und mutige Artikel in der 'Arbeiter-Zeitung' die mit 'O.P.' gezeichnet waren! Artikel, die sich gegen das Unrecht des Besatzungsregimes wandten und der 'Arbeiter-Zeitung' die Bezeichnung eintrugen: 'Die Zeitung, die sich etwas traut'.

Als Oscar Pollak am 28. August 1963 in seinem Urlaubsort starb, bezeichneten ihn die Nachrufe als den 'großen alten Mann' des österreichischen Journalismus, aber auch als großen Humanisten, dessen Alterswerk nicht von ungefähr 'Der neue Humanismus hieß. Darinnen ist der Gedanke ausgeführt, daß uns an der großen Zeitenwende der Gegenwart der neue Humanismus nottut, der die neuen Entdeckungen, Energiequellen und Errungenschaften in der Welt der Materie umsetzt in einen neuen Inhalt des Menschenlebens und eine neue Ordnung des Zusammenlebens, freier im Geist und reicher an Menschlichkeit.

Marianne folgte ihrem Mann einen Tag später freiwillig in den Tod nach, nach dem sie ihre Angelegenheiten in Ruhe und Fassung geordnet hatte. Sie hätte ihren Lebensweg nicht allein weitergehen können, war sie doch ein Teil von Oscar, wie dieser ein Teil von Marianne war.

Beider Tod hat eine Lücke gerissen, die wir noch heute schmerzlich empfinden. Und vielen von uns mag es so gegangen sein, daß sie sich an markanten Stationen des Weges, den wir seither zurücklegten, unwillkürlich gefragt haben: wie mochte Oscar Pollak dazu Stellung bezogen haben, wie hätte er in dieser Situation sein unver-

./.

geßliches, kritisches Richteramt des Wortes und der Feder ausgeübt? Was hätte er dazu gesagt, welche Wendung hätte diese oder jene Entwicklung genommen, wenn er mit seinem unbestechlichen Blick und seinem hohen Ethos noch unter uns geweilt hätte?

Die Benennung dieses Hofes zu Ehren Oscar und Marianne Pollak' ist ein bescheidenes äußeres Zeichen dessen, daß ihr Vermächtnis in uns lebendig ist und lebendig bleibt."

Dann enthüllte Bürgermeister Marek eine Gedenktafel an der Wohnhausanlage, die die wichtigsten Lebensdaten von Marianne und Oscar Pollak festhält.

\- - -

## 2,1 Millionen für Verbesserung in städtischen Krankenanstalten

10. November (RK) Der Gemeinderatsausschuß für das Gesundheitswesen genehmigte heute 2,1 Millionen Schilling für Arbeiten, die der Verbesserung und Modernisierung von Einrichtungen in städtischen Spitälern und Anstalten dienen. Auf Antrag von Gesundheitsstadtrat Dr. Glück wurden 550.000 Schilling für die Ausstattung der Altersheime Lainz, Baumgarten und Liesing mit modernen Betten und Nachtkästchen bewilligt. 700.000 Schilling kostet die Adaptierung des Schwesternhauses für die geistlichen Schwestern in Lainz.

Ferner genehmigte der Gesundheitsausschuß 420.000 Schilling für die Erweiterung der externistischen Krankenpflegeschule im Franz Josef-Spital und 450.000 Schilling für die Anschaffung von Maschinen und Geräten, die im Rahmen der Arbeitstherapie für den Werkstättenpavillon des Psychiatrischen Krankenhauses vorgesehen sind.

\- - -

## Rindernachmarkt vom 10. November

10. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 1 Kuh. Verkauft wurde alles. Hauptmarktpreise.

\- - -

## Schweinenachmarkt vom 10. November

10. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 140 Stück. Jugoslawien 200, Ungarn 350. Gesamtauftrieb: 690 Stück. Verkauft wurde alles. Inländische Schweine zu Hauptmarktpreisen. Jugoslawische notierten mit 16.30 bis 16.50 S, ungarische Schweine mit 16.30 bis 16.50 S je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Nachtautobuslinie D

+ 11. November (RK) Ab Samstag, den 12. November, fahren nach teilweiser Beendigung der Straßenbauarbeiten in der Penzinger Straße die Autobusse der Nachtlinie D in der Fahrtrichtung zur Stadt wie vor dem Umbau, ab Hietzinger Hauptstraße-Schönbrunner Schloßstraße über die Strecke Kennedy-Brücke-Nisselgasse-Penzinger Straße zur Mariahilfer Straße.

In der Gegenrichtung, also stadtauswärts werden die Autobusse weiterhin über die Umleitungsstrecke Mariahilfer Straße-Schloßallee über Schloßallee-Hadikgasse zur Kennedy-Brücke geführt. Die vier alten Haltestellen, nämlich Kennedy-Brücke vor Hadikgasse, Penzinger Straße-Diesterweggasse, Penzinger Straße nach Phillipsgasse und Penzinger Straße vor Schloßallee werden somit ab Samsatg wieder errichtet.

\- - -

## Anmeldung für Hausgehilfenehrung

11. November (RK) Von der Gemeinde Wien werden Ehrungen an Hausgehilfen und Hausgehilfinnen verliehen, die bei einem Dienstgeber eine ununterbrochene Dienstzeit von 25 Jahren zurückgelegt haben.

Anmeldungen können noch bis 30. November bei der Magistratsabteilung 62, 1, Rathausstraße 9, 2. Stiege, 2. Stock, Zimmer 319, erfolgen. Dabei sind vorzuweisen: Meldezettel, eine Urkunde über die österreichische Staatsbürgerschaft und der letzte Zahlungsabschnitt für die Krankenkasse.

\- - -

Bau des Wasserleitungsstollens durch die Schneealpe:

## Die "Quelle" der "Sieben Quellen" im Berg angebohrt

## Landschaftsbild des Karlgrabens bleibt unangetastet

11. November (RK) Eine große Überraschung erlebten die Mineure, die sich am südlichen Fuß der Schneealpe beim Karlgraben in der Steiermark durch den Berg graben, um Europas längsten Wasserleitungsstollen für die "Sieben Quellen" zu bauen. In einer Tiefe von 637 Meter stießen sie auf eine riesige Wasserader, die den Stollen fast überschwemmte. Aber bald stellte sich heraus, daß man Glück im vermeintlichen Unglück gehabt hatte: Man war nämlich auf den Ursprung, also gleichsam auf die "Quelle" der "Sieben Quellen" gestoßen, die im Karlgraben aus dem Boden sprudeln.

Der Tunnel wurde sofort abgemauert, die Quellenanbohrung stillgelegt. Gleichzeitig nahm man die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vor und begann man mit dem Bau eines "Umleitungsstollens", mit dem das wasserführende Gestein umgangen wird. So wird es nach Fertigstellung des 9,8 Kilometer langen Tunnels möglich sein, das Wasser der "Sieben Quellen" direkt aus dem Berg zu entnehmen und durch den Stollen ans andere Ende der Schneealpe im niederösterreichischen Reistal und dann weiter zur Ersten Hochquellenleitung zu bringen. Damit wird man den Forderungen der Naturschützer nach Erhaltung des Landschaftsbildes im Karlgraben gerecht werden und ihre Befürchtungen zerstreuen, daß durch die Quellenfassung und die Ableitungen zum Stollen die Landschaft verändert werden könnte. Die Wasserentnahme im Berginneren wird außerdem so geregelt werden können, daß die Quellen im Karlgraben munter weitersprudeln werden.

Die Arbeiten an dem 110-Millionen-Schilling-Projekt, die Anfang Dezember vergangenen Jahres aufgenommen wurden, gehen nunmehr nach den anfänglichen Schwierigkeiten zügig voran. An der Nordseite der Schneealpe ist man bereits 2.650 Meter in den Berg vorgestoßen. Die Tagesleistung beträgt gegenwärtig durchschnittlich 20 Meter. Hier sollen insgesamt etwa 6,5 Kilometer, vom Süden her die restlichen 3,3 Kilometer gebohrt werden. Wegen der oben geschilderten Quellenanbohrung mußten die ursprünglichen Pläne geändert werden.

./.

Nach Fertigstellung des Schneealpenstollens, die für den Winter 1968/69 vorgesehen ist, wird der Tunnel im Durchschnitt täglich 26.000 Kubikmeter Wasser, das sind 26 Millionen Liter, von den "Sieben Quellen" zur Ersten Wiener Hochquellenleitung bringen. Der Konsens reicht für eine tägliche Menge von 35.000 Kubikmeter (35 Millionen Liter), das sind 400 Liter pro Sekunde. Das heißt, daß aus den "Sieben Quellen" die maximale Menge von 35 Millionen Liter täglich entnommen werden darf.

Gemeinderäte und Journalisten fuhren in den Berg

Gestern vormittag hielt der Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen seine Sitzung nicht wie gewöhnlich im Rathaus, sondern gleichsam direkt an der Quelle ab, nämlich in der Baukanzlei der Stollenbaustelle in Hinternaßwald, also am nördlichen Ende des Tunnels. Die Ausschußmitglieder hatten somit Gelegenheit, in den Tunnel einzufahren und sich an Ort und Stelle vom Fortschritt der Arbeiten zu überzeugen. Anschließend waren die Wiener Kommunalberichterstatter zu einer Pressefahrt in den Stollen eingeladen.

Stadtrat Hubert Pfoch, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller, der Leiter der Wiener Wasserwerke, Senatsrat Dipl.-Ing. Franz Kochanek, Senatsrat Dipl.-Ing. Alfred Drennig und andere leitende Beamte der Wasserwerke begleiteten Gemeinderäte und Journalisten bei ihrer Stollenfahrt und gaben ihnen die gewünschten Auskünfte.

Stadtrat Hubert Pfoch wies auf die großen Ausgaben der Wasserwerke hin, die 360 Millionen Schilling jährlich betragen. Allein die Erhaltung der gesamten Anlagen kostet rund 45 Millionen Schilling im Jahr. Diesen Ausgaben stehen jedoch nur Einnahmen in Höhe von 170 Millionen Schilling gegenüber. Trotzdem müssen ständig neue Wasservorräte erschlossen und die entsprechenden Anlagen errichtet werden. Wie notwendig diese Investitionen sind, kann man ermessen, wenn man weiß, daß der Wasserverbrauch Wiens, der gegenwärtig rund 171 Millionen Kubikmeter (das sind 171 Milliarden Liter) beträgt, jährlich um drei Prozent steigt.

Die neueste große Anlage der Wasserwerke, das Grundwasserwerk Lobau, ist bekanntlich bereits im Betrieb. Nach Fertigstellung des

./.

"Sieben Quellen"-Projektes, durch das die Kapazität der Ersten Wiener Hochquellenleitung vor allem im Winter wesentlich besser ausgenützt werden wird als bisher, wird man aller Wahrscheinlichkeit nach bereits mit dem Bau der Dritten Wasserleitung (im Gebiet Moosbrunn-Ebreichsdorf in Niederösterreich) beginnen können. Die wasserrechtlichen Verhandlungen stehen hier vor dem Abschluß, das endgültige Gutachten von Hochschulprofessor Dr. Kresser wird in nächster Zukunft erwartet.

Neues Projekt: Pfannbauernquelle

Ein weiteres Projekt ist die Fassung und Ableitung der sogenannten Pfannbauernquelle am Aschbach südlich der Ortschaft Gußwerk in der Steiermark, deren Wasser in die Erste Wiener Hochquellenleitung eingespeist werden soll, obwohl die Quelle im Einzugsbereich der Zweiten Hochquellenleitung liegt. Der Transport des Wassers aus der Pfannbauernquelle wird über eine 20 Kilometer lange Leitung (davon etwa zehn Kilometer durch neue Stollen) zur Schneealpe beim Karlgraben und dann weiter durch den Schneealpenstollen nach Hinterlaßwald und in die Erste Hochquellenleitung erfolgen. Damit wird dann der Kreis zwischen Erster und Zweiter Hochquellenleitung geschlossen sein.

Das Wasser aus der Pfannbauernquelle wird um 60 Meter gehoben werden müssen. Dafür wird man jenen Strom heranziehen, den ein von den Wiener Wasserwerken gebautes Kraftwerk an der Nordseite des Schneealpenstollens liefern wird. Zur Stromgewinnung in diesem Kraftwerk, das eine Leistung von zunächst 300 Kilowatt haben wird, werden die vorgesehene Wassermenge von 400 Sekundenliter und das Leitungsgefälle von 80 Meter herangezogen werden. Durch die zusätzliche Wassermenge aus der Pfannbauernquelle, die ja gleichfalls durch den Schneebergstollen geleitet werden soll, wird sich die Leistung des Kraftwerks auf 600 Kilowatt erhöhen.

\- - -

## Sonderheft über Wien der Liga für die Vereinten Nationen

11. November (RK) Die von der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen herausgegebene Monatszeitschrift "Die Vereinten Nationen und Österreich" hat in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien als Oktoberfolge ein Sonderheft über Wien herausgebracht. Der Präsident der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Honorargeneralkonsul Alain Stuchly-Luchs überreichte Bürgermeister Bruno Marek heute vormittag im Rathaus ein Exemplar dieser Sondernummer.

Das Heft enthält Beiträge von Bürgermeister Marek, Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, den Amtsführenden Stadträten aller zwölf Geschäftsgruppen, einen Abriß der Geschichte Wiens, einen Aufsatz über das Wiener Schulwesen von Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer. Ferner sind Artikel über die Modeschule der Stadt Wien, die Wiener Volksbildung, Wien als Sportstadt, die Wiener Festwochen, das Historische Museum und die Gedenkstätten der Stadt Wien, die Musiklehranstalten, den Wiener Fremdenverkehr, die Wiener Messe und die Tätigkeit der Arbeiterkammer für Wien in dem Heft zu finden.

Bürgermeister Bruno Marek sprach Generalkonsul Stuchly-Luchs und der Redaktion der Zeitschrift seinen Dank für die ansprechende Gestaltung des Sonderheftes über Wien aus.

\- - -

## Kanalbauten um 7,45 Millionen Schilling

11. November (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen genehmigte zwei Anträge, die den Neubau eines Straßenkanals im 5. Bezirk und den Umbau des linken Wienflußsammelkanals vorsehen. Der Straßenkanal wird auf dem Margaretengürtel errichtet, und zwar von der Flurschützstraße bis zur Einsiedlergasse. Die Kosten für dieses Projekt belaufen sich auf 4,5 Millionen Schilling; als Baurate für 1966 ist eine Million Schilling vorgesehen. 2,950.000 Schilling (Baurate für 1966: 1,450.000 Schilling) wird der Umbau des linken Wienflußsammelkanals von der Linken Wienzeile 272 bis zur Winckelmannstraße kosten. Beide Anträge werden noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

\- - -

## Kreuzung Lastenstraße-Josefstädter Straße ab Montag gesperrt

11. November (RK) Sofort nach der Eröffnung des Zweierlinientunnels wurde bekanntlich mit dem endgültigen Umbau der Lastenstraße zwischen Universitätsstraße und Secession begonnen. Im Rahmen dieser Straßenbauarbeiten ist es nun notwendig geworden, die Kreuzung Landesgerichtsstraße (Auerspergstraße) - Josefstädter Straße (Stadiongasse) vorübergehend zu sperren. Die vorgesehenen Arbeiten werden, wenn es das Wetter erlaubt, zwei Wochen dauern. Die Kreuzung wird daher ab kommenden Montag, den 14. November, bis voraussichtlich Samstag, den 26. November, für alle Fahrzeuge mit Ausnahme der Straßenbahn gesperrt.

\- - -

## Verleihungen des Medizinalratstitels

11. November (RK) In seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus überreichte Bürgermeister Bruno Marek heute an vier Wiener Ärzte die Derkete, durch die ihnen vom Bundespräsidenten der Berufstitel "Medizinalrat" verliehen worden war.

Die neuen Medizinalräte sind: der praktische Arzt in 5, Hamburgerstraße 2 Dr. Adolf Budernik, die Fachärztin für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Ambulatorium der Wiener Gebietskrankenkasse Dr. Sophie Haustein, der Gruppenarzt bei der Wiener Gebietskrankenkasse und praktische Arzt Dr. Walter Kettner und der Facharzt für Zahnheilkunde in 9, Garnisongasse 7 Dr. Lambert Schlinger.

\- - -

## Verleihung des Veterinärratstitels

11. November (RK) Bürgermeister Bruno Marek überreichte heute vormittag im Rathaus dem Wiener Tierarzt Dr. Karl Lehner das Dekret, durch das diesem vom Bundespräsidenten der Berufstitel "Veterinärrat" verliehen worden war.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

11. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 2 bis 3 S, Karotten 3 bis 4 S, Kohl 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 4 bis 8 S, Birnen 4 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Ein "kinderwagengerechter" Fußgängersteg

11. November (RK) Im Anschluß an den Hackinger Steg, der vom Bahnhof Hütteldorf über die beiden Wientalbegleitstraßen und den Wienfluß zur Auhofstraße führt und ein gefahrloses Überqueren der Fahrbahnen ermöglicht, wird in Kürze mit den Arbeiten zur Herstellung einer Fußgängerbrücke zur Stadtbahnstation Hütteldorf begonnen werden.

Diese Brücke wird es den Fahrgästen der Stadtbahn ermöglichen, ohne Stiegen steigen zu müssen, den bereits fertiggestellten Steg über dem Wienfluß zu erreichen. Sie wird im Gegensatz zum Hackinger Steg in Leichtbauweise hergestellt werden, da sie nur als Provisorium bis zum Umbau der Stadtbahnstation Hütteldorf anzusehen ist.

Auf der Hietzinger Seite des Hackinger Steges wird demnächst auch die stufenlose Rampe in den Schimonpark fertiggestellt sein. Nach Errichtung der Leichtmetallbrücke zur Stadtbahnendstelle Hütteldorf werden also beispielsweise Mütter mit Kinderwagen oder Leute, denen das Stiegensteigen schwerfällt, bequem und stufenlos über das Wiental gelangen.

\- - -

## Eishockey-Manager tagen in Wien

11. November (RK) Auf Einladung des Österreichischen Eishockey-Verbandes tagt gegenwärtig in Wien das Direktorium des Internationalen Eishockeyverbandes unter dem Vorsitz seines Präsidenten John F. Ahearne (England). Das Direktorium, dem 14 Vertreter aus 10 Staaten angehören, befaßt sich hauptsächlich mit dem Bericht des Österreichischen Eishockey-Verbandes über die Vorbereitungen für die Weltmeisterschaften, die 1967 in Wien ausgetragen werden.

Für keine der bisherigen Eishockey-Weltmeisterschaften haben sich noch so viele Mannschaften gemeldet, wie für die Konkurrenz in Wien. In allen drei Wertungsgruppen haben acht Mannschaften genannt. Zuletzt hat sich für die Gruppe C noch die Nationalmannschaft Nordkoreas gemeldet.

Das Direktorium muß daher die Auslosung für die Reihenfolge der Spiele in dieser Wertungsgruppe erneut vornehmen. Außerdem werden in Wien die Schiedsrichter für sämtliche Weltmeisterschaftsspiele nominiert.

Zu Ehren der Mitglieder des Direktoriums des Internationalen Eishockey-Verbandes gab Bürgermeister Bruno Marek heute abend einen Empfang im Restaurant auf dem Donauturm. In seiner Vertretung hieß Kulturstadtrat Gertrude Sandner die Gäste willkommen. Sie verwies in ihrem Grußwort auf die Bemühungen der Stadt Wien, den Eishockey-Weltmeisterschaften 1967 einen würdigen Rahmen zu geben. Bei einem Blick aus dem Fenster des Donauturm-Restaurants können Sie sehen, so sagte Stadtrat Sandner, daß Wien sich das auch etwas kosten läßt: Die große Ausstellungshalle im Donaupark wird gegenwärtig mit einem Kostenaufwand von 25 Millionen Schilling zu einer Eislaufhalle umgebaut, sodaß in Wien dann zwei derartige Einrichtungen zur Verfügung stehen werden und sämtliche Bewerbe in modernen Hallen durchgeführt werden können.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Ehrenmedaille der Stadt Wien für Hermann Kosel und Rudolf Saar

12. November (RK) Der Wiener Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dem akademischen Maler Professor Hermann Kosel und dem Präsidenten des Österreichischen Sängerbundes, Rudolf Saar, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber zu verleihen.

Die feierliche Überreichung der Ehrenmedaillen nimmt Bürgermeister Bruno Marek kommenden Mittwoch, den 16. November, um 15 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses vor.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu dieser Überreichungsfeier Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Termin: Mittwoch, 16. November, 15 Uhr. Ort: Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses. Zugang: 1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege I. Es wird gebeten, die Plätze bis 14.50 Uhr einzunehmen.

\- - -

## Die Radiorede des Bürgermeisters

12. November (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprechen morgen, Sonntag, den 13. November, um 19.45 Uhr im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft" Dr. Wolfgang Gerle über die Hilfe der Stadt Wien in den Katastrophengebieten, über die Schneeräumung und über die Bundesmittel für die Wohnbauförderung in Wien.

Im Anschluß an den nun folgenden Text des Gespräches bringen wir eine Kurzfassung!

\- - -

Gesperrt bis Sonntag, 13. November, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

## Benachteiligung Wiens bei der Wohnbauförderung

### Stadt Wien hilft in österreichischen Katastrophengebieten - Für den Winter gerüstet

12. November (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprachen am Sonntag, dem 13. November, Bürgermeister Bruno Marek und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft" Dr. Wolfgang Gerle, über die Hilfe der Stadt Wien in den Katastrophengebieten, über die Schneeräumung und über die Bundesmittel für die Wohnbauförderung in Wien.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister Bruno Marek möchte sich in seiner heutigen Sendung mit mehreren Themen beschäftigen, zu Beginn gibt er Ihnen einen kurzen Bericht über den neuerlichen Einsatz von Geräten und Bediensteten der Stadt Wien in den Hochwassergebieten Osttirols und Kärntens.

Bgm. Marek: Meine lieben Wienerinnen und Wiener, innerhalb von zwei Jahren hat die Natur unsägliches Leid über viele unserer Landsleute vor allem in den südlichen Bundesländern gebracht. Menschen wurden getötet, Dörfer vernichtet und viele wirtschaft-

./.

liche Unternehmungen zerstört. Die Wiener Stadtverwaltung hat - wie schon bei den vorhergegangenen Katastrophen - sofort spontan technische Hilfe geleistet. Derzeit stehen wieder fünf Einsatzfahrzeuge der Wiener Berufsfeuerwehr, 22 Lastkraftwagen, sieben Schlammsaugfahrzeuge und 68 Bedienstete in Osttirol und Kärnten im Hochwassereinsatz. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen jenen Gemeindebediensteten von ganzem Herzen Dank sagen, die bereits im vergangenen Sommer täglich 12 bis 14 Stunden gearbeitet haben und sich nach Bekanntwerden der furchtbaren Katastrophe der letzten Tage sofort wieder für den Einsatz zur Verfügung stellten.

Ich bitte Sie sehr, sich von Ihrem guten Herzen leiten zu lassen und nicht nur durch Überweisung von Geldbeträgen auf das Konto der Bundesregierung Nummer 7000 zu helfen, sondern auch durch Spenden von Kleidungsstücken aller Art, ebenso von Wäsche, Schuhen und Decken. Alle österreichischen Hilfsorganisationen nehmen diese Sachspenden gerne entgegen und werden sie unverzüglich ins Katastrophengebiet weiterleiten.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Beginn der Weihnachtszeit, bald wird der vom Land Vorarlberg der Stadt Wien gestiftete Weihnachtsbaum vor dem Rathaus im Lichterglanz erstrahlen. Vergessen wir in dieser Zeit nicht, daß ungezählte Österreicher sehr traurige Weihnachten haben werden. Helfen wir daher mit, ihre ärgste Not zu lindern und ihnen das Gefühl zu geben, daß wir alle uns mit ihnen verbunden fühlen.

Dr. Gerle: Die Auswirkungen des Katastrophenwetters in den südlichen Bundesländern konnten auch wir in Wien verspüren, als vor zwei Wochen zum erstenmal bei uns Schnee fiel.

Herr Bürgermeister, wie hat die Stadt Wien für den kommenden Winter vorgesorgt?

Bgm. Marek: Für den Schneeräumdienst stehen uns heuer 219 Schneepflüge zur Verfügung, dazu kommen noch 26 Dieselkarren mit Schneepflug und Streuausrüstung sowie vier Schneefräsen für die Beseitigung von Schneeverwehungen. Mit diesen Geräten haben wir rund 2000 Straßenkilometer zu betreuen.

./.

Das ist leider nicht so einfach, weil der Einsatz von Räumgeräten durch die unzähligen parkenden Kraftfahrzeuge behindert wird, und Schneeschaufler wohl kaum in genügender Anzahl zur Verfügung stehen werden.

Dr. Gerle: Wurde das Straßennetz Wiens auch diesmal wieder je nach der Verkehrsdichte in Dringlichkeitsrouten eingeteilt?

Bgm. Marek: Selbstverständlich. Wir haben eine 500 Kilometer lange Route A, sie besteht aus 48 Räumstrecken; das sind die Hauptverkehrsstraßen und die wichtigsten Durchzugslinien sowie die Route B, das sind 27 Räumstrecken, welche die Verbindungsstraßen zwischen den Hauptlinien sowie die Nebenstraßen umfassen. Wird die Route A geräumt, so sprechen wir von der ersten Dringlichkeitsstufe, bei der Route B verwenden wir die Bezeichnung zweite Dringlichkeitsstufe.

Dr. Gerle: Ein besonderes Problem bildet wohl die Bekämpfung des Glatteises?

Bgm. Marek: Schon vor einiger Zeit wurden an den Straßenkreuzungen und bei Fußgeherübergängen die sogenannten Sanddächer oder Sandkisten aufgestellt, insgesamt 1.600 Stück, in denen sich jeweils ein bis zwei Kubikmeter Streumaterial befinden. Für den Soforteinsatz stehen auch heuer wieder der Verkehrspolizei kleine Streusäcke aus Plastik zur Verfügung, in denen sich eine Mischung von Sand und Salz im Gewicht von fünf Kilogramm befindet.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wie groß ist die Menge des vorbereiteten Streumaterials?

Bgm. Marek: Wir haben für die kommende Winterperiode 25.000 Tonnen Sand und 4 1/2tausend Tonnen Auftausalz bereitgestellt. Dazu möchte ich sagen, daß sich die Verwendung von Auftausalz immer mehr als wirksamstes Mittel zur Entschärfung der Fahrbahn bei Eis- und Schneeglätte erweist und der Einsatz von Salz somit wesentlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den winterlichen Straßen beiträgt. Als vorteilhaft hat sich auch erwiesen, schon bei Einsetzen von Schneefällen Salz zu streuen, wodurch ein Festfrieren des Schnees auf dem Untergrund vermieden wird und die Wegschaffung des Schnees durch den Pflug leichter fällt. Abgesehen davon kommt es beim sofortigen Streuen von Salz nicht mehr zu den gefürchteten Eishöckerbildungen auf der Fahrbahn.

./.

Dr. Gerle: Vergangenen Winter wurde von Tierfreunden die Meinung geäußert, das Streuen von Salz führe bei den Hunden zu Erkrankungen. Herr Bürgermeister, welche Ansicht vertritt nun die Gemeinde Wien?

Bgm. Marek: Ich glaube nicht besonders betonen zu müssen, daß ich ein großer Tierfreund bin, ich denke, das hat sich schon herumgesprochen, und daher habe ich mich sofort für diese Klagen interessiert. Ich möchte dazu ausdrücklich feststellen: Eine Reihe von Tierversuchen hat ergeben, daß zwischen der Erkrankung von Hunden und dem Streuen von Salz kein Zusammenhang besteht. Ich verweise auf eine Erklärung von Herrn Professor Dr. Graetzl von der Tierärztlichen Hochschule, der feststellte, daß alljährlich in den Wintermonaten eine Häufung von Erkrankungen der Hunde zu beobachten sei, was aber mit der Salzstreuung nicht im Zusammenhang gebracht werden könne. Ein gesunder Hund kann ohneweiters eine relativ große Menge Salz aufnehmen, ohne dadurch zu Schaden zu kommen.

Dr. Gerle: Andere Tiere nehmen doch auch Salz auf?

Bgm. Marek: Natürlich. Dem Wild wird Salz gegeben und es wird von ihm gut vertragen, ebenso nehmen die Rinder Salz auf. Allein die Bezeichnung 'Viehsalz' und seine ständige Verwendung beweist, daß wir es hier mit einem Produkt zu tun haben, das keineswegs gesundheitsschädlich ist.

Dr. Gerle: Manche Tierhalter vermuten, daß dem Streusalz Chemikalien beigemengt werden, die giftig sind und daher Erkrankungen verursachen.

Bgm. Marek: Wir haben unser Streusalz untersuchen lassen, es enthält keinerlei Giftstoff oder andere schädliche Stoffe. Überdies haben wir von den Österreichischen Salinen, die uns das Streusalz liefern, ausdrücklich verlangt, daß es keine Beimengungen enthält, die irgendwelche nachteilige Folgen bei Tieren nach sich ziehen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, könnten Sie nicht so lieb sein und den Hundehaltern einige Ratschläge für den Winter geben?

Bgm. Marek: Gerne. Ich beziehe mich da auf die Ausführungen von Herrn Professor Dr. Graetzl, der vorschlug, man möge im Winter den Hunden keine salzarme Kost geben; werden sie richtig gefüttert, so haben sie kaum Bedürfnis Salz zu lecken. Wichtig ist auch ein gut anliegender und zusätzlich mit Leukoplaststreifen verklebter Maulkorb, der die Tiere hindert, Schnee zu fressen. ./.

Die meisten Hunde fressen ja bekanntlich gerne Schnee, ob er nun gesalzen ist oder nicht. Schnee unterkühlt ihren Magen und es kommt zu Erkrankungen, die aber keineswegs, wie schon erklärt, auf das Streusalz zurückzuführen sind. Und dann noch etwas: Führen Sie, meine Damen und Herren, Ihren Hund im Winter unbedingt an der Leine, Sie können dann verhindern, daß er dort hingeht, wo besonders viel Salz gestreut ist; und reinigen Sie ihm auch, wenn Sie dann mit ihm nach Hause kommen, sofort die Pfoten. Die meisten Hundehalter machen das ja sowieso, um eine Verschmutzung der Wohnung zu verhindern, aber sie vergessen manchmal, auch die Haut zwischen den Zehen zu reinigen. Eine Naßreinigung ist einer Trockenreinigung natürlich vorzuziehen.

Dr. Gerle: Herr Bürg rmeister, es werden aber doch nicht nur die Fahrbahnen und die Fußgeherübergänge mit Salz bestreut, sondern auch die Gehsteige, und auf diesen halten sich doch vor allem die Hunde auf.

Bgm. Marek: Die Bestreuung der Gehsteige mit Salz ist nicht unsere Angelegenheit. Die Stadtverwaltung läßt nur die Fahrwege und Fußgeherübergänge bestreuen. Meiner Meinung nach würde es genügen, wenn man auf den Gehsteigen nur Sand und Asche streute, nicht aber auch Salz.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, ich glaube, wir könnten uns nun dem letzten vorgesehenen Thema zuwenden.

Bgm. Marek: Gewiß, aber vorher möchte ich noch einige Worte über die Straßenfreimachung im Winter sagen. Es genügt keineswegs, den Schnee zu räumen, man muß ihn auch wegschaffen. Das ist ein wichtiges Problem. Wir haben daher im vergangenen Jahr zum erstenmal eine fahrbare Schneeschmelzanlage probeweise eingesetzt, die in der Stunde bis zu 36 Tonnen Schnee geschmolzen hat. Das Schmelzwasser wurde unmittelbar in die Kanäle geleitet. Wir werden mit diesem Gerät heuer weitere Versuche anstellen und von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob wir mehrere Geräte dieser Art anschaffen können. Den Kraftfahrern möchte ich noch schnell in Erinnerung bringen, daß ab 15. Dezember in unserer Stadt das Schienenparkverbot

./.

wieder durchgehend also auch während der Nachtzeit, in Geltung steht. Und zum Schluß auch noch ein Wort an die Hauseigentümer beziehungsweise an ihre Vertreter. Ich möchte sie daran erinnern, daß durch eine Verordnung des Magistrates verfügt wurde, Gehsteige dürfen nur in einer Breite von eineinhalb Metern geräumt werden, der übrige Teil des Gehsteiges dient zur Schneeablagerung. Man darf also den Schnee von den Gehsteigen nicht auf der Fahrbahn lagern.

Dr. Gerle: Jetzt können wir uns aber dem nächsten Thema zuwenden, nicht wahr, Herr Bürgermeister?

Bgm. Marek: Ja, und zwar einem besonders wichtigen Thema, das sehr viele Menschen unserer Stadt betrifft. Wie Sie vielleicht wissen, fördert auch der Bund die Wohnbautätigkeit in allen Bundesländern, indem er finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, die nach einem ganz bestimmten Schlüssel verteilt werden. Nach der derzeitigen Rechtslage hätte Wien über 27 Prozent der Gesamtsumme zu erhalten. Vor rund einer Woche hat nunmehr Herr Minister Dr. Kotzina, der Bundesminister für Bauten und Technik, in Graz erklärt, man werde in Zukunft Wien nur mehr 18 Prozent der Mittel zur Verfügung stellen, also um rund ein Viertel weniger als bisher.

Dr. Gerle: Und wie wird diese Maßnahme begründet?

Bgm. Marek: Mittlerweile ist auch ein Verordnungsentwurf des von mir erwähnten Bundesministeriums eingelangt, der tatsächlich für Wien sogar noch etwas weniger als 18 Prozent an Wohnbauförderungsmitteln vorsieht. Meiner Meinung nach trägt dieser Aufteilungsschlüssel den gesetzlichen Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes nicht Rechnung, so daß ich den Magistrat der Stadt Wien beauftragen werde, sich mit dieser Angelegenheit genauestens zu befassen. Wir werden uns jedenfalls sehr energisch jeden Versuch des Bundes widersetzen, den Anteil Wiens ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse einfach derart niedrig festzusetzen. In früheren Zeiten wurden über den Aufteilungsschlüssel eingehendste Verhandlungen geführt. Solche Verhandlungen werden heutzutage vermißt.

Dr. Gerle: Man kann nur im Interesse der Wohnungssuchenden in Wien hoffen, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde.

./.

Bgm. Marek: Wir werden uns jedenfalls sehr bemühen, daß es zu einer so eklatanten Benachteiligung der Bundeshauptstadt Wien nicht kommt. Wird nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen, so können wir ohne Schwierigkeiten den Beweis erbringen, daß - verglichen mit anderen Bundesländern - hier in Wien noch immer enorm viele Wohnungen fehlen. Es ist daher nur recht und billig, wenn uns somit auch weiterhin anteilsmäßig entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Einen Anteil von 18 Prozent erachten wir nicht einmal als Diskussionsgrundlage!

Liebe Wienerinnen und Wiener, ich hoffe, Ihnen wieder einen Überblick über die wichtigsten Probleme gegeben zu haben, mit denen sich die Stadtverwaltung derzeit beschäftigt. Erlauben Sie mir, bitte, daß ich meinen Appell wiederhole und Sie herzlich ersuche, den unverschuldet in Not geratenen Mitbürgern in unseren südlichen Bundesländern nach besten Kräften zu helfen und mitzuwirken, damit so bald als möglich die ärgsten Schäden beseitigt werden können. Ich weiß, daß die von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Landsleute heuer kein schönes Weihnachtsfest haben werden. Aber wir treffen gerne alle Maßnahmen, um ihnen zu beweisen, daß wir in aufrichtiger Freundschaft mit ihnen verbunden sind. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, uns dabei nach besten Kräften zu unterstützen, danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verabschiede mich recht herzlich von Ihnen.

+

K u r z f a s s u n g:

Katastrophenhilfe

Die Wiener Stadtverwaltung hat wiederum sofort technische Hilfe geleistet. Derzeit stehen fünf Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, 22 Lastkraftwagen, sieben Schlammsaugfahrzeuge und 68 Bedienstete in Osttirol und Kärnten im Hochwassereinsatz. An die Wiener wird appelliert, nicht nur durch Überweisung von Geldbeträgen auf das Konto der Bundesregierung Nummer 7.000 sondern auch durch Sachspenden zu helfen, die von allen österreichischen Hilfsorganisationen entgegengenommen werden.

./.

## Schneeräumung

Für den Schneeräumdienst stehen heuer in Wien 219 Schneepflüge, 26 Dieselkarren mit Pflug und Streuausrüstung sowie vier Schneefräsen zur Verfügung. 2.000 Kilometer Straßen sind zu betreuen. Der Einsatz der Räumgeräte wird durch die vielen parkenden Kraftfahrzeuge schwer behindert. Zur Glatteisbekämpfung wurden 1.600 sogenannte Sanddächer oder Sandkisten mit Streumaterial aufgestellt, für den Soforteinsatz ist die Verkehrspolizei wieder mit kleinen Plastiksäcken mit je fünf Kilo Streumaterial ausgerüstet worden. Insgesamt sind 25.000 Tonnen Sand und 4,5 Tonnen Streusalz für den Winter bereitgestellt.

Den Hundebesitzern wird empfohlen, den Maulkorb mit Leukoplast zu verkleben, damit die Tiere keinen Schnee fressen können. Die Pfoten sollen beim Nachhausekommen mit einem nassen Tuch gereinigt werden. Ausdrücklich wird festgestellt, daß zwischen den Erkrankungen von Hunden im Winter und der Salzstreuung auf Grund von Tierversuchen kein Zusammenhang besteht. Das gestreute Salz ist für die Tiere nicht schädlich, wohl aber die Unterkühlung des Magens durch das Schneefressen. Auf den Gehsteigen sollte nur Sand oder Asche gestreut werden, die Hausbesorger werden außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß die Gehsteige nur in einer Breite von 1,5 Meter geräumt werden dürfen, damit der übrige Teil zur Schneeablagerung verwendet werden kann. Schnee also nicht auf die Fahrbahn!

## Wohnbauförderung

Bekanntlich fördert der Bund die Wohnbautätigkeit in allen Bundesländern durch die Beistellung finanzieller Mittel, die nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden. Nach der derzeitigen Rechtslage hätte Wien mehr als 27 Prozent der Gesamtsumme zu erhalten. Nun hat Minister Dr. Kotzina angekündigt und ist inzwischen ein Verordnungsentwurf des Ministeriums für Bauten und Technik eingelangt, der für Wien weniger als 18 Prozent an Wohnbauförderungsmitteln vorsieht. Der Magistrat der Stadt Wien wird beauftragt werden, sich mit dieser Angelegenheit genauestens zu befassen. Die Stadt Wien wird sich sehr energisch jedem Versuch des Bundes widersetzen, den Anteil Wiens ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse derart niedrig festzusetzen. Ein Anteil von 18 Prozent wird bei dem großen Wohnungsdefizit in Wien nicht einmal als Diskussionsgrundlage betrachtet.

\- - -

## Fünfzigster Geburtstag Edmund Hlawkas

12. November (RK) Am 15. November 1916 wurde der Mathematiker Edmund Hlawka in Bruck an der Mur geboren.

Er studierte Mathematik an der Universität Wien und wirkte von 1939 bis 1947 als Assistent an diesem Institut. Sein besonderes Interesse gilt dem Problem der Geometrie der Zahlen, das heißt der Anwendung geometrischer Methoden aus zahlentheoretischen Fragen. Mit Arbeiten auf diesem Gebiete suchte er sich schon zur Zeit der nationalsozialistischen Ära als Privatdozent zu habilitieren, doch nahmen damals andere Professoren dagegen Stellung, weil er es ablehnte, der nationalsozialistischen Partei beizutreten. Nach der Befreiung stellte er sich sofort dem Wiederaufbau des mathematisch-physikalischen Institutes in der Boltzmanngasse als Lehrkraft zur Verfügung und wurde noch 1945 Privatdozent. 1946 habilitierte er sich auch an der Technischen Hochschule in Wien als Privatdozent für Mathematik.

Ein nach ihm benannter Satz der Zahlengeometrie verschaffte ihm internationalen Ruf. Die Folgerungen, die aus seinen Theorien gezogen werden können, haben für wichtige Probleme der Gegenwart große Bedeutung, vor allem für die Fragen: Wie bewegen sich die Himmelskörper? Wie ist die Materie aufgebaut? Wie entwickelt sich das Weltsystem?

An dem Institut in Princeton, an dem Albert Einstein bis zu seiner Pensionierung wirkte, hatte sich Edmund Hlawka ab 1948 als Ordinarius für Mathematik allgemeine Anerkennung erworben. 1959 wurde er auch Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher.

Im Mai 1956 wurde er von der Akademie der Wissenschaften in Wien zum korrespondierenden Mitglied, im Juni 1959 zum wirklichen Mitglied gewählt. Er vertrat die Akademie als Delegierter bei internationalen Kongressen und nahm vielfach an Mathematikertagungen teil. Als ihm für seine Arbeiten auf dem Gebiete der Zahlen-

./.

geometrie im Jahre 1963 der Dannie-Heinemann-Preis der Göttinger Akademie der Wissenschaften verliehen wurde, bezeichneten ihn Wiener Zeitungen als "bedeutendsten Mathematiker Europas."

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Gertrude Sandner haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

## Ausstellung "40 Jahre Körperbehindertenschule der Stadt Wien"

12. November (RK) Im heurigen Schuljahr feiert die Sonderschule der Stadt Wien für körperbehinderte Kinder, 18, Währinger Straße 173, ihr 40jähriges Jubiläum. Diese außerordentlich wichtige Einrichtung geht auf die Schulreform des damaligen ersten Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Otto Glöckel, zurück.

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten wird die Körperbehindertenschule durch eine Ausstellung ihren geschichtlichen Werdegang und einen Einblick in ihre Tätigkeit zeigen. Diese Ausstellung wird am Montag, dem 14. November, um 10 Uhr, durch Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer eröffnet. Sie wird vom 14. bis 26. November täglich außer Samstag, Sonn- und Feiertag von 9 bis 16 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen sein.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Eröffnung dieser Ausstellung zu entsenden. Termin: Montag, 14. November, 10 Uhr, Ort: Sonderschule Wien 18, Währinger Straße 173.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Am Donnerstag und Freitag Wiener Gemeinderat

14. November (RK) Wie bereits berichtet, wird der Wiener Gemeinderat kommenden Donnerstag, den 17. November, um 8.30 Uhr, zu einer von Bürgermeister Bruno Marek einberufenen Sondersitzung zusammentreten. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Diskussion des von der Stadtplanung und den Verkehrsbetrieben ausgearbeiteten U-Bahn-Konzepts. Als Referenten sind vorgesehen: Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Otto Engelberger von der Stadtplanung und Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Pins von den Verkehrsbetrieben. In dieser Sitzung, zu der die SPÖ bisher sechs Debattenredner nominiert hat und die ÖVP fünf Debattenredner, wird es zu keinen Beschlüssen über die U-Bahn kommen. Es soll vielmehr Gelegenheit zu einer ausführlichen Debatte gegeben werden.

Am nächsten Tag, Freitag, den 18. November, findet eine "normale" Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Die Tagesordnung umfaßt bisher 21 Punkte.

Vor dieser Gemeinderatssitzung wird am Freitag der Wiener Landtag um 10 Uhr zusammentreten und mehrere Gesetzesvorlagen beraten, die eine Reihe von Verbesserungen für die Beamten der Stadt Wien bringen. Ferner sollen die Bauordnung und das Opferfürsorgeabgabegesetz geändert werden sowie das Gesetz über die Regelung des Kindertagesheimwesens beschlossen werden.

Eintrittskarten für die Besuchergalerien sind im Präsidialbüro im Rathaus, Stiege 5, 1. Stock, kostenlos erhältlich.

\- - -

## Neues Schmutzwasserpumpwerk für Kanalisation der Donaustadt

14. November (RK) Für die Kanalisierung geplanter städtischer Wohnhausanlagen im 22. Bezirk, Spandlgasse, müssen ein Schmutzwasserpumpwerk und ein Kanal zum Anschluß an das bestehende Entwässerungsnetz beim Contiweg errichtet werden. Der Gemeinderatsausschuß für öffentliche Einrichtungen hat für die beiden Schneckenpumpen, die für das vollautomatische Pumpwerk erforderlich sind, 380.000 Schilling und für die Kanalbauarbeiten 870.000 Schilling genehmigt.

Der Mischwasserkanal zwischen Spandlgasse und Contiweg muß den Bahndamm der Ostbahn unterqueren. Die Querung der Ostbahntrasse wird bei voller Aufrechterhaltung des Zugsbetriebes durchgeführt.

\- - -

## Johann Nepomuk Vogl zum Gedenken

14. November (RK) Auf den 16. November fällt der 100. Todestag des Dichters Johann Nepomuk Vogl.

Er wurde am 7. Februar 1802 in Wien geboren und zeigte schon früh literarische Neigungen. Von 1819 bis 1859 war er Staatsbeamter. Seine Verbindung mit den meisten Schriftstellern, Künstlern und Komponisten des Vormärz gab ihm die Möglichkeit, zahlreiche Almanache herauszugeben. Vogl schuf als Lyriker und Erzähler, als Nachdichter und Übersetzer ein umfangreiches Werk. Weiters betätigte er sich als Redakteur des Wochenblatts "Österreichische Morgenpost" und des jährlich erscheinenden "Österreichischen Volkskalenders", in dem er viele Geschichten veröffentlichte. Das Wertvollste leistete er auf dem Gebiet der Ballade. Seine Sammlung "Balladen und Romanzen" war in mehreren Auflagen verbreitet und hatte ungeheuren Erfolg. Seine Gedichte wurden in Lesebüchern aufgenommen. Manche von ihnen sind bis in unsere Zeit bekannt. Als Prosaist hat Vogl die Kalendergeschichte gepflegt. Weiters ist er als Topograph sowie als Sammler zeitgenössischer Dichtung hervorgetreten. Johann Nepomuk Vogl wurde ursprünglich auf dem Schmelzer Friedhof begraben. 1891 erfolgte die Überführung seines Sarges in ein Ehrengrab der Stadt Wien im Zentralfriedhof. Ein Platz im 18. Gemeindebezirk erinnert an ihn.

\- - -

## Fortbildungskurs für Tbc-Fürsorgerinnen eröffnet

14. November (RK) Heute wurde im Bildungsheim des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Neuwaldegg ein Fortbildungskurs für Tbc-Fürsorgerinnen eröffnet. Stadtrat Hubert Pfoch begrüßte dabei im Namen des Bürgermeisters und wünschte den Kursteilnehmern, daß sie möglichst viel neues Wissen erwerben können. Er verwies darauf, daß der Tuberkulose durch politische und verwaltungstechnische Maßnahmen und durch die Verbesserung des Gesundheitsdienstes heute viel von ihrem einstigen Schrecken genommen wurde. Trotzdem gilt es nach wie vor, diese Krankheit möglichst wirksam zu bekämpfen. Im Jahr 1900 starben in Wien noch 100.000 Menschen an Tbc, die meisten von ihnen im Lebensalter von 20 bis 40 Jahren. Wie sehr die Tbc eine Krankheit des sozialen Milieus war, geht daraus hervor, daß zum Beispiel in Ottakring fünfmal so viele Menschen an Tbc starben wie in der Inneren Stadt.

Auch Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück sprach bei der Tagung und führte aus:

"Die statistischen Zahlen und die noch immer beträchtliche Mortalität dieser wahren Volksseuche zeigen, daß diese heimtückische Krankheit noch lange nicht völlig beseitigt ist. Die großen Fortschritte in der Behandlung der Tuberkulose und das Absinken der Tuberkulosesterblichkeit haben vielfach zur Vorstellung geführt, daß die Tuberkulose aufgehört habe, eine echte Gefahr für die Volksgesundheit darzustellen.

Ich bin der Überzeugung, daß ein zu voreiliger Optimismus bei dieser eminent chronisch verlaufenden Infektionskrankheit schweren Schaden verursachen kann und deshalb gewinnt auch diese Tagung wieder besondere Aktualität.

Sie wissen, daß infolge des besonders häufigen Vorkommens dieser Seuche in unserer Heimatstadt im 19. Jahrhundert, also zur Zeit der ersten berühmten medizinischen Schule unter Skoda und Rokitansky die Tuberkulose allgemein als 'Morbus Viennensis', das heißt also Wiener Krankheit bezeichnet wurde.

Aus dem uns bekannten Zahlenmaterial wissen wir zum Beispiel, daß im Jahre 1871 die Tuberkulosesterblichkeit ihren absoluten Höhepunkt erreichte. Unter den 22.600 Verstorbenen dieses Jahres befanden

./.

sich 6.000 Tuberkulosetodesfälle, das sind 25 Prozent der Gesamtsterblichkeit.

Von da an fiel wohl die Mortalitätskurve kontinuierlich ab, ist jedoch in den beiden Weltkriegen wieder beträchtlich angestiegen. Es ist sehr beeindruckend, wenn wir feststellen müssen, daß seit dem Jahre 1876, also seit 100 Jahren, in Wien mehr als 420.000 Menschen an Tuberkulose gestorben sind. Diese Zahl gibt uns eine Vorstellung von der eminenten Bedeutung und Gefahr dieser wahren Volksseuche.

Aber auch die Zahl der Neuerkrankungen seit dem Jahre 1946 beträgt über 100.000. Sie sehen also, das Problem Tuberkulose ist nach wie vor brennend und verpflichtet uns, alle Anstrengungen zu machen, diese gefährliche Krankheit weiter zu bekämpfen.

Das reichhaltige Programm dieser Tagung wird uns sicher eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen ermitteln und uns so wieder einen Gesamtüberblick über den letzten Stand der wissenschaftlichen Forschung als auch der praktischen Anwendung und deren Ergebnisse bringen."

\- - -

## Eine Schallplatte vom Wiener Jazz-Wettbewerb

14. November (RK) Das starke Echo, das der erste Internationale Wettbewerb für Modernen Jazz 1966, der von der Stadt Wien und dem Wiener Kunstfonds der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Mai veranstaltet wurde, in der internationalen Fachwelt gefunden hat, fand nunmehr auch auf dem Schallplattenmarkt seinen Niederschlag. Das Schlußkonzert der sechs ersten und sechs zweiten Preisträger wurde nicht nur vom Rundfunk und vom Fernsehen aufgezeichnet; auch eine Schallplattenfirma schnitt das spektakuläre Jazzkonzert mit.

Der Zusammenarbeit der Österreichischen Schallplatten AG Amadeo und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ist es geglückt, eine Langspielplatte mit den wesentlichen Darbietungen des Schlußkonzertes herauszubringen. Festgehalten sind darauf folgende Stücke: "Last minute blues" von Edward Daniels, gespielt vom Sextett der ersten Preisträger (Friedrich Pauer, Edward Daniels, Miroslaw Vitous, Franco Ambrosetti und Jiggs Whigham); "Morning reverend" von Thad Jones, gespielt von E. Daniels, Saxophon, und dem Eurojazz-Orchester; "Wrap yuer troubles in dreams" von Harris Moll und Koehler, gespielt vom Sextett der zweiten Preisträger; "The shadow of your smile", von J. Mandel und Chris Swanson, gespielt von Jiggs Whigham, Posaune und dem Eurojazz-Orchester; "Closer" von Friedrich Gulda, gespielt vom Sextett der ersten Preisträger und dem Eurojazz-Orchester.

In Fachkreisen wird diese österreichische Jazzplatte als Sensation gewertet, die das Ansehen der Musikstadt Wien auch bei den Jazzfreunden in aller Welt festigen wird. Die Schallplatte wird demnächst im Fachhandel erhältlich sein.

\- - -

## Schutz der Wasserleitungseinrichtungen bei Frost

14. November (RK) Wie alljährlich machen auch heuer die Wasserwerke auf den Schutz der Wasserleitungseinrichtungen gegen Frost aufmerksam. Zur Verhinderung des Einfrierens der Wasserleitungseinrichtungen sind die Kelleröffnungen allenfalls auch die Haustore und Gangfenster geschlossen zu halten und die freiliegenden Leitungsteile, die Hauswechsel, Wasserzähler usw., in geeigneter und ausreichender Weise vor Frost zu schützen. Dies geschieht durch Umhüllung der freiliegenden Wasserleitungsteile mit Stoffresten oder dergleichen. Wassermesser und Hauswechsel können auch in einem mit Sägespänen, Holzwolle oder ähnlichem Material ausgefüllten und mit einem leicht abnehmbaren Deckel versehenen Holzkasten untergebracht werden.

Keinesfalls darf man zur Verhinderung von Frostschäden die Wasserleitungauslässe, Auslaufhähne, Klosette usw. rinnen lassen, weil dadurch bekanntlich große Wassermengen ungenützt verlorengehen.

Die gewissenhafte Befolgung der angeführten Hinweise gibt die beste Gewähr für das einwandfreie Funktionieren der Wasserleitungseinrichtungen auch bei strengstem Frost.

\- - -

Wiener Wohlfahrtsamt schickt den Kärntner Hochwasseropfern:

Bekleidung und Decken im Wert von 600.000 Schilling

14. November (RK) Die Bundeshauptstadt hilft den Hochwasseropfern: In die Hilfsaktion der Stadt Wien hat sich nun auch das städtische Wohlfahrtsamt eingeschaltet und über Auftrag von Bürgermeister Bruno Marek Kleider, Schuhe, Decken und Säuglingswäschepakete für Kinder und Erwachsene in den Kärntner Katastrophengebieten zur Verfügung gestellt. Diese Sachspenden haben einen Gesamtwert von 602.000 Schilling.

Mit zwei großen Lastwagen - allein die Decken wiegen 2,5 Tonnen - wird diese großzügige Spende morgen direkt in die Katastrophengebiete der Bezirke Hermagor und Spittal an der Drau gebracht werden. Morgen, Dienstag, den 15. November, wird Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi um 9 Uhr die Spende an den Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreter Landesrat Dr. Hans Kerstnig übergeben. Ort der Übergabe und der Abfahrt des Transportes ist die Kinderübernahmsstelle der Stadt Wien (Julius Tandler-Heim) im 9. Bezirk, Lustkandlgasse 50.

35 Fahrzeuge und 64 Mann im Einsatz

Im Rahmen der Wiener Katastrophenhilfe sind gegenwärtig in Kärnten und Osttirol insgesamt 35 Fahrzeuge und 64 Mann im Einsatz. Im einzelnen wurden in die verschiedenen Einsatzgebiete entsandt:

Von der Magistratsabteilung 48 (Fuhrpark): 19 Lkw, sechs Schlammsaugewagen sowie ein Kanalspülwagen, ein Kranwagen, ein Tankwagen, ein Werkstättenwagen und ein Kommandofahrzeug; insgesamt also 35 Fahrzeuge. Dieser Wagenzug wird von 42 Bediensteten der Magistratsabteilung 48 begleitet, die bei den Räumungsarbeiten eingesetzt sind.

Von der Wiener Feuerwehr: zwei Lkw, zwei Rüstfahrzeuge und ein Kommandowagen sowie 22 Feuerwehrleute. Drei Feuerwehrtaucher und ein Mehrzweckfahrzeug, die vom 7. bis 12. November im Raum von Sillian eingesetzt waren, sind bereits nach Wien zurückgekehrt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Überreichung der Spende des Wiener Wohlfahrtsamtes zu entsenden.
Ort: Kinderübernahmsstelle der Stadt Wien, 9, Lustkandlgasse 50.
Termin: Dienstag, 15. November, 9 Uhr.

\- - -

Schneebericht vom Wochenende:

## Bis zu 15 Zentimeter Schnee in Wien

14. November (RK) Über das Wochenende gab es in den höher gelegenen Stadtteilen Wiens vereinzelt eine Schneedecke von 10 bis 15 Zentimeter Höhe. In einigen Straßen entstand sogar Schneeglätte.

Obwohl am Samstag bei einer Temperatur von plus 3 Grad Regenwetter herrschte, bildete sich in den höher gelegenen Stadtgebieten, vor allem im Raum der Höhenstraße, eine Schneedecke, die in den Morgenstunden des Sonntags eine Höhe von 5 bis 10 Zentimeter erreichte. Gestern früh hielt der Schneeregen bei einer Temperatur von plus 1,5 Grad weiter an und führte zu Schneehöhen von 10 bis 15 Zentimeter.

Ab 4 Uhr früh standen daher gestern drei Schneepflüge und sieben Streufahrzeuge des städtischen Fuhrparks im Einsatz. Bei der Schneeräumung waren insgesamt 78 Arbeitskräfte beschäftigt. Im Laufe des gestrigen Vormittags hörten die Niederschläge auf. Heute sind alle Fahrbahnen schneefrei und größtenteils auch schon trocken.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

14. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S, Champignons ab 20 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Birnen 5 bis 7 S je Kilogramm.

\- - -

## Rinderhauptmarkt vom 14. November

14. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 57 Ochsen, 321 Stiere, 765 Kühe, 151 Kalbinnen, Summe 1.294. Gesamtauftrieb und verkauft dasselbe.

Preise: Ochsen 13.50 bis 17 S, extrem 17.20 bis 17.40 S, 5 Stück; Stiere 13.50 bis 16.30 S, extrem 16.50 bis 17 S, 3 Stück; Kühe 9.50 bis 13 S, extrem 13.20 bis 14 S, 11 Stück; Kalbinnen 13 bis 16 S, extrem 16.20 bis 16.80 S, 4 Stück; Beinlvieh Kühe 7 bis 9.30 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 12.80 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Kühen um 21 Groschen und erhöhte sich bei Ochsen um 35 Groschen, bei Stieren um 4 Groschen, bei Kalbinnen um 32 Groschen. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 15.26 S, Stiere 15.09 S, Kühe 10.71 S, Kalbinnen 14.66 S; Beinlvieh verbilligte sich im Durchschnitt um 10 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Kranzniederlegung am Grab von Vizebürgermeister Karl Honay

15. November (RK) Kommenden Montag, den 21. November, um 8.15 Uhr, wird Bürgermeister Bruno Marek im Beisein der Mitglieder des Wiener Stadtsenates einen Kranz der Stadt Wien am Ehrengrab des im Juni 1959 verstorbenen ehemaligen Vizebürgermeisters Karl Honay auf dem Zentralfriedhof niederlegen. Anlaß dieser feierlichen Kranzniederlegung ist der 75. Geburtstag, den Karl Honay am 22. November dieses Jahres gefeiert hätte. Das Ehrengrab des verstorbenen Vizebürgermeisters ist das Grab Nr. 27, Gruppe 14 C, 2. Tor.

\- - -

## Fassaden-Renovierung am Schloß Hetzendorf

15. November (RK) Die Fassade des Schlosses Hetzendorf, in dem die Modeschule der Stadt Wien untergebracht ist, zeigt an vielen Stellen Schäden, die auf das Alter des Gebäudes und Witterungseinflüsse zurückzuführen sind. Um einen weiteren Verfall hintanzuhalten, hat der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates beschlossen, die Fassade mit einem Kostenaufwand von 200.000 Schilling renovieren zu lassen. Auch schadhafte Blechteile und Natursteinumrahmungen an den Fenstern und Türen sollen ausgebessert werden.

\- - -

## Ein "Smital-Park" und eine "Weilandgasse" in Floridsdorf

15. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat der städtischen Gartenanlage um das Floridsdorfer Heimatmuseum in der Prager Straße 33 den Namen "Hans Smital-Park" gegeben.

Seit das Floridsdorfer Heimatmuseum in dieser Grünanlage vergangenes Jahr einen Gedenkstein für den Hauptschuldirektor und Heimatforscher Hans Smital errichtet hat, wird der Park von der Bevölkerung allgemein als "Smital-Park" bezeichnet. Durch diesen Sprachgebrauch entstand eine Doppelbezeichnung, da es nämlich bereits eine "Smitalgasse" in Stammersdorf gibt.

Smital, der von 1860 bis 1935 lebte, war eine im Bezirk bekannte und geachtete Persönlichkeit.

In Konsequenz dieser Neubenennung erhielt die Smitalgasse in Stammersdorf eine andere Bezeichnung: Sie heißt ab nun "Weilandgasse" und erinnert damit an den niederösterreichischen Mundartdichter Josef Weiland, der von 1882 bis 1961 lebte und seit 1920 in Stammersdorf gewohnt hat. Weiland, der seinen Lebensunterhalt als Versicherungsbeamter bestritt, veröffentlichte seine Dichtungen in der Mundart des Weinviertels. 1927 erschien sein erster Gedichtband, dem viele weitere folgten. Der Inhalt seiner Verse war ein Bekenntnis zu seiner Heimat, das ihm unter nationalsozialistischer Herrschaft verschiedentlich Zurücksetzungen eintrug.

\- - -

## Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967

15. November (RK) In einer heute unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß wurden vom städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik die Zahlen des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 fristgerecht vorgelegt. Die Ausgaben werden mit 10.616,601.400 Schilling (1966: 9.741,632.000 S) angenommen, die Einnahmen mit 10.213,767.300 Schilling (1966: 9.505,061.100 S). Der Abgang beträgt mit 402,834.100 Schilling 3,8 Prozent der Gesamtausgaben (1966: 236,570.900 S, das waren 2,4 Prozent der Ausgaben). Da im Voranschlagsentwurf eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben von 200 Millionen Schilling enthalten ist, wird der Abgang unbedeutend.

Wie Vizebürgermeister Slavik mitteilte, ist der Voranschlag für 1967 wieder im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit allen Amtsführenden Stadträten zustandegekommen. Im wesentlichen konnte deren Wünschen und Auffassungen Rechnung getragen werden, die wichtigsten und notwendigsten Arbeiten für das kommende Jahr sind daher sichergestellt.

Die Einzelheiten des Voranschlages, dessen Drucklegung im Gange ist, werden Montag, den 28. November, um 13.30 Uhr in einer Pressekonferenz im Concordia-Haus, 1, Bankgasse 8, mitgeteilt werden. Vom 29. November bis einschließlich 6. Dezember wird der Voranschlag im Rathaus zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 beginnen am Freitag, dem 9. Dezember, mit der Generaldebatte. An jedem der darauffolgenden Wochentage werden jeweils die Ansätze einer Geschäftsgruppe beraten werden.

\- - -

## Stadtwerke-Wirtschaftspläne Montag im Ausschuß

15. November (RK) Wie der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dr. Maria Schaumayer mitteilt, werden die Wirtschaftspläne für die Wiener Stadtwerke kommenden Montag, den 21. November, im zuständigen Gemeinderatsausschuß für die Städtischen Unternehmungen vorgelegt werden. Wie bereits berichtet, werden die Wirtschaftspläne zusammen mit dem Budget der Hoheitsverwaltung am 28. November in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

\- - -

## Personalnachrichten

15. November (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Stadtbaurat Dipl.-Ing. Franz Prchal (Magistratsabteilung 26) zum Oberstadtbaurat, den Technischen Amtsrat Ing. Franz Hornacher (Magistratsabteilung 31) zum Technischen Oberamtsrat und die Amtsräte Josef Pelz (Stadtbaudirektion) und Otto Steiner (Amtsinspektion) zu Oberamtsräten befördert.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

15. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S, Endiviensalat 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Schwedische Journalisten bei Bürgermeister Marek

15. November (RK) Auf Einladung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes kamen vergangenen Sonntag fünf schwedische Journalisten nach Wien. Heute vormittag statteten sie im Rahmen ihrer Studienreise Bürgermeister Bruno Marek im Wiener Rathaus einen Besuch ab. Im Roten Salon des Rathauses hieß der Bürgermeister die Delegation willkommen, die vom Redakteur des schwedischen Gewerkschaftsbundes Rune Blomkvist geführt wird und in Begleitung von Redakteur Paul Koch vom Österreichischen Gewerkschaftsbund erschienen war. Zusammen mit dem Bürgermeister begrüßte auch Präsidialchef Obersenatsrat Dr. Otto Kutil und der Leiter der Pressestelle der Stadt Wien, Chefredakteur Wilhelm Adametz, die Journalisten, die bekannten schwedischen Fachzeitschriften angehören.

Bürgermeister Marek betonte in einer kurzen Begrüßungsansprache, wie herzlich Wien und Österreich mit Schweden verbunden sind, mit jenem Land, das in schwerer Zeit den Wienern großzügige Hilfe geleistet hat. Zweimal hat die schwedische Bevölkerung ihre Hilfsbereitschaft und Solidarität der Wiener und der österreichischen Bevölkerung gegenüber bekundet. Der Bürgermeister ergriff die Gelegenheit, um die schwedischen Journalisten darum zu bitten, ihrer Heimat den herzlichen Dank der Stadt Wien dafür zu übermitteln.

Abschließend wünschte der Bürgermeister den Gästen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt und bat sie, in ihren Zeitungen zu berichten, daß die Wiener hart arbeiten und kein so leichtlebiges Volks sind, wie es in manchen Filmen dargestellt wird. Wien ist eine Stadt, die es in schwerer Wiederaufbauarbeit erneut zu Weltgeltung gebracht hat, und Wien ist eine Kongreßstadt, deren Türen für alle Besucher aus Ost und West, Nord und Süd offenstehen.

Sodann ließ Bürgermeister Marek den Gästen zur Erinnerung Bildbände über Wien überreichen. Die schwedischen Journalisten, die am Samstag wieder in ihre Heimat zurückkehren, nehmen nicht nur an einer Rundfahrt durch Wien teil, sondern besuchen auch noch Linz, Mauthausen, und das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug.

\- - -

Große Subventionen der Gemeinde Wien für kulturelle und soziale

Vereinigungen

15. November (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates wurde wieder eine Reihe von Subventionsanträgen eingebracht, die hauptsächlich privaten kulturellen und sozialen Institutionen zugute kommen. Die vorgeschlagenen Beträge, die am Freitag dieser Woche vom Wiener Gemeinderat zweifellos bewilligt werden, ergeben zusammen einen Betrag von mehr als 2,2 Millionen Schilling.

Auf Antrag von Vizebürgermeister Felix Slavik wird das Colloquium Austriacum für seine vor dem österreichischen Nationalfeiertag im Einvernehmen mit den akademischen Behörden abgehaltenen Vortragsreihe namhafter in- und ausländischer Persönlichkeiten 20.000 Schilling erhalten. Das Österreichische Bauzentrum bekommt 150.000 Schilling. Für das Österreichische Komitee für Sozialarbeit, dem Dachverband aller wichtiger Träger der öffentlichen und privaten Fürsorgearbeit, sind 50.000 Schilling vorgesehen. Der Verband der Auslandspresse Wien, dessen Berichterstattung über die Bundeshauptstadt auch im Interesse der Fremdenverkehrswerbung liegt, bekommt 40.000 Schilling. Einen Betrag von 200.000 Schilling wird der Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs erhalten. Dieser Verband befaßt sich auch mit der Kontrolle und Aufklärung der Kleingärtner bei der Schädlingsbekämpfung und der Durchführung von Lehrschauen.

Auf Antrag von Kulturstadtrat Gertrude Sandner werden 460.000 Schilling als zusätzliche Subvention für die Wiener Symphoniker flüssig gemacht. Der Zuschuß ist notwendig geworden, weil die Mitglieder dieses bekannten Orchesters so wie die städtischen Bediensteten am 1. Juni dieses Jahres eine Gehaltserhöhung bekommen haben.

Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik beantragte außerdem eine Subvention in Höhe von 1,3 Millionen Schilling für die Aktion des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit

./.

zur etappenweisen Rückführung von Barackenbewohnern in normale Lebens- und Wohnverhältnisse. Das Komitee erwirbt durch Bezahlung von Ablösen Mietrechte für geeignete Wohnungen, die den Barackenbewohnern vorläufig leihweise überlassen werden. Die Mietzinse für die Dauer eines Jahres werden vom Komitee bezahlt. Verläuft die Benützung der Wohnung innerhalb dieses Zeitraumes zufriedenstellend, werden die Mietrechte auf die Benützer übertragen. Bisher war es möglich 32 Familien mit zusammen 143 Personen, darunter 84 Kindern, in durchschnittlich gut erhaltenen Wohnungen unterzubringen. Nunmehr sollen weitere 40 Übersiedlungsfälle durchgeführt werden.

\- - -

## Gastarbeiter-Durchuntersuchung für hundert Schilling

15. November (RK) Seit Mai dieses Jahres müssen Gastarbeiter über Weisung des Sozialministeriums, wenn sie in Österreich eine Arbeitsbewilligung erhalten wollen, ein Zeugnis über ihre sanitätspolizeiliche Unbedenklichkeit vorlegen. Wie Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates mitteilte, reisen jedoch die meisten Gastarbeiter ohne gültigem Gesundheitszeugniss ein und müssen sich daher bei uns untersuchen lassen. Nun sollen auf Empfehlung des Sozialministeriums für die Durchführung dieser Untersuchungen - klinische Untersuchung, Lungenröntgen, Untersuchung auf Ausscheidung krankheitserregender Bakterien sowie Blutuntersuchung auf Lues - 100 Schilling eingehoben werden. Der Wiener Gemeinderat wird am Freitag diese Gebühr endgültig zu beschließen haben.

In der Praxis wird dieser Betrag vorerst von der Firma bezahlt werden, die den Gastarbeiter angeworben hat.

\- - -

## Podgorny im Rathaus

15. November (RK) In einer überaus herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre verlief heute nachmittag der offizielle Besuch, den Staatspräsident Podgorny dem Wiener Rathaus abstattete. Obwohl das vorgeschriebene Programm eine kleine Verzögerung erlitten hatte, verweilte der hohe Gast ungefähr eine halbe Stunde im Gespräch mit Bürgermeister Bruno Marek und den Mitgliedern des Wiener Stadtsenates, wobei herzliche Trinksprüche ausgetauscht wurden, zu denen der Rathauskeller eine "Bürgermeisterperle", einen Nußberger aus dem Jahr 1964 serviert hatte.

Und das war der Ablauf des offiziellen Besuchs im Wiener Rathaus: Bürgermeister Bruno Marek erwartete den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Nikolai Wiktorowitsch Podgorny am Beginn der Feststiege und geleitete ihn in den mit roten und weißen Nelken und den Fahnen der Sowjetunion und der Stadt Wien festlich geschmückten Stadtsenatssaal. Dort hatten die Mitglieder des Stadtsenates (in dieser Reihenfolge) VBgm. Felix Slavik, VBgm. Dr. Heinrich Drimmel, die Stadträte Hans Bock, Gertrude Sandner, Maria Jacobi, Kurt Heller, Hubert Pfoch, Franz Glaserer, Dr. Pius Prutscher, Dr. Maria Schaumayer, Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer und Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl Aufstellung genommen. Bürgermeister Marek stellte dem sowjetischen Staatspräsidenten, der mit seiner Tochter ins Rathaus gekommen war, die Mitglieder des Stadtsenats vor.

Nun wurden die offiziellen Begrüßungsreden gehalten. Bürgermeister Bruno Marek erinnerte daran, daß der damalige Bürgermeister Körner zur 800 Jahr-Feier von Moskau in der sowjetischen Hauptstadt weilte, später auch der damalige Bürgermeister Jonas, und daß auch er vor einigen Wochen Gelegenheit gehabt habe, Moskau, Leningrad und Sotschi zu besuchen. Er hob rühmend die freundschaftliche und menschliche Atmosphäre hervor, die er bei dem Besuch in der Sowjetunion überall vorgefunden habe.

./.

In Moskau hatte er auch Gelegenheit, mit Veteranen des zweiten Weltkrieges zu sprechen, so mit General Sokolowski, durch dessen Strategie verhindert wurde, daß Wien dem Erdboden gleichgemacht worden ist.

Der Wiener Bürgermeister versicherte seinem Gast, daß Österreich stets die Rolle der Verbindung und des Vermittelns ausgeübt hat und daß man in Erfüllung einer übernommenen Verpflichtung die Aufgabe darin erblicke, Türen und Fenster für die Vertreter aller Nationen aus Ost und West, aus Nord und Süd zu öffnen. Es sei deshalb eine große Freude, Staatspräsident Podgorny hier in Wien, der Stadt der sozialen Gerechtigkeit und der Arbeit, begrüßen zu können.

Staatspräsident Podgorny dankte in seiner Antwort für die herzlichen Begrüßungsworte und unterstrich die guten Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion, was auch das Ergebnis der heutigen Besprechungen bewiesen habe. Als er, Podgorny, von Moskau nach Wien reiste, habe er vom Vorsitzenden des Moskauer Stadtsowjets den Auftrag mitbekommen, den Wiener Bürgermeister besonders herzlich zu grüßen und die besten Wünsche zu übermitteln. Mit großer Genugtuung erfülle er diesen ehrenvollen Auftrag.

Podgorny erinnerte dann an den Beitrag der sowjetischen Soldaten zur Befreiung Österreichs und wünschte abschließend dem Bürgermeister, den Mitgliedern des Stadtsenats und der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung viel Erfolg und ein gutes Gedeihen für die Stadt Wien.

Nun trug sich Staatspräsident Podgorny in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Als Erinnerungsgeschenk an den Besuch im Rathaus wurde dem sowjetischen Gast ein "Rossebändiger" aus Augartenporzellan vom Bürgermeister übergeben. Tochter Natalija, die in einem schlichten Kostüm mit weißem Spitzenkragen gekommen war, erhielt einen "Rosenkavalier" aus Augartenporzellen, in Hinblick darauf, daß sie heute abend in der Staatsoper einer Vorstellung des "Rosenkavalier" beiwohnt. Podgorny revanchierte sich mit einer Erinnerungsmedaille des Obersten Sowjets der UdSSR.

Damit war der offizielle Teil zu Ende. Man unterhielt sich jedoch weiterhin angeregt. Stadtrat Heller warf ein, daß man am 8. Dezember der Sowjetunion einen Schmerz bereiten müsse, weil an diesem Tag Rapid Spartak-Moskau sicher schlagen werde.

./.

Staatspräsident Podgorny erwiderte, im Sport sei alles möglich, aber auch eine Niederlage des russischen Fußballklubs werde die guten Beziehungen zwischen Wien und Moskau sicher nicht trüben. Beim sportlichen Thema sekundierte Stadtrat Gertrude Sandner, die Podgorny damit tröstete, daß Österreich bei den bevorstehenden Eishockey-Weltmeisterschaften gegen die Sowjetunion hingegen keine Chance habe. Man wechselte auf kulturelle Themen über. Bürgermeister Marek berichtete, daß man sich bemühe, das Wachtangow-Theater für die Wiener Festwochen 1968 nach Wien zu bringen. Podgorny ersuchte dafür zum Ausgleich, die Wiener Oper nach Moskau zu schicken. "Ich gebe Ihnen die Oper" replizierte Stadtrat Gertrude Sandner, "denn die gehört uns nicht". Staatspräsident Podgorny ließ sich auf Verhandlungen ein: "Geben Sie uns etwas anderes!". Man einigte sich schließlich darauf, diese Frage zu verschieben und zunächst die vorgesehene Wien-Besichtigungsfahrt zu unternehmen.

Bürgermeister Marek ließ es sich nicht nehmen, bei dieser Besichtigung, assistiert von Baustadtrat Kurt Heller, selbst den Fremdenführer zu machen. Bei der Rundfahrt standen unter anderem auf dem Programm: die Gürtelbrücke, die Jugend am Werk-Werkstätten in der Brigittenau, das Dr. Adolf Schärf-Studentenheim, die Körperbehindertenschule in Währing, die Wohnhausanlage in Ottakring, Sandleitengasse, das Wilhelminenspital, der Kindergarten in der Montleartstraße und die Stadthalle, wo Weltmeister Emmerich Danzer für den Staatspräsidenten einige Pirouetten drehte.

Im Kindergarten wurde Podgorny von Stadtrat Maria Jacobi begrüßt und natürlich von den Kindern, die dem Gast ein herzliches Willkomm entboten. Podgorny versicherte bei dieser Gelegenheit, daß er sich in Wien sehr wohlfühle. Von der Besichtigungsfahrt zeigte sich der Staatspräsident sehr beeindruckt und verwies auch wiederholt auf die ähnlich gelagerten Probleme in Wien und in Moskau.

\- - -

## Schweinehauptmarkt vom 15. November

15. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 3.552, Jugoslawien 502, Bulgarien 1.448, Ungarn 2.798, DDR 1.401, Gesamtauftrieb 9.701. Verkauft wurde alles. Industrieware: DDR 236, Polen 298.

Preise: Extremware 18.30 bis 18.50 (19 S), 1. Qualität 18 bis 18.20 S, 2. Qualität 17.50 bis 18 S, 3. Qualität (16 S) 16.50 bis 17.50 S, Zuchten extrem 15.50 bis 16 S, Zuchten 13 bis 15.50 S, Altschneider 11.50 bis 12.50 S, ausländische Schweine, Preise: Jugoslawien 15.10 bis 16.50 S, Bulgarien 15.10 bis 16.50 S, Ungarn 16.30 bis 16.50 S, DDR 15.40 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um vier Groschen auf 17.36 S, für bulgarische Schweine erhöhte er sich um fünf Groschen auf 16 S, für DDR-Schweine erhöhte er sich um 11 Groschen auf 16.27 S, für jugoslawische Schweine erhöhte er sich um vier Groschen auf 16.29 S, für ungarische Schweine erhöhte er sich um vier Groschen auf 16.48 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um vier Groschen auf 16.30 S.

\- - -

## Pferdehauptmarkt vom 15. November

15. November (RK) Aufgetrieben wurden 56 Stück, hievon zwei Fohlen. Verkauft wurden als Schlachttiere 49 Stück, unverkauft blieben 7 Stück. Herkunft der Tiere: Oberösterreich 6, Niederösterreich 36, Kärnten 1, Burgenland 8, Steiermark 3, Tirol 1, Salzburg 1.

Preise: Schlachttiere: Fohlen 15 bis 16 S, Pferde extrem 10 bis 11 S, 1. Qualität 9 bis 10.50 S, 2. Qualität 8 bis 8.70 S, 3. Qualität 6.50 bis 7.90 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 69 Groschen. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 8.53 S, für Schlachtfohlen 15.50 S, für Pferde und Fohlen 8.81 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Auch heuer wieder "Das gute Bild für jeden"

16. November (RK) Die 17. Verkaufsausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien wird wie bisher unter dem Motto "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession vorbereitet. Die Ausstellung wird am 30. November, um 17 Uhr, von Stadtrat Gertrude Sandner eröffnet werden.

Diese traditionelle Weihnachtsverkaufsausstellung führt seit dem Jahre 1950 die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden durch. Die Mitglieder der Gesellschaft bildender Künstler - Künstlerhaus, die Vereinigung bildender Künstler - Wiener Secession sowie die Künstlergruppe "Der Kreis", Neuer Hagenbund, die Gemeinschaft bildender Künstler und die Vereinigung bildender Künstlerinnen haben es sich zur Aufgabe gemacht, ihre Werke für diese Exposition preisgünstiger als sonst zur Verfügung zu stellen.

Für den Verkauf sind heuer vom Kulturamt folgende Höchstpreise festgesetzt: Ölbilder kosten bis zu 3.000 Schilling, Aquarelle bis zu 800 Schilling, Zeichnungen bis zu 600 Schilling, Druckgraphiken bis zu 350 Schilling, Kleinplastiken aus Holz oder Keramik bis zu 700 Schilling und Bronzeplastiken bis zu 3.000 Schilling. Als Novum ist heuer auch ein Anbot kleinerer Tapisserien mit Preisen bis zu 5.000 Schilling beabsichtigt.

Geehrte Redaktion!

Anläßlich der Eröffnung der alljährlichen Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" findet Mittwoch, den 30. November, um 15.30 Uhr eine Presseführung durch die Secession statt. Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

## Der "Elfer" fährt früher

+ 16. November (RK) Mit Wochenbeginn wurde der Betriebsbeginn auf der Linie 11 vorverlegt. Um den vielen Fahrgästen der neuentstandenen Wohngebiete in Kagran, Stadlau und Kaisermühlen günstigere Anschlußmöglichkeiten zu schaffen, fährt der erste Zug der Linie 11 bereits um 5.13 Uhr (bisher 5.23 Uhr).

\- - -

## Gemeinde Wien erhöht Pflegegelder und Pflegebeiträge

16. November (RK) Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi beantragte im Wiener Stadtsenat eine Erhöhung der von der Gemeinde Wien zu leistenden Pflegegelder und Pflegebeträge für Kinder bis zu 18 Monaten von 700 Schilling pro Monat auf 750 Schilling, für Kinder über 18 Monaten bis zu 18 Jahren von 650 auf 700 Schilling. Für Wiener Pflegekinder bis zu 18 Jahren in Pflegegroßfamilien (fünf bis zehn Kinder) in Wien und in den anderen Bundesländern sollen je Kind statt bisher 800 Schilling 850 Schilling von der Wiener Stadtverwaltung monatlich ausgegeben werden.

Jede Großfamilie erhielt bisher anläßlich ihrer Gründung gleichzeitig mit der erstmaligen Übernahme von Kindern einen Ausstattungsbeitrag von 500 Schilling je Kind. Dieser Ausstattungsbeitrag soll nun auf 600 Schilling erhöht werden.

Zum Pflegegeld erhalten die Pflegeeltern jeweils am 1. März und am 1. September einen Bekleidungsbeitrag, und zwar für Kinder von 0 bis 18 Monaten 800 Schilling je Kind und für Kinder von 18 Monaten bis 18 Jahren jeweils 1.000 Schilling je Kind. Die Prämie für die Haftpflichtversicherung der Pflegeeltern trägt die Stadt Wien.

Die Empfänger von Pflegegeldern und Pflegebeiträgen erhalten im April eines jeden Jahres einen 13. und im November eines jeden Jahres einen 14. Monatsbezug.

\- - -

## 100 Kinder aus Florenz nach Wien eingeladen

16. November (RK) Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi teilte heute dem italienischen Botschafter in Wien, Enrico Martino, mit, daß sie als Präsidentin des Landesverbandes Wien des Roten Kreuzes den Auftrag erteilt hat, 100 Kinder aus jenen Florentiner Familien nach Wien einzuladen, die von der furchtbaren Hochwasserkatastrophe in Florenz am meisten betroffen wurden.

Der Wiener Landessekretär des Roten Kreuzes, Alfred Spanner, fährt bereits morgen früh mit einem Hilfszug des Roten Kreuzes nach Florenz und wird den dortigen lokalen Rot-Kreuz-Stellen das Angebot über die Einladung überbringen und die technische Durchführung dieser Aktion besprechen. Die Kinder sollen etwa vier Wochen in Wien bleiben, so daß sie noch vor dem Weihnachtsfest, das sie sicherlich im Kreis ihrer Familien verbringen wollen, wieder zu Hause sein werden. Die Kosten für diese Aktion übernimmt die Stadt Wien; für die Unterbringung der Kinder sorgt das Jugendamt der Stadt Wien.

\- - -

## "Automatischer" Empfang im Rathaus

16. November (RK) Anläßlich des 2. Internationalen Kongresses der Münzautomatenwirtschaft gab die Stadt Wien gestern abend einen Empfang für die Delegierten in den Wappensälen des Rathauses. An dem Kongreß nehmen Vertreter dieses Wirtschaftszweiges aus vielen europäischen Ländern teil. Im Namen des Bürgermeisters begrüßte Stadtrat Dr. Prutscher die Gäste und hieß sie in Wien herzlich willkommen.

\- - -

## Schuberthaus wird restauriert

16. November (RK) Das Geburtshaus Franz Schuberts, 9, Nußdorfer Straße 54, in dessen Obergeschoß das Wiener Schubertmuseum untergebracht ist, kann nun nach Absiedlung von fünf Wohnparteien von Grund auf renoviert werden. Stadtrat Gertrude Sandner beantragte dafür einen Betrag von 2,450.000 Schilling, von denen eine erste Baurate in Höhe von 500.000 Schilling bereits heuer flüssig gemacht werden soll.

Das eingeschossige Alt-Wiener Bürgerhaus, das mit der Nußdorfer Straße 56 zusammen ein Doppelhaus bildet, wurde in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts errichtet und am Ende des 18. Jahrhunderts umgebaut. Im ersten Stockwerk dieses Gebäudes wurde Franz Schubert am 31. Jänner 1797 als Sohn des Schullehrers Franz Theodor Florian Schubert und seiner Ehegattin Maria Elisabeth Katharina, geborener Vietz, geboren. Damals war in zwei ebenerdigen Räumen des Hauses des Gebäudes, das den Hausnamen "Zum roten Krebsen" trug, die Schule auf dem Himmelpfortgrund untergebracht, der Schuberts Vater vorstand. Man kann sich noch einigermaßen vorstellen, daß die wenigen Schüler in diesen eineinhalb Zimmern unterrichtet werden konnten; weniger leicht ist es zu verstehen, wie Mutter Schubert in ihrer Zimmer-Küche-Wohnung im Obergeschoß zwischen 1786 und 1801 zwölf Kinder zur Welt bringen und die fünf am Leben gebliebenen aufziehen konnte. Erst 1801 übersiedelte die Schule in größere Räumlichkeiten in die Säulengasse 3. Dieses Haus erwarb Vater Schubert mit Hilfe einer Hypothek und übersiedelte im Herbst 1801 mit seiner Familie dorthin.

Er war übrigens ein tüchtiger Lehrer, dessen Schule bald einen ausgezeichneten Ruf erwarb.

In dem Geburtshaus Schuberts, das von der Stadt Wien bereits 1908 gekauft wurde, ist seit 1912 das Schubert-Museum untergebracht. Außerdem beherbergte es bis voriges Jahr fünf Wohnparteien und zwei Geschäftslokale. Dieser Wohnparteien wegen konnten die dringend notwendigen Renovierungsarbeiten an dem Haus nicht in Angriff genommen werden, da die Arbeiten sich auf den gesamten Baubestand erstrecken müssen. Im Vorjahr gelang es, die fünf Wohnparteien in moderne und gesündere Wohnungen - das Erdgeschoß des Gebäudes hat

./.

ein feuchtes Mauerwerk - abzusiedeln und damit die Voraussetzungen für eine wirkliche Sanierung des Hauses zu schaffen. Um eine Untersuchung der Decken vornehmen zu können, wurde das Schubertmuseum schon jetzt geschlossen und geräumt. Heuer und im nächsten Jahr wird die Gedenkstätte wegen der Bauarbeiten gesperrt bleiben müssen. Zu Beginn des Jahres 1968 soll das Schuberthaus aber in neuem Glanz wiedereröffnet werden.

Bei der Restaurierung des Gebäudes wird nach Möglichkeit der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt. Grundlagen dafür liefern die vorhandenen alten Baupläne und alte Stiche, besonders der Vogelperspektivplan von Josef Daniel von Huber aus dem Jahr 1776. Die seit Schuberts Zeiten vorgenommenen Zubauten, wie etwa eine Holzveranda an der Hofseite, werden entfernt.

Nach der Restaurierung des Gebäudes wird das Schubertmuseum in erweiterte Räumlichkeiten des Obergeschosses einziehen. Über die Verwendung der übrigen Räume des Hauses ist noch keine Entscheidung gefallen, jedoch werden sie dem wachsenden Raumbedarf der Magistratsabteilung 10 (Museen der Stadt Wien) dienstbar gemacht.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

16. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm, Endiviensalat 2 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 8 S, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Verleihung von Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien

16. November (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses überreichte heute nachmittag Bürgermeister Bruno Marek im Beisein von Landtagspräsident Dr. Stemmer, Vizebürgermeister Dr. Drimmel, der Stadträte Bock, Gertrude Sandner, Dr. Prutscher und Sigmund, des Stadtschulratspräsidenten Dr. Neugebauer und des Magistratsdirektors Dr. Ertl an Professor Hermann Kosel und Präsidenten Rudolf Saar die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber, die diesen vom Wiener Gemeinderat verliehen worden war.

Stadtrat Gertrude Sandner führte in ihrer Würdigungsrede aus:

"Wieder haben wir zu einer Feier eingeladen, in deren Verlauf zwei verdiente Männer unserer Stadt durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber geehrt werden sollen.

Professor Hermann Kosel, ein gebürtiger Wiener, vollendete am 26. März dieses Jahres sein 70. Lebensjahr. Er besuchte das Gymnasium des Stiftes Melk und bezog nach der Reifeprüfung die Akademie der bildenden Künste in Wien, wo er bei den Professoren Bacher und Schmutzer studierte. Früh wandte sich Hermann Kosel seiner eigentlichen Berufung, der Plakatgestaltung, zu. Bereits 1927 trat er mit seinem ersten Messeplakat vor die Öffentlichkeit. Seither sind immer wieder im Wiener Stadtbild Plakate von Hermann Kosel erschienen. Diese Plakate zählen zu den bemerkenswerten Schöpfungen der Gebrauchsgraphik in unserer Stadt. Ein Wien-Plakat Hermann Kosels wurde bereits in den Dreißigerjahren mit einem ersten Preis ausgezeichnet und erlangte große Zustimmung.

Nach 1949 kehrte Hermann Kosel aus der Emigration nach Wien zurück und schuf seitdem eine Reihe von Plakaten, die oftmals im Rahmen der Plakatwertungsaktion der Stadt Wien Auszeichnungen erhielten und als Jahresbestleistung gewertet wurden. Neben seinen gebrauchsgraphischen Arbeiten schuf Hermann Kosel Ölbilder und Gouachen, Malereien, Landschaften aus Österreich, Südfrankreich und vor allem Wiener Stadtansichten. Auch im Rahmen der künstlerischen Ausgestaltung städtischer Wohnhausbauten schuf Hermann Kosel ansprechende Arbeiten.

./.

Prof. Hermann Kosel ist Mitglied der Gesellschaft bildender Künstler Wiens - Künstlerhaus und Träger vieler Auszeichnungen, wie zum Beispiel des Österreichischen Staatspreises und des Preises der Stadt Wien.

Der Präsident des Österreichischen Sängerbundes, Rudolf Saar, vollendete am 26. Jänner dieses Jahres sein 70. Lebensjahr. Nach Absolvierung der Pflichtschulen besuchte Rudolf Saar eine mittlere kaufmännische Lehranstalt und trat nach Beendigung seiner Ausbildung in den kommunalen Verwaltungsdienst der damaligen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Nach Erreichung seiner vollen Dienstzeit schied Saar aus dem Dienst der Stadt Wien. Schon als Kind war Saar ein eifriger Sänger und mit 18 Jahren wurde er Mitglied der Ottakringer Liedertafel. 1948 trat er dem Wiener Männergesangverein bei und wurde bereits ein Jahr danach zu dessen Vorstand gewählt. In dieser Stellung, die er bis zum heutigen Tag innehat, machte er sich außerordentlich verdient. Er führte den Wiener Männergesangverein, der nunmehr der 125-Jahrfeier entgegengeht, aus den Erschütterungen des zweiten Weltkrieges heraus und pflegte erfolgreich seine Tradition.

Seine umsichtige, administrative Betreuung dieser Vereinigung ermöglichte ihre ständige Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung und machte den Namen des Wiener Männergesangvereines über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt. 1949 wurde Rudolf Saar zum Vizepräsidenten und 1955 zum Präsidenten des Österreichischen Sängerbundes gewählt. Er organisierte zahlreiche Sängerfeste und wurde für seine Tätigkeit mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und mit dem Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet.

Ich erlaube mir, den beiden Herren zu der Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber zu beglückwünschen und bitte den Herrn Bürgermeister, die Verleihung der Medaillen vorzunehmen."

Bürgermeister Marek sagte in seiner Festrede:

"Mit der heutigen Verleihung der Silbernen Ehrenmedaille begehen wir eine typisch wienerische Feier. Wir zeichnen zwei Söhne dieser Stadt aus, die in diesem Jahr in voller Rüstigkeit ihren Siebziger vollendet haben, wir ehren in ihnen Persönlichkeiten, deren Lebenswerk auf das innigste mit unserer Stadt - ja zum Teil sogar mit unserer Stadtverwaltung - verbunden ist: den Graphiker und Maler Professor Hermann Kosel und den Sänger und Vorstand des Wiener Männergesangvereines und Präsidenten des Österreichischen Sängerbundes, Rudolf Saar.

'Dem Mimen flicht die Nachwelt keine Kränze,' sagt ein Zitat. Bis vor einiger Zeit galt dies auch noch für den graphischen Künstler, insbesondere für den Gestalter von Werbeplakaten. Es galt so lange, bis uns der Julius Klinger-Schüler Hermann Kosel als Bewahrer und Vollender der Kunst des unvergessenen Meisters das Gegenteil bewies. Professor Hermann Kosel erhob den Plakatentwurf zum Kunstwerk und bewies vor allem durch eines seiner inzwischen berühmt gewordenen Plakate, den Aufruf zur Kriegsopferlotterie, daß auch Gebrauchsgraphik den Tag überdauern und unvergängliche Werte schaffen kann, wenn eine Meisterhand und echte kompromißlose Gesinnung am Werk sind.

Vor nunmehr fast vierzig Jahren trat Hermann Kosel mit seinem ersten Messe-Plakat vor die Öffentlichkeit und gewann zwei Jahre später einen Wettbewerb der Wiener Städtischen Versicherung. Seither hat er - vor und nach dem Krieg - unzählige Werbegraphiken nicht nur für diese beiden Institutionen, sondern auch für unsere Fremdenverkehrsstelle entworfen.

Professor Kosel wurde im besten Sinne des Wortes zum 'Hausgraphiker' der Stadt Wien. Als kleines Zeichen äußerer Anerkennung hängen Landschaftsbilder Professor Kosels in unseren Museen, schmücken einige seiner Mosaike unsere Wohnhäuser. Es war nicht zuletzt die Kunst Professor Kosels, die unsere Stadtverwaltung dazu angeregt hat, die Werbefunktion und die geschmackliche Erziehungsaufgabe des künstlerischen Plakates zu verbinden und die besten Werke der Wiener Gebrauchsgraphik monatlich und jährlich zu prämiieren und der Öffentlichkeit vorzustellen. Kein Wunder, daß sich Professor Kosel selbst mehrmals unter den Ausgezeichneten befand.

./.

Rudolf Saar, der Präsident des Österreichischen Sängerbundes, hat sich seit Kindesbeinen einer Kunstgattung verschrieben, die in Wien immer in besonderer Weise zuhause war: dem Gesang - jenem Gesang, der auf unseren Opernbühnen, in unserer Musikakademie, aber mit nicht weniger Liebe und nicht weniger Begeisterung seit jeher auch in den Wiener Vorstädten, in Liedertafeln und Gesangvereinen gepflegt wurde.

Als Rudolf Saar noch Mitglied und später Vorstand der Ottakringer Liedertafel war, verband ihn seine hauptberufliche Tätigkeit besonders mit seiner Heimatstadt, nämlich der Beamtendienst in unserer Kommunalverwaltung. Nun regt die tägliche Arbeit eines Verwaltungsbeamten nicht gerade zu frohgemutem Singen an, aber Rudolf Saar schöpfte aus diesem Beruf wichtige Erfahrungen, die er später bei der administrativen Leitung des Wiener Männergesangvereines und des Österreichischen Sängerbundes erfolgreich verwerten konnte. Seit dem Jahre 1948 ist Rudolf Saar als Vorstand des Wiener Männergesangvereines tätig. Für sein verdienstvolles Wirken als Präsident des Österreichischen Sängerbundes, zu dem er 1955 gewählt worden war, wurden Rudolf Saar zahlreiche hohe Ehrungen zuteil, von denen ich nur das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich erwähnen möchte.

Bei dem Fest der Vierzigtausend, 'von Arizona bis zum Burgenland', dem Österreichischen Sängerfest 1958, bewies Rudolf Saar ein überzeugendes Organisationstalent.

Unter seiner Leitung erfüllte der Wiener Männergesangverein in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wieder jene wichtige und einflußreiche Funktion in unserem musikalischen und gesellschaftlichen Leben, die er von Anbeginn seines nunmehr fast 125jährigen Bestandes ausgeübt hatte. 1954 konnte Rudolf Saar das 2.000ste Konzert seines Vereines veranstalten und Jahr um Jahr sorgt er dafür, daß der Männergesangverein durch seine traditionellen 'Narrenabende' nicht bloß zu unbeschwerter, sondern auch zu origineller und anspruchsvoller Fröhlichkeit im Wiener Fasching beiträgt."

. Mit den besten Glückwünschen für den weiteren Lebensweg der Ausgezeichneten überreichte Bürgermeister Marek darauf die Auszeichnungen und Verleihungsurkunden.

Namens der Geehrten sprach Präsident Rudolf Saar der Stadt-

./.

verwaltung den Dank für die verliehene Auszeichnung aus. Er kam in seinen Dankesworten auf die Bedeutung der Sängerbewegung zu sprechen und zitierte einen schwäbischen Sangesvater, der vor etwa 40 Jahren sagte: '... und niedersinken vor des Gesanges Macht werden der Stände lächerliche Schranken.' Der Wiener Männergesangverein sei beispielsweise auch öffentlich gegen Standesunterschiede und für die Freiheit des Einzelnen eingetreten, als er sich an der Revolution von 1848 beteiligte. Von Wien sei übrigens auch die Idee ausgegangen, einen Dachverband für alle deutschsprachigen Chöre zu gründen, in Wien sei aber auch erstmals der Gedanke verwirklicht worden, die Sängerbewegung in den Dienst der Völkerverständigung zu stellen. 1958 wurden in diesem Sinne auch nicht deutschsprachige Chöre nach Wien eingeladen.

Durch die seinem Präsidenten erwiesene Ehrung fühle sich auch der Österreichische Sängerbund ausgezeichnet und darin bestärkt, seinen bisherigen erfolgreichen Weg fortzusetzen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Fünf Jahre Schulwandzeitung "Aus aller Welt"

17. November (RK) Ein für das österreichische Unterrichtswesen nicht unbedeutendes Jubiläum wurde gestern abend in Wien begangen: die Schulwandzeitung "Aus aller Welt" feierte ihren fünfjährigen Bestand. Zu diesem Anlaß hatten sich im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Vertreter der Schulbehörden mit Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell an der Spitze, das Redaktionskomitee unter Bezirksschulinspektor, Regierungsrat Karl Jonasch sowie Vertreter des Sparkassenverbandes eingefunden und wurden von Ressortleiter Karl Damisch willkommen geheißen.

Bezirksschulinspektor Karl Jonasch umriß die Entstehungsgeschichte der Wandzeitung, die einem Wunsch der Unterrichtsverwaltung vom Oktober 1960 nach vermehrtem zeitgeschichtlichem und gegenwartskundlichem Unterricht entsprang. Die Zentralarbeitsgemeinschaft für Geographie der Wiener Hauptschullehrer regte an, zu diesem Zweck eine aktuelle Schulwandzeitung zu schaffen. Da den Schulbehörden dafür keine finanziellen Mittel zur Verfügung standen, sprang die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ein und erklärte sich bereit, den neuen Lehrbehelf zu finanzieren. Im März 1961 erschien die erste Nummer der großformatigen reich illustrierten Wandzeitung "Aus aller Welt".

Die neuen Schulgesetze brachten eine Ausweitung der den Schulen übertragenen Unterrichtsaufträge durch die Gegenstände Wirtschafts- und Sozialkunde. In diesem Zusammenhang gewann "Aus aller Welt" weiter an Bedeutung als Unterrichtsbehelf für diese neuen Stoffe. Da die Wandzeitung vom Unterrichtsministerium als Klassenlesestoff anerkannt wurde, bedarf seit 1964 jede Nummer der Approbation des Ministeriums. Dies geht leider auf Kosten der Aktualität. Bezirksschulinspektor Jonasch führte als Beispiel dafür an, daß die vorjährige Novembernummer auf den Bundesvoranschlag eingehen und ihn in jugendgemäßer Form erläutern wollte. Der Finanzminister war von diesem Plan begeistert und stellte seine Budgetrede zur Verfügung. Das Unterrichts-

./.

ministerium aber strich den Budgetartikel mit der Begründung, er sei einerseits zu wenig aktuell und andererseits sei der Hinweis "nicht opportun", daß die Regierung dem Parlament den Voranschlag bis zu einem gewissen Datum vorzulegen habe.

Trotz solcher Widerwärtigkeiten bemühe sich das Redaktionskomitee, dem bekannte Wiener Pädagogen angehören, das Blatt so aktuell als möglich zu gestalten.

Auflage 5.000, aber viele hunderttausend Leser

Der Leiter des Schulsparreferates der Zentralsparkasse, Weber, teilte mit, daß kürzlich die 62. Folge von "Aus aller Welt" - die Publikation kommt monatlich heraus - erschienen ist. Der Bezieherkreis hat sich ständig vergrößert. Von der gegenwärtigen Auflage von rund 5.000 Exemplaren gehen 3.500 an Schulen, Jugendorganisationen, Heime und Kasernen in Wien. Für die Wiener Bezieher hat die Zentralsparkasse 3.000 dauerhafte Wechselrahmen zur Verfügung gestellt, außerdem erhielt jede Schule eine Sammelmappe zur Aufbewahrung der Blätter und ein fortlaufendes ergänztes Inhaltsverzeichnis. 1.400 Exemplare gehen in alle Bundesländer, wo sie den Abonnenten von den örtlichen Sparkassen gestiftet werden.

Zentralsparkassen-Ressortleiter Karl Damisch erklärte abschließend, es liege im Aufgabenbereich der Sparkassen, die Schulen in jeder Weise zu unterstützen, besonders bei der wirtschaftskundlichen Erziehung. Aber auch die Konsumerziehung nehme ständig an Bedeutung zu und es sei sein Wunsch, daß sich "Aus aller Welt" in Zukunft auch diesem Thema zuwenden möge.

Vor einiger Zeit war eine internationale Lehrerdelegation in Wien, die angesichts der Wandzeitung sagte, daß die Wiener Lehrer um diese Unterrichtshilfe zu beneiden seien. Der deutsche Sparkassenverband hat nach dem Wiener Vorbild bereits eine ähnliche Wandzeitung herausgebracht. Ressortleiter Damisch dankte dem Redaktionskollegium für die unermüdliche Tätigkeit im Dienste der Schuljugend und Bezirksschulinspektor Jonasch dankte der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, daß sie die Herausgabe der aus dem Schulbetrieb nicht mehr wegzudenkenden Wandzeitung ermöglicht habe.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. November

17. November (RK)

Montag, 21. November:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Paul Roczek (Violine), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber: Ouverture zu "Fra Diavolo"; Beethoven: Romanze für Violine und Orchester F-dur op. 50; Kaufmann: "Zirkus Poldrini"; Dvořák: Konzertouvertüre "Karneval" op. 92)

11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturamt-Theater der Jugend: 1. Konzert für Schüler der zweiten Klassen; Niederösterreichisches Tonkünstlerordhester, Robert Leimer (Trompete), Friedl Jaray (Sprecherin), Dirigent Helmut Froschauer (Mozart: Ouvertüre zu "Der Schauspieldirektor"; V. Korda: "Die Instrumente des Orchesters"; Haydn 3. Satz aus dem Konzert für Trompete und Orchester Es-dur; Prokofieff: "Peter und der Wolf"; J.Strauß:Schnellpolka "Auf der Jagd")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X (Voraufführung des 2. Konzertes im Quartett-Zyklus der GdM); Musikvereinsquartett, mitwirkend Hans Kann, Klavier (Mendelssohn, Schumann, C. Franck)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus IV (1. Konzert im Zyklus XI der Musikalischen Jugend); Lasalle-Quartett, USA (Haydn: Streichquartett D-dur op. 64/5; Beethoven: Große Fuge op. 133; Schubert: Streichquartett a-moll)

20.00 Uhr, Gesellschaft für Musik, 1, Hanuschgasse 3: Österreichische Gesellschaft für Musik:Vortrag Professor Robert Schollum "Fürchten Sie sich vor neuer Musik?"

Dienstag, 22. November:

18.30 Uhr, Musikakademie, Seilerstätte, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse für Lied und Oratorium Robert Schollum (zeitgenössische österreichische Komponisten)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 3. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters; mitwirkend Radu Aldulescu (Cello), Dirigent Kurt Wöss (R. Strauss: "Tod und Verklärung"; Schostakowitsch: Cellokonzert; Mozart: Jupiter-Symphonie)

./.

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus VI (2. Konzert im Zyklus XI der Musikalischen Jugend); Lasalle-Quartett, USA (Webern: Streichquartett op. posth.; Streichtrio op. 20; Sechs Bagatellen op. 9; Streichquartett op. 28; Fünf Sätze für Streichquartett op. 5)

Mittwoch, 23. November:

10.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Feierstunde anläßlich des 20jährigen Jubiläums von Professor Dr. Hans Sittner als Akademie-Präsident

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert des Musikvereinsquartettes; mitwirkend Hans Kann, Klavier (Mendelssohn: Streichquartett e-moll op. 44/2; Schumann: Streichquartett A-dur op. 41/3; C. Franck: Klavierquintett f-moll)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Vortragsabend Elfriede Ott "Das ist ein Theater", am Flügel Dr. Erik Werba (Arien, Lieder und Gstanzeln von Haydn bis Suppé)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Klavierabend Eugene Mancini (Bach, Haydn, Schubert, Persichetti, Debussy, Liszt)

19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethovensaal: Orchesterverein der Gesellschaft der Musikfreunde - Österreichische Nationalbibliothek: Konzert "Zu Unrecht Vergessenes"; Orchesterverein der GdM, Peter Pecha (Viola), Ludwig Poduschka (Harfe), Micheline Bedard (Sopran), Kunie Tsukamoto (Alt), Klaus Gerboth (Tenor), Ezio Battaglia (Baß), Dirigent Wolfgang Poduschka (Stamitz, Dittersdorf, Salieri, Schubert, Joh.Jos. Fux)

Donnerstag, 24. November:

18.30 Uhr, Musikakademie, Seilerstätte, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Gast-Klavierabend Radoslav Kvapil, Prag (Rejcha, Vorisek, Dvořák, Martinu, Janaček, Smetana)

19.00 Uhr, Palais Palffy, Kinosaal: Verband der Geistig Schaffenden Österreichs: Literarisch-musikalischer Abend mit Gabriele Marie Arthur und Kläre Maria Klahr-Hausknecht

19.30 Uhr, Musikverein Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Abonnement-Liederabend; Evelyn Lear (Sopran), James Stewart (Bariton), am Flügel Dr. Erik Werba (Purcell, Hayden, Schumann, Brahms, Dvořák, amerikanische Volkslieder)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Österreichischer Rundfunk - Fernsehen: "Wie schön ist doch Musik"; Wiener Symphoniker, Lucia Popp (Sopran), Werner Krenn (Tenor), Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Hermann Hildebrandt (Mozart, Beethoven, Schubert, Nicolai, Johann Strauß, Heuberger)

./.

19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: Chor-Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Wiener Singakademie, Hilde Zadek (Sopran), Ingrid Mayr (Alt), Waldemar Kmentt (Tenor), Otto Wiener (Bariton), Kolos Supala (Baß), Dirigent Lovro v. Matacic (Georg Friedrich Händel: "Belsazar")

Freitag, 25. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Bruckner-Zyklus der GdM; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Singverein der GdM, Gerlinde Lorenz (Sopran), Pari Samar (Alt), Hermin Esser (Tenor), Ernst G-Schramm (Baß), Dirigent Wolfgang Trommer (Bruckner: Messe in f-moll, Tedeum)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 2. Konzertes des Musikvereinsquartettes; mitwirkend Hans Kann, Klavier (Mendelssohn, Schumann, C.Franck)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Klavierabend Konstantin Mexis (Bach: Italienisches Konzert; Schubert: Sonate op. posth. B-dur; Chopin: Ballade op. 23 g-moll, Scherzo op. 20 h-moll und Sonate op. 35 b-moll)

19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 2. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Maria Antonia Harvey (Sopran), Klaus Gerboth (Tenor), Kunikazu Ohashi (Baß), Dirigent Carl Melles (Monteverdi: Missa "In illo tempore" a 6 voci a capella; M. Haydn: Vier Gradualien für die vier Adventsonntage; Schubert: Messe für Soli, Chor, Orchester und Orgel G-dur)

Samstag, 26. November:

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Volksbildungskreis: 3. Konzert im Zyklus "Musik der Meister"; Wiener Symphoniker, Bruckner-Streichquartett Linz, Dirigent Edouard van Remoortel (Weber: Ouvertüre zu "Oberon"; Spohr: Konzert für Streichquartett und Orchester; Schumann: 4. Symphonie)

18.30 Uhr, Musikakademie, Seilerstätte, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik u.d.K.: Violinabend der Klasse Karl Rosner (Werke von W.A. Mozart)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus IV (Voraufführung des 2. Konzertes im Bruckner-Zyklus der GdM); Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Gerlinde Lorenz (Sopran), Pari Samar (Alt), Hermin Esser (Tenor), Ernst G. Schramm (Baß), Singverein der GdM, Dirigent Wolfgang Trommer (Bruckner: Messe f-moll, Te deum

./.

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 2. Konzertes des Musikvereinsquartettes der GdM; mitwirkend Hans Kann, Klavier (Mendelssohn, Schumann, C. Franck)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Neuer Wiener Musikverein: Symphoniekonzert; Orchester des Neuen Wiener Musikvereins, Johan van Beek (Klavier), Dirigent Augustin Kubizek (Uhl: Symphonischer Marsch; Schumann: Klavierkonzert a-moll op. 54; Brahms: 2. Symphonie D-dur op. 73)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Ing. Friedrich Maschner: 69. Konzert

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Akkordeon-Kammerkonzert

19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien - Österreichische Gesellschaft für zeitgenössische Musik: "Österreichische Kammermusik der Gegenwart"; Dr. Hans Weber (Klavier), Annelies Hückl (Sopran), Dr. Erik Werba (Klavier), Kammermusikvereinigung von Radio Wien (Kammermusikwerke von Kaufmann, Schmidek, Waldstein, Walzel; Lieder von Leukauf)

19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, 4, Treitlstraße 3, Festsaal: Akkordeonvereinigung "Elite": Akkordeon-Orchesterkonzert, Dirigent Max Weiss und Ernst Mifka (Capua, Hauswirth, Fnümann, Luksch, Raymond, Siegel, Johann Strauß u.a.)

Sonntag, 27. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Bruckner-Zyklus; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Singverein der GdM, Gerlinde Lorenz (Sopran), Pari Samar (Alt), Hermin Esser (Tenor), Ernst G-Schramm (Baß), Dirigent Wolfgang Trommer (Bruckner: Große Messe in F-moll, Tedeum)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesangverein der Tischler Wiens: Chorkonzert, Dirigent Josef Streitenberger

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Vortragsabend Elfriede Ott "Fantasie in Ö-Dur", am Flügel Dr. Erik Werba (Monologe, Lieder, Couplets von Augustin bis Steinbrecher)

\- - -

## U-Bahn-Diskussion des Wiener Gemeinderates

17. November (RK) Vor vollbesetzten Zuschauergalerien und in einem mit Plänen, Zeichnungen und Tabellen geradezu austapeziertem Gemeinderatssitzungssaal begann heute früh unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek die außerordentliche Gemeinderatssitzung, die der Diskussion über das U-Bahn-Konzept für Wien gewidmet war.

Bürgermeister Bruno Marek eröffnete die Sitzung und führte eingangs aus: "Die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission hat sich nach mehrjährigen Vorarbeiten des Stadtbauamtes, der Verkehrsbetriebe und vieler freischaffender Fachleute am 14. September 1966 mit den äußerst schwierigen Problemen des öffentlichen Massenverkehrs beschäftigt und nach eingehender Diskussion eine Reihe von Empfehlungen beschlossen. Grundlage dieser Empfehlungen waren Berichte über die Arbeiten an einem Konzept für den öffentlichen Verkehr.

In den von der Stadtplanungskommission beschlossenen Empfehlungen, die in den, den Gemeinderäten zugegangenen Unterlagen enthalten sind, wird der Magistrat unter anderem beauftragt, das Grundnetz vor Beschlußfassung im Gemeinderat den Kammern, Gremien und ausgewählten Einzelpersonen, die entweder als Interessenvertretungen oder infolge besonderer fachlicher Qualifikation geeignet sind, zur Stellungnahme vorzulegen.

Ich war der Meinung, daß der Wiener Gemeinderat nun vor allen anderen Körperschaften über die nunmehr vorliegenden Arbeiten informiert werden muß. Zweck der heutigen Sitzung soll es aber auch sein, dem Gemeinderat durch Fachleute nochmals den Werdegang

./.

der Überlegungen und die daraus zu folgernden Schlüsse zu erläutern und gleichzeitig eine Diskussion über eventuell noch offene Fachfragen zu ermöglichen.

Die Durchführung dieses großen Projektes wird finanzielle Belastungen hervorrufen. Deshalb bitte ich, bei Ihren Beratungen den Boden der Objektivität und Sachlichkeit nicht zu verlassen. Die endgültige Beschlußfassung des Gemeinderates über das Konzept wird nach Vorliegen der einzelnen Stellungnahmen in naher Zukunft möglich sein.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, die nunmehrigen Berichte zu verstehen und in der Diskussion zu berücksichtigen."

Hierauf sprach als erster Referent Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Otto Engelberger, der zur Unterstützung seines Referates den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates auch Lichtbilder vorführte.

./.

## Das Wiener U-Bahn-Konzept

### Die Fachreferate im Wiener Gemeinderat

Oberamtsrat Dipl.-Ing. Otto Engelberger von der Stadtplanung referierte in der heutigen Sondersitzung des Wiener Gemeinderates über den Stand der Arbeiten an einem Konzept für den öffentlichen Verkehr. Er führte unter anderem aus, daß der Stand der Planungsarbeiten Entscheidungen grundsätzlicher Natur nicht nur zuläßt, sondern auch im Hinblick auf einen ökonomischen Ablauf der weiteren Planungsarbeiten sowie des gesamten Baugeschehens in der Stadt auch unerläßlich erscheinen läßt. Mit der fortschreitenden Individualisierung des Verkehrs sind die Verhältnisse im Kernraum der Städte besonders während der Berufsspitzen immer schwieriger geworden, weil es gerade in diesen Gebieten ohne starke Eingriffe in die bauliche und historische Substanz nur im bescheidenen Umfang möglich ist, die Verkehrsflächen für den Individualverkehr auszuweiten. Welches Ausmaß solche Eingriffe haben müßte, ist an Hand durch die für Wien durchgeführten Untersuchungen zahlenmäßig nachweisbar.

### 1980 - eine halbe Million KFZ

Die Motorisierungsprognose des Jahres 1959, die unter dem Vorzeichen einer vorsichtigen Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung stand, ließ für das Jahr 1965 rund 240.000 Kraftfahrzeuge erwarten. Diese Werte wurden jedoch schon im Jahre 1962, also drei Jahre früher, mit 243.122 Kraftfahrzeugen überschritten. Eine notwendig gewordene Überarbeitung dieser Prognose im Jahre 1964 unter Berücksichtigung der inzwischen gewonnenen Erkenntnisse ergab für 1980 rund 532.000 Kraftfahrzeuge. Das heißt aber, daß unter Berücksichtigung der unteren Grenze der in Europa angenommenen Motorisierungszahl von einem Kraftfahrzeug auf drei Einwohner bei gleichbleibender Bevölkerungszahl und Wirtschaftslage 1980 bis 2000 die "Vollmotorisierung" erreicht werden dürfte.

Die Erhebungen haben ergeben, daß im Bereich der Bezirke 1 bis 9 und 20 derzeit 88.469 Stellplätze vorhanden sind. Im gleichen Gebiet wohnen 621.000 Personen. Das heißt, zum Zeitpunkt der Vollmotorisierung wird unter den derzeitigen Voraussetzungen und unter

./.

Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wohnbevölkerung ein Bedarf nach 210.000 Stellplätzen gegeben sein und daher ein Defizit von rund 120.000 Abstellplätzen aufscheinen. Diese 120.000 Abstellplätze benötigen rund drei Quadratkilometer, das ist mehr als die Fläche des 1. Bezirkes, der 2,88 Quadratkilometer beträgt. Der Bedarf an Stellplätzen bei Tag ist 340.000 Stellplätze, das Defizit 250.000 Stellplätze, der Flächenbedarf 6,25 Quadratkilometer = 5., 6., 7. und 8. Bezirk. Während die sogenannte individuelle Deckung des Parkraumdefizites bei anhaltendem Wachstum der Realeinkommen insofern erwartet werden kann, als von einem nicht mehr fernen Zeitpunkt die Motorisierung selbst Überlegungen bei den effektiven und potentiellen Kraftfahrzeugbesitzern auslösen wird, vor der Anschaffung eines Kraftfahrzeuges zu den bereits heute akzeptierten Anschaffungs- und Betriebskosten die Kosten für einen Abstellplatz am Wohnort als selbstverständlich zuzuschlagen, muß verhindert werden, daß alle diese Fahrzeuge in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum zur Erreichung bestimmter Ziele in Bewegung gesetzt werden, daß alle nunmehr vollmotorisierten Berufstätigen mit ihren Kraftfahrzeugen zur Arbeitsstätte fahren. Dies wäre - abgesehen von den exorbitanten Kosten - nur um den Preis der völligen Zerstörung unserer Stadt durchführbar.

## Alle können nicht gleichzeitig autofahren

Denn wenn die Kraftfahrzeuge der Wohnbevölkerung der Bezirke 1 bis 9 und 20 von 621.000 Personen, das sind rund 210.000 Kraftfahrzeuge am Morgen in Bewegung gesetzt werden, ist deren Flächenbedarf bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h rund 16 Millionen Quadratmeter oder gleich 16 Quadratkilometer. Im Untersuchungsgebiet, dort also, wo die Kraftfahrzeuge zumindest wegfahren wollen, stehen derzeit an Verkehrsflächen jedoch nur 4,51 Quadratkilometer zur Verfügung. Es muß daher der Bevölkerung zur Sicherstellung des Berufsverkehrs eine Alternative zur Absolvierung ihres Verkehrsbedürfnisses offeriert werden, ein Transportsystem, das in der Lage ist, die scheinbaren Vorteile des Individualtransportes zur Gänze und die echten Vorteile annähernd sowohl in der Vorstellung der Bevölkerung als auch in der Realität zu kompensieren. Es wäre falsch, von einem solchen System zu erwarten, daß es alle Transportvorgänge in gleich optimaler Weise befriedigen können wird. Es ./.

wird daher immer einen notwendigen Individualverkehr geben, der aber nur dann seiner Aufgabe gerecht werden kann, wenn er vom vermeidbaren Individualverkehr ungestört bleibt.

Wir brauchen ein Transportsystem

Dem Berufspendelverkehr muß ein nach Leistungsfähigkeit und Attraktivität auf hohem Niveau stehendes Transportsystem als Alternative zur Verfügung gestellt werden. Weiter muß überlegt werden, was ein solches Transportsystem, das nach den Leistungsanforderungen nur ein Bahnsystem sein kann, attraktiv macht:

Günstige Erreichbarkeit der Haltestellen sowohl für Fußgänger in Gebieten hoher Besiedlungsdichte als auch durch Zubringerdienste wie Straßenbahn, Autobus, Taxi oder eigenen PkW (Park-and Ride-System) in Gebieten niederer Dichte.

Kurze Zugsfolgezeiten im Rahmen eines starren Fahrplanes, das heißt ein hoher Grad an Orientierungsmöglichkeiten zur Erzielung geringer Zeitverluste beim Warten auf einen Zug, vor allem für die Zeit außerhalb der Verkehrsspitzen.

Tarifeinheit mit den anderen Verkehrsmitteln.

Hohe Reisegeschwindigkeit, die abhängig ist von der Ausstattung der Zugseinheiten, den Anlageverhältnissen und der Störungsfreiheit der Strecke, sowie von den Aufenthalten an den Haltestellen.

Die Zahl der Umsteigefälle soll ein Minimum sein.

Die Summe der Reisezeit der gesamten Fahrgäste im Netz soll ein Minimum sein. Die Fahrzeiten von und zur Arbeitsstätte, die auf Kosten der Freizeit der Arbeitsbevölkerung gehen, sollen so kurz wie möglich werden.

Die Gesamtbaukosten sollen bei optimalem Effekt ein Minimum betragen.

Der Ausbau des Netzes soll schrittweise mit einem hohen Grad an Elastizität möglich sein und jeder Abschnitt eine offensichtliche Verbesserung für die Bevölkerung bringen. Jede Ausbaustufe muß in das Gesamtkonzept passen und zugleich für sich selbst eine verkehrstüchtige Teillösung sein.

Betriebskosten und Personalbedarf sollen ein Minimum sein, dies vor allem mit Rücksicht auf die wachsende Personalnot.

./.

## Überlegungen und Versuche

Alle diese Forderungen führen zu einem Netz des öffentlichen Verkehrs, das in einer eigenen Ebene allen gestellten Anforderungen im höchsten Maße entsprechen kann und zu einem Betriebssystem, das die Voraussetzungen hinsichtlich Leistung und Attraktivität und Wirtschaftlichkeit erfüllt. Als ein Versuch in dieser Richtung ist zum Beispiel das Modell eines S-Bahn-Netzes auf Trassen der ÖBB und der Stadtbahn anzusehen.

Mit dem S-Bahn-Netz, dessen Gesamtlänge 160 Kilometer betragen könnte, und den insgesamt möglichen 95 Haltepunkten, wären wichtige Teile unserer Stadt versorgt und untereinander verbunden. Trotzdem verbleiben ebenso wichtige Teile des derzeitigen dicht bebauten Gebietes, wie vor allem auch Bereiche zukünftiger Besiedlung, also Stadtentwicklungsgebiete noch unversorgt. Ergänzungen zu diesem Netzmodell werden daher notwendig sein, Leistungsbedarf und Angebot der einzelnen Trassen werden von der Stadtplanung mit gleichen Methoden zu ermitteln sein, wie sie für U-Bahn-Netzmodelle erarbeitet wurden und sich bewährt haben. Bau- und Betriebskosten und Wirtschaftlichkeit eines Netzes in einem Betriebssystem müssen so ermittelt werden, daß sie mit jenen anderer Netze und Systeme vergleichbar werden. Dazu war für die Stadt Wien als erster Schritt notwendig, am Modellfall der zentralen Bereiche unserer Stadt klarzustellen, - denn dort treten die größten Belastungen auf - welche Betriebsform des öffentlichen Verkehrs den Anforderungen vor allem hinsichtlich der Leistungsfähigkeit am besten gerecht werden kann. Auf der Basis der im Oktober 1959 durchgeführten Erhebung über die Verkehrsbeziehung Wohnort - Arbeitsstätten und der Einpendlerzählung sowie der Wochenkartenerhebung wurden schrittweise Netzvarianten untersucht. In allen Varianten kommt die Wichtigkeit der Zweierlinie und des Nord-Süd-Durchmessers deutlich zum Ausdruck.

## "Ustraba" - keine Lösung

Gefordert wurde für einen ersten Entwicklungsabschnitt entweder die optimale Versorgung der Inneren Stadt unter Verzicht auf die Straßenbahnführung am Ring, wie auf den Autobus im 1. Bezirk bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Entwicklungsmöglichkeiten für ein gesamtstädtisches Netz oder die eheste Versorgung der ./.

Entwicklungsgebiete. Einerseits mußte daher die Funktion des Ringes als Träger des Durchgangsverkehrs übernommen werden; dies ist möglich durch eine enge Verknüpfung des neuzuschaffenden Netzes mit dem S-Bahn-Stadtbahn- und dem verbleibenden Straßenbahnnetz; andererseits muß die Aufgabe der flächenhaften Erschließung der intensiv genutzten Stadtteile, die durch die Ringstraßenbahn bisher nur unzureichend erfolgt ist, besser, ja optimal erfüllt werden, um echte Alternativen zum Individualverkehr zu offerieren. Aus der Summe der Varianten hat sich vorliegender Vorschlag auf der Basis eines Unterpflasterstraßenbahnbetriebes als geeignet gezeigt:

Verlängerung der Zweierlinie über die Ringstraße zum Ringturm im Norden, im Süden über den Schwarzenbergplatz in den Rennweg und dadurch Verknüpfung mit dem Einzugsbereich der Linie 71. Ein Nord-Süd-Durchmesser, der vom Keplerplatz durch die Favoritenstraße einerseits und von der Kliebergasse durch die Wiedner Hauptstraße andererseits bei der Paulanerkirche vereingt durch die Kärntner Straße-Rotenturmstraße zum Praterstern führt. Ein Ost-West-Durchmesser, der von der Stadthalle dem Zug Burggasse-Graben-Singerstraße-Landstraßer Hauptstraße folgt und nach Erdberg zielt. Unterirdische Anlenkung der Straßenbahnlinien der Mariahilfer Straße an die Linie 1. Diese Variante wurde mit dem Verkehrsaufkommen der derzeitigen Bevölkerungsverteilung und probeweise mit dem Aufkommen aus einem Verteilungsmodell belastet, das eine Verdichtung der Besiedlung in den Randgebieten vorsieht.

Alle durchgeführten Belastungsfälle haben ergeben, daß durch die Einführung eines Hochleistungstransportmittels sofort eine radikale Verlagerung des Verkehrsgeschehens von den an der Oberfläche verbleibenden öffentlichen Verkehrsmitteln auf jene erfolgt, die zufolge ihrer Tieflage, ihrer verkehrsgerechten Führung und Verknüpfung bessere Reisebedingungen offerieren. So lassen die Nord-Süd- und West-Ost-Durchmesser besonders starke Belastungen erkennen, und zwar beim Nord-Süd-Durchmesser bei der derzeitigen Bevölkerungszahl und Verteilung bis zu 36.000 Personen (5 bis 8 Uhr) und im Prognosefall 44.000 Personen (5 bis 8 Uhr),

bei der Ost-West-Verbindung derzeit 24.000 Personen (5 bis 8 Uhr), bei der Prognose 32.000 Personen (5 bis 8 Uhr).

./.

Diese Belastungsergebnisse lieferten damit das vorerst wesentlichste Ergebnis der Untersuchung, nämlich, daß die Belastungen auf dem Nord-Süd-Durchmesser schon bei der derzeitigen Bevölkerungsverteilung im Rahmen eines solchen Netzes größer sind, als das Leistungsangebot bei Ustrab-Betrieb.

Legt man die heutigen Verkehrsströme auf dieses Netz um, würde sich auf der Trasse ein Transportbedarf von 18.000 Personen in der Stunde ergeben. Im Ustrab-Betrieb könnten laut Gutachten auf dem Nord-Süd-Durchmesser nur 13.000 Personen befördert werden. Im Prognosefall werden jedoch schon Transportleistungen von 22.000 Personen in der Stunde erforderlich sein, also Mengen, die in einer Stunde bei Ustrab-Betrieb nie transportiert werden können. Ist nun beabsichtigt, den Betrieb mit Straßenbahngarnituren anzuwenden, müßten im Netz selbst Veränderungen vorgenommen werden. Bei einer angenommenen und notwendigen Gesamtlänge von 20 Kilometer an Tunnelstrecken müßten zur Versorgung der zentralen Bereiche demnach 25 Prozent Tunnelstrecken mehr vorgesehen werden. Es darf außerdem dabei nicht übersehen werden, daß ein Ustrab-Betrieb immer wieder durch Störungen, die aus den Oberflächenabschnitten in die Tunnelstrecken eingeschleppt werden, alle jene personal- und zeitsparenden Möglichkeiten nicht nutzen kann, die eine ausschließliche Benützung der Tunnelstrecke bietet. Man käme also mit Ustrab-Betrieb im Endzustand zu einem engmaschigeren und ebensoweit hinausreichenden Tunnelsystem wie bei Stadtbahnbetrieb mit insgesamt mehr Baukosten, aber geringerem Effekt.

## Und die U-Bahn?

Entscheidet man sich konsequenterweise für eine U-Bahn, muß man sich aber gleichfalls die Folgen vor Augen halten.

Die Tendenz der Verlagerung des Verkehrsgeschehens auf die attraktiveren Tunnelstrecken ist schon bei dem relativ eng begrenzten Untersuchungsgebiet feststellbar. Je umfassender das Netz die Bereiche der Stadt versorgen wird, umsomehr wird dieser Verlagerungsvorgang zum Ausdruck kommen, je besser das übergeordnete Netz des öffentlichen Verkehrs die Verkehrsbedürfnisse erfüllen wird, umso größer werden die Transportleistungen auf den einzelnen Trassen werden müssen. Dies bringt mehrere Vorteile.

./.

Der öffentliche Verkehr an der Straßenoberfläche wird auf seine echte Funktion, nämlich flächenhafter Aufschließer und Zubringer zum übergeordneten Netz zu sein, reduziert werden können, da die Passagiere für größere Wegstrecken ehestens auf das Hochleistungsnetz übergehen werden.

Die hohe Transportleistung erfordert kurze Zugsintervalle und hebt damit die Attraktivität.

Die notwendige hohe Transportleistung kann aber wiederum nur von einem Transportsystem erbracht werden, das folgende Voraussetzungen erfüllt: Hohe Aufnahmsfähigkeit, möglichst kurze Haltestellenaufenthalte, hohe Reisegeschwindigkeit und trotzdem gute Aufschließung. Diese Anforderungen werden restlos von einem U-Bahn-, aber auch weitgehend von einem S-Bahn-Betriebssystem erfüllt.

Diese Systeme reduzieren wiederum erheblich den notwendigen Personalbedarf. Durch die hohe Auslastung der Tunnelstrecken werden die großen Investitionen gesamt-wirtschaftlich vertretbar.

Im Modellfall wird für die zentralen Bereiche, also für eine erste Ausbauphase schon eine Reduzierung der Gesatmreisezeiten um 13 Prozent und der Umsteigefälle um 12,5 Prozent erkennbar.

Die Reisegeschwindigkeit wird in der Tunnelstrecke gegenüber ungestörten Straßenverkehr um mindestens 70 bis 100 Prozent erhöht.

## ... ist die Lösung!

Es wird anzustreben sein, die Investitionen vorerst auf den Ausbau der Tunnelstrecke im zentralen Bereich zu konzentrieren. In Einzelfällen kann die Folge sein, daß bei der Kombination Tunnel-Rampe-Oberfläche ein echter Stadtbahnbetrieb vorerst nicht möglich sein wird. Also bis zur Fertigstellung einer Stadtbahnstrecke - dieses Ziel kann schrittweise erfolgen - werden einzelne Trassen im Ustrab-Betrieb zu bedienen sein.

## Der Weg der U-Bahn Planung

Nach dieser notwendigen Klarstellung welches Betriebssystem den weiteren Arbeiten zu Grunde zu legen ist, war es notwendig, einerseits die Konsequenzen für die Sanierung der zentralen Bereiche sichtbar zu machen, andererseits die Vorschläge so einzugrenzen, daß eine negative Präjudizierung des Gesamtkonzeptes,

./.

das zufolge der noch laufenden Arbeiten über die Auswahl des zukünftigen Stadtmodelles noch nicht vorliegen kann, vermieden wird. Parallel zu den Arbeiten an einer ersten Ausbauphase werden daher laufend alle jene Grundlagen geschaffen, die Voraussetzung für die Gestaltung des Gesamtnetzes sind. Vorgegeben für die Arbeiten am Gesamtnetz und an dem Netz für die zentralen Bereiche war der Bestand an Hochleistungs-Trassen der Wiener Verkehrsbetriebe und der ÖBB. Aus der derzeitigen Struktur der Stadt, aus der beabsichtigten Tendenz der Stadtentwicklung, aus der Zielsetzung (erste Phase), den Belastungsprognosen die das Verkehrsbedürfnis der Bevölkerung zum Ausdruck bringen und aus Argumenten der betrieblichen Abwicklung mußten die WD-Linie, die Linie 2, der Nord-Süd-Durchmesser und der Ost-West-Durchmesser von vornherein Bestandteile der ersten Ausbauphase sein. Es war daher zu prüfen, welche Reihenfolge am schnellsten zu Verbesserungen führt, auf die betrieblichen Notwendigkeiten Rücksicht nimmt und eine kontinuierliche Baudurchführung gestattet. Die erste Variante eines Ausbauprogrammes beinhaltet daher:

Linie 2 - Ustrab Ringturm - Fasangasse
Linie 4 (WD) Umstellung auf U-Bahn
Linie 1 U-Bahn Keplerplatz - Praterstern
Linie 1A Kliebergasse - Karlsplatz
Linie 3 U-Bahn Stadthalle - Erdberg.

Leitgedanke dieser Variante war mit Rücksicht auf die Baukapazität die untere Grenze jenes Zeitraumes kennenzulernen, innerhalb dessen das angestrebte Ziel erreichbar ist. Die finanzielle Folge ist eine durchschnittliche Jahresbaurate von rund 500 Millionen Schilling allein auf dem Bausektor. Es war daher die notwendige Aufgabe, eine Variante des Ausbauprogrammes für das gleiche Netz zu erstellen mit dem Ziel, geringere Jahresbauraten zu erreichen. Die Dehnung des Ausbauprogrammes wurde jedoch damit limitiert, daß keine unwirtschaftliche Bauführung daraus resultieren darf. Um die Auswirkungen in finanzieller Hinsicht sichtbar machen zu können, mußten für beide Varianten neben den tatsächlichen Investitionen alle jene materiellen Auswirkungen errechnet werden, die vom zeitlichen Ablauf des Programmes beeinflußt werden. So die Preissteigerungen, Umleitungskosten, Personaleinsparungen und Wageninvestitionsprogramm.

Der Mehraufwand gegenüber Variante 1 beträgt 9,1 Prozent.

./.

## Variierte Varianten

Die gleichzeitig erarbeitete Belastung des Netzes der ersten Ausbauphase zeigte neben der Bestätigung der grundsätzlichen Richtigkeit der Haupttrassen auch die noch im Netzkonzept notwendigen Korrekturen auf. Die für die Entscheidung Ustrab-Stadtbahn notwendige Netzbelastungsprognose ermittelte für die Trasse 1 A (Karlsplatz-Kliebergasse-Knöllgasse) ausreichende Frequenzen. Die Entscheidung den Nord-Süd-Durchmesser (Trasse 1 und 1 A) sofort für U-Bahnbetrieb auszubauen, bedeutet vorerst das Ende der U-Bahnlinie 1 A bei der Kliebergasse, da die Einbindung in den Gürteltunnel und in die Knöllgasse für Ustrab-Betrieb ausgelegt war. Ohne Weiterführung der Tunnelstrecke aus der Kliebergasse in den 10. Bezirk (diese Möglichkeit ist vorhanden) bekommt aber der Ast Kliebergasse-Karlsplatz zufolge des nun notwendig werdenden Umsteigens, eine für U-Bahnbetriebe nicht vertretbare geringe Auslastung und muß daher aus dem Netzkonzept für die erste Ausbauphase herausgenommen werden. Weiters beweist die Prognose, daß eine Endstation der Linie 1 (Nord-Süd-Durchmesser) am Keplerplatz insofern falsch läge, da einerseits die Sammeltangente der Straßenbahnlinie 7 in der Quellenstraße nicht angeschlossen wäre. Die Folge ist eine Konkurrenzierung der U-Bahnlinie 1 durch die Straßenbahnlinie O. Daher Verlängerung der Trasse 1 bis unter den Reumannplatz somit Anlenkung und Aufschließung verbessert, Auflassung der Straßenbahnlinie O im Bereich der Favoritenstraße, Straßenbahnlinie 65 über Matzleinsdorfer Platz-Gürteltunnel und ab Südtiroler Platz als Linie O. Grundsätzlich unbefriedigend war bei den Varianten 1 und 2 die Notwendigkeit, an der Trasse der Linie 2 unterirdische Umkehrschleifen beim Ringturm (Endstelle) und am Schwarzenbergplatz (aus betrieblichen Gründen) zu bauen. Diese Schleifen werden durch den übergangsweisen Ustrab-Betrieb notwendig, können aber nach Umstellung auf U-Bahnbetrieb nicht mehr weiterverwendet werden. Selbst bei einer sehr späten Umstellung der Linie 2 auf U-Bahnbetrieb werden die für die Schleifen aufgewendeten Mittel schwer als zwar verlorener aber in der Zwischenzeit amortisierter Aufwand argumentiert werden können, da die Baukosten 120 Millionen

./.

Schilling ausmachen würden. Der Bau der unterirdischen Schleifen kann aber nur dann vermieden werden, wenn nach Fertigstellung der Verlängerungen, auf der ganzen Länge der Linie 2 vom Ringturm bis St.Marx sofort der Betrieb mit U-Bahngarnituren aufgenommen wird. Alle diese Überlegungen führten über eine Variante 3 des Ausbauprogrammes, die zufolge der bei der Rechnung sichtbar gewordenen Fehler in der Programmkonzeption sofort ausgeschieden wurden, zu der Variante 4 des Ausbauprogrammes. Leitgedanke: Vermeidung von verlorenem Bauaufwand durch Ustrab-Übergangslösung wo solcher durch diese hervorgerufen wird. Ausscheiden vorerst nicht U-Bahnwürdiger Linien wie 1 A, Einbeziehung wichtiger Linien wie der Linie 3 A zur besseren Versorgung des Stadtzentrums und Aufnahme der Passagiere der Linien 36, 37, 38, 39, 41, 42, 43 sowie Gürtelverlängerung Nord zur Engerthstraße. Zurückrechnen vom Fertigstellungstermin einer Linie zum Bauteginn in Abhängigkeit vom Wagenbauprogramm und Einsatzbahnhof. Netz: Linie 1 - U-Bahn Reumannplatz - Praterstern

Linie 2 - U-Bahn Ringturm - St.Marx
Rampe für Hauptwerkstätte Simmeringer Hauptstraße
Betriebsgleis bei Ringturm für Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese
Linie 3 - U-Bahn Stadthalle - Erdberg Betriebsbahnhof Erdberger Mais

Linie 3 A - U-Bahn Schottentor - Graben
Linie 4 - (WD) Umstellung auf U-Bahngarnituren
Linie 6 - (G) Verlängerung Nußdorfer Straße - Engerthstraße mit Umstellung.

Das Durchrechnen der vierten Variante zeigt, daß mit Rücksicht auf Hauptwerkstätte und Einsatzbahnhof, also unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange die Arbeiten zuerst an der Linie 2 in Angriff zu nehmen sind. Gleichzeitig kann mit dem Bau der Linie 1 begonnen werden, sodaß ein Jahr nach Inbetriebnahme der Linie 2 die Linie 1 eröffnet werden kann. Die Linie 4 (WD) hat eine Ausnahmestellung für einen Übergangszeitraum, da der Bahnhof "Wasserleitungswiese" sowohl den Einsatzbedarf aber auch bis Betriebsaufnahme der Hauptwerkstätte den Revisions- und Reparaturbetrieb für die Linie 4 übernehmen kann. Nach Fertigstellung der Linie 2 ist die HW für die Linie 4 und 2 erreichbar.

./.

Mit Rücksicht auf die Abstellmöglichkeiten, die auf den Strecken vorgesehen werden, kann die Linie 1 gleichfalls noch vom Bahnhof "Wasserleitungswiese" versorgt werden. (Betriebsgleis 1 - 4 bei Schwedenbrücke). (HW über 4 - 2).

Jede weitere Linie, so vor allem die für die Straßenbahnfreimachung des Ringes notwendige Linie 3 erfordert den Neubau eines weiteren Betriebsbahnhofes. Dafür bietet sich nach dem derzeitigen Stand der Überlegungen ein Areal im Erdberger Mais an.

## Wirtschaftlichkeitsvergleiche

An dieser Stelle erscheint es notwendig, einen ersten, wenn auch nur generellen Wirtschaftlichkeitsvergleich zu stellen. Die Abrechnung für Hamburger Verkehrsbetriebe für das Jahr 1965 weist für die drei Betriebsarten "U-Bahn, Straßenbahn und Autobus" Betriebskosten pro gefahrenem Platzkilometer im Verhältnis von 2 : 4 : 9 aus.

Berücksichtigt man, daß mit den 51,5 Kilometer Hochleistungstrassen zum Beispiel der Ausbauvariante 5 mindestens 50 Prozent der 420.000 Beförderungsfälle pro Tag auf das neue Betriebssystem verlagert werden, somit auf ein System, dessen Betriebskosten die Hälfte der Straßenbahnbetriebskosten oder weniger als ein Viertel der Autobusbetriebskosten sind, wird erkennbar, welche Auswirkungen die systematische Umstellung auf U-Bahnbetrieb haben wird. Damit ist aufgezeigt, wie notwendig Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für einzelne Ausbauphasen sind. Mit Rücksicht darauf, daß nach Fertigstellung des Gesamtnetzes mindestens 80 Prozent der Beförderungsfälle auf den U-Bahntrassen abgewickelt werden, ist die Unerläßlichkeit von Kosten-Nutzen-Rechnungen für die Beurteilung der Gesamtnetze evident.

Die in der Variante 4 beinhaltete Verlängerung der Gürteltrasse von der Nußdorfer Straße bis zur Engerthstraße geht an sich über das ursprünglich der ersten Ausbauphase gesteckte Ziel hinaus. Mit Rücksicht darauf, daß die Gürtelverlängerungen im Norden und im Süden (zur Philadelphiabrücke) alte Anliegen sind, ihre Notwendigkeit unbestritten ist, und die Verlängerung im Norden als die dringlichere angesehen werden muß, wurde dieser Abschnitt in die Variante 4 aufgenommen.

./.

Möglicherweise wird die Verlängerung der Gürteltrasse nach den Süden zu den nächsten darauffolgenden Arbeiten zählen, da ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Baugeschehen im Bereich Inzersdorf und der Leistungsfähigkeit der provisorischen Verkehrserschließung durch Straßenbahn auf eigenem Bankett den Zeitpunkt bestimmt, zu dem entweder die Gürtelverlängerung diese Gebiete erreichen, oder das Baugeschehen gestoppt werden muß. Da zum Zeitpunkt der Vorlage Bauzeiten und Baukosten nur für die Verlängerung von der Gumpendorfer Straße bis zur Philadelphiabrücke ermittelt werden konnten, wurde in einer Variante 5 des Ausbauprogrammes nur dieser Abschnitt einbezogen.

Die Varianten 4 und 5 haben wie die Varianten 1, 2 und 3 zum Ziel in der 1. Ausbauphase eine weitgehende Sanierung der zentralen Bereiche zu erreichen.

Eine völlig gedankliche Umorientierung in der Aufgabenstellung für eine 1. Ausbauphase, nämlich die Berücksichtigung der Wohnbautätigkeit in den Bereichen des 22. und 23. Bezirkes, mußte unbedingt in einer Variante 6 des Ausbauprogrammes untersucht werden.

Die Zielsetzung müßte dann heißen: "Eheste Versorgung der Entwicklungsgebiete".

Das würde bedeuten, einerseits den Raum Kagran - Stadlau - Aspern - Hirschstetten ehestens, wenn auch nur mit einem Brückenkopf nördlich der Alten Donau (Kagraner Platz) zu erreichen, andererseits die Besiedlung zwischen Inzersdorf und Vösendorf entweder im U-Bahn-Netz selbst (mit 1 A oder Südverlängerung von 6) anzustreben, oder mit Straßenbahn auf eigenem Bankett und Anlenkung von Reumannplatz und Matzleinsdorfer Platz ausreichende Transportkapazitäten zu offerieren. Die Absichten für das Gelände der Wienerberger Ziegelwerke drängen derzeit die Entscheidung gegenüber Verlängerung von 1 A in Richtung "Verlängerung der Trasse der Linie 6", weil damit Wienerberger und Südrandbebauung mit einem Strang versorgt werden könnten. Eine Entscheidung ist jedoch ohne Vorliegen der Projekte und der Netzbelastungen nicht möglich.

./.

Eines kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß bis zur Fertigstellung der Trassen 1, 2 und 4 auch in dieser Variante keine Änderung des Ausbauprogrammes möglich sein wird. Die Trasse 2 muß ob ihrer Bedeutung hinsichtlich der Hauptwerkstätte nach wie vor an der Spitze stehen. Die Trasse 1 ist Voraussetzung für die Sanierung des Karlsplatzes und für rasche Verbesserungen in der Erreichbarkeit der Gebiete Kagran - Stadlau - Aspern - Hirschstetten sowie für eine langfristige provisorische Versorgung der Südrandbebauung. Die Trasse 4 beinhaltet den Bahnhof Wasserleitungswiese, ist daher unerläßlich. Alle zusammen sind sie für die Sanierung der zentralen Bereiche ebenso notwendig, wie zum Ausbau des Netzes im Sinne der ehesten Versorgung der Entwicklungsgebiete. Schon anschließend sind jedoch Änderungen möglich, zum Beispiel indem der Bau der Linie 3 und 3 A nach der Versorgung der Entwicklungsgebiete gereiht wird.

U-Bahn und "Entwicklungsgebiete"

Es müßte daher untersucht werden, wie lange noch unter Berücksichtigung der Besiedlungsgeschwindigkeiten die Straßenbahnlinien der Wagramer Straße und der Erzherzog Karl-Straße den Bedarf decken werden können. Weiter ob überhaupt noch rechtzeitig Hochleistungstrassen in die Entwicklungsgebiete gebaut werden können und wenn nicht, welche Auswirkungen auf das Wohnbauprogramm daraus resultieren. Überschlägige Rechnungen für die Entwicklungsgebiete im Einzugsbereich der Linien über die Reichsbrücke zeigen, daß die Leistungsfähigkeit der Straßenbahn in 9,5 Jahren erschöpft sein wird.

Wird die U-Bahn vom Praterstern bis Kagraner Platz (1,2 Milliarden) verlängert, dann ist nach 25 Jahren auch die Leistungsfähigkeit der Trasse 1 erschöpft.

Wird für den 22. Bezirk eine darüber hinausgehende Zahl der Wohnbevölkerung angestrebt, muß ein weiteres Gleispaar des U-Bahnsystems über die Donau geführt werden. Eine ausreichende Versorgung des 22. Bezirkes ist durchaus möglich. Es ist aber auch zu erkennen, daß ein Weitergehen der Wohnbautätigkeit in der bisherigen Geschwindigkeit, ernste Schwierigkeiten auf dem Sektor des öffentlichen Verkehrs hervorrufen wird.

./.

Die Verstärkung der Straßenbahnlinien über die Reichsbrücke in einem wirkungsvollen Maße ist ohne Vorhandensein der Linie 1 vom Reumannplatz bis zum Praterstern nicht möglich, denn das Einfüllen von Zugseinheiten im notwendig werdenden Maße in den Ring ist nicht zu bewältigen. Die Fertigstellung der Linie 1 und die Betriebsaufnahme ist aber erst am Ende des 8. Jahres nach Baubeginn möglich. Nimmt man den Baubeginn mit "sofort" an, und den Bau von 2.000 Wohnungen pro Jahr, so wird nach Inbetriebnahme der Linie 1 die Leistungsfähigkeit der Straßenbahnverstärkung schon bald wieder erschöpft sein. Der relativ geringe Zeitgewinn, der durch die Verlängerung der Linie 1 vom Praterstern nach Kagran erreicht wird, die hohen Kosten der wahrscheinlich notwendig werdenden Tunnelstrecke unter dem Donaustrom einerseits, die viel größeren Leistungsreserven der Linie 3 und die geringeren Baukosten durch Querung von Donaukanal - Prater und Strom in Hochlage führen, gemeinsam mit den Argumenten für die zentralen Bereiche dazu den Ost-West-Durchmesser in das Grundnetz aufzunehmen. Weniger problematisch wird sich die Bautätigkeit im Bereich Inzersdorf-Vösendorf auf den öffentlichen Verkehr auswirken. Die ebenfalls überschlägig errechnete Besiedlungskapazität, die von dem vorgeschlagenen Straßenbahnprovisorium bewältigt werden kann, liegt zwischen 45.000 und 50.000 Einwohnern. Unbedingte Voraussetzung dafür ist aber das Vorhandensein wiederum der Linie 1 vom Reumannplatz bis zum Praterstern.

Um aus der Vielzahl der aus dem Grundnetz möglich werdenden Erweiterungen die richtige Auswahl zu treffen, wurden die Gesetzmäßigkeiten in der Wechselbeziehung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte und damit das Verkehrsbedürfnis einer geänderten Verteilung der Wohn- und Arbeitsplätze quantitativ erfaßt, um mit diesen Werten die Netzvarianten des öffentlichen Verkehrs sowie das Straßennetz I. und II. Ordnung belasten zu können. Die Aufteilung des Verkehrsbedürfnisses auf die einzelnen Transportarten wurde in Abhängigkeit von den Stadtmodellen, von der Leitungsfähigkeit der Netze des öffentlichen Verkehrs und des Individualverkehrs und von der Möglichkeit, Vorsorgen für die Aufnahme des ruhenden Verkehrs zu treffen, einmal festgelegt.
Die projektsmäßige Erhärtung der Bestandteile der Netzerweiterung und die Ermittlung der Baukosten, sowie der betrieblichen und wirt-

./.

schaftlichen Auswirkungen sind im Gange. In einem Verfahren des Austestens der Netzvarianten sowie der Linien- und Betriebsvarianten werden in Abstimmung mit den Varianten der Stadtmodelle die Bedürfnisse mit den Möglichkeiten aufeinander abgestimmt.

Resumeé

Der vorgelegte Bericht soll zeigen, daß weitreichende Entscheidungen getroffen werden können. Die Richtigkeit, den öffentlichen Verkehr als Hauptverkehrsträger auszubauen ist jetzt auch rechnerisch nachgewiesen.

Als Ergebnis der Arbeiten wird die Hauptlast des öffentlichen Verkehrs demnach ein U-Bahnnetz zu tragen haben. Der wesentlichste Teil eines gesamtstädtischen U-Bahnnetzes ist das vorgeschlagene Grundnetz. Seine Länge beträgt rund 38 Kilometer und kostet auf der Basis der Preise 1965 betriebsbereit rund sechs Milliarden Schilling.

Dieses Grundnetz hat sich in umfangreichen Rechen- und Testvorgängen als das am schnellsten und am wirkungsvollsten zum Ziel führende erwiesen und kann daher beschlossen werden.

Die aufgezeigten fast unbeschränkten Variationsmöglichkeiten lassen erkennen, daß keinerlei bauliche, betriebliche oder zeitliche Präjudizierung der Erweiterungsmöglichkeiten eintritt und rechtfertigen damit den Beschluß zum Ausbau des Grundnetzes.

./.

## U-Bahn - das Massenverkehrsmittel der Zukunft

Als zweiter Fachreferent sprach Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Pins von den Wiener Verkehrsbetrieben über die grundsätzliche und die technische Seite des zukünftigen U-Bahnbetriebes. Er führte unter anderem aus:

Das organisch gewachsene, verhältnismäßig dichte Straßenbahn- und Autobusnetz Wiens mit seinen kurzen Haltestellenabständen, das noch durch Stadtbahn und Schnellbahn ergänzt wird, entspricht hinsichtlich der quantitativen Leistungsfähigkeit zumindestens in den innerstädtischen Bereichen durchaus den bestehenden Verkehrsbedürfnissen. Hingegen wird die Qualität der Verkehrsbedienung seit dem Einsetzen der Motorisierungswelle ständig schlechter. Die Verstopfung der Straßen in den Hauptverkehrszeiten und die Überlastung aller wichtigen Verkehrsknotenpunkte haben zu einem Absinken der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit aller Oberflächenverkehrsmittel geführt. Die Einhaltung ihres Fahrplanes, die Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit des Verkehrs sind in Frage gestellt und die Sicherheit herabgemindert. Als Erschwernis kam in den letzten Jahren bei den Verkehrsbetrieben noch der fast katastrophale Personalmangel hinzu, der es unmöglich macht, durch vermehrten Einsatz von Fahrbetriebsmitteln wenigstens teilweise Abhilfe zu schaffen, sowie die Verkehrsbedienung in den neu entstandenen Siedlungsgebieten am Stadtrand den Erfordernissen entsprechend auszubauen.

Alle diese Umstände verlangen eine grundlegende Umorganisation des öffentlichen Verkehrssystems, wobei in den zentralen Bereichen nur die Verlegung der Massenverkehrsmittel unter die Erde wirklich abzuhelfen vermag. Die durchgeführten Verkehrserhebungen zeigen die Stärke und zunehmende Wichtigkeit der radialgerichteten Verkehrsströme, denen ein Mangel an leistungsfähigen Durchmesserlinien durch die Innere Stadt gegenübersteht. Der Nord-Süd-Durchmesser erfordert wegen der in dieser Richtung ganz besonders starken Verkehrsbeziehung vordringlich einen Ausbau. Die Notwendigkeit der Ergänzung durch kreuzende Schinenwege in west-östlicher Richtung wurde durch Untersuchungen bestätigt. In Zusammenhang damit soll der Ersatz der Straßenbahnlinien am Ring durch eine unterirdische Linienführung

./.

im Verlauf der Lastenstraße erfolgen, die Wiental-Donaukanallinie der Stadtbahn soll den Ring um die City schließen.

Überlegungen über das geeignetste Betriebsmittel

Sobald diese Trassen in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung festgelegt waren, mußte die Wahl der Betriebsform entsprechend der gegenwärtig und zukünftig erforderlichen Leistungsfähigkeit überlegt werden. Kein Zweifel bestand darüber, daß zu den in Wien bestehenden Verkehrsträgern kein zusätzlicher hinzukommen sollte, sondern nur eines der drei leistungsfähigsten Verkehrsmittel - Schnellbahn, Stadtbahn oder Straßenbahn - in großzügiger Weise ausgebaut werden sollte. Neben der Schnellbahn bestand daher nur die Wahl zwischen einem Unterpflaster-Straßenbahnsystem und einer U-Bahn, die gleichzeitig die Stadtbahn zum Teil oder zur Gänze einschließt. Genaugenommen bestand diese Wahl nur für einen Übergangszeitraum. Daß Wien für ständig mit einem U-Strab-System allein das Auslangen finden würde, war nämlich schon nach den Ergebnissen der ersten Untersuchungen auszuschließen. Die Überlegungen konzentrierten sich auf die Frage, ob die unterirdischen Trassen zunächst für einen straßenbahnmäßigen Betrieb gebaut, aber bereits so angelegt werden sollten, daß ein späterer U-Bahnbetrieb ermöglicht wird, oder ob gleich eine U-Bahn in Betracht gezogen werden soll. Die Frage galt also der Leistungsgrenze einer Unterpflasterstraßenbahn. Zur Klärung dieser Frage haben die Verkehrsbetriebe sehr lange und eingehende Untersuchungen angestellt und zu ihrer Unterstützung beziehungsweise zur Überprüfung ihrer Berechnungen ein Gutachten eines deutschen Experten, des Herrn Professor Dr. Dipl.-Ing. Grabe von der Technischen Hochschule Hannover eingeholt.

Das Ergebnis war, daß auf einer Tunnelstrecke mit zugesteuerter Signalisierung unter optimalen Verhältnissen höchstens 60 bis 70 Züge je Stunde und Fahrtrichtung verkehren können, das ergab bei einem Fassungsraum von 200 Personen je Zug eine Leistungsfähigkeit von etwa 12.000 bis 15.000 Fahrgästen pro Stunde. Diese Beförderungsleistung erwies sich nach den Verkehrsprognosen für einzelne Strecken, besonders auf dem Nord-Süd-Durchmesser, als zu gering.

Auf Grund dieser Erkenntnis, zu der übrigens etwa zur gleichen Zeit auch die Verkehrsplaner anderer Städte kamen, erfolgte der

./.

Entschluß, den Weg einer Stadtbahn-U-Bahn-Planung für das übergeordnete Massenverkehrsnetz zu beschreiten. Den verbleibenden Straßenbahn- und Autobuslinien kommen in einem derartigen Netz hauptsächlich Zubringerfunktionen zu.

Grundsätze für die Planungsarbeiten

Bei Planung und Durchführung des U-Bahn-Projektes sind folgende Grundsätze einzuhalten: Volle Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs durch Umleitungen auf Baudauer; Umbau der Stadtbahn sowie der im Bau befindlichen-U-Strab-Strecken auf U-Bahn-Betrieb während des Betriebes beziehungsweise ohne wesentliche Betriebseinschränkungen; Umstellung der Stadtbahn von Links- auf Rechtsfahrordnung.

Die U-Bahn-Lösung schließt aus, daß in den einzelnen Haltestellen Fußgänger über die Gleise gehen und verlangt konsequent niveaufreie Lösungen sowohl für die Fußgänger als auch für alle linienmäßig befahrenen Kreuzungen und Abzweigungen der Schienenstränge. Das unterirdische Netz muß ausbau- und erweiterungsfähig sein; jede Ausbaustufe soll möglichst sofort verkehrswirksam werden; die fertiggestellten unterirdischen Strecken sollen sich mit ihren Anschlußpunkten gut in das Oberflächenverkehrsnetz einfügen; als Anschlußpunkte sollen möglichst Bruchpunkte des Verkehrs gewählt werden (z.B. Praterstern, Reumannplatz, Schottentor, St.Marx); an den Anschlußstellen sollen optimale Umsteigeverhältnisse zu den anderen Verkehrsmitteln geschaffen werden; das verbleibende Straßennetz darf seinen Zusammenhang nicht verlieren; die bestehenden Stadtbahnstrecken werden als Verbindung zwischen den einzelnen Tunnelstrecken und als Zubringer zu den Betriebsbahnhöfen "Wasserleitungswiese" und "Erdberger Mais" sowie zur im Bau befindlichen Hauptwerkstätte Simmering dienen.

Parallelführungen zweier Verkehrsmittel durch die gleichen Straßenzüge müssen vermieden werden; die Ausbaustufen müssen sowohl budgetär als auch herstellungstechnisch in Einklang mit der Beschaffungsmöglichkeit des Wagenparks gebracht werden und sind weiters so zu wählen, daß sich möglichst bald Einsparungen an Fahrpersonal ergeben.

./.

Die verkehrsmäßige Sanierung jener innerstädtischen Bereiche, in denen sich bei Abwicklung des Straßenbahn- und Autobusbetriebes schon jetzt die größten Schwierigkeiten ergeben, soll vordringlich erfolgen. Daher ist die Verkehrsbedienung der Inneren Stadt durch die U-Bahn bei Auflassung des Straßenbahnverkehrs am Ring und der innerstädtischen Autobuslinien ehestens anzustreben. Dazu gehört weiters die Sanierung des Karlsplatzes und damit der Favoritner Straßenbahnlinien.

Wahl der Ausbaustufen

Für die einzelnen Ausbaustufen wurden bereits ziemlich weit ins Detail gehende Vorausberechnungen hinsichtlich der notwendigen Umleitungen, des hiemit verbundenen Wagen- und Personalbedarfes und der daraus resultierenden Mehr- oder Minderkosten angestellt. Hiefür sollen nachstehend nur einige Beispiele nach dem 13jährigen Bauprogramm der Netzvariante 5 gebracht werden:

Während des Baues der Verlängerung der Tunnelstrecke der Zweierlinie am Rennweg, der voraussichtlich in offener Bauweise erfolgen wird, kann dort die Linie 71 nicht verkehren. Sie muß durch Umleitung über die Ungargasse und später über ein Gleisprovisorium im Zuge der Aspangstraße aufrechterhalten werden. Gleiches gilt für die Linien 66 - 67, welche zuerst ab Südtiroler Platz durch die Graf Starhemberg-Gasse zur Wiedner Hauptstraße geführt werden sollen, wobei später die Linie 67 auch aus der äußeren Favoritenstraße in die Laxenburger Straße verlegt werden muß. Während des Baues der U-Bahntrasse in der Praterstraße müssen die Ring-Züge ab Praterstern über Heinestraße - Taborstraße zum Franz Josefs-Kai geführt werden. In einem späteren Zeitpunkt muß der Ring auch von Erdberg über die Landstraßer Hauptstraße durch eine Linie T/Tk bedient werden.

Die Umstellung der Stadtbahn Wiental-Donaukanallinie auf U-Bahn-Betrieb setzt den Umbau aller Stationen mit Hebung der Perrons, Abrückung der Gleise, Verlegung der Stromschienen, den Bau einer neuen Signalanlage sowie den Ersatz der Schleifenanlagen in Hütteldorf und Heiligenstadt durch Wende- und Abstellgleise voraus. Auf der Zweierlinie müssen hingegen die Gleise in allen

./.

Haltestellen derart abgesenkt und ausgerückt werden, daß die U-Bahnwagen dort mit dem Wagenfußboden in Perronhöhe zu halten kommen. Nach Betriebsaufnahme der einzelnen U-Bahnlinien müssen die entsprechenden Straßenbahnlinien verkürzt, aber günstig angelenkt werden. Auch die Autobuslinien müssen zuerst im Bereich der Baustellen umgeleitet und später in dem Maß verkürzt beziehungsweise ganz eingestellt werden, als dies der Baufortschritt oder die Inbetriebnahme von U-Bahnlinien erfordert.

Im Endzustand der ersten Bauphase der Ausbauvariante 5, also am Ende des 13. Baujahres, wenn das U-Bahn-Grundnetz mit Gürtelverlängerung nach Süden in Betrieb steht, wird der Straßenbahn-Ring-Verkehr und der innerstädtische Autobusverkehr aufgelassen. Die Straßenbahnlinien D, J, $E_2$, $G_2$, $H_2$, 24, 25, 49, 71, um nur einige zu nennen, werden verkürzt geführt und einige Linienkombinationen wie 0 - 65 oder 66 - 167 neu eingeführt.

Bedeutende Personaleinsparungen durch U-Bahnbetrieb

Durch die Baumaßnahmen wird anfänglich ein geringes Personalmehrerfordernis wegen der Straßenbahnumleitungen entstehen. Später aber ergeben sich schrittweise Einsparungen steigenden Ausmaßes. Nach dem 7. Baujahr werden um 147, nach dem 13. Baujahr um insgesamt rund 1.000 Kräfte beim Fahrpersonal weniger benötigt werden. Diese beachtliche Personaleinsparung von rund 20 Prozent des Fahrdienststandes wird nicht nur eine sehr erwünschte Milderung der Personalnot, sondern auch einen sehr wesentlichen Rationalisierungserfolg darstellen. 1.000 Fahrdienste bedeuten pro Jahr eine Einsparung von 60 Millionen Schilling. Dazu kommen die jährlichen Ersparnisse durch die wesentlich billigeren U-Bahn-Kilometer in der Höhe von 30 Millionen Schilling, insgesamt also jährliche Betriebseinsparnisse von rund 90 Millionen Schilling.

Ebenso wichtig sind aber auch die Einsparungen auf dem Investitionssektor, welche dadurch entstehen, daß weniger Straßenbahnwagen und Autobusse durch Neubauten ersetzt werden müssen. So erspart allein die Einstellung der Ring-Straßenbahnlinien 67 Triebwagen und 138 Beiwagen oder die Einstellung der innerstädtischen Autobuslinien 77 Busse. Während erstere nicht mehr ersetzt zu werden brauchen, können die frei werdenden

./.

Autobusse zur besseren Erschließung der Randgebiete oder zur Einführung neuer Querverbindungen im Verkehrsnetz verwendet werden.

Nach dem 15-Jahresprogramm müssen 320 sechsachsige Gelenktriebwagen gekauft werden, wobei die jährlichen Anschaffungsraten von 30 bis 35 Stück der Kapazität der Erzeugungsfirmen und auf den budgetären Möglichkeiten entsprächen.

Die Gesamtkosten für 190 Doppeltriebwagen à 5,5 Millionen betragen rund 1.045 Millionen Schilling. Die Einsparungen gegenüber dem 15 Jahre-Straßenbahn-Neubauprogramm machen 557 Millionen und die Ersparungen für nicht mehr notwendigen Ersatz der Stadtbahnwagen 385 Millionen Schilling. Es kann also für denselben Betrag, der für die Erneuerung des Straßenbahn- und Stadtbahnwagenparks ohnehin aufgewendet werden müßte, gleich ein moderner U-Bahn-Wagenpark angeschafft werden.

Die vorgesehenen U-Bahnzüge

Die Verkehrsbetriebe werden nach internationalem Maßstab und nach dem letzten Stand der Technik den modernsten und hinsichtlich Fahrkomfort besten Wagenpark anschaffen, der gegenwärtig erhältlich ist. Die Wagen sollen über eine relativ hohe Motorleistung verfügen, wobei alle Achsen angetrieben werden sollen. Dies ist einerseits deswegen erforderlich, weil die zu befahrenden Strecken erhebliche Neigungen aufweisen und weil andererseits bei Anfahrt das Erreichen von 70 Stundenkilometer innerhalb 25 Sekunden als Konstruktionsbedingung gestellt wird. Die Höchstgeschwindigkeit soll bei etwa 80 Stundenkilometer, die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit bei 30 Stundenkilometer liegen.

Der Fassungsraum eines Doppeltriebwagens wird bei 100prozentiger Ausnützung 382 Personen; bei 82prozentiger Ausnützung 313 Personen betragen. Ein Drittel der Plätze sind Sitzplätze, zwei Drittel Stehplätze. Dementsprechend wird die Beförderungsleistung bei zwei Minuten Zugsfolge und Verwendung von drei Zugseinheiten 30.000 bis 35.000 Plätze pro Stunde betragen. Damit ist eine ausreichende Leistungsreserve gegeben.

Die Züge sollen von einem alleinfahrenden Fahrer geführt, mit Totmanneinrichtung ausgestattet und von einem Zugsbegleiter am Zugsende begleitet werden. Es werden aber bereits alle baulichen Vorkehrungen für einen späteren vollautomatischen Betrieb

./.

getroffen. Auch das Signal- und Sicherungssystem soll dem letzten Stand der Technik auf diesem Gebiet entsprechen und allenfalls für automatischen Zugsbetrieb vorbereitet werden.

Haltestellen und Kosten der Betriebsmittel-Umstellung

Die vier U-Bahnlinien und die Stadtbahn-Gürtellinie mit ihren beiden Verlängerungen werden eine Gesamtlänge von rund 49 Kilometer und 69 Haltestellen aufweisen. Der durchschnittliche Haltestellenabstand wird auf den neuen Strecken 575 Meter, auf den bestehenden Stadtbahnstrecken 940 Meter betragen. Die Haltestellen werden zumeist an beiden Enden Auf- oder Abgänge mit Rolltreppen haben.

Je nach der Länge der auf den einzelnen Strecken verkehrenden Zugseinheiten werden die Perronlängen 88 bis 113 Meter betragen. Das Einzugsgebiet der einzelnen Haltestellen wird innerhalb eines Kreises von 500 Meter Halbmesser, der um jeden der beiden Stationseingänge zu ziehen wäre, anzunehmen sein. Wegen der relativ großen Stationslängen werden sich dadurch kaum längere Anmarschwege zu den Haltestellen ergeben, als sie derzeit im Straßenbahnnetz bestehen.

Die Gesamtbaukosten der Umstellung der bestehenden Stadtbahntrassen auf U-Bahnbetrieb einschließlich des Betriebsbahnhofes "Wasserleitungswiese" der Streckenausrüstung der neu zu bauenden Strecken einschließlich des Bahnhofes "Erdberger Mais" wird auf 990 Millionen Schilling geschätzt. Die Gesamtkosten des Wagenparks betragen 1.045 Millionen Schilling.

Vorteile für die Fahrgäste und die Verkehrsbetriebe

Vom Standpunkt der Fahrgäste wird der U-Bahnbetrieb folgende Vorteile aufweisen: Schnelle, angenehme Beförderung mit geräuscharmen, gutgefederten, durch besondere Laufruhe gekennzeichnete Wagen; Wagenboden in Bahnsteighöhe, daher ebener Einstieg; bequeme Sitze, große Auffangräume, drei breite Doppeltüren; kein Fahrgastfluß, keine Fahrscheinbehandlung am Wagen (Bahnsteigsperren), rascher Fahrgastwechsel, kurze Haltezeiten in den Stationen; hohe Fahr- und Reisegeschwindigkeit; kurze und regelmäßige Zugsfolgen; gute Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Haltestellen (Rolltreppen).

./.

Als Vorteile für das Verkehrsunternehmen ergeben sich: Personalsparende, rationelle und daher wirtschaftliche Betriebsführung und größere Attraktivität für die Bevölkerung.

Den zweifellos gewaltigen Investitionen stehen die nicht minder beachtlichen Vorteile gegenüber, die sich durch den Bau der U-Bahn für Wien ergeben werden, wie die verkehrsmäßige Sanierung eines großen Teiles der zentralen Stadtbereiche, die Freimachung großer und wichtiger Straßenflächen für den Individualverkehr, und eine leistungsfähigere, personalsparende und wirtschaftlichere Massenbeförderung, wobei der öffentliche Verkehr jenes Maß an Verkehrssicherung, Leistungsfähigkeit und Bequemlichkeit, an Zuverlässigkeit, Regelmäßigkeit, Pünktlichkeit und damit an Attraktivität erreichen wird, das ihn zur Rückgewinnung der Kraftfahrer zumindestens im Berufsverkehr befähigen wird.

\- - -

Bürgermeister Marek dankte Senatsrat Dipl.-Ing. Pins für seinen Vortrag, der leider durch den Ausfall der Lautsprecheranlage gestört war. Die dafür verantwortlichen Techniker haben ersucht, ihr Bedauern über dieses technische Versagen den Mitgliedern des Gemeinderates und den Zuhörern auf der Galerie zum Ausdruck zu bringen. Der Bürgermeister, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, bat gleichfalls um Verständnis.

Die Diskussion

Als erster Debattenredner kommt Gemeinderat Maller (KLS) zu Wort. Er verweist darauf, daß sich das Gesicht unserer Stadt in den 21 Jahren seit Kriegsende wesentlich verändert hat. Es sind neue Stadtteile mit Wohngebieten und auch neue Industriegebiete entstanden. Mit diesen großen Umschichtungen hat die Entwicklung der Massenverkehrsmittel leider nicht Schritt gehalten. Die Motorisierung verursacht zusätzliche Probleme. Leider ließen sich die Mehrheitsparteien im Rathaus lange Zeit offenbar von der Annahme leiten, die Motorisierung werde eine entscheidende Entlastung der Massenverkehrsmittel bringen und sie eines Tages ja sogar weitgehend überflüssig machen. Dabei zeigt die Entwicklung in anderen Ländern, daß der Individualverkehr nicht imstande ist, die Verkehrsprobleme einer Stadt zu bewältigen, selbst in großangelegten amerikanischen Städten war dies nicht möglich. Um wieviel weniger noch kann dies in einer dichtverbauten Stadt mit vielen schmalen und engen Gassen, wie sie Wien hat, der Fall sein. Seit langem hätte klar sein müssen, daß gerade in Wien die Massenverkehrsmittel die Hauptlast des innerstädtischen Verkehrs tragen müssen. Sicherlich wäre es technisch möglich, die Straßen zu verbreitern, finanziell wäre das zweifellos aber nicht zu bewältigen. Außerdem würde es eine Zerstörung des Stadtbildes mit sich bringen.

Damit der Massenverkehr seine Aufgabe erfüllen kann, müssen wir mit der städtebaulichen, stadtplanerischen, technischen und sozialen Entwicklung Schritt halten.

./.

Der Redner fordert folgende grundlegende Maßnahmen: 1. Es müssen die die maximal günstigsten Verbindungen hergestellt werden, wobei Zählungen des Ziel- und Quellverkehrs als Grundlage zu dienen haben. 2. Das Netz der Massenverkehrsmittel muß sich der Stadtentwicklung anpassen und auf die Planung neuer Wohn- und Industriegebiete Rücksicht nehmen. In Wien war dies bisher leider nicht der Fall. Die neuen Wohngebiete besonders in den Außenbezirken sind verkehrsmäßig kaum erschlossen. Auch in das Industriegebiet Liesing gibt es keine ausreichende Verkehrsverbindung. 3. Ein modernes Verkehrsmittel muß schnell und bequem sein, damit man auf das eigene Fahrzeug verzichtet. Dazu gehört, daß es über einen eigenen Gleiskörper verfügt. 4. Das Massenverkehrsmittel muß auch durch den Tarif anziehend wirken. Eine Tarifgestaltung, wie sie von den Mehrheitsparteien beschlossen wurde, widerspricht diesem Prinzip.

Ausgehend von diesen Grundsätzen müßte der Plan für den Bau eines U-Bahn-Netzes erstellt werden. Diese große Aufgabe erfordert eine ausreichende und gründliche Vorbereitung. In diesem Zusammenhang müsse man sich den Ausführungen von Bürgermeister Marek anschließen, als dieser vor kurzem erklärte, auch der Bund müßte beim U-Bahn-Bau einen entscheidenden Beitrag leisten.

Zu den Detailfragen: Es sei fraglich, ob der Stephansplatz als Mammutstation geeignet ist. Man weiß derzeit nicht, wie der Untergrund dort aussieht und ob der Bau nicht durch die gewichtsmäßige Belastung durch die Stephanskirche beeinträchtigt würde. Außerdem ist es fraglich, ob der durch diese Station geschaffene gewaltige Personenverkehr ohne Schwierigkeiten bewältigt werden könnte.

Zu vermissen sei eine Parkplatzplanung bei den Endstellen, die für ein Funktionieren des Park-and-Ride-Systems erforderlich wäre. Ferner fehle eine Koordinierung mit den Bundesbahnen, auch hinsichtlich des Wagenparks, als Voraussetzung für eine Verlängerung der Gürtellinien.

./.

Zu erwägen wäre, ob die Linie 1 statt unter der Praterstraße nicht besser unter der Taborstraße-Heinestraße geführt werden sollte, weil dadurch ein größeres Einzugsgebiet erfaßt würde. Wichtig wären auch Überlegungen, wo zusätzliche Zubringerlinien notwendig werden. Hoffentlich komme es bald zu einem gemeinsamen Konzept zwischen Wien und den Bundesbahnen, in dem auch die Vorortelinie aufscheint.

Die Grundzüge des Gesamtkonzeptes scheinen richtig und den Fachleuten gebühre für ihre gewissenhafte und gründliche Arbeit Dank. Die Politiker aber hätten diese Aufgabe allzu lange verschleppt. GR. Maller wies in diesem Zusammenhang auf verschiedene einschlägige Anträge seiner Fraktion seit 1946 hin. Die ÖVP jedoch, die sich jetzt als Vorkämpferin der U-Bahn aufspiele, habe noch vor wenigen Jahren nicht eine U-Bahn verlangt, sondern eine Ersetzung aller Straßenbahnlinien durch Autobusse, was die Verkehrsmisere ins Unerträgliche verschärft hätte. Nötig sei nun eine umfassende öffentliche Diskussion des Projekts.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnete die U-Bahn-Sondersitzung als einen Markstein in der kommunalpolitischen Entwicklung Wiens und umriß die Geschichte der Wiener U-Bahn-Planung seit 1890. Heute aber dürften die U-Bahn-Pläne nicht mehr auf dem Papier bleiben, wolle man nicht eines Tages den Zusammenbruch des Verkehrsgeschehens erleben. Im Verkehrskonzept aller Großstädte scheine die zweite Ebene auf, mit der man sich in Wien eher später befaßt habe, weil die Rathausmehrheit dagegen gewesen sei. GR. Dr. Schmidt wandte sich in diesem Zusammenhang gegen jene Formulierung im Punkt 1 der Empfehlungen, die eine Verbindung der jetzigen U-Bahn-Pläne zum Punkt 6 des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. November 1961 herstellt. Dieser Punkt habe außer allgemeinen Grundsätzen als konkrete Maßnahmen nur die Stadtbahnverlängerungen nach Norden und Süden und die Verlegung der Zweierlinie unter die Erde vorgesehen, wobei damals keine Begeisterung über die zweite Ebene geherrscht habe. Das Umdenken der Rathausmehrheit erforderte vier verlorene Jahre und die Planung hätte schon vor 1963 begonnen werden können, wäre dies von den Politikern gestattet worden (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Die Planung hat schon 1890 begonnen!")

./.

Gemeinderat Dr. Schmidt nimmt sodann zu einigen Detailfragen des geplanten Grundnetzes Stellung. Wie er erklärt, liege bei diesem Netz der Schwerpunkt im Süden und Südosten Wiens. Zwei Linien sollen durch den dritten Bezirk geführt und in St.Marx miteinander verknüpft werden. Im Hinblick auf eine genügende Kapazitätsausnützung könne man diesem Teilstück nur mit Skepsis begegnen, umso eher, als in diesem Gebiet mit relativ geringem Verkehrsaufkommen auch noch die Schnellbahn fährt. Damit werde es hier also drei Massenverkehrsmittel geben. Deshalb wäre eine andere Variante für die Linie 3 wahrscheinlich günstiger. Dabei erhebt sich auch die Frage, ob für die geplante Hauptwerkstätte nicht ein besserer Standort gefunden werden könnte als in St.Marx.

Während der Süden und Südosten überreichlich versorgt sein wird, läßt sich dies vom Westen und Nordwesten Wiens nicht behaupten. Hier sei die Linienführung keineswegs günstig.

Im folgenden kritisiert der Debattenredner den Bau des U-Straßenbahntunnels Kliebergasse-Wiedner Hauptstraße, den er als verlorenen Bauaufwand und Fehlinvestition bezeichnet, weil sich nunmehr herausgestellt hat, daß dieser Tunnel nicht in das U-Bahnnetz eingeordnet werden kann. Zumindest in den nächsten zwanzig Jahren wird dort nämlich keine U-Bahn fahren. Man begann mit dem Bau des Kliebergassentunnels, weil man noch bis zum August und sogar bis zum Oktober 1965 glaubte, daß eine U-Bahnlinie unter der Wiedner Hauptstraße gebaut werden würde. Das bezeichnete man als völlig unbestritten. Das U-Bahnkonzept war damals jedoch noch nicht ausgereift, und heute wissen wir, daß es anders gekommen ist. Dennoch wird in der Kliebergasse weitergebaut, dennoch wurde die Rauchfangkehrerkirche abgerissen. Und das alles, obwohl heute, ein Jahr später, die zunächst geplante Linie 1 A als gegenstandslos für die nächsten Jahrzehnte erklärt wird.

Wenn es möglich war, innerhalb eines Jahres eine zunächst als unbestritten bezeichnete Linie wegzulassen, erhebt sich die bange Frage, wer die Gewähr dafür gibt, daß sich bei den jetzt festgelegten Linien in den kommenden Jahren nicht ähnliches ereignet.

./.

Schließlich meldet Gemeinderat Dr. Schmidt seine Skepsis der Kostenfrage gegenüber an. Die Kosten nämlich sind ihm zu optimistisch eingeschätzt, und er befürchtet, daß wir nicht so billig wegkommen werden. Eine U-Bahnstrecke von 3,2 Kilometer Länge in Frankfurt am Main soll beispielsweise umgerechnet 1,8 Milliarden Schilling kosten. Zum Vergleich: Aus den Unterlagen der Wiener U-Bahnplanung geht hervor, daß man für die 3,4 Kilometer lange Strecke Karlsplatz - Praterstraße mit nur 1,05 Milliarden Schilling Kosten rechnet.

Als unerläßlich bezeichnet es der Redner, daß der Bund die Hauptstadt Wien beim U-Bahnbau unterstützt.

Mit dem Ersuchen, das vorliegende U-Bahnkonzept sorgfältig ausreifen zu lassen, um weitere Fehlinvestitionen zu vermeiden, gibt GR. Dr. Schmidt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zu den Empfehlungen der Stadtplanungskommission.

GR. Hahn (ÖVP) schildert in seinem Debattenbeitrag die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre auf dem Gebiet der Wiener Verkehrsplanung. Er will dabei auf Grund der stenographischen Protokolle des Wiener Gemeinderates feststellen, daß bei sämtlichen Diskussionen und Debatten über die Verkehrsprobleme und die Verkehrsentwicklung in Wien seitens der ÖVP immer wieder die Forderung erhoben wurde, das Problem des öffentlichen Verkehrs durch die Verlegung der Massenverkehrsmittel in die zweite Ebene, das heißt also durch den Bau einer U-Bahn, zu lösen. Die heutige Diskussion im Wiener Gemeinderat sei nur deswegen möglich, weil die Mehrheitspartei sich gezwungen sah, total umzudenken und erkannt hat, daß es zur Bewältigung des Verkehrschaos in Wien nur eine Lösung gibt, nämlich den Bau einer U-Bahn.

Die ÖVP-Fraktion begrüßt den Auffassungswandel der Rathausmehrheit, der zwar sehr spät, eigentlich zu spät kommt (Vizebürgermeister Slavik: 1948 haben wir uns gekümmert, daß die Bevölkerung was zu essen kriegt! Eines nach dem andern. GR. Mühlhauser, ÖVP: Noch 1961 hat einer von Ihrer Fraktion gesagt, die nächste Generation soll sich um die U-Bahn kümmern!)

Der Redner beschäftigt sich weiterhin mit den Versäumnissen, die seiner Ansicht nach durch die Rathausmehrheit verursacht wurden.

./.

Er spricht von einem "U-Bahn-Tabu", das sämtliche Diskussionen unmöglich gemacht hat. Es sei beschämend, daß man sich wegen dieses politischen Tabus hinsichtlich der zweiten Verkehrsebene auch noch der Beamten der Stadtplanung bediente, um diese Standpunkte zu behaupten. Diese weisungsgebundenen Arbeiten haben viel Zeit und Geld gekostet. Dabei hat bereits 1955 eine Verkehrsenquete getagt, bei der die möglichst rasche Planung der U-Bahn gefordert wurde.

Die ÖVP-Fraktion, die immer wieder die Projektierung und die Vorsorge für den Bau einer U-Bahn vorgeschlagen hat, wurde mit Hohn und Spott überschüttet. Das kann man alles in den stenographischen Protokollen nachlesen. Dann begann die Rathausmehrheit von der Alweg-Bahn zu träumen, obwohl Fachleute vor diesem gefährlichen Experiment warnten. Wieviel Zeit wurde damit wieder verloren? Gott sei Dank haben sich die Verhandlungen zerschlagen.

GR. Hahn schließt aus den Beispielen, die er anführte, daß die Rathausmehrheit jahrzentelang überhaupt kein Planungskonzept für den öffentlichen Verkehr hatte. Selbst, als die Unterführung der Zweierlinie beschlossen worden ist, hieß es damals, sie werde deswegen unter die Erde verlegt, um den Individualverkehr zu entlasten. Auch bei der Beschlußfassung über das Verkehrsbauwerk Karlsplatz im Jahre 1962 sagte StR. Heller, es bestehe keine Notwendigkeit, am Karlsplatz die zweite Ebene heranzuziehen. "Wenn aber der Verkehr eines Tages so stark sein wird, daß auch der Individualverkehr kreuzungsfrei vor sich gehen muß, so hoffe ich, daß wir für diesen Zeitpunkt alle nicht mehr am Leben sind." StR. Heller, SPÖ: Ich habe über den Idividualverkehr gesprochen, der keine zweite Ebene braucht. Dieser Meinung bin ich heute noch. Sie verdrehen die Dinge wissentlich!

Weiter zitiert GR. Hahn Stadtrat Bock, der bei der Debatte über das städtebauliche Grundkonzept im Jahr 1961 gesagt hat: "Man soll es späteren Generationen überlassen, zu entscheiden, ob Unterpflasterstraßenbahnen in der Innenstadt notwendig sind oder nicht."

Der Redner beschäftigt sich auch mit dem Vorwort des Bürgermeisters zu der dem Gemeinderat übermittelten Unterlage "Eine U-Bahn für Wien", in dem unter anderem von vordringlicheren Aufgaben nach dem zweiten Weltkrieg die Rede ist. Der Redner rechnet demgegenüber

./.

vor, daß die finanzielle Situation der Gemeinde Wien damals besser gewesen ist als heute. In diesem Vorwort ist auch davon die Rede, daß Bürgermeister Lueger auch daran schuld sei, daß wir noch keine U-Bahn haben. Man könne einen derartigen Vergleich doch keineswegs anstellen, damals gab es Fiaker in Wien und heute hunderttausende Autos. Eine derartige Feststellung kann daher nicht ganz ernst genommen werden, tragen doch die Sozialisten seit mehr als zwanzig Jahren die Hauptverantwortung für diese Stadt, ohne ein geeignetes Konzept erstellt zu haben. Mag der Einwand, daß nach dem zweiten Weltkrieg die Behebung der Zerstörungen die vordringlichste Aufgabe war, in gewisser Beziehung auch seine Berechtigung haben, so darf man doch nicht vergessen, daß auch andere Großstädte Europas, die von der Kriegsfurie heimgesucht wurden, mit dem Bau der U-Bahn sehr früh begonnen haben. Vor allem am Stephansplatz würden wir uns heute leichter tun, hätte man den U-Bahn-Bau bei seinerzeitigen Flächenwidmungsänderungen berücksichtigt. Nun aber wird sich die Rathausmehrheit wohl oder übel dazu entschließen müssen, auf die langjährigen Forderungen der ÖVP auf Rangordnung der Aufgaben und ein mittelfristiges Finanzierungskonzept einzugehen. Die beste U-Bahnplanung ist nänlich nur ein Luftprojekt, wenn sie sich nicht im Rahmen der Wirtschaftskraft unseres Landes realisieren läßt. Großstadt und Massenverkehrsmittel sind eine Lebenseinheit. Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen aus technischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen eine bevorzugte Stellung im Rahmen der städtischen Verkehrspolitik einnehmen. Es ist daher zu begrüßen, daß heute eine Studie über den Bau einer U-Bahn vorgelegt wird und es ist im Interesse aller Wiener zu erwarten, daß auch für die Aufbringung der finanziellen Mittel die bestmögliche Lösung gefunden wird.

GR. Planek (SPÖ) stellt fest, daß die gewählten Vertreter der Wiener Bevölkerung über die Empfehlung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission zu beraten haben. In dieser Empfehlung wurde ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß wir ein zusätzliches Verkehrsmittel brauchen, das schienengebunden ist und das auf eigener Ebene fährt. In dieser Frage habe es niemals Gegensätze zwischen der Mehrheit dieses Hauses und der ÖVP gegeben. Es gab diese nur über das System des Verkehrsmittels und nicht über die grund-

./.

sätzliche Frage. Es haben sich drei Systeme angeboten: Standbahn, Sattelbahn und Hängebahn. Letztere schied von vornherein aus, es gab jedoch eine Debatte darüber, ob Standbahn oder Sattelbahn. Die Alwegbahn ist der Typ einer Sattelbahn. Die Debatte entstand, weil es um die Frage der Finanzierung ging. Es hat sich damals ein großer deutscher Konzern angeboten, Geld für die Alweg-Bahn zu geben. Es ist nur zu verständlich, wenn sich ein Finanzreferent, der schließlich für die Herbeischaffung der nötigen Mittel sorgen muß, mit diesem Angebot beschäftigt. Wie aus den Protokollen vergangener Sitzungen zu ersehen ist, hatten, entgegen zu den heutigen Ausführungen, die Vertreter der Volkspartei nicht den Mut, die U-Bahn wirklich zu fordern. Man sprach über ein Stadt-Schnellbahnnetz und über die Frage einer zweiten Verkehrsebene. So sagte zum Beispiel Dr. Prutscher seinerzeit: "Die Unterpflasterbahn in der Inneren Stadt wird zweifellos die teuerste Maßnahme sein. Wenn derzeit auch nicht an ihre Ausführung gedacht ist, wird die Planung mit ihr rechnen müssen."

Die U-Bahn ist keine Erfindung der ÖVP.-Bereits 1928-im Zuge der Elektrifizierung der Stadtbahn - wurde von der Sozialdemokratischen Partei darauf hingewiesen, daß es notwendig sein wird, einmal ein Schnellbahnsystem zu schaffen. Man hat aber auch damals sdhon erkannt, daß diese Schnellbahn nicht ganz genügen wird, und eine U-Bahn das Erstrebenswerte wäre. Leider war es damals wirtschaftlich nicht möglich, ein derartiges Projekt zu verwirklichen. Dann kamen die Zerstörungen des Krieges. Ohne sie würde unsere Stadt heute anders aussehen. Es hat also keinen Sinn, Zeiten zu zitieren, die die dunkelsten in der Geschichte unserer Stadt und unseres Landes sind.

Der Redner kommt sodann auf einen Vortrag zu sprechen, den Dr. Drimmel anläßlich der 150-Jahrfeier der Wiener Technik hielt. Dr. Drimmel unterstrich damals den Gedanken, daß die Technik dienen und nicht herrschen solle. Dementsprechend sind die maßgebenden Gesichtspunkte der U-Bahn keine technischen sondern menschliche Probleme.

Die U-Bahn ist notwendig, erstens wegen der Motorisierung, zweitens wegen des Berufspendelverkehrs und drittens wegen der Veränderungen der Figuration von Wohn- und Arbeitsstätten. Mensch-

./.

liche Probleme sind es auch, die die Forderung mit sich bringen, sicherer, bequemer und rascher zu fahren. Rascher, um mehr Freizeit für den Berufstätigen zu gewinnen, der bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 42,5 Stunden wöchentlich oft zehn Stunden auf einem Verkehrsmittel verbringt. Die Entmischung des Verkehrs ist ferner ein wesentlicher Beitrag zur Unfallverhütung. Auch die Forderung nach größerer Bequemlichkeit wird immer lauter, da die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel gegenwärtig eine Qual ist. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Verkehrsbetriebe seit 1945 von der ÖVP verwaltet werden, der daher demagogische Broschüren über Wiener Verkehrsprobleme nicht gut anstehen.

Auch die europäische Lage Wiens fordert eine Verbesserung aller öffentlichen Einrichtungen, damit diese internationalen Vergleichen standhalten können.

Die SPÖ wird auch bei der Diskussion um die U-Bahn ihren Grundsatz verwirklichen: Mitdenken, mitreden und mitverantworten!

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) bezeichnete die Parkraumfrage als Hauptproblem des innerstädtischen Verkehrs und verwies dabei auf die Studie von Professor Dorfwirth. Zwei Wege seien zu beschreiten: erstens ein attraktives Massenverkehrsmittel in zweiter Ebene und zweitens größ re Parkräume an den End- und Knotenpunkten, zu deren Schaffung eine weit vorausschauende Planung nötig sei. Das Park-and-Ride-System sei von der ÖVP schon wiederholt gefordert worden, bei der Kennedy-Brücke und an anderen Stellen sei die Parkplatzfrage aber noch nicht gelöst.

Die Wiener Verkehrsbetriebe waren es, die 1963 Dozent Dr. Engel den Auftrag zu Netzuntersuchungen erteilten. Die vier Modelle für die Stadtentwicklung seien nur von theorethischem Wert, solange es kein Leitbild der Stadtentwicklung gäbe, das von der politischen Willensbildung zum Maßstab genommen sei. Der Redner verwies in diesem Zusammenhang auf den U-Bahn-Ausbau in Berlin. Er stellte ferner die Frage nach der Bewältigung des Transportproblems zu den neuen Wohn- und Industriegebieten und gab seinen Zweifel Ausdruck, daß die vierte Donaubrücke die Reichsbrücke wirklich entlasten werde. Auch seien die neuen Baugebiete in Süden durch die Badner Bahn nicht ausreichend bedient und die Verlängerung der Stadtbahn sei zu einen zu späten Zeitpunkt vorgesehen.

./.

Die U-Bahn-Planung mußte sich an bestimmte Fixpunkte halten, wie die Hauptwerkstätte, den Zweierlinien-Tunnel und die Plätze für die Betriebsbahnhöfe Wasserleitungswiese und Erdberger Mais. Die Einengung der Möglichkeiten durch diese Fixpunkte hätte vermieden werden können, wenn die Planung früher begonnen worden wäre.

Das vorliegende Planungskonzept sei unvollkommen, weil es nur den Berufspendelverkehr berücksichtige. Da nur ein Viertel der Verkehrsteilnehmer Wochenkartenbenützer seien, mache der Freizeit- und Wirtschaftsverkehr drei Viertel des Verkehrsaufkommens aus, sei aber bei der Planung nicht berücksichtigt worden. Auch fehle eine Untersuchung über die Verkehrsbewegung innerhalb der Spitzenzeiten.

GR. Dr. Strobl stellte ferner die Frage, wie man sich den Umbau der Opernkreuzung vorstelle und bezweifelte, daß man beim Bau der Opernpassage schon an einen zukünftigen Tunnel gedacht haben könnte. (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Sie als Techniker können sich das nicht vorstellen?", Zwischenruf Stadtrat Bock: "Das Fußgängerproblem bleibt doch auch nach dem U-Bahn-Bau bestehen, die Passage ist nachher genauso nötig!") Das Gleiche gelte für den Knoten Schottentor über dessen Gestaltung die Studie nichts sage. (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Das ist ja eine Studie und kein Detailprojekt!") Auch sei die Frage offen, welche Tunnelstrecken bergmännisch und welche in offener Bauweise errichtet werden, sodaß man sich fragen müsse, auf welcher Grundlage die Baukosten ermittelt wurden. Welche Kostenunterschiede bestehen überhaupt zwischen offener und geschlossener Bauweise? Werde bei den Kostenvergleichen auch der enorme Einfluß offener Baugruben auf das Wirtschaftsleben der Stadt berücksichtigt?

Der Debattenredner bezeichnet die Vor- und Planungsarbeiten mit 14 Millionen Schilling als zu gering dotiert und stellt dann abschließend die Frage, nach welcher Konzeption und in welcher Zeit die notwendigen Korrekturen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne durchgeführt werden sollen.

GR. Dr. Bekrann (SPÖ) bemerkt einleitend, er sei nicht davon überrascht, daß die ÖVP mit ihren Debattenreden politisches Kapital in der Wiener Bevölkerung zu gewinnen suche. Sie werde dabei jedoch enttäuscht werden, denn die Wiener haben kein Interesse für den Prioritätsstreit der ÖVP.

./.

Die Wiener sind der Stadtverwaltung vielmehr dankbar dafür, daß sie in den schweren Zeiten nach dem zweiten Weltkrieg für Essen gesorgt und Wohnungen geschaffen hat. (Zwischenrufe aus den Bänken der ÖVP: Sie verdrehen die Tatsachen!) Wir haben eigentlich erwartet, daß die ÖVP-Redner etwas über die Finanzierung sagen werden, etwa einen flammenden Aufruf von Gemeinderat Hahn an die Bundesregierung, Wien beim U-Bahn-Bau zu helfen!

Im folgenden nimmt GR. Dr. Bohmann als Vertreter eines Randbezirks, nämlich des 22. Bezirkes, zum U-Bahn-Projekt Stellung. Die Donaustadt mit 64.000 Einwohnern und einem Viertel der Gesamtfläche Wiens, die bisher verkehrsmäßig noch nicht besonders gut aufgeschlossen ist, begrüßt dieses Projekt mit großer Freude. Ein Viertel der Donaustädter Bevölkerung muß zwischen Wohnort und Arbeitsstätte "hin- und herpendeln", das heißt, daß rund 14.000 bis 15.000 Personen zu den Verkehrsspitzen in der Früh und am Abend die öffentlichen Verkehrsmittel benützen. Nach dem Bau der U 1 bis zum Praterstern wird eine Kapazitätserweiterung der Straßenbahnlinien 25 und 26 möglich sein, und zwar, wie Fachleute erklären, durch eine raschere Zugsfolge auf das Doppelte.

Durch den geplanten Bau des U-Bahn-Betriebsbahnhofes Erdberg ergibt sich ferner die Hoffnung für die Bewohner des 22. Bezirks, eine Direktverbindung vom Nordosten nach dem Süden, Südwesten und Südosten zu bekommen. Heute gibt es überhaupt keine Verkehrsverbindung dorthin; sie wird erst durch die geplante Verlängerung der U 3 geschaffen werden. Bei einer stündlichen Beförderungskapazität von 30.000 Personen auf der U-Bahn bedeutet dies, daß sich neue Wohnmöglichkeiten für 250.000 Menschen im baulichen Hoffnungsgebiet jenseits der Donau erschließen. Als sehr wichtig für den 22. Bezirk bezeichnet der Debattenredner schließlich auch den Bau von Parkplätzen an den U-Bahn-Endstellen, um den Autofahrern das sogenannte "Park-and-ride-System" zugänglich zu machen. Hier sollten die Planer vor allem ausländische Erfahrungen heranziehen.

GR. Dr. Bohmann trägt anschließend den Wunsch der Floridsdorfer Bevölkerung vor, die sogenannte Gürtel-Nordverlängerung zu schaffen, das heißt, jenen U-Bahn-Ast von der Nußdorfer Straße bis zur Engerthstraße zu bauen, der die U-Bahn mit der S-Bahn verbinden soll. Dies sei ein verständlicher Wunsch, da den Floridsdorfern damit der Einzugsbereich des Gürtels geöffnet wird.

Abschließend kommt der Debattenredner auf die erst in weiterer Zukunft zu schaffende Linie U 7 zu sprechen, die eine Verbindung zwischen Stadlau und Floridsdorf herstellen wird. Wenn man die rapide Entwicklung des 21. und 22. Bezirks bedenkt, dann erscheint es nicht utopisch, die Planungsfachleute schon jetzt zu bitten, die Vorarbeiten für den Bau der U 7 aufzunehmen.

GR. Dkfm. Hintschig (SPÖ) bringt eingangs seine Zustimmung zu den dargelegten Grundsätzen zum Ausdruck. Als Mandatar des 10. Bezirkes beschäftigt er sich dann vorwiegend mit der U-Bahn- und Verkehrsplanung für Favoriten. Er begrüßt es, daß die Endstation der U 1 beim Reumannplatz sein soll und unterstreicht die Forderung nach einer Autobuslinie, die den 11., 10. und 12. Bezirk verbindet.

Allgemein regt er an, für die Einführung des Park-and-ride-Systems jetzt schon an die Bereitstellung und Erwerbung der notwendigen Grundstücke für Parkplätze zu denken. Er fordert auch, an die Bundesregierung zu appellieren, die wichtigen Schnellbahnstationen Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Brünner Straße möglichst bald herzustellen. Abschließend erklärte er, die Favoritner Bevölkerung, die seit Jahren wegen der Straßen- und Verkehrsbauten großen Belastungen ausgesetzt ist, bringt diesen Belastungen zwar nicht gerne aber doch volles Verständnis entgegen. Er ersuche jedoch, daß diese Belastungen auf ein erträgliches Maß gesenkt werden.

GR. Neusser (ÖVP) knüpft an das Vorwort des Bürgermeisters in der Unterlage für den Gemeinderat an, in dem aufgefordert wird, Kritik zu üben. Das wolle er tun, aber nicht am zukünftig zu Schaffenden, sondern an dem, was bisher geschehen ist. Der Redner beschäftigt sich dabei vor allem mit der ursprünglichen Planung Kliebergasse-Wiedner Hauptstraße und bezeichnet dieses Projekt als überflüssigen Wurmfortsatz, der noch aus der Ustraba-Zeit stamme. Hier handle es sich um einen drastischen Beweis einer Fehlplanung. Man hat die Florianikirche weggerissen, man hat Bäume gefällt, man hat in die Verölkerung Unruhe hineingetragen (Rufe bei der SPÖ: "Wer"?). Zur Sozialistischen Fraktion gewendet, antwortet der Redner "Sie, durch die Geheimhaltung der Pläne. (Stadtrat Heller, SPÖ: Reden Sie keinen Unsinn, das können Sie doch nie beweisen!)

./.

Heute wird kaum mehr an eine U-Bahn in der Wiedner Hauptstraße gedacht. Wir werden in 16 Baujahren erst mit dem Grundnetz fertig sein und in dieser Zeitspanne werden viele neu hinzugekommene Verkehrserfordernisse berücksichtigt werden müssen.

Was werden die Steuerzahler zu dem Schildbürgerstreich sagen, daß man eine Schule in diesem Gebiet renovierte, hierfür 1,4 Millionen Schilling ausgab, und nun diese Schule niederreißt, weil sie dem Bau der Ustraba im Wege steht? Was wird die Bevölkerung ferner zum Abbruch des Wahrzeichens dieses Bezirkes, der Florianikirche sagen? Unsere Beschlüsse müßten alle vor ihrer Annahme genau geprüft und mit Bedacht und Umsicht gefaßt werden, damit in Hinkunft solche Fehlplanungen vermieden werden.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) stellt fest, daß man entgegen den Behauptungen der Gemeinderäte Dr. Schmidt und Hahn erkennen muß, wie planungsfreudig die Stadtverwaltung ist. Er dankt allen, die mit dieser Grundlagenplanung beschäftigt waren für ihre gute Arbeit. Man darf auch nicht darauf vergessen, daß es nach dem ersten Weltkrieg galt, zuerst einmal die erdrückende Wohnungsnot zu beseitigen. Es war eine Selbstverständlichkeit für die Sozialisten, die in dieser Stadt die Verantwortung trugen, vorerst dieser Wohnungsnot Herr zu werden. Nach dem zweiten Weltkrieg galt es zuerst Lebensmittel für die Bevölkerung herbeizuschaffen, den Schutt wegzuräunen, das Gas-, Wasser- und Stromnetz in Ordnung zu bringen, Straßen und Brücken zu bauen und die öffentlichen Verkehrsmittel instandzusetzen. Nicht zuletzt mußte als vordinglichste Aufgabe Wohnraum geschaffen werden. Man hatte aber trotz dieser Wiederaufbauarbeit an die Zukunft gedacht und die notwendigen Planungen in Angriff genommen.

Als Gemeinderat des 23. Bezirkes nimmt der Redner zu den Verkehrsproblemen dieses Bezirkes Stellung. Er hofft, daß Minister Weiss seinem Herzen einen Stoß gibt und daß die Schnellbahnlinie ab 1. Jänner 1967 im Einheitstarif bis Liesing geführt werden wird. Dies wäre ein erster Schritt zur Verwirklichung dieser Empfehlung. Besonders fehlen in diesem Gebiet die Querverbindungen und die Zubringerlinien zur Schnellbahn, Straßenbahn und zu den Autobuslinien, die zur Stadt führen. Ein großer Mangel ist das Fehlen einer Mittelschule in diesem Bezirk. Das ist nicht nur für die

./.

Kinder bedauerlich, es trägt auch zu einer großen Belastung der vorhandenen Verkehrsmittel zu den Spitzenzeiten bei. Rund 60 Prozent der neuen Mieter dieses Bezirkes arbeiten in anderen Bezirken. Die Pendelbewegung ist also eine sehr große. Die Bebauung im Südraum Wiens macht die Verkehrsversorgung dieser Gebiete zu einer vordringlichen Angelegenheit. Von großer Wichtigkeit ist die Gürtelverlängerung nach Süden, von der Gumpendorfer Straße über die Philadelphiabrücke. Es müßten alle Vorarbeiten unternommen werden, die Trasse möglichst bald zu sichern.

Vielleicht könnte die Einführung von Schneelautobussen vorerst eine gewisse Erleichterung bringen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß Wien nach der Verwirklichung der Empfehlungen nicht nur für seine Bewohner, sondern auch für die Fremden viel anziehender sein wird. Durch gute Verkehrsverbindungen wird die Freizeit der Berufstätigen verlängert und wird es den lufthungrigen Wienern möglich, rascher in unseren schönen Wienerwald zu kommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

## Jugendamtspsychologen tagten in Wien

17. November (RK) In den vergangenen drei Tagen wurde in Wien die 13. Arbeitstagung österreichischer Jugendamtspsychologen abgehalten. An dieser nahmen mehr als 50 in der Jugendwohlfahrtspflege tätige Psychologen aus allen österreichischen Bundesländern, sowie Gastexperten des Psychologischen Institutes der Universität Wien, der Bundesministerien für Justiz und Soziale Verwaltung und des Jugendamtes der Stadt Wien teil. Unter anderem berieten sie Vorschläge zur Vereinfachung des Jugendwohlfahrtsrechtes. Die Teilnehmer an dieser Tagung wurden von Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi im Namen des Bürgermeisters im Wiener Rathaus empfangen.

\- - -

## Ein neues Schrammel-Denkmal

17. November (RK) Unter Vorsitz von Kulturstadtrat Gertrude Sandner beschäftigte sich eine Jury mit der Ermittlung eines neuen Denkmales, das dem Andenken der Brüder Schrammel und ihrer Kollegen gewidmet sein soll. Bekanntlich stand bis in die Kriegsjahre am Elterleinplatz in Hernals der bekannte Alszauberbrunnen mit Bronzefiguren des Schrammelquartetts. Diese Anlage ist dem Metallbedürfnis der damaligen Machthaber zum Opfer gefallen.

Der Jury des Kulturamtes für das neue Monument gehören an: Der Hernalser Bezirksvorsteher Josef Veleta, Bezirksrat Medizinalrat Dr. Erich Csöngel, Bezirksrat Alexander Polowiec, Bezirksrat Prof. Rudolf Zörner, Oberstadtbaurat Ing. Arch. Rudolf Kolowrath (M. Abt. 19). Stadtgartendirektor Ing. Alfred Auer, der akademische Bildhauer Alois Heidel und Prof. Johann Muschik.

Aus neun eingereichten Entwürfen wurde der Entwurf des akademischen Bildhauers Eduard Robitschko zur Ausführung bestimmt. Der Entwurf sieht eine symbolische Darstellung der Musikinstrumente der "Schrammeln" vor. Die aus farbigem Naturstein ausgeführte Plastik soll vielleicht inmitten eines flachen Wasserbeckens stehen.

./.

Aufstellungsort ist der sogenannte "Dornbacher Spitz" bei der Einmündung als Alszeile in die Dornbacher Straße, da der Elterleinplatz aus verkehrstechnischen Gründen nicht mehr in Frage kommt.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

17. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 2 bis 3 S, Karotten 3 bis 4 S, Champignons ab 24 Schilling je Kilogramm.

Obst: Äpfel 4 bis 8 S, Birnen 6 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Schweinenachmarkt vom 17. November

17. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 154 Stück. Jugoslawien 266, Bulgarien 50. Summe: 470. Verkauft wurde alles. Industrieware: Ungarn 140, Marktverkehr ruhig.

Jugoslawische Schweine notierten zu 16,20 bis 16,50 S, bulgarische Schweine 16,50 S.

\- - -

Voraussichtlich im März:

## Autobusverbindung zwischen Döbling und Brigittenau

17. November (RK) Die Verkehrsbetriebe-Kommission (Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe) beschäftigte sich gestern nachmittag unter dem Vorsitz von Gemeinderat Nekula im Beisein des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, mit der beabsichtigten Einführung einer Autobusverbindung zwischen Döbling und der Brigittenau. Geplant sind zwei neue Buslinien, die Linie 12 und die Linie 33a, die voraussichtlich im März des kommenden Jahres den Betrieb aufnehmen werden. Die Verkehrsbetriebe werden das Konzessionsansuchen beim Verkehrsministerium sofort einreichen. Die beiden neuen Autobuslinien sollen vor allem dem Berufsverkehr zwischen den beiden Bezirken dienen. Die Linie 12 wird vom Friedrich Engels-Platz über die Gürtelbrücke bis zur Stadtbahnstation Nußdorfer Straße führen, die Linie 33a von der Wexstraße-Jägerstraße über die Heiligenstädter Brücke zum Bahnhof Heiligenstadt. Man erwartet sich eine Beförderungsleistung von 2.000 bis 2.500 Fahrgästen in der Stunde. Der 12er-Bus wird mit einem Intervall von drei Minuten - in den Spitzenzeiten zwei Minuten - fahren. Der 33a-Bus wird voraussichtlich Samstag nachmittags und an Sonntagen nicht verkehren, weil das Verkehrsbedürfnis ausschließlich von den Industriebetrieben herrührt.

Die Endstation des 12er-Busses wird sich bei der Stadtbahnhaltestelle Nußdorfer Straße befinden, wo derzeit der 39a Endstation macht. Der Autobus nach Salmannsdorf wird daher in Zukunft den Gürtel weiter bis zur Anastasius Grün-Gasse fahren, dann über die Gymnasiumstraße wieder auf die alte Strecke zur Billrothstraße kommen.

Gleichzeitig stimmte die Kommission dem Vorschlag der Verkehrsbetriebe zu, die niederösterreichische Strecke der Linien 64 und 64a an private Autobusfirmen abzugeben. Dadurch sollen Wagen und Personal für innerstädtische Linien frei werden.

./.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer berichtete in der Kommission über Vorstudien zur Einführung der gleitenden Arbeitswoche bei den Verkehrsbetrieben. Als Diskussionsgrundlage wurde das Beispiel Hamburg herangezogen, wo ähnliche Personalverhältnisse herrschen. Durch ein sogenanntes "Radl" konnte dort besonders für Nachwuchskräfte mehr Anreiz zum Eintritt in die Verkehrsbetriebe geschaffen werden.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

GR. Dr. Bauer (ÖVP) sagte, alle seien froh, daß die Planung für eine U-Bahn, die von der ÖVP seit Jahren verlangt werde, endlich vorgelegt werden kann, jedoch sei noch viel harte Arbeit zu bewältigen. Er forderte ein besonders sorgfältiges Vorgehen bei den Bauarbeiten, um das bei Großbaustellen übliche Inferno des Lärms zu vermeiden. Er erinnerte an einen ÖVP-Antrag vom Dezember 1963, demzufolge die Stadtverwaltung bei der Ausschreibung von Bauarbeiten lärmarm arbeitende Firmen bevorzugen solle. Auch beim U-Bahn-Bau sollte man nach dieser Anregung vorgehen. Der Redner sprach von verschiedenen technischen Neuerungen auf dem Gebiet der Lärmbekämpfung, die besonders dort zur Anwendung gelangen müssen, wo die U-Bahn-Trassen durch dicht bebaute Wohn- und Geschäftsviertel geführt werden. Die offene Bauweise würde das städtische Leben der betroffenen Gebiete schwer beeinträchtigen. Daher sei überall dort ein bergmännischer Tunnelvortrieb vorzuziehen. Bedenke man den Steuerentfall durch Geschäftsrückgang und andere Schäden bei offener Bauweise, sei die Schildbauweise vielleicht doch noch billiger. Hamburg habe einen sogenannten U-Bahn-Maulwurf eingesetzt, der pro Tag zehn Meter Tunnelstollen bergmännisch vortreibt. Auch die Fertigteilbauweise müsse Anwendung finden.

Der Bauzeitplan sei möglichst einzuhalten oder zu unterbieten. Die außerordentlich teuren Gleisprovisorien könnten vielleicht durch vorübergehenden Einsatz von Autobussen umgangen werden.

Der Wagenpark soll nicht luxuriös, aber modern ausgestattet werden.

Eventuell kämen statt der Stahlräder luftgefüllte Gummireifen in Frage, wie sie die Pariser Metro wegen ihrer Geräuscharmut, der größeren Beschleunigung und der rascheren Bremsung verwenden will.

Abschließend warf der Redner die Frage auf, ob die U-Bahn nicht die Voraussetzung für die Einführung der gleitenden Arbeitswoche schaffen würde, die eine alte Forderung der ÖVP-Gewerkschafter darstelle.

./.

Stadtrat Bock (SPÖ) antwortete auf die wiederholte Zitierung einer seiner Reden aus dem Jahre 1961. Er sagte, daß er es verstehe, wenn Politiker Zitate von Gegnern verwenden, deren Formulierung verschiedene Auslegungen ermöglicht. Die freie Rede habe eben den Nachteil, keine ausgetüftelten Formulierungen verwenden zu können, wie sie in den heruntergelesenen Reden der meisten ÖVP-Redner möglich sind. Die zitierte Äußerung von 1961 meinte keineswegs, daß die SPÖ damals gegen die U-Bahn war. Es sei nur die Meinung vertreten worden, daß dieses Projekt eine Generationsaufgabe darstellt. Es lasse sich darüber streiten, wie viele Jahre in dem Begriff "Generation" liegen. Sicher ist, daß auch kommende Generationen noch an der U-Bahn werden zu arbeiten haben.

Schon vor der bewußten Rede hat Stadtrat Dr. Prutscher in der Stadtplanungskommission vom 24. Mai 1961 gesagt, daß in den nächsten Jahren keinesfalls an die Realisierung einer innerstädtischen U-Bahn gedacht werden könnte.

Stadtrat Bock ist der Meinung, daß die Bevölkerung an einer Debatte auf solcher Ebene uninteressiert ist. Viel wichtiger erscheint es, sich mit den folgenden zwei Fragen zu befassen, wenn wir eine U-Bahn haben wollen: Erstens mit der Sicherheit, daß die finanziellen Mittel durch eindeutige Beschlüsse des Gemeinderates gewährleistet werden und zweitens mit der Garantie der Techniker, daß bei der Durchführung des Projekts vor allem in der Innenstadt keine Schäden angerichtet werden. Technisch gesehen ist dieses Projekt ja ein großes Wagnis. Deshalb brauchen wir die Garantie der Techniker.

Abschließend weist Stadtrat Bock darauf hin, daß das U-Bahn-Projekt die Möglichkeiten zu echter Rationalisierung bietet. In Anbetracht der Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich zumindest bis 1985 nicht bessern wird, ist jede Investition zu begrüßen, die zu personalsparenden Maßnahmen und damit zu echter Rationalisierung führt.

GR. Hofstätter (SPÖ) gibt einleitend seiner Hoffnung darüber Ausdruck, daß man sich im Gemeinderat ebenso rasch über die Finanzierungsfrage einigen wird, wie man sich jetzt über die Namensgebung geeinigt hat. Es sei klar, daß der Bund zu einen erheblichen Teil zur Finanzierung beitragen wird müssen. Er könne nur hoffen, daß man mit dieser Forderung auch bei der ÖVP durchdringen werde.

./.

Im weiteren verlangt der Debattenredner, daß die österreichischen Bundesbahnen den Regionalverkehr im Stadtgebiet sichern müßten. In diesem Zusammenhang kommt er auf die eigene Verkehrsebene der ÖBB in Wien im Ausmaß von 160 Kilometer zu sprechen. Über die weitere Einbeziehung dieser Trassen in den innerstädtischen Verkehr werde mit den ÖBB nach wie vor verhandelt. Es sei erfreulich, daß daran gedacht ist, die Vorortelinie bezüglich ihrer Frequenz zu untersuchen und festzustellen, ob sie ausgebaut werden soll oder nicht.

Der Debattenredner weist sodann darauf hin, daß in den nordöstlichen Teilen unserer Stadt Querverbindungen fehlen. Im Westen gibt es zwar Parallellinien zum Gürtel, die jedoch ab dem 18. beziehungsweise 17. Bezirk aufhören. In diesem Zusammenhang urgiert GR. Hofstätter die Verwirklichung eines vor Jahren eingebrachten SPÖ-Antrages über eine Autobus-Querverbindung, die ungefähr der Trasse der Verbindungsbahn folgen und weiter bis in den 21. Bezirk führen soll.

GR. Nekula (SPÖ) betont, daß mit dem Ansteigen der Zahl der Kraftfahrzeuge die Frequenz der Straßenbahn zurückgeht. Der Individualverkehr bringt gleichzeitig eine Behinderung des öffentlichen Verkehrs mit sich. Zur Lösung der Verkehrsprobleme gibt es verschiedene Möglichkeiten, das U-Bahn-Konzept ist jedoch zweifellos die beste, da die U-Bahn mit Recht als das attraktivste Massenverkehrsmittel anzusehen ist.

Der Autobusbetrieb wurde lange Zeit als Allheilmittel angesehen. Er hat aber große Nachteile zum Beispiel die viel höheren Betriebskosten.

Bei der Verkwirklichung der U-Bahn wird außerdem eine bedeutende Rationalisierung erzielt werden. Es wurde berechnet, daß tausend Fahrbedienstete eingespart werden können. Niemand braucht jedoch Angst vor Entlassung zu haben, denn derzeit beträgt der Unterstand ohnehin 500 Fahrer und Schaffner.

Andere Rationalisierungsmaßnahmen zielen darauf hin, für den Wagenpark der Straßenbahn nur mehr drei Typen zu verwenden. Das Problem der gleitenden Woche wurde von der Gewerkschaft schon vor Jahren aufgegriffen. Es gibt jedoch keine einheitliche Linie bei den Verkehrsbetrieben vergleichbarer europäischer Städte.

./.

Abschließend weist der Redner darauf hin, daß die größere Attraktivität der U-Bahn sicherlich auch zur Verbesserung der finanziellen Situation der Verkehrsbetriebe beitragen werde.

Als nächster Redner hat sich Vizebürgermeister Dr. Drimmel zu Wort gemeldet, der auf Ausführungen von Gemeinderat Dkfm. Hintschig antwortete. Der SPÖ-Redner hatte zum Schluß seines Diskussionsbeitrages auf die Situation bei der Kreuzung Raxstraße-Neilreichgasse verwiesen und die Anbringung einer Lichtsignalanlage verlangt, weil es dort schon vier Todesopfer gegeben habe. Der Vizebürgermeister führt dazu aus, er lege Wert darauf, daß der Gemeinderat erfahre, daß diese Dinge mit gebührendem Ernst behandelt werden. An dieser Kreuzung wird eine Lichtsignalanlage errichtet werden. Die Ortsaugenscheinverhandlung hat am 12. Oktober stattgefunden. Inzwischen ist auch die Projektsausschreibung erfolgt. Die Frist zur Einreichung läuft dieser Tage ab. Die Kosten für die Montage von 250.000 Schilling sind im Budget vorgesehen, so daß binnen kurzem mit dem Montage begonnen werden kann.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) wirft einige Fragen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Konzept auf. So sei zum Beispiel nichts konkretes über eine Verkehrsverbindung nach Liesing und die Draschegründe zu erfahren gewesen. Die U-Bahn sei aber im City-Bereich und in den Entwicklungsgebieten gleich wichtig.

Den Berechnungen wurden die Zahlen über den Berufspendelverkehr im Jahr 1961 zugrunde gelegt. Sollte man diese Berechnungen nicht auf den neuesten Stand bringen?

Keine der geplanten Radiallinien berührt den Westbahnhof. Es gibt wohl keine Großstadt, in der der Haupt- und Zentralbahnhof nicht an das U-Bahn-Netz angeschlossen ist.

Wozu ist Schnellbahn und U-Bahn und Stadtautobahn zum Flughafen vorgesehen, wenn die Fachleute sagen, daß man Parallelführungen so weit als möglich verhindern soll?

Statt der Linienführung 3 und 3a regt der Redner eine Linie Ringturm-Schottentor-Volksgarten-Burggarten-Albertinaplatz-Seilerstätte-Luegerplatz-Landstraße an. Diese Führung wäre bautechnisch sicher einfacher und billiger.

./.

Zur Bauweise: Es muß klar und deutlich festgestellt werden, daß es unbedingt erforderlich ist auch jene Fakten zu prüfen, die nicht nur allein in der Bauweise liegen, sondern darüber hinaus in den wirtschaftlichen Auswirkungen. Dazu gehören die Umleitungskosten, Provisorien für die umzuleitenden Verkehrsteilnehmer und ähnliches. Es wird daher nötig sein, nur jene Bauweise zu verwenden, die geringste wirtschaftliche Schlechterstellung sowohl für die Stadt Wien, wie auch für die gewerbliche Wirtschaft mit sich bringt. Derartige Wirtschaftlichkeitsberechnungen hätten auch bei dem Vorhaben Kliebergasse, Matzleinsdorfer Platz angestellt werden müssen.

Nachdem wir nicht wollen, daß die U-Bahn eine Utopie bleiben soll, ist natürlich die Frage der Finanzierung von größter Bedeutung. Sie hängt nicht nur allein von der Bereitstellung der jährlichen Summe ab, sondern auch von der Relation zur Baukapazität. Es werden klare, eindeutige Beschlüsse des Gemeinderates erforderlich sein. Die U-Bahn hat für Wien entscheidende Bedeutung, umso mehr, als bereits vor zehn Jahren eine internationale Verkehrsenquete in Wien auf die Dringlichkeit einer U-Bahn hingewiesen hat. Das heute vorliegende Konzept muß vor Beschlußfassung noch sorgfältig von Experten studiert werden. Heute können wir nur zu den in die Zukunft weisenden Beschlüssen die Zustimmung geben.

GR. Jodlbauer (SPÖ) stellt fest, daß die Debatte begreiflicherweise vom politischen Standpunkt aus geführt wurde, weil die technische Seite natürlich dem Techniker überlassen sein muß. Das U-Bahn-Konzept ist aber nicht nur für die Bevölkerung unserer Stadt von Wichtigkeit sondern auch für die Wirtschaft. Die Wirtschaft setzt sich aus vielen Faktoren zusammen, wobei die Unternehmerschaft einen dieser Faktoren darstellt, es aber viele andere Faktoren gibt, die die Wirtschaft stark beeinflussen. So kann es für die Wirtschaft nicht gleichgültig sein, ob den in ihr Beschäftigten eine gute Verkehrsverbindung zur Verfügung steht oder nicht.

./.

Alle Dienstleistungsberufe und viele andere sind auf das öffentliche Verkehrsmittel angewiesen und würden eine Herabsetzung der Wegzeiten sehr begrüßen. Durch die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene werden natürlich auch die Straßen entlastet und eine Be- und Entladung wird viel leichter möglich. Gute Verkehrsverbindungen sind natürlich auch im Interesse aller Geschäftsleute. Es ist jedoch klar, daß die Durchführung solcher Großbauvorhaben auch Nachteile mit sich bringt, und zwar nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Wirtschaft. Vielfach werden aber Mindereinnahmen, die durch Beeinträchtigung während der Bauzeit entstehen, nach Fertigstellung des Vorhabens durch die bessere Verkehrslage wettgemacht.

Die Stadt Wien hat bei Planung ihres großen Verkehrskonzepts erfreulicherweise mit den Wirtschaftsvertretungen Fühlung genommen. Es wurde auch aktenmäßig festgelegt, wie die weitere Zusammenarbeit vor sich gehen soll, und zwar soll das Wiener Institut für Standortberatung eingeschaltet werden. Es erübrigt sich daher der Vorwurf, daß die Stadtverwaltung auf das Wirtschaftsleben unserer Stadt nicht genügend Rücksicht nimmt.

Für die Inangriffnahme eines großen Bauvorhabens ist auch die Wirtschaftslage maßgebend. Es wäre unklug gewesen, wenn wir 1963 und 1964 in der Überhitzung der Konjunktur mit einem solchen Großprojekt begonnen hätten. Die Konjunktur hat sich abgeflacht und wir müssen gerade in einer solchen Situation darangehen, unser Vorhaben so rasch wie möglich zu realisieren, weil mit dem Beschluß dieses 15jährigen Bauprogramms die Bauwirtschaft beschäftigt wird. Das Florieren der Bauwirtschaft wirkt sich dann auf die gesamte Wirtschaft aus.

Geklärt muß noch die Frage der Finanzierung werden. Nach der Meinung des Redners gibt es nur zwei Wege: Direktfinanzierung durch die zur Verfügung stehenden Steuermittel oder über den Kapitalmarkt im Wege von Anleihen. Der Magistrat ist beauftragt, die Voraussetzungen eines Finanzkonzepts zu erstellen. Der Gemeinderat wird sich dann damit zu beschäftigen haben. Es wird in diesem Hause nur einen Beschluß geben, wenn auch gleichzeitig die finanziellen Mittel in einem Zuge mitbeschlossen werden können.

./.

Eine zweite grundsätzliche Forderung ist die, daß ein solcher Beschluß über die Finanzierung auch von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion mitverantwortet werden muß! Nun einige Gedanken zur Finanzierung selbst: GR. Hahn verlangte ein "mittelfristiges Konzept". In der Geldwirtschaft versteht man üblicherweise unter "kurzfristig" eine Dauer bis zu fünf, unter "mittelfristig" bis zu zehn und unter "langfristig" einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren. Demnach käme nur ein langfristiges Konzept in Frage. Die Baukostenerhöhung hängt von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft ab. Jedenfalls muß die Finanzierung ohne allzu große Belastung der Wiener Bevölkerung erfolgen.

GR. Jodlbauer sprach sich für eine langfristige Finanzierung über den Kapitalmarkt aus. Die allgemeine Kapitalknappheit bedeutet dabei zwar eine Schwierigkeit. Wenn man aber bedenkt, daß die U-Bahn ein Projekt ist, das für ein Jahrhundert geschaffen wird, ist die Aufbringung auf dem Kreditweg zu verantworten. Die Zustimmung des Finanzministers zu einer jährlichen Anleihe von 500 Millionen Schilling auf die Dauer von zwölf Jahren vorausgesetzt, könnten so sechs Milliarden aufgebracht werden. Bei einer Laufzeit von 25 Jahren ohne tilgungsfreies Jahr ergäbe das in den ersten fünf Jahren einen Kapitalertrag von 2,5 Milliarden, dem an Rückzahlungsraten und Zinsen 726 Millionen gegenüberstehen. Bis zum zehnten Jahr würden fünf Milliarden aufgebracht, die Annuitäten bis zu diesem Zeitpunkt betragen 2.552 Millionen und nach zwölf Jahren 3,5 Milliarden. Bei einer Gesamtlaufzeit des 6 Milliarden-Kredites von 37 Jahren macht der Zinsenaufwand 4,6 Milliarden aus. Dies erscheint wirtschaftlich tragbar.

Es ist der Wunsch laut geworden, der Bund soll zur Finanzierung der U-Bahn beitragen. Wenn wir das wollen, müssen wir die Bundesdienststellen über unsere Pläne auch informieren. Der Redner stellte daher den Antrag, die Empfehlungen der Gemeinderätlichen Planungskommission zum Thema "Öffentlicher Verkehr" auch der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

GR. Bittner (ÖVP) vermißt nähere Angaben über die Verkehrsplanung für den 21. Bezirk, wo den 80.000 Einwohnern nur ein Schnellbahnast und die traditionellen Straßenbahnlinien zur Verfügung stehen. Der Redner verweist auf eine erste Dissertation über einen Wiener Gemeindebezirk, nämlich über Floridsdorf, die

./.

von einem Trend spricht, Floridsdorf immer mehr zu einem Wohnbezirk zu machen. Es befinden sich hier gegenwärtig 18.000 Arbeitsplätze, aber mehr als 80.000 Einwohner, was einen starken Berufspendelverkehr hervorruft. Wenn in den nächsten Jahren noch etwa 10.000 neue Wohnungen in Floridsdorf gebaut werden, kommt es zu Schwierigkeiten, weil die Kapazität der Straßen- und Schnellbahn nicht mehr wesentlich zu erhöhen ist.

GR. Bittner stimmt dem Grundsatz zu, daß vor allem die Verkehrssituation innerhalb des Gürtels saniert werden müsse. Aber auch in den Gebieten jenseits der Donau soll man nicht so lange zuwarten, bis dort eine ähnliche Verkehrsmisere herrscht, wie jetzt innerhalb des Gürtels.

Im Anschluß an die Debattenredner erteilt der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller das Wort zur Auskunftserteilung. Der Stadtbaudirektor befaßt sich zunächst mit dem Komplex Wiedner Gürtel-Matzleinsdorfer Platz-Kliebergasse-Wiedner Hauptstraße und erinnert einleitend daran, daß man den Verkehr als Ganzes sehen muß. Dem öffentlichen Verkehr wird dabei selbstverständlich der Vorrang eingeräumt. Man darf darüber jedoch nicht vergessen, daß es auch einen Individualverkehr gibt und immer geben wird.

Der geplante Ausbau des Wiener Straßennetzes erster Ordnung, an dem bereits seit Jahren gearbeitet wird, soll eine sinnvolle Verbindung zwischen den Autobahnen und den Bundesstraßen herstellen, die nach Wien hereinführen. In diesem Straßennetz erster Ordnung spielen zwei Straßenzüge eine besondere Rolle: Erstens die Lastenstraße, deren Umbau und Entlastung vom öffentlichen Verkehr die Voraussetzungen für die Erhaltung der Ringstraße sind. Zweitens der Gürtel, dem große Bedeutung als Verbindung des Autobahn- und Bundesstraßennetzes zukommt. Die Situation ist hier so, daß der Teil des Gürtels zwischen der Eichenstraße und dem Südbahnhof, also die Verbindung von West nach Ost, nur drei Fahrspuren aufweist, während die übrigen Teile des Gürtels sechs Spuren haben. Das bedeutet, daß der Gürtel in diesem Teil zu 100 Prozent überlastet war.

Versuche, die Industriebetriebe neben der Südbahn abzusiedeln, um neuen Straßenraum zu gewinnen, scheiterten an überhöhten Ablöseforderungen. So blieb als einziger Weg die Verlegung der Straßenbahn unter die Erdoberfläche übrig.

./.

Diese Lösung wird zwar zunächst in erster Linie dem Individualverkehr dienen, in Zukunft aber auch dem Massenverkehr zugute kommen.

In den Varianten C und E des U-Bahn-Konzeptes ist auch der Tunnel durch die Wiedner Hauptstraße enthalten, der dann selbstverständlich bis zur Paulaner Kirche verlängert und an die Linie U 1 angebunden werden wird. Es ist also tatsächlich die Führung einer U-Bahn vorgesehen, die den Gürtel bei der Kliebergasse unterfahren und hinaus in den Südraum von Wien führen wird. Die Rampe, die jetzt in der Wiedner Hauptstraße gebaut wird, um bis auf weiteres die Straßenbahn an die Oberfläche zu bringen, ist eine technische Gegebenheit.

Zu dem Vorwurf, man habe überflüssigerweise an der Haltestelle Kliebergasse-Gürtel eine Bohrpfahlwand in zwölf Meter Tiefe gesetzt, stellt der Stadtbaudirektor fest, dies diene zum Abschluß der Baustelle. Das Erdreich gegenüber einer Haltestelle müsse selbstverständlich abgestützt werden, damit es zu keiner Katastrophe kommt. Die Bohrpfähle wird man nicht wegsprengen, sondern selbstverständlich auf andere Weise entfernen.

Zu den Baumethoden: Die Methode, derer wir uns bis jetzt in Wien bedient haben, unterscheidet sich von manchen Baumethoden im Ausland dadurch, daß sie wesentlich weniger Erschütterungen in den Boden hineinbringt und wesentlich weniger Baulärm produziert. Der Vorwurf "Inferno des Lärms" ist also wohl ungerechtfertigt. Der Baudirektor verwies auch darauf, daß er bereits vor zweieinhalb Jahren einen Erlaß an alle Dienststellen des Bauamtes herausgegeben habe, bei den Anboten auf die Vermeidung von Lärm und Luftverunreinigung besonders Rücksicht zu nehmen.

Zur Wahl der Trassen: Wir können nicht überall in Tieflage gehen, wenn zum Beispiel unterhalb eine andere Trasse vorgesehen ist. Die Tieflage der U 1 resultiert daher, weil sie sowohl unter der Stadtbahn, unter dem Wienfluß, unter der Opernpassage und unter dem Donaukanal geführt werden soll. Im übrigen wurde sowohl Opernpassage als auch Schottenpassage so geplant, daß eine Unterführung der Passagen ohne besondere bauliche Maßnahmen möglich ist.

./.

Was die Bauweisen anbelangt, könne er heute nicht sagen, welche gewählt wird. Das hängt von den Ausschreibungen ab. Aber selbstverständlich werde man darauf bedacht sein, daß möglichst geringe Störungen entstehen. Freilich, der durchgehende Fahrverkehr wird in gewissen Straßenzügen nicht möglich sein. Vielleicht ist es aber der erste Schritt, um besonders in der Innenstadt die Fußgängerbereiche zu aktivieren.

Kostenschätzungen: Auf Grund der Erfahrungen, die wir in Wien und im Ausland sammeln konnten, glauben wir, mit unseren Schätzungen sicher zu liegen. Aber den Untergrund kann man erst dann überblicken, wenn man ihn aufgemacht hat. Es kann also zu Überraschungen kommen, aber sie können nicht nennenswert sein. Auch für den Stephansdom gibt es keine Gefahr. Man kennt die Tiefe der Fundierungen und die Lage der Katakomben, die sich gegen den Wienfluß hin erstrecken. Außerdem wird in diesem Bereich der Schildvortrieb mit Handarbeit durchgeführt werden, weil dabei wesentlich subtilere Methoden möglich sind, als beim mechanischen Bohrvortrieb.

Abschließend erklärte der Baudirektor, wir müssen an unsere Arbeit optimistisch herantreten. Das enthebt uns nicht der Pflicht, gewissenhaft zu arbeiten. Aber wenn wir nicht Optimisten wären, dann müßten wir jede Arbeit stehenlassen. Wie werden uns jedenfalls mit allem Wissen und mit allen Kräften bemühen, daß keine nennenswerten Dinge beim Bau der Wiener U-Bahn passieren.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) gibt ihrer Freude Ausdruck, daß sich der Wiener Gemeinderat einen ganzen Tag lang so intensiv mit den Problemen des öffentlichen Massenverkehrs beschäftigt. Sie sei auch darüber erfreut, daß sich dies in der Form eines Dialogs zwischen Politikern und Fachleuten vollzieht. Es sei zu begrüßen, daß die Diskussion nun in aller Öffentlichkeit geführt wird.

Es sind gewaltige Anstrengungen notwendig, um zu optimalen Ergebnissen zu kommen. Wir werden uns dieser Verantwortung nicht entziehen; das sind wir der Wiener Bevölkerung schuldig, dieser und der nächsten Generation.

Besonders hebt die Stadträtin hervor, daß die Stadtplanung mit ihrer zahlenmäßig so knappen Besetzung die vorliegenden Er-

./.

gebnisse zustandebrachte. München zum Beispiel hat einen zehnmal größeren Planungsstab. Ähnliches Lob gilt auch für die Herren der Verkehrsbetriebe. Für diesen überdurchschnittlichen Einsatz gebührt den Beamten volle Anerkennung und der Dank des Gemeinderates.

Das Budget 1967 enthält bekanntlich keine Ansätze für den U-Bahn-Bau. Es wird jedoch heute vom Gemeinderat an den Magistrat der Auftrag gegeben, ein Finanzierungsprogramm für die Grundnetze und die wichtigsten daran anschließenden Linien auszuarbeiten. Man hat schon in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission davon Abstand genommen, für diese Aufgabe einen Termin zu stellen, mit dem Grund, daß übertriebene Eile zweifellos schadet. Vielleicht sollten wir aber im heutigen Rahmen zum Ausdruck bringen, daß der Termin so beschaffen sein sollte, daß das Baujahr 1967 nicht zur Gänze verloren geht. Es stehen einige Monate zur Verfügung, in welchen die Planungsgrundlagen und -unterlagen noch ergänzt werden sollen.

Es sei richtig, daß der Berufsverkehr der Maßstab für die Kapazität ist, nach der die Linien zu bemessen sind. Es muß jedoch auch der Nichtberufsverkehr entsprechend berücksichtigt werden. Erfreulich sei die Heranziehung des Instituts für Standortberatung. Auch die Arbeiterkammer müßte zugezogen werden. Im Zusammenwirken aller Stellen wird man nicht nur die günstigsten Lösungen für den Berufsverkehr finden, sondern auch die Einkaufsgewohnheiten berücksichtigen müssen. Das Einvernehmen ist auch mit der Bundesbahn, den Postkraftwagenlinien und den privaten Autobuslinien herzustellen.

Zur Höhe der Planungskosten: Nach Auffassung der ÖVP-Fraktion darf man gerade bei den Planungskosten nicht sparen. Jene 14 Millionen dürften daher nicht den Plafond darstellen. Es wäre auch wünschenswert, daß der Gemeinderat zugleich mit dem Baubeschluß über die Stadtentwicklung entscheidet.

Stadtrat Dr. Schaumayer stellt fest, daß sie heute von acht Modellen gehört hat, ihr aber nur vier bekannt sind.

Aus den Diskussionsreden war zu entnehmen, daß grundsätzlich die gleichen Auffassungen zwischen den Koaltitionsparteien hinsichtlich der Bewältigung des öffentlichen Massenverkehrs bestehen.

./.

Zu den Garantien: Der Baudirektor hat die Grenzen aufgezeigt, an denen diese Garantiemöglichkeiten enden, beziehungsweise wie weit sie überhaupt reichen können. Die Rednerin verweist in diesem Zusammenhang auf Hamburg, das für einen Tunnelbau eine Versicherung abgeschlossen hat. Über eine derartige Maßnahme sollte sich vielleicht auch der Wiener Gemeinderat unterrichten.

Es wurden auch viele Bezirkswünsche vorgebracht, die in den Grenzen des möglichen berücksichtigt werden müßten. Dazu wäre es notwendig, die Bezirksvertretungen mit dem Grundkonzept vertraut zu machen. Auf einigen Strecken einen Schienenersatzverkehr durch Autobusse einzuführen, wäre begrüßenswert, leider scheitert dieses Vorhaben aber an der zu geringen Zahl von Autobussen, die uns zur Verfügung stehen.

Zur gleitenden Arbeitswoche: Die Möglichkeiten hierfür wurden geprüft. Vorerst wird es aber notwendig sein, die Überstunden und Mehrleistungen abzubauen. Mit Vorstudien wurde begonnen.

GR. Jodlbauer hat sich dankenswerterweise auch mit den Fragen der Finanzierung beschäftigt. Die Rednerin versichert namens der ÖVP, daß sie hier gerne mitdenken, mitreden und mitverantworten werde. Wenn das Konzept des Magistrates vorliegt, wird der Zeitpunkt gekommen sein, um mit dem Bund näher über unsere Wünsche auf finanzielle Hilfe beim U-Bahn-Bau zu verhandeln. Argumente wie jenes, daß der Bund einen Beitrag leisten müßte, weil er in Wien zentrale Verwaltungsstellen habe, seien jedoch kaum zweckdienlich. Da der U-Bahn-Bau dem Individualverkehr schließlich auch zugute kommt, könnten unter Umständen für ihn auch Straßenbaumittel verwendet werden. Es wird sich bestimmt eine Gesprächsbasis zwischen den Koalitionsparteien finden lassen. Notwendig wäre es, die Bundesregierung von den laufenden Planungsarbeiten und den heutigen Entschließungen zu unterrichten.

Leider wurden viele Rationalisierungsbestrebungen der Stadtwerke zurückgestellt, weil die finanziellen Mittel von der Finanzverwaltung nicht zur Verfügung gestellt wurden. Ein Beispiel hiefür seien die noch immer im Betrieb befindlichen museumsreifen Stadtbahnwagen.

./.

Die Neuanschaffung von Stadtbahnwagen wäre aber dringend notwendig. Man darf es daher nicht den Verkehrsbetrieben anlasten, wenn der Massenverkehr in Wien manchmal Anlaß zur Klage gibt. Die Bediensteten leisten das Möglichste. Zur Ausarbeitung konkreter Konzepte seien die Fachleute zuständig. Der Gemeinderat wird die wunden Punkte, die ihm bekannt sind, den Fachgremien zur Kenntnis bringen. Der Politiker wird zu entscheiden haben. Ehe er aber entscheidet, muß er die Fachleute ermutigen, sich mit den Problemen zu beschäftigen und ihnen freie Hand geben, um jene Unterlagen vorzubereiten, auf die sich die politische Entscheidung zu stützen hat.

Was die Verkehrsbetriebe anlangt, gibt die Rednerin die Versicherung ab, daß alle internationalen Erfahrungen berücksichtigt werden, damit die zu schaffende U-Bahn den aktuellen technischen Erkenntnissen bestens entspricht, im Sinne einer vorausschauenden Planung, zu der sich die Rednerin vorbehaltlos bekennt.

Baustadtrat Heller (SPÖ) begrüßt es, daß die Fachleute der Geschäftsgruppen VI und XII heute Gelegenheit hatten, dem Gemeinderat das Ergebnis einer mehrjährigen sehr intensiven Arbeit vorzulegen, an der nicht nur die beamteten Fachleute des Wiener Magistrates tätig waren, sondern an der neben den beiden Technischen Hochschulen Wien und Graz eine große Zahl freischaffender Zivilingenieure mitgewirkt hat, denen herzlich zu danken ist.

Der Herr Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen, daß die heutige Sitzung zur Information über die Arbeit eingeladen wurde, weil man der Meinung war, daß, ehe Gespräche mit verschiedenen Institutionen begonnen werden, der Gemeinderat mit dieser Arbeit vertraut gemacht werden soll. Das Konzept wurde auch bereits ausführlich in den zuständigen Ausschüssen und in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission diskutiert. Nach der heutigen Diskussion im Gemeinderat besteht die Absicht, im Sinne des Punktes 5 der Gemeinderätlichen Planungskommission eine Reihe von Körperschaften und Fachgremien und eine Reihe von Einzelpersonen mit dem Konzept vertraut zu machen.

./.

Neben der Kammer der gewerblichen Wirtschaft sind dies natürlich auch die Arbeiterkammer, der Österreichische Gewerkschaftsbund, und die Industriellenvereinigung, die Ingenieurkammer, der Ingenieur- und Architektenverein, selbstverständlich die Bundesregierung, vor allem das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und das Bundesministerium für Bauten und Technik, ebenso das Land Niederösterreich und auch die zuständigen Dienststellen der Wiener Polizei.

Darüber hinaus ist vorgesehen, auch eine Reihe von Fachinstituten mit dem Konzept bekanntzumachen, so das Institut für Standortberatung, für Raumplanung, die Österreichische Gesellschaft für Raumordnung, das Kuratorium für Verkehrssicherheit, das Institut für Bauforschung und ähnliche. Es ist auch vorgesehen, einen großen Kreis technisch interessierter Fachleute aus Wien und dem Ausland zu interessieren. Darüber hinaus besteht natürlich die Absicht, einem weiten Kreis der Wiener Bevölkerung dieses Konzept nahezubringen. Das wird durch die Veranstaltung einer lang dauernden Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses geschehen. In einer weitangelegten Diskussion soll die Meinung aller interessierten Bevölkerungskreise und der Fachleute gehört werden. Wenn die Gutachten vorliegen, wird dem Gemeinderat das Konzept gemeinsam mit einem Leitbild für die Stadt vorgelegt werden. Eine Beschlußfassung über den U-Bahn-Bau ist nur möglich, wenn gleichzeitig ein Beschluß über die Finanzierung gefaßt werden kann.

Stadtrat Heller betonte, daß der Stadtplaner Professor Rainer kein U-Bahn-Konzept vorgelegt habe. Dies solle kein Vorwurf sein, sondern nur einer Legendenbildung vorbeugen.

Gegen die Alweg-Bahn wurden keine rein technischen Einwände erhoben und es war zweifellos gut, daß auch diese Möglichkeit des Massenverkehrs eingehend geprüft und diskutiert wurde.

Die Stadt Wien hat die Tür zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den Bundesbahnen weit offen gelassen, obwohl wir knapp vor der Sitzung der Stadtplanungskommission erfuhren, daß es das Verkehrsministerium ablehnt, mit der Stadt Wien weiter über Probleme des Massenverkehrs zu sprechen. Diese Ablehnung ging nicht vom Minister sondern von einem maßgebenden Beamten aus. Punkt drei der Empfehlungen sagt ausdrücklich, daß die Gespräche mit den Bundesbahnen weiter geführt werden sollen. ./.

Stadtrat Heller erinnerte an das Schnellbahnnetz, das im vergangenen Jahr von den Bundesbahnen stark propagiert worden war. Dieses Netz garantiert allerdings keine Versorgung der innerstädtischen Bereiche. Ein Schnellbahnnetz allein kann die Wiener Verkehrsprobleme jedenfalls nicht lösen. Man muß auch bedenken, daß den Bundesbahnen das Hemd näher ist als der Rock, das heißt, daß ihnen die Betriebsverbindungen das Wichtigste sind. So sieht das ÖBD-Schnellbahnnetz eine Verbindung zwischen Westbahn und Südbahn vor, die für Wien unwesentlich, für die Bundesbahnen aber sehr wichtig ist. Die ÖBB hätten auch die Stadtbahntrasse gerne in ihr Netz einbezogen, besonders die Gürtelstrecke. Dies brächte aber durch nächtlichen Güterzugsverkehr eine arge Belästigung der Anrainer mit sich. Wien muß in erster Linie die Verkehrsbedürfnisse seiner Bevölkerung im Auge haben, das wird jeder verstehen.

Zur Station Stephansplatz ist zu sagen, daß die vorgelegte perspektivische Zeichnung noch keineswegs ein Detailprojekt darstellt. Es ist auch noch die Frage, ob eine Fußgängerpassage unter dem Stephansplatz überhaupt zweckmäßig wäre, weil dadurch dieses wichtige Geschäftsviertel eventuell entvölkert würde.

Es ist auch leicht erklärlich, warum so lange nicht von "U-Bahn" gesprochen wurde. Es sollte keine Präjudizierung durch irgendeinen Arbeitstitel erfolgen. Schließlich war es zunächst ja noch gar nicht eindeutig klar, ob als Ergebnis der eingehenden Untersuchungen tatsächlich ein U-Bahn-Projekt herauskommen werde.

Bei den 15 erarbeiteten Netz- und den 10 Ausbau-Varianten blieb das Grundnetz im wesentlichen gleich. Es läßt jede Ausbaumöglichkeit offen. Jetzt muß also systematisch an der Entwicklung eines ausgewogenen Gesamtnetzes weiter gearbeitet werden. Es ist besonders erfreulich, daß verschiedene Fachinstitute wie etwa das Wiener Institut für Standortberatung, diese Planungsarbeiten unterstützen wollen.

Es wird nicht zu umgehen sein, daß der Beginn der Bauarbeiten und weitere Projektierungen Hand in Hand, das heißt gleichzeitig, vorgenommen werden müssen. Wir werden mit dem Bau von jenen Teilstücken des Netzes, die unbestritten sind, beginnen müssen, während für andere Teile noch geplant wird. Stadtplanung ist ja immer eine Daueraufgabe, die nie als abgeschlossen zu betrachten ist.

./.

Es ist nicht richtig, daß das "Umdenken der Rathausmehrheit" volle "vier Jahre gekostet" hat. Die Grundlagenforschung begann zum Teil schon viel früher.

Stadtrat Heller verwahrte sich energisch dagegen, daß aus alten Protokollen Stellen zitiert werden, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Wenn er einmal gesagt habe, daß er eine zweite Ebene auf dem Karlsplatz nicht für nötig halte, so hat sich das damals auf den Individualverkehr bezogen, besonders auf ein Brückenprojekt, welches das Stadtbild beeinträchtigt hätte.

Zur Gestaltung von Knotenpunkten können natürlich jetzt noch keine Details gesagt werden. Oft ergeben sich ja erst nach der Ausschreibung durch gute Vorschläge der Firmen günstige technische Varianten.

Wenn die SPÖ in Fragen der U-Bahn-Planung als "Spätreifer" bezeichnet wurde, ist dies kein schlechtes Zeugnis; es kommt darinnen vielmehr zum Ausdruck, daß wir uns alles sehr genau überlegen. Die ÖVP dagegen kann in der U-Bahn-Planung als "Frühreifling" bezeichnet werden, der aber in der Pubertät stecken geblieben ist.

Ein völlig falsches Bild ergibt auch die Pauschalbehauptung, daß das Massenverkehrsproblem in allen Städten schon gelöst sei und die meisten Großstädte schon über eine U-Bahn verfügen. Nur ganz wenige Städte besitzen eine U-Bahn und auch reiche Städte, die vom Staat besser unterstützt werden als wir, haben noch kein solches Verkehrsmittel. Frankfurt a/Main beispielsweise mußte den U-Bahn-Bau nach 500 Meter fertiggestellter Tunnelstrecke aus finanziellen Gründen einstellen. Natürlich sollen wir ins Ausland schauen, aber mit mehr Objektivität. Wien braucht sich des hier Geleisteten nicht zu schämen.

Zum Abbruch des Schulgebäudes in der Gassergasse: Dem Debattenredner der ÖVP lag als einzige Quelle für seine Ausführungen offensichtlich nur der "Abend-Express" vor. In Wahrheit wurde das Gebäude 1948 letztmalig "renoviert", das heißt, die Räume wurden ausgemalt.

Die letzte Investition davor war die Vergitterung der Turnsaalfenster. Seit 1958 wird die Schule nicht mehr benötigt, und eine Kommission stellte fest, daß das Gebäude abbruchreif sei. Der Bund bat die Stadt Wien, ihm das Haus für ein Jahr für die provisorische Unterbringung der Bundesfachschule für Technik zu vermieten. Der Mietvertrag wurde bis Juli 1966 verlängert. Auch der Bund hat insgesamt nur 180.000 Schilling investiert, die letzte Summe im Jahre 1962. Nach Räumung des Gebäudes wurde der schon gefaßte Beschluß der Abtragung verwirklicht. Ein Mitglied des Gemeinderates müßte andere Informationsquellen haben als den "Abend-Express". Eine Darstellung, wie die heute vorgetragene, ist gelinde gesagt eine Unanständigkeit.

Abschließend dankte Stadtrat Heller allen Fachleuten des Planungsteams, besonders den Professoren Dr. Dorfwirth und Dr. Schickl sowie Dozent Dr. Engel für ihre hervorragende Arbeit. Er verwies auch auf das Urteil zahlreicher kürzlich nach Wien eingeladener U-Bahn-Experten, in dem festgestellt wird, daß die U-Bahn-Planung in keiner anderen europäischen Stadt mit derartiger Gründlichkeit vorgenommen wurde wie in Wien.

Nach Schluß der Debatte erteilte Bürgermeister Marek Oberstadtbaurat Engelberger noch einmal das Wort, um zu den noch nicht beantworteten technischen Fragen Stellung zu nehmen.

Dipl.-Ing. Engelberger sagte, daß eine Überlastung der Haltestelle Stephansplatz nicht zu befürchten sei. Die Umsteigeströme wurden genau berechnet und die Treppen danach dimensioniert.

Das Park-and-ride-System spielt im U-Bahn-Konzept tatsächlich eine wesentliche Rolle.

Eine vierte Donaubrücke wird die Reichsbrücke dann erheblich entlasten, wenn sie in einer Stadtautobahn über St. Marx zum Gürtel eine Fortsetzung erhält, wie es das Bundesstraßenbauprogramm für Wien vorsieht.

Zu dem Vorwurf, die vorgelegten Studien seien unvollkommen, sagt der Referent, daß nur ein sehr kleiner Ausschnitt der gesamten Untersuchungsergebnisse vorgelegt werden konnte. Eine Reihe von Trassen sei bereits im generellen Projekt vorhanden.

Wie Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer sagte, wurden tatsächlich acht Stadtmodelle durchgerechnet. Davon wurden jedoch vier herausgegriffen, weil sie Grenzwerte bieten und daher besonders aufschlußreich sind. ./.

Es ist richtig, daß der Westbahnhof an das Grundnetz nicht radial angeschlossen ist. Der Westbahnhof ist aber kein Symbol für den Westverkehr. Für den Berufs-Einpendelverkehr spielt der Westbahnhof eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Beim Bahnhof Hütteldorf strömen beispielsweise 5.000 Fahrgäste nachWWien ein, beim Südbahnhof die meisten, nämlich 27.000, am Westbahnhof dagegen nur 2.000.

Zum Trassenvorschlag von GR. Dr. Strunz bemerkt der Redner, dies werde natürlich ebenso überprüft werden wie alle anderen Anregungen auch. Bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen im 22. Bezirk stellt Dipl.-Ing. Engelberger fest, daß in diesem Gebiet von vornherein nicht nur die Schaffung von Wohnplätzen, sondern auch von Arbeitsplätzen vorgeschlagen wurde.

Abschließend erteilt Bürgermeister Marek Senatsrat Dipl.-Ing. Pins (Verkehrsbetriebe) das Wort. Der Redner führt aus:

"Fixpunkte ("Zwangspunkte") in den Netzplanungen: Selbstverständlich waren solche Fixpunkte zu berücksichtigen, so die Bahnhöfe Wasserleitungswiese und Erdberger Mais sowie die Hauptwerkstätte. Es war nicht leicht, im Stadtgebiet so große Areale zu finden. Als Standort für die Hauptwerkstätte wurde das Gebiet im Anschluß an den Zentralfriedhof deshalb gewählt, weil es leicht zu erschließen ist, Bahnanschluß besitzt und erweiterungsfähig ist. Außerdem wurde es uns von der Stadtverwaltung zugewiesen, weil es für Wohnzwecke weitgehend ungeeignet ist. Das gleiche trifft im Fall der Wasserleitungswiese und des Erdberger Mais zu.

Autobus-Querverbindungen: Es wird ganz allgemein notwendig sein, den Straßenbahn- und Autobusverkehr dem U-Bahn-Netz anzupassen. Das heißt, daß eine Umorientierung erfolgen wird. Dazu gehört auch die Autobus-Querverbindung über die Raxstraße-Bitterlichgasse, ebenso eine Autobuslinie entlang der Vorortelinie. Gegenwärtig sind wir intensiv damit befaßt, Autobusverbindungen zwischen dem Friedrich Engels-Platz und der Stadtbahnstation Nußdorfer Straße sowie über die Brigittenauer Länder zum Pressehaus und weiter zur Stadtbahnstation Heiligenstadt vorzubereiten.

Trassenführung der U 3: Die Haupteinfallstore für den Straßenbahnverkehr zur Inneren Stadt sind in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit: Schottentor, Bellaria und das Gebiet um die Oper.

./.

Das ist der Grund dafür, daß man Schottentor und Bellaria möglichst rasch an die U-Bahn anbinden und die stärkst frequentierte Straßenbahnlinie, die Linie 49 durch die U 3 ersetzen will.

Grundlagen der gesamten Voruntersuchungen: Diese Grundlagen waren die Wochenkartenzählung im Jahr 1955 und die Ergebnisse der letzten Personenstandsaufnahme von 700.000 Haushalten. Durch Querschnittzählungen wurden diese Ergebnisse alljährlich auf den neuesten Stand gebracht und schließlich den Computern eingespeist.

Berufsverkehr: Dabei handelt es sich um die umfangreichste Verkehrsart, die nur noch vom Verkehr nach Stadionveranstaltungen und vom Allerheiligenverkehr übertroffen wird. Dazu kommt, daß der Berufsverkehr - rund 440.000 Fahrten täglich allein mit Wochenkarten - auf je zwei Stunden in der Früh und am Abend konzentriert ist. Deshalb ist es klar, daß man sich bei allen Untersuchungen zunächst mit dem Berufsverkehr auseinandersetzen muß.

Wagenpark: Die Angleichung der Stadtbahnwagen an die U-Bahn-Wagen ist technisch nicht möglich. Die Ungleichheit der Stromarten verhindert die Schaffung eines einheitlichen Wagenparks. Der Strom wird bei der U-Bahn deshalb über eine Schiene abgegeben werden müssen, weil so große Stromstärken verwendet werden müssen, daß Drähte ausglühen würden. Gummiräder werden an den Wagen nicht angebracht werden, weil sich das als ungünstig erwiesen hat. Auch in Paris ist man offenbar bereits davon abgekommen, da bisher nur die Wagen von zwei Linien mit Gummirädern ausgestattet wurden. Diese Pariser Konstruktion ist übrigens recht eigenwillig und wurde bisher noch nirgends in der Welt nachgeahmt. Bei der Wiener U-Bahn werden Eisenräder mit Gummifederung verwendet werden, die ebenso wie die Wagenabfederung mit Gummi ein möglichst geräuscharmes Fahren ermöglichen. Mit solchen gummigefederten Rädern wurde übrigens jetzt schon auf der Zweierlinie der Anfang gemacht. Zur Frage der Polstersitze stellt der Redner fest, er hoffe, daß man damit keine schlechten Erfahrungen machen wird. In Hamburg zum Beispiel werden die Polstersitze dauernd beschädigt.

./.

Abschließend versichert der Redner, daß die Anregungen, die in der Diskussion gemacht wurden, bei der weiteren Arbeit mitverwendet werden.

Bürgermeister Bruno Marek stellt vor der Abstimmung fest, daß die heutige Besprechung dieses sehr bedeutenden Projektes sehr fruchtbar war. Die Fachreferenten haben die Grundlage für eine äußerst sachliche und interessante Debatte gegeben. Ihnen und den Stadträten Dr. Maria Schaumayer und Kurt Heller ebenso wie den 18 Debattenrednern sagte der Bürgermeister herzlichen Dank.

Empfehlungen einstimmig zur Kenntnis genommen

Bei der Abstimmung wird der Antrag, die Empfehlungen der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission vom 14. September 1966 an den Gemeinderat der Stadt Wien zum Thema: "Öffentlicher Verkehr", zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPÖ, die Empfehlungen an die Bundesregierung zu übermitteln, wird einstimmig den Gemeinderatsausschüssen für Bauwesen und für Städtische Unternehmungen zugewiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Bürgermeister Bruno Marek schließt die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Der Beitrag der Stadt Wien zur Weltausstellung in Montreal

18. November (RK) Im Rahmen eines Pressegesprächs im Wirtschaftsförderungsinstitut, 18, Währinger Gürtel 97 (Saal 514, 5. Stock) wird Stadtrat Mario Jacobi kommenden Montag, den 21. November, um 15 Uhr, zum ersten Mal über den Beitrag der Stadt Wien zur Weltausstellung 1967 in Montreal berichten und das Modell des Wiener Kindergartens, der auf der Expo 67 gebaut wird, der Öffentlichkeit vorstellen.

Zu Beginn dieses Pressegespräches werden Konsul Manfred Mautner-Markhof und Architekt Professor Dipl.-Ing. Dr. Karl Schwanzer über die Vorbereitungsarbeiten zur Beteiligung Österreichs an der Expo 67 referieren. Um 18 Uhr hält Professor Dr. Schwanzer im gleichen Saal einen Lichtbildervortrag mit dem Titel "Österreich auf der Weltausstellung in Montreal".

\- - -

## Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1966

18. November (RK) Die Jury für die Zuerkennung des Kinder- und Jugendbuchpreises der Stadt Wien hat nun über die Vergebung dieser Preise entschieden.

Der "Jugendbuchpreis der Stadt Wien" wurde Kurt Benesch für sein Werk "Die Frau mit den hundert Schicksalen" (erschienen im Österreichischen Bundesverlag) zuerkannt.

Den "Kinderbuchpreis der Stadt Wien" erhielt Friedl Hofbauer für ihr Werk "Die Wippschaukel" (erschienen im Verlag für Jugend und Volk).

Der "Illustrationspreis" wurde Wilfried Zeller-Zellenberg für die Bilder zu dem Buche von Käthe Recheis "66 + 1 im Bäckerhaus" zuerkannt.

Folgenden Werken ist eine ehrende Anerkennung ausgesprochen worden:

Winfried Bruckner "Der steinerne Elefant" (Verlag für Jugend und Volk); Friedrich Feld "Der Reiter auf der Wolke" (Verlag Jungbrunnen); Vera Ferra-Mikura "Tante Rübchen zieht um" (Verlag Jungbrunnen); Gerhard Fritsch "Feldherr wider Willen" (Österreichischer Bundesverlag); Fritz Habeck "König Artus und seine Tafelrunde" (Verlag für Jugend und Volk); Rusia Lampel "Eleanor" (Verlag für Jugend und Volk); Othmar Franz Lang "Die Stunde des Verteidigers" (Österreichischer Bundesverlag); Mira Lobe "Pepi und Pipa" (Verlag Jungbrunnen); Käthe Recheis "66 + 1 im Bäckerhaus" (Verlag Herder); Georg Schreiber "Fahrt zur Hohen Pforte" (Verlag Styria); Herbert Tichy "Der weiße Sahib" (Österreichischer Bundesverlag); Maria Wendel "Sprich zu mir, Barbara!" (Österreichischer Bundesverlag).

\- - -

## 80. Geburtstag von Karl Frisch

18. November (RK) Am 20. November vollendet der Zoologe Univ. Prof. Dr. Karl Frisch das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und habilitierte sich nach Absolvierung der Fachstudien an der Universität in München. Weitere Stationen waren Rostock und Breslau. 1925 übernahm er den Lehrstuhl in München und gleichzeitig die Leitung des Zoologischen Instituts. Sein spezielles Schaffensgebiet ist Tierphysiologie und vor allem Tierpsychologie. Weltberühmt geworden ist Frisch durch seine Arbeiten über die Bienen, deren Ergebnisse für die Verhaltensforschung von größter Bedeutung sind. Der Gelehrte hat sich auch intensiv mit Spezialproblemen der Fischkunde beschäftigt. Wissenschaftlich und volksbildnerisch gleich wertvoll ist sein Buch "Du und das Leben", das in zahlreichen Übersetzungen vorliegt und im Jahre 1950 die 15. Auflage erreicht hat. Es schildert die Fragen der Biologie und der Stammesgeschichte der Lebewesen in einer Weise, die den Experten und den interessierten Laien in gleicher Weise anspricht. Frisch ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie der Akademien von München, Kopenhagen und Göttingen. Ferner gehört er internationalen Vereinigungen an und besitzt das Ehrendoktorat der Universität Bern. 1956 wurde ihm der Ehrenring der Stadt Wien verliehen.

- ë -

## Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

18. November (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, den 23. November:

17.30 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4.

Donnerstag, den 24. November:

17.00 Uhr, Margareten, Schönbrunner Straße 54 (Festsaal).

- - -

## Wird Wiener Kanzleikommissär Österreichs Fußball retten?

### Hans Pesser doch noch Bundeskapitän?

18. November (RK) Ein Kanzleikommissär, in der Direktion der Wiener Gaswerke beschäftigt, soll Österreichs Fußball retten. Das erwartete man sich in der Sportpresse bereits mit großer Wahrscheinlichkeit. Dann aber wurde doch nichts aus der Nominierung des Kanzleikommissärs Hans Pesser zum Bundeskapitän; vor allem deswegen, weil der Fußballer Pesser mit dem Kanzleikommissär Pesser nicht einig werden konnte.

So sehr die Stadt Wien die Arbeitsleistung ihrer Beamten zu schätzen weiß, so sehr ist sie sich doch andererseits der größeren Verpflichtung bewußt, nicht im Wege zu stehen, wenn das österreichische Nationalteam eine sportliche Leitung braucht, die unseren Fußball wieder bergauf führt. Der städtische Personalreferent Stadtrat Hans Bock hat daher schon vor einiger Zeit erklärt, daß er im Interesse des österreichischen Fußballs bereit sei, die Wünsche von Hans Pesser zu prüfen, nämlich, ihm einen Karenzurlaub ohne Bezüge zu gewähren und gleichzeitig die Sicherheit, jederzeit auf seinen Dienstposten zurückkehren zu können.

Nächste Woche am Mittwoch wird Präsident Dipl.-Ing. Walch von Stadtrat Bock zu einer Aussprache empfangen werden, bei der Gelegenheit sein wird, alle schwebenden Fragen und Probleme im Zusammenhang mit dem Hauptberuf Pessers und der Nominierung eines neuen Bundeskapitäns zu besprechen. Vielleicht wird also doch ein Wiener Kanzleikommissär den österreichischen Fußball aus der Krise herausführen.

\- - -

## Sitzung des Wiener Landtages

### Gemeinsamer Antrag der SPÖ und ÖVP wegen Neufestsetzung des Verteilungsschlüssels der Wohnbauförderungsmittel

18. November (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit teilte Erster Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer mit, daß dem Wiener Landtag ein von den Landeshauptmann-Stellvertretern Felix Slavik und Dr. Heinrich Drimmel, Stadtrat Kurt Heller und Zweiten Landtagspräsidenten Karl Mühlhauser eingebrachter gemeinsamer Antrag der SPÖ und ÖVP vorliegt, der die Neufestsetzung des Verteilungsschlüssels für die Wohnbauförderungsmittel des Bundes betrifft. Der Antrag wurde dem Landeshauptmann zugewiesen.

Landeshauptmann Bruno Marek ergriff zu diesem Antrag das Wort zu einer Mitteilung an den Landtag, in der er ausführte: "Der Antrag, betreffend die Neufestsetzung des Schlüssels für die Zuteilung der Bundesmittel an die Länder nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 ist für das Bundesland Wien von solcher Bedeutung, daß ich seinen Inhalt und seine Begründung dem Landtag in vollem Wortlaut zur Kenntnis bringen möchte. Es heißt hier:

'Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 27. Juni 1966 hat das Bundesministerium für Bauten und Technik vor die Notwendigkeit gestellt, den Entwurf einer neuen Verordnung, betreffend die Festsetzung des Schlüssels für die Zuteilung der Bundesmittel an die Länder (§ 5 Abs. 2 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954) auszuarbeiten und dem Begutachtungsverfahren zuzuleiten.

Bis zum Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat sich der Anteil des Landes Wien auf 24,27 Prozent belaufen. Zur Befriedigung konkurrierender Ansprüche anderer Bundesländer soll nun dieser Anteil auf 17,98 Prozent herabgesetzt werden.

./.

In dieser Lage muß zunächst in Betracht gezogen werden, daß neben Wien auch die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland eine ähnliche Reduzierung ihrer Anteilsquoten erfahren sollen. Damit aber würde ein bereits feststellbares West-Ost-Gefälle neuerdings verstärkt werden und die Benachteiligung des Bundeslandes Wien gegenüber anderen Bundesländern besonders krass in Erscheinung treten.

Dazu sind folgende Feststellungen notwendig:

1) Die beabsichtigte Neuverteilung der Förderungsmittel würde weder den dringenden, überdurchschnittlich hohen Wohnungsbedarf in der Bundeshauptstadt berücksichtigen, noch der schwierigen Randlage Wiens gebührend Rechnung tragen.

2) Der Nachholbedarf auf dem Gebiete des Wohnungsbaues ist so wie auf anderen Gebieten in Wien besonders groß, weil sich aus der unterschiedlichen Behandlung, die die östlichen Bundesländer bis 1955 erfahren mußten, Nachteile für die Stadt ergeben haben, deren Folgen zum Teil noch heute spürbar sind.

3) Die Voraussetzungen für die Errechnnung des Wohnungsfehlbestandes sind länderweise durchaus verschieden; im Falle Wiens muß vor allem die nicht mehr aufschiebbare Sanierung der großen Zahl der Klein- und Kleinstwohnungen zugunsten einer modernen Wohnkultur in Angriff genommen werden. Für die Errechnung des Wohnungsfehlbestandes gibt es keine allseits anerkannte Formel; vielmehr werden die in den letzten Jahren gewonnenen Verhandlungserfahrungen so zu berücksichtigen sein, daß eine extreme Bevorzugung und Benachteiligung einzelner Bundesländer jedenfalls vermieden wird.

4) Da die Grund- und Baukosten in Wien weit höher als in anderen Bundesländern liegen, würde nach dem erwähnten Verordnungsentwurf die Zahl der Objekte, die in Hinkunft nicht mehr gefördert werden könnten, eine Höhe erreichen, die vorläufig noch gar nicht abgeschätzt werden kann.

Aus diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten gemäß Paragraph 19 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden Antrag:

'Der Wiener Landtag spricht sich gegen die beabsichtigte Kürzung des Anteiles des Landes Wien an den Bundesmitteln nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 aus. Er beauftragt die Landes-

./.

regierung, der Bundesregierung und dem Bundesminister für Bauten und Technik auf Grund der obenstehenden Erwägungen die Gründe für die Ablehnung des Verordnungsentwurfes durch das Land Wien mitzuteilen.

Die Bundesregierung wird ersucht, eine einvernehmliche Vereinbarung zwischen den Bundesländern über die Verteilung der Wohnbaumittel anzustreben, deren Ergebnis einer künftigen Regelung zugrundezulegen ist.'

Landeshauptmann Marek stellte dazu ergänzend fest, daß er in dieser Angelegenheit vor wenigen Tagen ein Gespräch mi dem Bundesminister für Bauten und Technik, Dr. Kotzina, geführt habe, in dem man übereingekommen sei, den Verteilungschlüssel für die Bundeswohnbaumittel am 1. Dezember in einer gemeinsamen Aussprache zu erörtern. Da es im Hinblick auf diese Aussprache sehr wertvoll sei zu wissen, welche Stellungnahme der Wiener Landtag zu dieser Frage einnimmt, bat Landeshauptmann Marek den Landtagspräsidenten Dr. Stemmer, den vorgelegten Antrag zur Abstimmung zu bringen."

Ohne weitere Debatte wurde der gemeinsame Antrag der SPÖ und ÖVP vom Wiener Landtag einstimmig angenommen.

Sieben neue Landesgesetze oder Abänderungen

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Abänderung des Opferfürsorgeabgabengesetzes, berichtete Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik. Das Gesetz, das die Verlängerung der Geltungsdauer um drei Jahre vorsieht, wurde einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt betrifft das Gesetz, betreffend die Regelung des Kindertagesheimwesens. Berichterstatterin Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) führte aus, der große Pädagoge Fröbel habe das Wort geprägt, daß ein Kind nur dann wirklich ein Schulkind werden kann, wenn es ein Kleinkind gewesen sein konnte, wenn es also in seinen ersten Lebensjahren in einer Umgebung aufwachsen konnte, die seine Anlagen förderte.

Im beginnenden Industriezeitalter verlor das Kleinkind das ihm gemäße Milieu. Heute sind die Straßen noch ungeeigneter, in den Lebensraum von Kindern einbezogen zu werden, und auch gefährlich und lebensdrohend geworden. Durch das Überhandnehmen inselhafter Lebensbedingungen beginnt die traditionelle Nachbarschaft sich aufzulösen. Auch die Berufstätigkeit der Mütter ist wesentlich stärker geworden.

./.

Kindergarten hat doppelte Funktion

Der Kindergarten erfüllt daher heute eine doppelte Funktion. Er trachtet, die Belastung der Familie durch die Berufstätigkeit der Mutter und damit die erzieherische Gefährung des Kindes durch den chronischen Zeitmangel überbelasteter Eltern zu kompensieren, und wird für das Kind immer mehr zur Chance, das richtige Milieu in der Gruppe Gleichalteriger zu finden.

Wir hatten 1934 in Wien 341 Gruppen für Klein- und Hortkinder. Am Ende des Jahres 1945 waren 263 Gruppen wieder in Betrieb, 1955 konnten 503 Gruppen geführt werden, heuer sind es bereits 716 Gruppen für mehr als 20.000 Kinder. 1961 haben in Wien 39.476 Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren gelebt, von denen mehr als 11.000 einen Kindergarten der Stadt Wien besuchten. 1963 wurden in Wien von den öffentlichen und nichtöffentlichen Einrichtungen an Kindergärten 17.500 Kinder zwischen drei und fünf Jahren täglich betreut, davon entfielen auf die Einrichtungen der Stadt Wien 11.400. Es kann angenommen werden, daß in Wien derzeit rund 28.000 Kinder in sozialpädagogischen Einrichtungen erzogen werden.

Erst seit der Verabschiedung der Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz aus dem Jahr 1962 haben wir die Möglichkeit zu einer gesetzlichen Regelung. Nach den Bundesländern Vorarlberg, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten ist Wien nun das fünfte Land, das sich mit der Verabschiedung eines Kindertagesheimgesetzes seiner Verpflichtung, diese wichtige Materie zu regeln, unterzieht. Wer ein Kindertagesheim errichten will, bedarf künftig dazu einer Bewilligung im Sinne des vorliegenden Gesetzes.

Da es auf dem Sektor des Kindertagesheimwesens um Erziehung im engsten Sinne geht, mußte der individuelle Freiheitsraum unbedingt gewahrt werden. Deswegen wurde normiert: "Der Besuch der Kindertagesheime erfolgt freiwillig."

Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in einen Kindergarten besteht nicht. Kinder, die eine Gefährdung der übrigen Kinder befürchten lassen, können vom Besuch eines Kindertagesheimes ausgeschlossen werden. Bisher konnte ein Ausschluß nur unter dem Risiko erfolgen, daß der Kindergarten wegen des Bruches eines Vertrages geklagt wird.

./.

Im übrigen regeln die Bestimmungen des Gesetzes, wie das Personal qualifiziert sein muß, wer zur Führung eines Kindertagesheimes befugt ist und daß der Magistrat verpflichtet ist, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen auf Antrag eine Betriebsbewilligung zu erteilen.

Das Gesetz beschränkt sich mehr oder weniger auf eine Ordnungsfunktion und soll keinerlei Entwicklungen vorwegnehmen,und dadurch neue fruchtbare Motive der Entwicklung blockieren.

Die Diskussion über das Wiener Kindergarten-Gesetz

Abgeordneter Dr. Hirnschall (FPÖ) verweist darauf, daß mit der Bundesverfassungsgesetznovelle des Jahres 1962 den Bundesländern das Recht und die Pflicht zufiel, das Kindergartenwesen in eigener Landeskompetenz zu regeln. Leider hat es in Wien lange gedauert, bis es zur Vorlage eines diesbezüglichen Entwurfes kam, obwohl es untragbar schien, daß diese wichtige Betreuungs- und Erziehungsarbeit in Wien praktisch ohne rechtliche Grundlage erfolgt. Leider kann aber der vorliegende Entwurf nicht befriedigen. Man steht vor der großen Schwierigkeit, die tatsächlichen Verhältnisse mit den Anforderungen, die man an ein modernes Kindertagesheimwesen stellen muß, in Einklang zu bringen. Wir haben in Wien heute noch viele tausende Kinder, die keinen Platz in einen Kindertagesheim finden können. Man kann sagen, daß vermutlich fast die doppelte Zahl an Plätzen in Kindertagesheimen in Wien nötig wäre. So sind zum Beispiel in einem Wiener Kindergarten mehr als 100 Kinder auf der Warteliste. Um diesen Bedarf zu befriedigen, sind nicht nur zusätzliche Baulichkeiten, sondern vor allem auch mehr Fachpersonal erforderlich. Die bestehenden Schwierigkeiten haben nun anscheinend dazu geführt, daß es im Entwurf heißt: "Ein Anspruch auf Aufnahme in ein Kindertagesheim besteht nicht". Sicherlich kann man einen Rechtsanspruch nicht fixieren, aber man hätte an dieser Stelle des Gesetzes ganz allgemein die Verpflichtung der Gemeinde Wien zum Ausdruck bringen können, für den notwendigen Bedarf an Plätzen in Kindertagesheimen vorzusorgen. Das Tagesheim hat ja schließlich nicht nur die Aufgabe von Kinderbewahranstalten. Es erfüllt auch eine pädagogische Funktion und daher wäre es wichtig, daß jedes vorschulpflichtige Kind die Möglichkeit hätte, eine gewisse Zeit lang einen Kindergarten zu besuchen.

./.

Zum Fachpersonal: Es ist verwunderlich, warum im Gegensatz zu den Leitern beim übrigen Personal die Forderung nach Unbescholtenheit fallengelassen wurde. Gerade bei Erziehern, egal ob in öffentlichen oder privaten Heimen, wäre unbedingt darauf zu achten, daß sie unbescholten sind. Der Gesetzgeber sei es den Eltern schuldig, derartige Sicherungen im Gesetz zu verankern.

Der § 7, der sich mit den Voraussetzungen für die Betriebsbewilligung beschäftigt, und der wichtigste des Gesetzes sein müßte, sagt praktisch überhaupt nichts aus, weil alles der späteren Verordnung des Magistrates überlassen wird. Im Entwurf sind auch Bestimmungen enthalten, die für Bedienstete die Nachsicht von einzelnen Voraussetzungen möglich machen. Dadurch kann es möglich sein, daß in einem Kindergarten nicht einmal eine geprüfte Fachkraft tätig ist. Diese Nachsicht müßte zumindest nur befristet erteilt werden. So groß sei die Personalnot auch nicht, daß nicht in jedem Heim wenigstens eine Kraft eine Fachausbildung nachweisen müßte.

Abschließend stellt Abgeordneter Dr. Hirnschall fest, daß seine Fraktion, obwohl sie wiederholt die Schaffung eines modernen Kindergartengesetzes verlangt hat, nicht in der Lage sei, dem vorliegenden, mit großen Mängeln behafteten Gesetzentwurf zuzustimmen.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP) stellt fest, daß mit der heutigen Vorlage ein seit 1962 ungeregelter Zustand beendet werde. Einige Bundesländer haben bereits vor Wien eine Regelung verabschiedet. Dem heutigen Entwurf geht ein solcher aus dem Jahr 1963 und ein zweiter vom Sommer dieses Jahres voran, der nun mit einigen Änderungen vorgelegt wurde. Der vorliegende Entwurf weist gegenüber dem ersten zahlreiche Verbesserungen auf, vor allem im § 2, der sich mit den Aufgaben der Kindertagesheime beschäftigt und feststellt, Kindertagesheime haben die Aufgabe, Kindern während eines Teiles des Tages Pflege, Aufsicht und Beschäftigung zu gewähren und die Entwicklung der Anlagen der Kinder nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten, sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen, ihrer Entwicklungsstufe entsprechend, zu fördern und so die Familienerziehung zu unterstützen.

./.

Es sei bekannt, daß die Zahl der Kindergartenplätze unzureichend ist. Die Berufstätigkeit der Mütter wird viel eher zu- als abnehmen und die Wartelisten für Kindergartenplätze werden nicht kleiner werden. So gibt es allein in einem Kindergarten im 10.Bezirk rund 2.000 Vormerkungen. Ähnlich hoch ist die Zahl in einem Kindergarten des 22.Bezirkes, wie überhaupt die Plätze vor allem in den neuen Wohngebieten zu gering sind. Es ist daher eine Utopie, zu erwarten, daß die öffentliche Hand allein hier Abhilfe schaffen könnte. Es sei daher bedauerlich, daß sich in dem Landesgesetz kein Ansatzpunkt für die subsidiäre Hilfe der privaten Kindergärten findet, obwohl 11.577 Kinder von privaten Organisationen betreut werden.

Ein Vergleich zwischen den Baukosten der städtischen Kindergärten und den Baukostenzuschüssen für private Kindergärten zeigt, daß letztere die Wiener Steuerzahler kaum belasten. Die Abgeordnete bezeichnet es als bedauerlich, daß keine gleiche Regelung wie auf dem Schulbausektor auf Bundesebene getroffen wurde. Ihre Fraktion halte die heutige Regelung für kulturell rückständig. Anschließend meldet sie Bedenken der privaten Organisationen gegen den § 7 des neuen Gesetzes an, da der Magistrat als Richter und Partei in einer Person fungiert.

Einnahmensteigerungen in den privaten Kindergärten sind kaum möglich, da die Besuchsgelder an jene der städtischen Kindergärten angelehnt sind. Der Personalmangel ist in den privaten Instituten aus verschiedenen Gründen leichter zu umgehen als in den städtischen.

Die ÖVP-Fraktion empfinde keine Freude über das neue Gesetz, weil man sich hier der Chance begeben hat, mit geringem Aufwand große Leistungen zu erzielen. Dennoch werde sie ihre Zustimmung erteilen.

Abgeordnete Maria Hlawka (SPÖ) betont, daß es derzeit keine statistischen Unterlagen gibt, die einen konkreten Überblick über die privaten Einrichtungen auf dem Kindergartensektor bieten können. Mit dem Gesetz will man in erster Linie erreichen, daß die Richtlinien eingehalten werden. Durch die große Nachfrage kommt es doch manchmal vor, daß Kindergärten nicht entsprechend eingerichtet sind oder geführt werden.

./.

Der Rednerin sei zum Beispiel ein Fall bekannt, wo eine Zweizimmer-Wohnung als privater Kindergarten dient. Dies sei wohl nicht das Ideale.

20.000 Kinder in Wiener städtischen Kindergärten

Von den berufstätigen Frauen sind 60 Prozent Mütter, das heißt, daß die Mutter jedes dritten Kindes im Beruf steht. Rund drei Fünftel aller Wiener Kindergärten sind städtische Einrichtungen, zwei Fünftel private oder konfessionelle. In den 205 städtischen Kindergärten sind 20.000 Kinder und Kleinkinder untergebracht. Selbstverständlich gibt es hier Personalschwierigkeiten. In den städtischen Kindergärten sind 1.200 diplomierte Kindergärtnerinnen und 140 Helferinnen tätig. Für die Helferinnen besteht die Möglichkeit, nach drei oder vier Jahren das Diplom zu erhalten. Immer wieder wird der Appell an die Öffentlichkeit gerichtet, daß sich mehr Mädchen für diesen schönen Beruf interessieren sollten.

Es ist selbstverständlich, daß auf dem Kindergartensektor weiter geplant und weiter gebaut wird. Alles was hier geschieht und noch geschehen wird, ist eine echte Hilfe für die Familien und vor allem für die berufstätigen Mütter. Denn die Erziehung der Kinder ist nicht die wichtigste Aufgabe der Kindergärten, dies soll ja vor allem den Eltern überlassen bleiben, sondern die Kindertagesheime dienen vornehmlich der Unterstützung und Entlastung der Mütter. Die SPÖ-Fraktion werde dem Gesetz gern die Zustimmung erteilen.

Im Schlußwort stellt Stadtrat Maria Jacobi fest, daß die Kindertagesheime eine freiwillige Fürsorgeleistung sind. Deshalb sei im Gesetz auch kein Rechtsanspruch zum Besuch verankert. Die Begründung, es bestehe deshalb kein Rechtsanspruch, weil es zu wenig Heime gäbe, bezeichnet die Referentin als sehr weit hergeholt.

Zum vielzitierten § 7 meint die Referentin, daß darin sehr wohl alle Grundzüge der Verordnung enthalten sind und alle notwendigen Kriterien aufgezählt werden. Im Kindergartengesetz von Niederösterreich steht im übrigen auch nicht mehr drin. Zu dem Vorwurf, daß im § 7 nichts über Subventionen der privaten Organisationen enthalten sei, ist zu bemerken, daß wir diese Organisationen

./.

faktisch doch subventionieren. Diese Subventionen werden auch in Zukunft so wie bisher je nach Notwendigkeit erhöht werden.

Der § 14, gegen den mehrere Einwände erhoben wurden, wurde deshalb in das Gesetz aufgenommen, weil erstens keine statistischen Unterlagen über die Situation auf dem privaten Sektor vorliegen und zweitens vermutet werden muß, daß auf dem privaten Sektor manchmal nicht die notwendigen räumlichen Einrichtungen und geschultes Fachpersonal vorhanden sind. Der § 14 hat daher auch die Aufgabe, den privaten Institutionen in Zukunft die Möglichkeit zu geben, jene Einrichtungen zu schaffen, die dem Gesetz entsprechen.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

## Kleine Änderung der Bauordnung

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referiert einen Gesetzentwurf, der die Bauordnung für Wien betrifft. Wie der Referent ausführt, wurde bei der Novellierung der Bestimmungen des § 75 Abs.1 der Bauordnung für Wien, betreffend die neuen Mindest- und Höchstmaße für die einzelnen Bauklassen anläßlich der Bauordnungsnovelle 1956 davon ausgegangen, daß diese neuen Maße für die einzelnen Bauklassen erst nach Überarbeitung der Flächenwidmungs-und Bebauungspläne in Kraft treten sollen. Deshalb wurde auch eine Frist zum Inkrafttreten dieser Bestimmungen festgelegt. Diese Frist wurde wiederholt verlängert. Mit Rücksicht auf die im Gange befindliche künftige Novellierung der Bauordnung für Wien, durch die auch die Bestimmungen des § 75 geändert werden sollen, erscheint es nicht sinnvoll, nach dem 1. Jänner 1967 die Bestimmungen der Bauordnungsnovelle 1956 anzuwenden, sondern man solle die Frist um weitere drei Jahre, das ist bis zum 1. Jänner 1970 erstrecken, zu welchem Zeitpunkt die Novelle mit größter Wahrscheinlichkeit bereits Gesetz geworden sein dürfte.

./.

Abgeordneter Dr. Strobl (ÖVP) erklärt, daß die große Novelle zur Bauordnung von seiner Partei immer wieder dringend urgiert worden ist. Die heute genannte Frist solle deshalb keineswegs voll ausgenützt werden.

Stadtrat Sigmund schließt sich diesen Ausführungen in der Erwartung an, daß die vorgesehene Frist nicht zur Gänze ausgeschöpft wird. Wir sind alle interessiert, betont der Referent, daß die neue Bauordnung so rasch wie möglich in Kraft tritt.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

## Pensionsordnung 1966

Stadtrat Bock referiert hierauf über die Pensionsordnung 1966. Er führte aus:

"Heute liegt der Entwurf des Gesetzes über das Pensionsrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen zur Beschlußfassung vor. Dieses Rechtsgebiet ist derzeit in der Dienstordnung und in der Besoldungsordnung geregelt und soll in einem einheitlichen Gesetz zusammengefaßt werden. Die Pensionsordnung baut teilweise auf die bisherigen pensionsrechtlichen Vorschriften auf, teilweise lehnt sie sich an das Pensionsgesetz des Bundes an, durch welches bekanntlich das Pensionsrecht des Bundes zusammengefaßt und modernisiert wurde.

In verschiedenen Belangen geht jedoch die Wiener Pensionsordnung über das entsprechende Bundesgesetz hinaus. So werden bestimmte Beamtengruppen der Stadt Wien weiterhin 100 Prozent der Ruhegenußbemessungsgrundlage statt nach 35 Dienstjahren bereits nach 30 beziehungsweise 32 1/2 Jahren erreichen. Auch die Bestimmung, daß dann, wenn der Ruhe- oder Versorgungsgenuß nach der Pensionsordnung 1966 niedriger ist als der bisherige Ruhe- oder Versorgungsgenuß einschließlich einer allfälligen laufenden Zuwendung, eine Ergänzungszulage im Ausmaß des Unterschiedes gewährt wird, kennt das Pensionsgesetz des Bundes nicht.

Der vorliegende Gesetzesentwurf stellt das Ergebnis zahlreicher Verhandlungen dar. Alle an der Ausarbeitung Beteiligten hatten eine Fülle von Arbeiten zu bewältigen. Dazu kommt noch, daß parallel zu den Verhandlungen über die Pensionsordnung die Gesetzesvorlagen für die Dienstordnung 1966 und die Besodungs-

./.

ordnung 1967 erarbeitet werden mußten. Beide Entwürfe liegen dem Landtag heute ebenfalls zur Beschlußfassung vor. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, allen mit der Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe Befaßten meinen besonderen Dank auszusprechen.

Gegenüber der derzeitigen Rechtslage bringt die Wiener Pensionsordnung folgende wesentliche Neuerungen:

Bisher gebührte für die ersten 10 Dienstjahre ein Ruhegenuß im Ausmaß von 40 Prozent der Ruhegenußbemessungsgrundlage. Nunmehr soll dieser Prozentsatz auf 50 von Hundert erhöht werden. Diese Änderung bringt für alle Bediensteten, die nicht 100 Prozent der Ruhegenußbemessungsgrundlage erreicht haben oder in Zukunft erreichen werden, eine wesentliche Besserstellung.

Nach dem neuen Recht wird nicht nur bei Blindheit und Geisteskrankheit sondern auch, wenn der Beamte infolge anderer schwerer Krankheit zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden ist, eine Hinzurechnung von 10 Jahren für die Prozentermittlung erfolgen.

Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Witwenversorgungsgenuß, wenn die Ehe während des Ruhestandes des Beamten geschlossen wurde, wurden weitgehendst gelockert. Unter bestimmten Voraussetzungen hat auch die frühere Ehefrau - darunter ist zum Beispiel die von einem Beamten geschiedene Frau zu verstehen, - einen Anspruch auf Witwenversorgungsgenuß.

Der Kreis derjenigen, denen ein Waisenversorgungsgenuß gebührt, wurde wesentlich erweitert. Unter Kindern sind nämlich in Zukunft nicht nur die ehelichen und legitimierten sondern auch die unehelichen Kinder, die Wahlkinder und die Stiefkinder zu verstehen. Anspruch auf Waisenversorgungsgenuß haben auch die Kinder von weiblichen Beamten. Der Anspruch besteht bis zur Vollendung des 18.Lebensjahres ohne Rücksicht auf ein etwaiges eigenes Einkommen. Studiert das Kind, so gebührt die Waisenversorgung bis zum 25. Lebensjahr und darüberhinaus dann, wenn der rechtzeitige Abschluß des Studiums durch einen gewichtigen Grund verhindert wurde.

./.

Nach dem neuen Recht werden fast alle im Inland zurückgelegten Zeiten wie Dienst- und Ausbildungszeiten, Mittelschulstudien, Hochschulstudien, Wehr- und Arbeitsdienstzeiten, soweit sie nach dem 18. Lebensjahr liegen, für den Ruhegenuß anzurechnen sein.

Neben diesen erwähnten Neuerungen bringt die Wiener Pensionsordnung, welche wie das Pensionsgesetz des Bundes mit 1. Jänner 1966 in Kraft treten soll, noch zahlreiche weitere Verbesserungen, sodaß dieses Gesetz einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Gebiet der Sozialpolitik darstellt."

Abgeordneter Maller (KLS) bringt in seinem Debattenbeitrag einige Vorschläge und Anregungen für Verbesserungen, die sich auf die Paragraphen 15, 21, 49, 57 und 60 bezogen. Darin wird unter anderem gefordert, die Witwenpension von 50 auf 60 Prozent der Pension des Ehegatten zu erhöhen. Der Sprecher sagte abschließend, er wolle diese Abänderungsvorschläge nicht in Form eines Antrages unterbreiten, hoffe aber, daß der Magistrat die Vorschläge von sich aus prüfen und berücksichtigen werde. Die KLS-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter Dr. Hirnschall (FPÖ) begrüßte die Angleichung der dienstrechtlichen Bestimmungen an das Beamtenrecht des Bundes und die damit verbundenen Verbesserungen. Er kritisierte jedoch, daß den Abgeordneten nur wenige Tage zum Studium des Gesetzesentwurfes zur Verfügung standen.

Auch wurde benängelt, daß zahlreiche "kann-Bestimmungen" sowie einige sprachliche Unmöglichkeiten und Unklarheiten aus der Bundesgesetzgebung in das Landespensionsrecht übernommen worden seien. Auch sei die Forderung nach einer generellen Einrechnung der Zulagen bei der Pensionsbemessung unerfüllt geblieben. Der Redner stellte fest, daß der Witwenbezug von 50 Prozent der Gattenpension nicht ausreiche. Im Parlament habe die SPÖ einen Initiativantrag eingebracht, die Witwenpension auf 60 Prozent zu erhöhen. Um so verwunderlicher sei es, daß das Wiener Beamtenpensionsrecht in dieser Frage nicht vorangegangen sei. Abgeordneter Dr. Hirnschall stellte in diesem Zusammenhang einen Abänderungsantrag, der eine Erhöhung des Witwenversorgungsgenusses von 50 auf 60 Prozent vorsieht.

./.

Abschließend kritisierte er die Überleitungsbestimmungen des Paragraphen 60, weil das gestaffelte Inkrafttreten des Gesetzes eine Ungleichheit und damit eine Ungerechtigkeit für die Pensionisten darstelle. Im großen und ganzen bedeute der Gesetzesentwurf jedoch einen Fortschritt für die Beamten, weshalb die FPÖ ihm zustimmen werde.

Abgeordneter Hahn (ÖVP) führt aus: Es ist genau auf den Tag ein Jahr, daß im Parlament das neue Pensionsrecht beschlossen wurde. Die sozialistische Fraktion wollte es damals bereits als Propaganda verwenden, daß durch die Auflösung des Parlaments das Gesetz nicht mehr zustande kommen wird. Durch die Verabschiedung dieses Gesetzes bewies die ÖVP, daß sie immer bereit war, die Interessen des öffentlichen Dienstes rechtzeitig zu vertreten.

Durch die neue Regelung werden die Stadtwerke besonders stark getroffen, da dort 18.536 Pensionisten 17.357 Aktiven gegenüberstehen.

Besonders zu begrüßen ist die Erhöhung der ruhegenußfähigen Bemessungsgrundlage nach zehnjähriger Dienstzeit von 40 auf 50 Prozent. Leider ist das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz noch nicht von Parlament verabschiedet worden. Diese Kranken- und Unfallversicherung wird, dem Wunsch der Gewerkschaften entsprechend, keine selbstherrliche Einrichtung des Dienstgebers sein, sondern den Krankenversicherungsträgern übergeben werden.

Die sicher gerechte Anrechnung von zehn Dienstjahren als Begünstigung bei Dienstunfähigkeit kann bei großzügiger Auslegung vor allen von verheirateten Frauen dahin gehend ausgenützt werden, daß sie nach zehn Dienstjahren irgendwie krank werden und mit 70 Prozent der Bemessungsgrundlage in Pension gehen. Es wird Aufgabe der Gemeinderätlichen Personalkommission sein, solche mißbräuchliche Auslegungen des Gesetzes zu verhindern. Der Begriff der schweren Erkrankung müßte hier genau interpretiert werden.

Die Bestimmung über die Ablöse des Ruhegenusses bietet jetzt die Sicherung, daß die Angehörigen desjenigen, der seinen Pensionsanspruch ablösen läßt, nicht leichtfertig auf ein erworbenes Recht verzichten.

Ein bedeutender Fortschritt ist bei der Witwenversorgung zu verzeichnen.

./.

Die Witwe nach Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die oft unverschuldeterweise geschieden war, hatte bisher kein Recht auf eine Pension. Die neue Regelung ist hier zu begrüßen.

Es bedeutet eine wesentliche Besserstellung der Witwe, daß nun dreierlei Abstufungen des Altersunterschiedes bei Verehelichung eines Pensionisten getroffen werden.

Die Vertreter des ÖAAB verlangen schon seit Jahren, daß der Witwenversorgungsgenuß von 50 auf 60 Prozent erhöht wird.

Die Bestimmungen über den Waisenversorgungsgenuß, der mit einem absoluten Rechtsanspruch versehen wurde, ist auch wesentlich verbessert worden.

Die Grenze für die Gewährung der Hilflosenzulage ist gefallen. Hier erscheint der Vertragsbedienstete schlechter gestellt, denn die Hilflosenzulage in der Stufe III wird wohl nach dem Pensionsgesetz unverändert gewährt, aber nicht nach dem ASVG.

Das neue Gesetz bringt einen Kreis von rund 35.000 Menschen wesentliche Verbesserungen. Wir werden uns aber überlegen müssen, was wir darüber hinaus noch tun können, um den Nachwuchs für unsere Bediensteten zu sichern.

Abg. Rösner (SPÖ) erklärt: Der Gesetzentwurf übernimmt nicht nur die Bestimmungen des Pensionsgesetzes des Bundes, sondern trägt auch der Entwicklung des Pensionsrechtes der Wiener Gemeindebediensteten Rechnung.

Die Versetzung in den dauernden Ruhestand löst nunmehr das Dienstrecht nicht mehr auf wie bisher, sondern der Beamte bleibt unlösbar mit dem Dienstgeber verbunden. Er hat auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienststand ein besonderes Treueverhältnis zum Dienstgeber. Sein persönliches Verhalten muß auch im Ruhestand untadelig sein.

Dem Beamten im Ruhestand ist die volle Pensionsautomatik garantiert.

Besonders hervorzuheben sind die Bestimmungen, die über das Pensionsgesetz des Bundes hinausgehen. Der Stadtsenat kann auf Antrag der Gemeinderätlichen Personalkommission für die Beamten einer Beamtengruppe verordnen, daß sich der Ruhegenuß für jedes weitere ruhegenußfähige Dienstjahr zur Stadt Wien um einen höheren Prozentsatz der Ruhegenußbemessungsgrundlage erhöht. Es gibt be-

./.

reits Beamte, die nur 32 1/2 oder 30 Jahre zur Erreichung des vollen Ruhegenusses brauchen.

Bisher gab es weder im Pensionsgesetz des Bundes noch im Pensionsrecht der Stadt Wien eine Bestimmung, die es dem Dienstgeber ermöglicht hätte, Beamten, die infolge einer schweren Erkrankung frühzeitig dienstunfähig geworden sind, Dienstzeiten für die Ruhegenußbemessungsgrundlage anzurechnen. Eine solche Bestimmung wurde jetzt aufgenommen.

Die Anrechnung von Ruhegenußzulagen bleibt einer gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Der § 15, der die Witwenversorgung regelt, hat leider nicht die erwünschte Aufwertung von 50 auf 60 Prozent gefunden. Diese Frage wird unbedingt auf Bundesebene zu regeln sein, was hoffentlich in absehbarer Zeit geschieht.

Eine wesentliche Verbesserung wurde in der Pensionsordnung auch dadurch erreicht, daß nunmehr auch die frühere Ehefrau eines Bediensteten unter gewissen Voraussetzungen einen Versorgungsanspruch hat. Gleichfalls verbessert wurde die sogenannte Hilflosenzulage. In Zukunft besteht auf den Hilflosenzuschuß bzw. die Hilflosenzulage ein Rechtsanspruch. Nach dem Grad der Hilflosigkeit wird der Zuschuß in drei Stufen gestaffelt sein.

Verbessert wurden auch die Bestimmungen über den Todesfall- und Bestattungskostenbeitrag.

Nach den bisherigen Bestimmungen war um Anrechnung der Vordienstzeiten auf den Ruhegenuß anzusuchen. Die jetzigen Bestimmungen sehen die Anrechnung von Amtswegen vor. Ausgeschlossen davon sind allerdings jene Zeiten, die vor dem 18.Lebensjahr liegen.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß es nicht gelungen ist, gleichzeitig mit der Pensionsrechtsvorlage die Verabschiedung des Beamten-Unfallversicherungsgesetzes durchzuführen, die eine wesentliche Ergänzung zur Wiener Pensionsordnung darstellen wird.

Abschließend stellt Abgeordneter Rösner fest, daß der vorliegende Entwurf eine wesentliche Verbesserung der pensionsrechtlichen Bestimmungen enthält und einen weiteren Schritt vorwärts bedeutet. Die SPÖ-Fraktion werde daher gerne die Zustimmung erteilen.

./.

Der Präsident des Wiener Landtages Dr. Stemmer stellt fest, daß der Abänderungsantrag des Abgeordneten Dr. Hirnschall nur in Behandlung gezogen werden kann, wenn die Mehrheit des Hauses dafür ist. Bei der Abstimmung wird die Zustimmung hierfür mit Mehrheit erteilt.

Stadtrat Bock sagt eine Prüfung der von Gemeinderat Maller gegebenen Anregungen zu, stellt jedoch fest, daß einige von ihnen eher eine Verschlechterung als Verbesserung zum Inhalt hätten. Er regt daher an, da es sich hier anscheinend um Mißverständnisse handelt, diese zu beseitigen und dort wo es sich wirklich um Fortschritte handelt, diese zu prüfen.

Abgeordneter Hirnschall hat bemängelt, daß die Vorlage nur kurz vor Beschlußfassung vorgelegt wurde und daher wenig Zeit zu ihrem Studium war. Leider ist es so, daß längere Zeit verhandelt wird, daß aber dann, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind, von Verhandlungspartner auf eine rasche Gesetzwerdung gedrängt wird. Außerdem waren im gegebenen Fall im wesentlichen ja nur die Änderungen gegenüber dem Bundesgesetz zu prüfen, das bereits ein Jahr vorliegt.

Zulagen in die Pension: Die Stadt Wien ist bemüht, diese Frage einer positiven Regelung zuzuführen. Die Verhandlungen finden in allen Gebietskörperschaften statt und es ist zu hoffen, daß es in absehbarer Zeit zu einer Gesamtregelung kommen kann. Das selbe gilt für die Erhöhung der Witwenversorgung. Wir wollen anstreben, daß nach Möglichkeit eine generelle und gleichmäßige Regelung erfolgt, also sowohl nach dem ASVG wie auch im öffentlichen Dienst. Der Referent ersucht daher, den von Abgeordneten Dr. Hirnschall gestellten Antrag der Geschäftsgruppe I zuzuweisen, die bei den Verhandlungen diesem Begehren die Unterstützung nicht versagen wird. Eine Regelung nur für Wien sei jedoch abzulehnen.

Zur Frage "was heißt schwere Erkrankung": Es ist nicht leicht zu sagen, was darunter verstanden wird. Die Praxis schafft jedoch im Lauf der Zeit gewisse Normen, die dann ihre Gültigkeit haben.

Zur Unfallversicherung: Vor wenigen Tagen wurde eine Regelung getroffen, die besagt, daß Länder und Gemeinden nun ihre eigenen Einrichtungen werden schaffen können. Wir werden nun zu dem Problem Stellung nehmen und versuchen, hier eine Klärung herbeizuführen.

./.

Pragmatisierung: Es wurde die Frage aufgeworfen, ob Pragmatisierung in der heutigen Zeit noch Bedeutung besitzt. Der Stadtrat stellt fest, daß er sich lange Zeit selbst mit dieser Frage beschäftigt hat, daß er sich jedoch von den Anhängern der Dienstpragmatik bekehren hat lassen. Er glaubt nun auch, daß selbst jetzt,zur Zeit der Vollbeschäftigung die Pragmatisierung ihre Bedeutung besitzt und den öffentlichen Dienst höher werten läßt als den in der Privatwirtschaft. Wir können immer wieder feststellen, daß bei Neuaufnahmen vielfach die Pragmatik dafür entscheidend ist, daß man sich für den öffentlichen Dienst interessiert. Gerade in Zeiten, wo wir um die Arbeitskräfte einen Konkurrenzkampf führen, sollen gewisse Aufwertungsmomente nicht aufgegeben werden. Hinsichtlich Neuaufnahmen wurde mit der Gewerkschaft die Vereinbarung getroffen, daß zunächst jeder Neuaufgenommene ein Jahr Vertragsbediensteter ist, dann jedoch der Pragmatik unterstellt werden soll.

Abgeordnetem Rösner sei dafür zu danken, daß er in seinem Diskussionsbeitrag die Vorzüge und Vorteile dieses neuen Gesetzes aufgezeigt und manche Fragen beantwortet hat. Alle Redner haben den Fortschritt, den das Gesetz mit sich bringt, erkannt. Daß weitere Wünsche auftauchen, sei verständlich. Der Landtag beschäftigt sich daher mehrmals jährlich mit dienst-und besoldungsrechtlichen Verbesserungen, die nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse der Stadt Wien liegen.

Der Antrag wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der Antrag des Berichterstatters, den Antrag des Abgeordneten Dr.Hirnschall dem Gemeinderatsausschuß I zuzuweisen, wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Berichterstatter Stadtrat Bock beantragt sodann eine Änderung des Gesetzes, betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien (28.Novelle). Er führt dazu aus:

Die vorliegende 28. Novelle zum Gesetz betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien hat in erster Linie Änderungen der Besoldungsordnung zum Inhalt, die in Anpassung dieses Gesetzes an die Pensionsordnung 1966 erforderlich sind.

./.

Diese Änderungen müssen durch ein eigenes Gesetz erfolgen und konnten nicht in den heute zur Beschlußfassung vorliegenden Gesetzesentwurf über die Besoldungsordnung aufgenommen werden, da die neu zu beschließende Besoldungsordnung erst am 1. Jänner 1967, die Pensionsordnung hingegen rückwirkend mit 1. Jänner 1966 in Kraft treten soll.

Weiters sollen durch die 28. Novelle einige in der Pensionsordnung enthaltene Neuregelungen, die bisher im Dienstrecht der Stadt Wien fehlten, auch für die Beamten des Dienststandes übernommen werden, so etwa die Bestimmungen über den Ersatz zu unrecht empfangener Leistungen und über die Verjährung. Die 28. Novelle enthält auch Änderungen, die noch mit der 25. und der 26. Novelle im Zusammenhang stehen.

Abschließend erwähnt der Berichterstatter die Bestimmung, daß bei Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe, die eine Verminderung der Bezüge zur Folge hätte, eine Ergänzungszulage bereits bei einer Dienstzeit von 15 Jahren statt bisher 20 Jahren gewährt werden soll.

**Da zu diesem Geschäftsstück keine Wortmeldungen vorliegen, wird sofort abgestimmt. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.**

Dienstordnung 1966

Stadtrat Bock referiert anschließend die Vorlage des Gesetzes über das Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien, kurz Dienstordnung 1966 genannt. Er führt dazu aus:

"Der Wiener Landtag hat soeben die 28. Novelle zum Gesetz betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien beschlossen. Von den 28 Novellen betreffen 22 die Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien. Wohl wurde die Dienstordnung durch die Kundmachung der Landesregierung vom 1. Dezember 1959 wiederverlautbart, in der Zwischenzeit erfolgten jedoch wieder zahlreiche Änderungen, die eine gewisse Unübersichtlichkeit im Gesetzestext zur Folge hatten. Aus Gründen der Rechtssicherheit erscheint es daher zweckmäßig, die Dienstordnung neu zu beschließen, zumal sie zwecks Anpassung an die Pensionsordnung neuerlich geändert werden muß und zahlreiche bisher in der Dienstordnung enthaltene pensionsrechtliche Vorschriften entfallen.

./.

Die Dienstordnung 1966 soll, abgesehen von den Änderungen, die sich in Zusammenhang mit der Schaffung einer eigenen Pensionsordnung ergeben, folgende Neuerungen bringen:

Nach geltendem Recht ist die Unterstellung unter die Dienstordnung, also die Begründung eines öffentlich rechtlichen Dienstverhältnisses nur möglich, wenn der Bewerber das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Dieses Höchstaufnahmealter soll nunmehr auf 40 Jahre hinaufgesetzt werden.

Im Gegensatz zum Bund wird bei der Stadt Wien das Dienstverhältnis derzeit bei Versetzung in den dauernden Ruhestand aufgelöst. Dies soll in Hinkunft nicht mehr der Fall sein, so daß es neben den Beamten des Dienststandes auch Beamte des Ruhestandes geben wird. Schließlich soll die Institution der Versetzung in den zeitlichen Ruhestand in die neue Dienstornung nicht mehr aufgenommen werden.

Abgeordneter Maller (KLS) verlangt in seinem Debattenbeitrag eine Reihe von Streichungen, Einfügungen, Änderungen und Präzisierungen von Absätzen, Formulierungen oder einzelnen Wörtern der Vorlage. Wie er dabei betont, stellt er keine formellen Anträge, sondern bittet um Berücksichtigung seiner Vorschläge. In einem Fall äußert er die Vermutung, ob mit einer Änderung der früheren Bestimmungen nicht der Weg zur Kommerzialisierung der städtischen Unternehmungen "zizerlweise" vorbereitet werden soll. Er bittet den Berichterstatter, dem Landtag mitzuteilen, was tatsächlich dahinter steckt. Seine weiteren Vorschläge betreffen unter anderem die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über die Versetzung von Beamten in niedrigere Verwendungsgruppen, die Sanktionen bei minder- oder nicht entsprechender Beurteilung von Bediensteten, die Nebenbeschäftigung von Bediensteten, die Arbeitszeit, den Urlaub, die Versetzung in den Ruhestand und ähnliches.

Im übrigen erklärt der Redner, daß die KLS-Fraktion dem Gesetzesentwurf zustimmen werde.

Abgeordneter Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisiert, daß der Großteil der Bestimmungen der Dienstordnung unverändert geblieben ist und auf die alte Dienstordnung aus dem Jahr 1951 zurückgeht. Lediglich die Bestimmungen über das Höchstaufnahmealter mit 40 Jahren und die Ausdehnung der Beamteneigenschaft auf die Pensionisten sind Neuerungen, die ins Gewicht fallen.

./.

Der Redner bespricht dann die einzelnen Bestimmungen der Dienstordnung, die er einer Kritik unterzieht. Er stellt dabei den Antrag, die Abfertigungsbestimmungen für weibliche Beamte zu verbessern, wenn sie wegen der Geburt eines Kindes aus dem Dienst ausscheiden. Abschließend stellte Dr. Hirnschall fest, daß die FPÖ-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP) hebt die Übersichtlichkeit des Gesetzeswerkes hervor, äußert jedoch zu Einzelheiten Bedenken, obwohl der Vorlage generell zuzustimmen sei. Der Redner betonte auch, daß die Unterlagen für die heutige Sitzung 2,5 Kilogramm gewogen hätten und dazu auch die Unterlagen für den Personalausschuß und die U-Bahn-Planung im Verlauf einer Woche zu prüfen gewesen seien, was eine große Belastung der Abgeordneten darstellte.

Im Zusammenhang mit dem Paragraphen 11 forderte der Redner die öffentliche Ausschreibung gewisser Planstellen in der Verwendungsgruppe B ab Dienstklasse VI und in der Verwendungsgruppe A ab Dienstklasse VII. Ferner sollte dem Beamten das Recht zustehen, in seine Qualifikationsbeschreibung Einsicht zu nehmen, wie es bei den Bundesbediensteten der Fall ist. Dr. Bauer setzte sich unter anderem auch dafür ein, die bisher gehandhabte Form der Angelobung neuer Bediensteter durch Handschlag in die Hand des Bürgermeisters beizubehalten. Er warf ferner die Frage auf, ob durch die vorliegende Fassung der Verschwiegenheitspflicht nicht die Verfassung interessanter Memoiren unmöglich gemacht werde. Auch sei das Problem des Verbotes einer nebenberuflichen Betätigung nicht gelöst worden. Der Redner gab Anregungen zu verschiedenen Formulierungen des Gesetzeswerkes über das Recht des Verzichtes auf die Pension, die Koalitionsfreiheit und die Bewilligung von finanziellen Aushilfen für die Beamten.

Wir sind der Meinung, daß man das Dienstrecht der öffentlich Bediensteten möglichst einheitlich gestalten sollte.

Ich wiederhole die alte Forderung, den riesigen Zulagenkatalog im Einvernehmen mit der Personalvertretung und der Gewerkschaft einer Durchholzung zu unterziehen. Wir würden damit einen wesentlichen Beitrag zur Rationalisierung leisten.

./.

Wir wenden uns in keiner Form gegen die Dienstordnung und die Besoldungsordnung. Wir wollen nur gewisse Anregungen deponieren und hoffen, daß bei zukünftigen Verhandlungen darauf eingegangen werden kann. Die ÖVP-Fraktion wird diesen beiden Gesetzen zustimmen.

Abgeordneter Peska (SPÖ): Durch die Schaffung der Wiener Pensionsordnung ist es notwendig geworden, auch die Dienstordnung und das Besoldungsrecht der Bundeshauptstadt Wien neu zu fassen.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten verlangt, daß das Höchstaufnahmealter für ein pragmatisches Dienstverhältnis vom vollendeten 35. Lebensjahr auf das vollendte 40. Lebensjahr hinaufgesetzt wird, wie es auch bei den übrigen Gebietskörperschaften festgelegt ist.

Die Bestimmungen über die begünstigte Abfertigung weiblicher Beamter wurden abgeändert. Bisher konnten weibliche Bedienstete begünstigt abgefertigt werden, wenn sie während der ersten achtzehn Jahre nach der Geburt eines eigenen, zum Zeitpunkt des Ausscheidens am Leben befindlichen Kindes dem Dienst entsagten. Nunmehr wird diese Zeitspanne von achtzehn auf zwei Jahre herabgesetzt. Die begünstigte Abfertigung weiblicher Bediensteter hat es in der Vergangenheit nur dann gegeben, wenn es galt, den Personalstand zu verringern. Es kann nicht der Sinn dieser Bestimmung sein, hochqualifizierte Kräfte, an denen heute überall Mangel ist, unter begünstigten Bestimmungen abzubauen. Die derzeit geltende Bestimmung stellt auch keine familienfördernde Maßnahme dar.

Durch die neue Pensionsordnung ist es notwendig geworden, in die Dienstordnung Bestimmungen aufzunehmen, die festlegen, daß alle Pensionisten als Beamte des Ruhestandes zu gelten haben.

Begrüßenswert ist die Anerkennung von Studienzeiten an einer höheren Lehranstalt für jene Beamten, die keine Reifeprüfung haben, so zum Beispiel für technische Beamte. Diese Prüfung wird so gewertet, als wäre sie eine abgeschlossene Schulbildung an einer höheren Lehranstalt.

Die Ausgleichszulage soll in Hinkunft im Nebengebührenkatalog aufgenommen werden, wodurch eine Verwaltungsvereinfachung erreicht wird. Gleichzeitig hat die Gewerkschaft der Gemeinde-

./.

bediensteten verlangt, daß diese Nebengebühr bei einer Anrechnung von Zulagen in die Pension gleichfalls berücksichtigt wird.

Verbesserungen wurden auch auf dem Sektor der Vordienstzeitanrechnung erreicht. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Neuordnung des Dienst- und Besoldungsrechtes, der Einbau der 28 Dienstordnungsnovellen und die Wiederverlautbarung, die Übersichtlichkeit des Dienst-, Besoldungs- und Personalrechtes wiederherstellt. Von den zuständigen Beamten wurde ein großes und gutes Stück Arbeit bewältigt, wofür ihnen herzlichst zu danken ist. Wir erhalten nun die Möglichkeit, das gesamte Dienstrecht zu überblicken, ohne in mehr als zwei Dutzend Gesetzesnovellen blättern zu müssen. Die SPÖ-Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen.

Der Vorsitzende, zweiter Landtagspräsident Mühlhauser (ÖVP), teilt mit, daß Abgeordneter Dr.Hirnschall (FPÖ) einen Abänderungsantrag gestellt hat, der nicht die erforderlichen sieben Unterschriften aufweist, um in Behandlung gezogen zu werden. Bei der Abstimmung findet der Antrag keine Unterstützung durch die übrigen Mitglieder des Landtages und es kann daher über ihn nicht verhandelt werden.

Stadtrat Bock stellt im Schlußwort fest, daß in der Debatte Kritik daran geübt wurde, daß man einige Paragraphen herausgenommen hat, beziehungsweise daran, daß man andere nicht herausgenommen hat. Das hatte keinerlei besondere Hintergründe, es wurde nur nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit vorgegangen. Zu mancher der Fragen kann hier nicht sofort Stellung genommen werden, da sie nicht mit einigen Sätzen beantwortet werden können.

Zur Beschreibungsfrage: Wenn heute ein Bediensteter eine schlechte Beschreibung hat, hat er das Recht zur Beschreibungskommission zu gehen und diese Beschreibung anzufechten. Grundsätzlich ist es jedoch so, daß ein Dienststellenleiter, ehe er eine schlechte Beschreibung abgibt, den Bediensteten auf seine schlechte Arbeitsleistung aufmerksam machen muß. Es kann sich daher kein Bediensteter übervorteilt fühlen. Sollte sich ein Vorgesetzer jedoch über diese Ermahnung hinweggesetzt haben, hat die Beschreibungskommission bei Berufung immer im Sinne des Bediensteten entschieden.

./.

Auch hinsichtlich des Disziplinarrechtes wird man nichts tun, was dem Bediensteten zum Schaden gereicht.

Verschiedene Fragen, die Abgeordneter Maller gestellt hat und die auf Mißverständnissen beruhen dürften, könnten nur in einer gemeinsamen Aussprache geklärt werden.

Überstunden: Es wird sich kein Dienstgeber dazu verpflichten können, keine Überstunden anzuordnen. Wollte man eine derartige Formulierung im Gesetz verankern, könnte es zu den größten Schwierigkeiten kommen, man denke zum Beispiel nur an die Spitäler.

Unverzinsliche Vorschüsse: Vorschüsse sind unverzinslich, Darlehen sind verzinslich. Diese Frage wird einer Prüfung unterzogen werden. Vorschläge liegen bereits vor.

Angelobungen: Der Handschlag wurde aus dem Gesetzestext aus verschiedenen Gründen herausgenommen. Leistet der Bedienstete das Gelöbnis nur mit Handschlag, könnte er später vielleicht einmal sagen, daß er diesen Handschlag nicht abgegeben hat. Unterschreibt er jedoch das Gelöbnis, so kann es hier keinerlei Zweifel geben. Das soll aber nun nicht heißen, daß es zu keinem Handschlag kommen soll und kann. Gegenwärtig haben wir durch eine stärkere Fluktuation sogar einen Rückstand bei der Vereidigung. Der feierliche Akt der Angelobung soll jedoch beibehalten werden.

Die Arbeit, die die zuständigen Beamten für die zu beschließenden Entwürfe zu leisten hatten war sehr groß und es gebührt ihnen für die Schaffung dieses übersichtlichen Werkes unser Dank.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

## Besoldungsordnung

Stadtrat Bock referiert sodann über die Vorlage des Gesetzes über das Besoldungsrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien, kurz Besoldungsordnung 1967 genannt. Dazu führt er aus:

Der Wiener Landtag hat am 20. Mai dieses Jahres eine Erhöhung der Gehälter der Beamten der Stadt Wien um 6 Prozent, mindestens jedoch um 120 Schilling im Monat ab 1. Juni 1966 beschlossen. Diese Erhöhung stellte den ersten Teil der Gehaltsregulierung dar, die am 4. Mai dieses Jahres zwischen der Bundesregierung und dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes

./.

vereinbart wurde und die im Hinblick auf die seit 1946 grundsätzlich einheitliche Besoldung der öffentlichen Bediensteten in Österreich auch für den Bereich der Stadt Wien übernommen werden soll.

In Entsprechung der erwähnten Vereinbarung sollen nunmehr die Bezüge um weitere 2 ½ Prozent, mindestens jedoch um 50 Schilling monatlich, ab 1.Jänner 1967 erhöht werden. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Anhebung der in der Haushaltszulage enthaltenen Kinderquote von 130 Schilling auf 150 Schilling im Monat beabsichtigt.

Meine Ausführungen zu Post 6 der Tagesordnung hinsichtlich der Notwendigkeit, die Dienstordnung wegen der zahlreichen Novellierungen neu zu beschließen, gelten auch für die Besoldungsordnung. Materiell ändert sich gegenüber der bisherigen Besoldungsordnung in der Fassung der 28. Dienstrechtsnovelle nichts. Die erforderlichen Änderungen sind formeller Art und auf gesetzestechnische Notwendigkeiten zurückzuführen. In diesem Sinne sollen auch die ziffernmäßigen Ansätze der in der Besoldungsordnung angeführten Zulagen in Hinkunft in einer Anlage zum Gesetz festgelegt werden, wie dies derzeit schon bei den Gehältern der Fall ist. Diese Änderung dient insoferne der Übersichtlichkeit, als in Zukunft bei Bezugserhöhungen lediglich die Anlage neu gefaßt werden muß.

Abgeordneter Maller (KLS) bemerkt in der Debatte einleitend, es komme nicht darauf an, wer Recht hat, sondern wichtig sei, daß Bestimmungen entstehen, die den Bediensteten zugutekommen und deren Rechte wahren. Anschließend verlangt er auch hier wieder einige Änderungen und Streichungen von in der Vorlage enthaltenen Absätzen, die in erster Linie Bestimmungen über die Zulagen betreffen. Sodann stellt der Redner "grundsätzlich" fest, die heute vorgelegten drei Gesetze hätten der Stadt Wien echte Möglichkeiten zu einer Alternative zur Politik der ÖVP geboten. Die drei Vorlagen tragen aber alle Merkmale paktierter Gesetze, was unserer Stadt und unserer Heimat zweifellos zum Schaden gereicht. Die österreichische Arbeiterschaft habe die Mission, zu zeigen, daß die Bäume der ÖVP in unserem Land nicht in den Himmel wachsen.

Im Schlußwort geht Stadtrat Bock auf einige Fragen des Debattenredners ein und stellt fest: Die Bestimmungen über die Haushaltszulage entsprechen der einheitlichen Regelung für alle öffentlichen

./.

Bediensteten in Österreich. Das Problem der Einrechnung von Zulagen in die Pension wird bald einer Lösung zugeführt werden.

Zu den "grundsätzlichen" Bemerkungen des Debattenredners, wonach die drei Gesetze Ergebnisse des alten Koalitionsgeistes seien, betont Stadtrat Bock, daß keines der dienstrechtlichen Gesetze auf einer Paktierung beruhe. Die Bestimmungen haben mit politischen Parteien überhaupt nichts zu tun, da sie Gebietskörperschaften betreffen. Das einheitliche Vorgehen in ganz Österreich liegt im Interesse aller Bediensteten.

Die Stadt Wien, betonte der Personalstadtrat abschließend, versucht immer wieder Motor zu sein, wenn es gilt, gewisse Dinge zu verbessern. Aber die Solidarität wollen wir im Interesse der Stadt Wien selbst und im Interesse der öffentlichen Bediensteten aufrecht erhalten.

Bei der Abstimmung wird die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

## Ein Auslieferungsbegehren

Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) berichtet über ein Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien. Das Ersuchen betrifft Bundesrat Alfred Porges. Es handelt sich dabei um einen Verkehrsunfall. Das Immunitätskollegium beantragt, der Auslieferung Folge zu geben. Bundesrat Porges selbst hat um seine Auslieferung ersucht.

Der Antrag des Immunitätskollegiums wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Zweiter Präsident Mühlhauser schließt die Sitzung des Landtages.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

## Neues "Tramway-Kursbuch"

+ 18. November (RK) Bei allen Vorverkaufsstellen der Straßenbahn und Stadtbahn liegen die neuen Fahrplanhefte, mit Angaben über Betriebsbeginn und Betriebsschluß aller Straßenbahn-, Stadtbahn- und Autobuslinien, auf. Diese Hefte sind um einen Schilling erhältlich und weisen unter anderem auch die Fahrzeiten auf den einzelnen Strecken auf, sowie auch die Teilzeiten auf allen Linien. Selbstverständlich sind auch der innerstädtische und der Nachtautobus-Betrieb in dem neuen Fahrplanheft berücksichtigt.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

18. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Kohl 4 bis 6 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 8 S, Orangen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

## Sitzung des Wiener Gemeinderates

Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Marek zusammen. Es lag je eine Anfrage der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ vor.

Die ÖVP hatte einen Antrag, betreffend "die Überprüfung der Möglichkeit der Betreuung betagter und gebrechlicher Menschen durch einen rollenden Essen-Zustelldienst" sowie einen Antrag, betreffend "Grundstückstauschverhandlungen zwischen der Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen zum Zwecke der städtebaulichen Verwendung der Nordbahnhofgründe" eingebracht. Beide Anträge werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

### Wahlen

Für den ausscheidenden Gemeinderat Schiller (SPÖ) wurde als Mitglied des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien GR. Peska (SPÖ) gewählt. Als Mitglied des Disziplinarkollegiums wurde GR. Gratzl (SPÖ) gewählt und als Ersatzmitglied GR. Ing. Hofstetter (SPÖ).

### Flächenwidmung für Gärtner

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) referiert über die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes für ein Gebiet nördlich der Kaiser-Ebersdorfer Straße in Simmering. Diese Flächen werden gärtnerisch genützt und Grund und Boden sind dafür auch vorzüglich geeignet. Deshalb soll dieses Gebiet als Grünland, ländliches Gebiet, gewidmet werden. Für die Kaiser-Ebersdorfer Straße ist eine Breite von 24 Meter vorgesehen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) bezeichnet es als erfreulich, daß ein Teil der dringenden Wünsche der Wiener Landwirtschaft hier in Erfüllung geht. Freilich handelt es sich nur um ein Teilstück eines großen landwirtschaftlich genutzten Gebietes in Simmering.

Der Redner verweist auf die Bedeutung des Wiener Gartenbaues, der 50 Prozent der gesamtösterreichischen Gemüseproduktion bestreitet. 35.000 bis 38.000 Tonnen Frischgemüse im Wert von 160 Millionen Schilling werden von den Wiener Gärtnern produziert. Damit

./.

wird mehr als die Hälfte des Bedarfes der Bundeshauptstadt gedeckt. Die großen Leistungen des Wiener Gartenbaues rechtfertigen wohl die Sicherung dieser marktnahen Produktionsgebiete.

Die Absiedlung von Gartenbaubetrieben ist heute viel schwieriger als früher, wo hauptsächlich im Freiland oder in Mistbeeten gepflanzt wurde, während heute auch das Gemüse vielfach in Glashäusern gezogen wird, die einen komplizierten technischen Aufwand erfordern. Eine Absiedelung bedeutet also stets einen großen Vermögensverlust und ist nur dort vorzunehmen, wo sie unumgänglich ist.

Der Wiener Gartenbau benötigt geschlossene Gebiete, wie es das Gärtnergebiet in Simmering darstellt. Aber gerade dort ist eine Stagnation der Betriebe durch eine unentschlossene Planung eingetreten. Dabei ist dieses Areal zur Abschirmung des Wohngebietes gegen das Industriegebiet sehr wichtig. Die Verbauung dieser Flächen würde den Bezirk eines Grünpolsters berauben, der vom gesundheitlichen Standpunkt aus sehr wichtig ist. Am besten wäre eine rasche Assanierung des Gebietes und eine Widmung als Grünland, dann könnte es eines der leistungsfähigsten Gartenbaugebiete Österreichs werden.

Kürzlich konnte die Landwirtschaftliche Siedlungsgesellschaft Wien in Eßling 121 Hektar als Gartenbaugebiet erwerben. Stadtrat Heller sorgte in dankenswerter Weise für die rasche Durchführung der Vorarbeiten, sodaß der Flächenwidmungsantrag demnächst dem Gemeinderat unterbreitet werden kann.

Die Wiener Gärtner, die die Wiener Bevölkerung seit mehr als 100 Jahren mit Gemüse versorgen, haben das Recht auf einen gesicherten Grund und Boden, um ihre Betriebe zeitgemäß ausstatten zu können. Darum muß das Problem der Flächenwidmung für gärtnerische Gebiete rasch gelöst werden, um die Leistungskraft des Wiener Gartenbaus zu erhalten und zu festigen.

GR. Hofstetter betonte in seinem Schlußwort, daß der vorliegende Antrag durchaus auf der Linie der von GR. Jedletzberger dargelegten Anschauungen liege und die Widmung eines größeren Gebietes als Grünland vorsieht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

./.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) referierte einen Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Burggasse, Breite Gasse, Siebensterngasse und Sigmundsgasse im 7.Bezirk. Die Planungen für dieses Gebiet reichen schon sehr lange zurück. In jüngster Zeit hat man sehr umfangreiche Untersuchungen angestellt, deren Ergebnis der vorliegende Antrag ist. Er hat die Absicht, die gesetzlichen Grundlagen für eine Assanierung dieses Stadtteiles zu schaffen. Auch das Bundesdenkmalamt hat diesen Plänen seine Zustimmung gegeben.

GR. Dr.Winter (ÖVP) begrüßt den Antrag als einen ersten Schritt zur Sanierung des Gebietes. Leider bestehe wenig Aussicht auf eine baldige Inangriffnahme der Arbeiten selbst. Der vorliegende Antrag beziehe sich auch nur auf einen Teil jenes Gebietes im 7.Bezirk, das dringend einer Sanierung bedarf. Der Redner schilderte sodann die ernsten Verfallserscheinungen des alten Stadtteiles, in dem sich neun denkmalgeschützte Häuser befinden. Er bezeichnete die geplante Lösung als zwiespältig, weil sie einerseits die Herausschälung eines einheitlich niedrig bebauten Teilgebietes, andererseits die Widmung der Parzellen an der Breite Gasse-Siebensterngasse als Geschäftsviertel vorsieht. In diesem Gebiet befinden sich schon heute moderne Geschäftsportale neben alten, denkmalgeschützten Fassaden. Dies sei ein Beispiel dafür, daß Schutzmaßnahmen allein nicht ausreichen, um ein Altstadtviertel zu erhalten, wenn nicht gleichzeitig auch die notwendigen finanziellen Mittel durch eine sinnvolle neue Form der Nutzung der Gebäude aufgebracht werden.

Eine völlige Beseitigung der zum Teil überaus reizvollen Barock-,Rokoko- und Biedermeierhäuser würde ganz Wien einer Sehenswürdigkeit berauben, wie sie in dieser Form nicht mehr häufig auftritt. Die Forderung nach Erhaltung muß in Einklang gebracht werden mit der Feststellung, daß gegenüber musealen Tendenzen inmitten einer lebendigen Stadt den Notwendigkeiten der Vorzug eingeräumt werden muß. Das Gebiet ist historisch nicht so bedeutsam, daß man es nicht wagen sollte, nur einen Teil des alten Standes zu erhalten.

Die einzige, über die Zweckbestimmung dieses Gebietes vorliegende Studie sieht in den sanierten Althäusern die Errichtung von Studentenheimen vor, die während der Ferienmonate zur Unterbringung von Fremden verwendet werden könnten.

./.

Die Unterbringung von 250 bis 300 Studenten scheint aber als einziger Verwendungszweck für dieses große Areal zuwenig zu sein.

Es ist sowohl die Errichtung einer Grünfläche als auch die Anlage eines Parkplatzes vorgesehen. Beide Anlagen sind jedoch zu klein dimensioniert. Die ÖVP-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben.

GR. Binder (SPÖ) gibt einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung des Viertels. Er führt aus: Unsere Vorfahren mußten wegen der Kriegsfolgen in diesem Gebiet schnell bauen. Der alte Bauzustand besteht noch mit all den Unannehmlichkeiten für die Bewohner. Nach 1945 waren trotzdem viele Familien froh, dort eine Wohnung zu erhalten. Die Stadtverwaltung hat versucht, einige Grundstücke zu kaufen. Die Bemühungen haben schon vor langer Zeit begonnen, es ist aber leider trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, dort etwas Vernünftiges zu erreichen.

Als 1869 der 7. Bezirk gegründet wurde, gab es dort 75.000 Einwohner. 1910 waren es nur noch 73.000 und nach der Volkszählung 1961 nur mehr 45.000 Bewohner. Heute wird selbst diese Zahl nicht mehr erreicht werden. Heute arbeiten in diesem Bezirk jedoch mehr Menschen, als er je Einwohner hatte. Man muß sich fragen, wo alle diese Menschen einmal gewohnt haben und vor allen Dingen wie? Obwohl einige Häuser dieses Gebietes unter Denkmalschutz stehen, hat es keinen besonderen kulturellen Wert. Trotzdem sollte man es erhalten, vielleicht schon deswegen, um unseren Nachfahren ein Zeugnis zu geben, unter welchen Schwierigkeiten die Bevölkerung dieser Stadt im Wandel der Jahrhunderte gelitten hat.

Der Vorredner hat gemeint, man müßte mehr Platz schaffen für Parkmöglichkeiten. Das könnte nur geschehen, würde man Häuser wegreißen. GR. Binder verweist in diesem Zusammenhang auf einen seinerzeitigen Vorschlag von Prof. Rainer, auf einem Teil des Gebietes des Trautson-Palais eine unterirdische Parkgarage zu errichten. Die Verwirklichung dieses Projektes wäre wünschenswert und würde eine große Entlastung für diesen Teil des 7. Bezirkes, in dem man nicht mehr parken, manchmal auch nicht mehr fahren kann, mit sich bringen.

./.

es ist jeder Vorschlag zu begrüßen, der zu einer Assanierung dieses Gebietes führen würde, ob das nun ein Studentenheim ist oder - wie der Redner vorschlägt - die Ansiedlung von kunstgewerblichen Betrieben. Wer aber soll die Assanierungskosten tragen? Es ist für die Gemeinde sehr schwer, in diesem Gebiet ein Grundstück zu erwerben, denn die meisten Häuser haben nicht einen, sondern viele Besitzer, die sich über den Verkauf nur selten einigen können. Außerdem fehlen leider die gesetzlichen Grundlagen, um ein solches Gebiet wirklich assanieren zu können. Die SPÖ-Fraktion ist jedoch gerne bereit, alles zu unternehmen, um endlich einmal die dort gezwungenermaßen noch wohnende und arbeitende Bevölkerung besser unterzubringen.

GR. Ing. Hofmann stellt im Schlußwort fest, daß die beiden Debattenredner zustimmend zum Antrag Stellung genommen haben, Gemeinderat Dr. Winter jedoch mit Einschränkungen. Es sei aber kaum verständlich, daß man für ein Gebiet mehr Parkflächen, mehr Grünflächen, das Belassen der denkmalgeschützten Häuser und eine neue Verbauung in einem Atemzug verlangt. Sicherlich wären der Stadtverwaltung neue Gestaltungsmöglichkeiten am liebsten, leider muß sie sich jedoch an die gegebenen Möglichkeiten halten. Heute soll nur über die in der Kompetenz der Gemeinde Wien liegende Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes abgestimmt werden. Im besten Fall kann die Gemeinde Wien dort noch einige Grundstücke kaufen. Der Referent appelliert an den Nationalrat, jene Möglichkeiten zu schaffen, die als gesetzliche Grundlage für die Assanierung von Gebieten dienen können.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien, für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Wiener Gemeinderates und der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen

Über die drei Anträge, betreffend die Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien, der Geschäftsordnung für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Wiener Gemeinderates sowie über die Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen wird unter einem referiert. Berichterstatter ist Stadtrat Sigmund (SPÖ).

./.

Der Referent verweist darauf, daß der heute dem Gemeinderat vorliegende Entwurf einer Novelle zur Geschäftsordnung für den Gemeinderat seine Begründung in der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1962 findet. Durch dieses Gesetz wurde dem österreichischen Gemeinderecht eine neue, definitive Grundlage in unserer Bundesverfassung gegeben. Im Vorjahr hat der Landtag auf Grund dieser Maßnahme des Bundesverfassungsgesetzgebers die Novelle zur Verfassung der Bundeshauptstadt Wien beschlossen und heute ist es unsere Aufgabe, die Geschäftsordnung dieser Änderung anzupassen. Durch den vorliegenden Entwurf und durch die gleichfalls zur Beschlußfassung vorliegenden Änderungen der Ausschußgeschäftsordnung und der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen wird somit die Neuordnung des österreichischen Gemeinderechtes auch für diesen Bereich abgeschlossen.

In erster Linie dient der vorliegende Entwurf somit dazu, die Geschäftsordnung des Gemeinderates jenen Änderungen anzupassen, die bei der Stadtverfassung auf Grund der Novelle des Vorjahres eingetreten sind.

Außer den auf Grund von neuen Gesetzen notwendigen Änderungen wurden dann gleichzeitig auch jene in den Entwurf aufgenommen, die sich auf Grund von Erfahrungen aus der Praxis als zweckdienlich erwiesen haben. Diesen Änderungen liegt das Bestreben zugrunde, die Geschäftsordnung so weit wie möglich zu vereinfachen und sie so lebensnah wie möglich zu gestalten. Es wurde dabei jedoch peinlich auf die Rechte der Mitglieder des Gemeinderates und damit der Fraktionen dieses Hauses geachtet. Selbstverständlich wurden Änderungen auch nur im nötigen Ausmaß vorgeschlagen.

Ein Beispiel zeigt, wie schwer es ist, zufriedenstellende Lösungen zu finden. Es handelt sich hiebei um das Recht der Mitglieder des Gemeinderates auf Akteneinsicht. Dieses Recht soll nunmehr im § 21, Abs. 3 der Geschäftsordnung ausdrücklich verankert werden. Es wird festgehalten, daß jedes Mitglied des Gemeinderates das Recht auf Einsichtnahme in jene Geschäftsstücke hat, die dem Gemeinderat vorliegen. Schwierig war es, die Frage zu beantworten, wann dieses Recht ausgeübt werden darf. Man war aus naheliegenden Gründen bestrebt, den Zeitraum so weit wie möglich zu bemessen, durfte dabei aber die besondere Natur der

./.

Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung nicht außer acht lassen, die es mit Rücksicht auf das Gebot der Raschheit und der Verwaltungsökonomie nicht erlaubt, allzu strenge Zeitpläne aufzustellen.

Es wäre wenig sinnvoll, die Bestimmungen der Geschäftsordnung isoliert zu betrachten. Es ist vielmehr notwendig, die gesamte Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Der Gemeinderat ist eine markante Einrichtung der demokratischen Gemeindeverwaltung. Unter diesem Gesichtspunkt und unter Beachtung der Aufgaben, die durch unsere Verfassung dem Gemeinderat zugewiesen werden, ist der vorliegende Entwurf ausgearbeitet worden.

Bei seinem anschließenden Bericht über den Entwurf der Änderung der Geschäftsordnung für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Wiener Gemeinderates verweist Stadtrat Sigmund auf seine Ausführungen zu der Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat. Hier wie dort geht es nämlich um die Komplettierung der durch die Bundesverfassungsgesetznovelle 1962 bewirkten Reform des österreichischen Gemeinderechtes und um jene Änderungen, die der stilistischen oder terminologischen Anpassung dienen oder nach den Erfahrungen der Praxis angezeigt sind.

Zur Arbeit und zu den Aufgaben der Gemeinderatsausschüsse stellt der Berichterstatter fest: Es sieht einfach aus, wenn darauf hingewiesen wird, unsere Stadtverfassung weise alle Aufgaben, die nicht ausdrücklich in die Zuständigkeit eines bestimmten Organs der Stadtverwaltung fallen, den Gemeinderatsausschüssen zu, und wenn man daran die Schlußfolgerung knüpft, den Gemeinderatsausschüssen stehe nach der Wiener Verfassung die Generalkompetenz zu. Für die Praxis muß man sich aber vor Augen halten, was dies bei einer Großstadtverwaltung nach der Art der Wiener Verwaltung bedeutet. Dann kann man ermessen, wie groß und umfangreich die Tätigkeit ist, die von den Gemeinderatsausschüssen geleistet wird. Die Geschäftsordnung dient dafür als rechtliche Grundlage. Je besser die Geschäftsordnung ist, je lebensnaher sie ist, umso leichter können die Ausschüsse ihren Pflichten nachkommen.

Zum Entwurf über die Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen bemerkt Stadtrat Sigmund: Zum Unterschied von jenen

./.

Änderungen, die sich auf die Geschäftsordnungen des Gemeinderates und der Ausschüsse beziehen, stehen die vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der verfassungsrechtlichen Neuordnung des österreichischen Gemeinderechtes. Dies ist darin begründet, daß die Bezirksvertretungen Einrichtungen sind, die den Gemeinden und damit auch der Stadt Wien bundesverfassungsrechtlich nicht vorgeschrieben sind. Weder bei den Bezirksvertretungen noch beim Bezirksvorsteher handelt es sich um Pflichtorgane der Gemeinde. Es ist somit wohl zulässig, derartige Gemeindeorgane vorzusehen, die Pflicht, eine derartige gesetzliche Regelung zu treffen, besteht jedoch nicht.

Der Wiener Landesgesetzgeber hat somit die Bezirksvertretungen ohne verfassungsgesetzliche Verpflichtung geschaffen, und zwar schon zu einer Zeit, in der die Diskussion über Fragen der innergemeindlichen Dezentralisierung in anderen Städten erst am Anfang stand.

Der vorliegende Entwurf enthält nur einige Punkte, die der stilistischen oder terminologischen Anpassung dienen. Eingriffe in die Rechte der Bezirksvertretung und des Bezirksvorstehers, die nach wie vor die Interessen ihres Bezirkes zu vertreten haben, sind mit den geplanten Änderungen selbstverständlich nicht verbunden.

In vielen Stunden der gemeinsamen Beratung, sagt der Berichterstatter abschließend, hat man in vollem Bewußtsein der großen Verantwortung, die damit verbunden ist, die vorliegende Neufassung und Stilisierung vorzunehmen versucht. Daß dabei trotzdem noch Unterlassungen vorgekommen sind, wird die folgende Debatte sicherlich an den Tag bringen. Der Grund für solche Unterlassungen aber ist lediglich in der Tatsache zu suchen, daß eben nur Menschen an der Arbeit waren, und Menschen sind fehlbar. Der Berichterstatter werde daher für alle Hinweise auf solche Unterlassungen dankbar sein.

GR. Maller (KLS) betont als erster Debattenredner einleitend, daß die drei Vorlagen durchaus eine Verbesserung und Vereinfachung der Geschäftsordnung darstellen. Im folgenden macht er verschiedene Vorschläge und gibt Anregungen zu möglichen Änderungen in den Vorlagen:

./.

Der Redner bedauert, daß mit der neuen Geschäftsordnung vor allem ein Problem leider nicht gelöst wurde, nämlich die verspätete Zustellung von Unterlagen an die Gemeinderäte. Es kommt immer wieder vor, daß umfangreiche Geschäftsstücke und Beilagen den Gemeinderäten erst sehr spät zugänglich gemacht werden. Der Redner erinnert dabei an die gestrige Gemeinderatssitzung, vor der die Mitglieder des Gemeinderates nur fünf Tage Zeit gehabt hatten, sich mit der komplizierten und umfangreichen Materie eingehend zu beschäftigen. Auch zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung, deren Unterlagenmaterial 2 ½ Kilogramm wiegt, war kaum eine Woche Zeit. Es bestünde durchaus die Möglichkeit, die Unterlagen rechtzeitig zu versenden. Aber gerade darum geht es, denn dieses "rechtzeitig" steht im § 1, Abs. 3 der Geschäftsordnung. Das ist jedoch ein sehr dehnbarer Begriff. Statt dessen wäre es besser, den Termin mit 14 Tagen zu bemessen. Eine solche Bestimmung wäre ein großer Schritt weiter zur Demokratisierung der Arbeit im Wiener Gemeinderat.

Zur Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen sagt der Redner, die Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Bedeutung der Bezirksvertretungen als wichtige demokratische Einrichtung der Stadtverwaltung gehoben werden sollte. Der Gemeinderat müßte alles tun, um den Bezirksräten die ehrenamtliche Tätigkeit zu erleichtern. Man muß dabei bedenken, daß die meisten Bezirksräte ja einen Beruf ausüben.

Zu diesem Geschäftsstück macht GR. Maller folgende Vorschläge: Die Sitzungen der Bezirksvertretungen müßten nicht nur alle Vierteljahre einmal zwingend vorgeschrieben sein, sondern alle zwei Monate. Die Einladungen und Tagesordnungen für diese Sitzungen sollten bereits eine Woche vorher in den Händen der Bezirksräte sein. Zu diesem Punkt stellt GR. Maller den Antrag, die Bezirksvorsteher sollen verpflichtet werden, die Einladungen und die detaillierten Tagesordnungen mindestens eine Woche vor der Sitzung der Bezirksvertretungszustellen zu lassen.

Ferner sei nicht einzusehen, warum bei den Sitzungen der Bezirksvertretungen keine Deputationen zugelassen werden. Ebenso unverständlich sei es, warum bei Stimmengleichheit nicht die Stimme des Vorsitzenden entscheide. Schließlich sollten die Bezirksvorsteher auch verpflichtet werden, die Bezirksvertretungen über wichtige Ereignisse im Bezirk zu informieren und den Bezirksräten die Möglichkeit zu geben, darüber zu diskutieren.

./.

Als Mangel empfinden wir auch, daß den einzelnen Fraktionen in den Bezirksvertretungen keine Abschriften des Protokolls ausgefolgt werden.

Der Redner bedauert auch die Einengung der Kompetenzen der Bezirksvertretungen, die früher jährlich Vorschläge für besondere Bedürfnisse des Bezirkes an den Bürgermeister einsenden konnten.

Im übrigen werde die KLS-Fraktion dem Geschäftsstück zustimmen.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) anerkennt, daß die neue Geschäftsordnung einige Verbesserungen bringt. Er stellt einen Zusatzantrag, daß auch die Abänderungsanträge vor dem Referentenantrag abgestimmt werden.

Erfreulich ist das Recht jedes Gemeinderates, Akteneinsicht in die Geschäftsstücke für den Gemeinderat nehmen zu können. Leider ist keine Einsicht bei den vielen Dienststücken möglich, die in den Gemeinderatsausschüssen erledigt werden. Dort haben nur die Ausschußmitglieder das Einsichtrecht.

Der Redner bedauert es auch, daß die Frage der Fragestunde nicht erledigt worden ist. Die Fragestunde würde sicher das Interesse an der Kommunalpolitik in der Öffentlichkeit steigern.

Die FPÖ-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Gemeinderat Dr. Habl (ÖVP) unterstreicht die Notwendigkeit der Überarbeitung und Prüfung der alten Geschäftsordnung, ob sie auch der allgemeinen Praxis und dem heutigen Sprachgebrauch entspricht. Viel Arbeit, Mühe und Zeitaufwand war für die Bearbeitung notwendig. Deshalb wolle er allen Beteiligten, vornehmlich den Bediensteten, den gebührenden Dank aussprechen.

Die Verfassungsbestimmungen und auch die Praxis haben uns genötigt, die Geschäftsordnung zu überarbeiten. Auch einige Bestimmungen aus der Gemeindewahlordnung mußten in die Geschäftsordnung eingebaut werden.

In den Bestimmungen über die Einberufung des Gemeinderates heißt es: "Er kann sich nur auf Einberufung des Bürgermeisters ... versammeln." Man könnte hier an eine Einberufung zum Militär denken und annehmen, daß der Gemeinderat nur zusammentreten kann, wenn der Bürgermeister einberufen ist. Ich stelle daher den Abänderungs-

./.

antrag, anstelle von "auf Einberufung des Bürgermeisters" zu setzen "auf Einberufung durch den Bürgermeister".

Es gab eine Anzahl von Formulierungen, die offensichtlich nicht das wiedergeben, was die Formulierer bezweckt haben. Auch diese sprachlichen Dinge konnten in Ordnung gebracht werden. Es wurden auch Änderungsvorschläge der ÖVP berücksichtigt.

Wir haben niemals auf die Einführung der Fragestunde verzichtet, aber unsere Vorschläge haben nicht die Billigung gefunden. In der Fragestunde könnten viele Angelegenheiten öffentlich behandelt werden.

Es trägt sicherlich zur Demokratisierung der Verwaltung bei, wenn man den Bezirksvertretungen möglichst viele konkrete Aufgaben zuweist. Wir waren auch dafür, die Bezirksvertretungen tunlichst aufzuwerten.

Es ist notwendig, eine gute Geschäftsordnung zu haben, die den Ablauf der Geschäfte ordnet aber nicht behindert. Das war auch der Grundsatz bei den Beratungen.

Wir hoffen, daß die Vorschläge, die gemacht wurden, der Verbesserung und nicht der "Verböserung" gedient haben. In diesem Sinne wird die ÖVP-Fraktion den Entwürfen wie auch den Abänderungen und Zusatzanträgen die Zustimmung geben.

Gemeinderat Dr. Bohmann (SPÖ): Die Verhandlungen über die Geschäftsordnung des Gemeinderates haben monatelang gedauert. Die vorliegenden Entwürfe sind das Ergebnis übereinstimmender Beschlüsse. Die sozialistische Fraktion begrüßt die Abänderung der Geschäftsordnung, die ein echtes Stück Rechtsentwicklung bildet.

Wir hätten nichts gegen das Institut der Fragestunde, das der Demokratisierung dienen könnte, wir haben nur Bedenken gegen die Einführung in einer rein verwaltenden Körperschaft. Wir halten sie unvereinbar mit der Geheimhaltung, der die gesamte Verwaltung unterworfen ist. Ein Parlament ist eine gesetzgebende Körperschaft, die mit einer rein verwaltenden Stelle nicht verglichen werden kann.

Ich traue es der Intelligenz der Gemeinderäte zu, zu erkennen, daß nicht die Einberufung des Bürgermeisters zum Militär gemeint ist.

In der Änderung der Geschäftsordnung haben wir die Führung des Vorsitzes vor der Konstituierung des Gemeinderates geregelt, wofür es bisher keine Bestimmung gab. ./.

Es ist zu begrüßen, daß die dringlichen Anfragen nunmehr in einem eigenen Paragraphen geregelt sind.

Es ist auch eine gute Sache, die Behandlung von Anträgen zu terminisieren. Ebenso ist zu begrüßen, daß die Akteneinsicht durch die Gemeinderäte jetzt in der Geschäftsordnung selbst verankert ist.

In der alten Geschäftsordnung waren die Befangenheitsgründe nicht vollständig angeführt. Jetzt gibt es eine klare und umfassende Regelung, wann jemand in einer Sache als befangen angesehen werden muß. Außerdem wurden wichtige sprachliche Verbesserungen des Textes durchgeführt.

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Sigmund fest, daß bei den Beratungen die Begriffe "rechtzeitig" und "wichtig" Schwierigkeiten bereitet haben. Es ließen sich aber weder bessere Ausdrücke, noch eindeutige Umschreibungen finden, was "rechtzeitig" und "wichtig" ist, so daß die Entscheidung darüber in vielen Fällen weiterhin von der Einsicht des Verantwortlichen abhängt.

Stadtrat Sigmund verwahrt sich entschieden dagegen, die Tätigkeit der Bezirksvertreter dadurch herabzusetzen, daß man immer wieder sagt, sie hätten keine Aufgaben. Das stimmt nicht. Viele Entscheidungen gehen auf die Initiative der Bezirksräte zurück, angefangen von Verleihungen der Staatsbürgerschaft bis zu wichtigen kommunalpolitischen Angelegenheiten. Bei allen Angelobungen von Bezirksräten wird darauf hingewiesen, daß die Arbeit der Bezirksräte von grundlegender Bedeutung ist, denn der Bezirksrat steht in unmittelbarstem Kontakt mit der Bevölkerung und ihren Alltagssorgen.

Der Wunsch nach einem eigenen Budget für die Bezirke ist verständlich. Aber auch die straff geführte Zentralverwaltung und die volle Budgethoheit des Gemeinderates haben etwas für sich.

Nicht denkbar ist es, daß Bezirksvertretungen während ihrer Sitzungen Deputationen empfangen und anhören, da dies auch bei anderen Körperschaften unmöglich ist.

Der Berichterstatter erklärte, er sehe sich in der angenehmen Lage, sämtlichen zu diesem Punkt vorgelegten Zusatz- und Abänderungsanträgen zustimmen zu können. Er empfahl, den Zusatzantrag von Gemeinderat Maller dem Gemeinderatsausschuß XI zuzuweisen und die Anträge von Dr. Habl und Dr. Schmidt gleich zur Abstimmung zu bringen und anzunehmen.

./.

Bei der darauffolgenden Abstimmung wurde der Abänderungsantrag von Dr. Hobl (ÖVP) einstimmig angenommen. Die Magistratsanträge, betreffend die Änderung der Geschäftsordnungen für den Gemeinderat, die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Wiener Gemeinderates und der Bezirksvertretungen wurden einstimmig angenommen.

Ebenso einstimmige Billigung fand der Zusatzantrag von Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) zu dem Entwurf über die Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat.

Instandsetzung des Schuberthauses

Gemeinderat Karoline Pluskal (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Instandsetzung des Gebäudes 9, Nußdorfer Straße 54, den Geburtshaus Schuberts. Diese Restaurierung kann nun nach der Absiedlung von fünf Wohnparteien erfolgen. Sie wird einen Betrag von 2,450.000 Schilling erfordern, von denen eine erste Baurate in Höhe von 500.000 Schilling bereits heuer flüssig gemacht werden soll. Das Alt-Wiener-Bürgerhaus wurde in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts errichtet und am Ende des 18. Jahrhunderts umgebaut. Im ersten Stockwerk des Gebäudes wurde Franz Schubert am 31. Jänner 1797 geboren. Das Haus wurde von der Stadt Wien 1908 gekauft, und seit 1912 ist dort das Schubert-Museum untergebracht.

Zu Beginn des Jahres 1968 soll das Schuberthaus in neuen Glanz wiedereröffnet werden. Um die Lücke zu schließen, die während der Schließung entsteht, wird ab März im Historischen Museum eine Schubert-Ausstellung gezeigt werden. Diese Ausstellung wird weit umfangreicher sein als jene im Schuberthaus, da auch private Leihgaben gezeigt werden sollen.

Gemeinderat Eleonora Hiltl (ÖVP) begrüßt die Renovierung des Schubert-Geburtshauses, bedauert jedoch, daß dieses kulturhistorisch so wertvolle Gebäude gerade zur Feier des 170. Geburtstages von Franz Schubert, am 31. Jänner 1967, nicht zugänglich sein wird. Es sei eine Verpflichtung der Stadt Wien, dieses großen Komponisten anläßlich des Jahrestages seiner Geburt zu gedenken.

Bei der Renovierung des Gebäudes müßte man darauf achten, daß diese Gedenkstätte zu einen wirklichen musikalischen Heiligtum gestaltet wird.

./.

Man müßte überlegen, ob man nicht vielleicht durch das Entfernen einer Wand einen kleinen Raum schaffen könnte, in dem vor fünfzig bis achtzig Personen sogenannte Schubertiaden veranstaltet werden könnten. Vielleicht könnte man solche Konzerte auch bei Kerzenlicht abhalten.

GR. Karoline Pluskal verweist im Schlußwort nochmals darauf, daß als Ersatz für das geschlossene Schuberthaus eine Schubertausstellung im Historischen Museum gezeigt werden wird. Es ist auch daran gedacht, im kommenden Jahr erstmals einen Schubert-Wettbewerb im Hinblick auf den Geburtstag des Komponisten zu veranstalten.

Bei der Restaurierung handelt es sich in erster Linie um eine Wiederherstellung des ursprünglichen Bauzustandes. Es soll damit eine der wichtigsten Gedenkstätten erhalten bleiben. Die Grundlage für die Instandsetzung bilden die vorhandenen alten Pläne und Stiche. Veränderungen, die erst später vorgenommen wurden, sollen weggenommen werden.

Die Anregung von GR. Hiltl sollte man weitergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Bürgermeister Marek, schließt die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Ehrenring der Stadt Wien für Professor Gusinde

19. November (RK) Der Wiener Gemeinderat hat dem Univ.-Prof. Dr. Martin Gusinde anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Würdigung seiner außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen den Ehrenring der Stadt Wien verliehen. Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung des Ehrenringes durch Bürgermeister Bruno Marek wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

\- - -

## Wiener Gemeinderat dankt dem scheidenden Leiter der Friedhofsverwaltung

19. November (RK) Der Wiener Gemeinderat hat dem Leiter der Magistratsabteilung 43 - Friedhöfe - Senatsrat Ing. Eduard Adametz anläßlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand in Würdigung seiner außerordentlichen Dienstleistung Dank und besondere Anerkennung ausgesprochen.

\- - -

## Oktober - Rekordmonat der Zentralsparkasse

### Großer Erfolg des Weltspartages schlug sich zu Buche

19. November (RK) Aus dem Monatsbericht der Zentralsparkasse für den Monat Oktober geht hervor, daß sich die Spareinlagen bei diesem Institut überaus positiv entwickelt haben. Maßgeblich zu diesem Erfolg hat der Weltspartag beigetragen, der heuer ein neues Rekordergebnis brachte.

Der Spareinlagenzuwachs bei der Zentralsparkasse betrug im Oktober 244,9 Millionen Schilling, das ist der höchste monatliche Zuwachs in diesem Geschäftsjahr. Dadurch sind die Spareinlagen bei diesem Institut auf insgesamt 8.537,8 Millionen Schilling angewachsen.

Die Spargelder, die die "Z" verwaltet, haben sich damit seit Jahresbeginn um 837,6 Millionen Schilling erhöht, das sind um 90,6 Millionen Schilling mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.

\- - -

## Joseph Glanz zum Gedenken

19. November (RK) Auf den 22. November fällt der 100. Todestag des Ziseleurs und Medailleurs Joseph Glanz.

Er wurde am 3. Jänner 1795 in Lemberg geboren, arbeitete als Ziseleur für die königliche Eisengießerei in Berlin und stellte dort seit 1824 in der Akademie Eisengüsse aus. 1831 gründete er in Wien eine Eisengießerei. 1838 ging er zum Bronzeguß über. Joseph Glanz, der auch für den kaiserlichen Hof tätig war, schuf Porträtbüsten von Franz I. und seiner Familie sowie vom Grafen Stadion und Medaillen auf den Herzog von Reichsstadt.

\- - -

## Biberhaufensiedlung bekommt amtliche Namen

19. November (RK) Im Siedlungsgebiet des Biberhaufens im 22. Bezirk sind manche Verkehrsflächen wohl vom Volksmund benannt, jedoch bisher nicht amtlich bezeichnet worden. Einem Beschluß des Gemeinderatsausschusses für Kultur zufolge, werden nunmehr für das Gebiet um den Biberhaufen folgende Namen ins amtliche Straßenverzeichnis aufgenommen:

Kanalstraße unter Einbeziehung der Neuen Kanalstraße als Kanalstraße, Zillbauerplatz, Weichselweg, Kürassierweg, Rügenau, Schilfweg, wobei jener Teil, der auch Untere Mühlwasserstraße bezeichnet wurde, in die Benennung Schilfweg einbezogen wird, Hermelinweg, Pionierweg, Grenadierweg, Muratweg, Verbandsweg, Waldviertlerweg, Gründungsweg, Pachtweg, Schillwasserweg.

Bei den folgenden Verkehrsflächen wird die bisherige nichtamtliche Bezeichnung durch eine andere amtliche Benennung ersetzt: Akazienweg - Otterweg; Tulpenweg - Tulipanenweg; Hableweg - Musketierweg; Flickerweg - Erlenweg; Rudolf Pfitzner-Weg - Rohrweihenweg; Kirschenallee - Reiherweg; Engelmannweg - Dragonerweg; Klausenbergerweg - Seeadlerweg; Nelkenweg - Pfeilkrautweg; Schönbergerweg - Husarenweg; Franzosenweg - Ulanenweg; Max Schädler-Weg - Auhirschenweg; Gröllgrund - Milanweg; Holowskyweg - Korbweidenweg.

Neu zu benennen waren zwei Verkehrsflächen südlich des Otterweges (bisher Akazienweg): sie werden Wieselweg und Zieselweg benannt. Eine kleine Sackgasse, die vom Zillbauerplatz in Richtung Südosten führt - Zillbauerweg. Eine Verkehrsfläche, die vom Naufahrtweg zum Schilfweg, und zwar östlich des Schierlinggrundes führt - Rallenweg.

\- - -

## Renovierung des Simmeringer Amtshauses beendet

19. November (RK) Kommenden Dienstag, den 22. November, findet im Großen Saal der Bezirksvorstehung, 11, Enkplatz 2 (Halbstock), die Eröffnungsfeier des von Grund auf renovierten Simmeringer Amtshauses statt. Bürgermeister Bruno Marek wird die Festrede halten, Bezirksvorsteher Wilhelm Weber die Gäste begrüßen. Nach dem musikalischen Teil der Eröffnungsfeier werden die renovierten Räume des Amtshauses besichtigt und die Sonderschau "Simmeringer Künstler stellen aus" im Heimatmuseum besucht.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Eröffnungsfeier zu entsenden.

\- - -

## Wiener Tankfahrzeuge für Wasserversorgung von Florenz

19. November (RK) Das italienische Rote Kreuz hat sich gestern an das Wiener Rote Kreuz mit der Bitte um Entsendung von Wassertankfahrzeugen gewandt. Die Situation ist die, daß gegenwärtig Wasseraufbereitungsfahrzeuge des Wiener Roten Kreuzes ein großes Krankenhaus in Florenz mit Trinkwasser versorgen, wobei sie bisher von Tankwagen der Freiwilligen Feuerwehr Graz unterstützt wurden. Da die Grazer bereits seit zwei Wochen ununterbrochen im Einsatz stehen, müssen sie zu diesem Wochenende ihre Tätigkeit einstellen und nach Österreich zurückkehren.

Das Wiener Rote Kreuz wandte sich deshalb gestern spät abends an die Wiener Stadtverwaltung, um Ersatz für die ausfallenden Tankwagen zu erhalten. Nach Rücksprache mit Bürgermeister Marek hat Stadtrat Pfoch, dem auch der städtische Fuhrpark untersteht, zwei Tankwagen mit je 5000 Liter Fassungsraum fahrbereit machen lassen, die heute, Samstag, früh die Fahrt nach Italien angetreten haben.

\- - -

## Studienfahrt der Linzer Volkshochschule nach Wien

19. November (RK) Heute früh trafen 28 Hörer der Linzer Volkshochschule in Wien ein. Es handelt sich um Teilnehmer an der 15. Studienfahrt dieser Volkshochschule, die aus Anlaß dieses kleinen Jubiläums in die Bundeshauptstadt führte. In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek empfing Gemeinderat Diplom-Volkswirt Karoline Pluskal die Gäste im Roten Salon des Wiener Rathauses und gab ihrer Freude über diesen Besuch Ausdruck. Sie unterstrich die engen Beziehungen der Linzer zur Wiener Volksbildung und die erfolgreiche Tätigkeit der Linzer Volkshochschule, die pro Semester mehr als 10.000 Hörer betreut.

Der Geschäftsführer der Volkshochschule Linz, Amtsrat Hans Kainz - ein Großneffe des berühmten Schauspielers Josef Kainz -, dankte im Namen der Teilnehmer an der Studienfahrt für die Gastfreundschaft der Stadt Wien und die Bildbände, die den Gästen zur Erinnerung an ihren Wien-Besuch überreicht wurden.

\- - -

Ab Freitag, 25. November:

## Förderungspreisträger der Stadt Wien stellen aus

### Arbeiten von Rudolf Schönwald und Rudolf Schwaiger im Kulturamt

19. November (RK) Am Freitag, dem 25. November, um 10.30 Uhr, wird im Schauraum des Kulturamtes der Stadt Wien, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, eine Ausstellung mit Werken des Graphikers Rudolf Schönwald und des akademischen Bildhauers Rudolf Schwaiger eröffnet. Die beiden Künstler erhielten kürzlich die Förderungspreise der Stadt Wien 1966, was ihrer gemeinsamen Exposition eine besondere Aktualität verleiht.

Rudolf Schönwald ist durch seine graphischen Illustrationen zu Werken der Weltliteratur im In- und Ausland bekannt geworden und hat für seine Arbeiten schon mehrere Preise erhalten. In seinen Zeichnungen herrscht das Visionäre, Spukhafte und Hintergründige vor. Blätter von Schönwald befinden sich im Besitz der Albertina, des Unterrichtsministeriums, des Kulturamtes der Stadt Wien sowie von privaten Sammlern zahlreicher Länder.

Der akademische Bildhauer Rudolf Schwaiger ist Wotruba-Schüler und vor allem als Stein- und Holzbildhauer bekannt geworden. Seine Werke zeichnen sich durch gewisse Anklänge an die Folklore seiner oberösterreichischen Heimat aus. Schwaiger erhielt auch von der Stadt Wien eine Reihe von größeren Aufträgen und gilt auch als hervorragender Kleinplastiker. Er ist wiederholt in Ausstellungen der "Secession", deren Mitglied er ist, in Erscheinung getreten.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur Eröffnung der Ausstellung "Rudolf Schönwald - Rudolf Schwaiger" am Freitag, dem 25. November, um 10.30 Uhr im Ausstellungsraum des Kulturamtes, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

## Einsatztrupp der Wiener Feuerwehr aus Kärnten zurück

19. November (RK) Der aus 22 Mann bestehende Hilfstrupp der Wiener Feuerwehr, der sofort nach Bekanntwerden der neuerlichen Hochwasserkatastrophen am Abend des 6. November nach Kärnten entsandt worden war, ist nach elftägigem, fast pausenlosem Einsatz gestern nachmittag wieder nach Wien zurückgekehrt. Dem Hilfszug standen zwei Rüstfahrzeuge, zwei Lastkraftwagen und ein Kommandofahrzeug mit Funksprecheinrichtung zur Verfügung. Zunächst wurde die Gruppe nach Dellach im Drautal beordert, wo sie die vermurten Bachbetten räumte, Hausratbergungen durchführte und aus Wohnungen und Kellern große Schlammassen auspumpte. Als das Hochwasser die Stadt Villach erreichte, wurde ein Teil der Einsatzgruppe dorthin entsandt. Die Mannschaft hat am 17. November um 0.30 Uhr ihre Arbeit beendet. Die Männer wechselten sich bei ihrer Tätigkeit Tag und Nacht ab, so daß die Geräte nahezu ununterbrochen im Einsatz stehen konnten.

Außerdem wurde ein Sonderfahrzeug mit drei Feuerwehrmännern, die Taucherausrüstungen mit sich führten, nach Sillian in Osttirol entsandt. Dieser Taucher-Mannschaft oblag hauptsächlich die Bergung von Tierkadavern und verschiedenen Objekten, die noch unter Wasser lagen. Die Tauchergruppe ist schon am 12. November wieder eingerückt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Geehrte Redaktion!

Auf Einladung des "Presseclub Concordia" werden am Montag, dem 28. November, um 13.30 Uhr, der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik und der Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, in den Räumen des Clubs, 1, Bankgasse 8, den in- und ausländischen Journalisten Einzelheiten über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1967 mitteilen. Anschließend Diskussion.

Sie sind herzlich eingeladen, an dieser Pressekonferenz teilzunehmen.

- - -

## 65. Geburtstag von Vinzenz Oberhammer

21. November (RK) Am 23. November vollendet der Kunsthistoriker Univ. Prof. Dr. Vinzenz Oberhammer das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Innsbruck geboren, wo er die Fachstudien absolvierte. 1928 trat er in den öffentlichen Dienst und war zuerst am Tiroler Volkskundemuseum tätig. Dann arbeitete er als Assistent des Instituts für Kunstgeschichte an der Innsbrucker Universität. 1936 erfolgte seine Habilitierung. Von 1938 bis 1954 war er Kustos am Museum Ferdinandeum, um dessen Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg er sich verdienstvoll bemühte. Seit 1955 ist er erster Direktor des Kunsthistorischen Museums in Wien. Oberhammer ist auch als wissenschaftlicher Autor hervorgetreten. Zu seinen bekanntesten Publikationen gehören "Die Bronzestandbilder des Maximiliangrabes in der Hofkirche zu Innsbruck", "Der Altar von Schloß Tirol" und das zweibändige Werk "Die Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums in Wien".

\- - -

## "Schaffnerloser" auch am Montag

+ 21. November (RK) Nun werden auch an Montagen in den verkehrsschwächeren Stunden des Vormittags und des frühen Nachmittags auf den Linien $E_2$ und $H_2$ schaffnerlose Beiwagen eingesetzt. Ab 7.50 Uhr früh bis 15.10 Uhr nachmittag werden die mittleren Waggons der Dreierzüge beider Linien ohne Schaffner geführt. Diese Waggons sind so wie die Vorderseite des Triebwagens mit einer blauen Tafel gekennzeichnet. Fahrgäste ohne Zeitkarten, die in dieser Zeit die Linie $E_2$ oder $H_2$ benützen, werden gebeten, diese Montag-Neuerung zu beachten und ihre Wochenkarten oder Fahrscheine in den mit Schaffnern besetzten Wagen markieren zu lassen.

\- - -

## Eichung und Nacheichung 1967

21. November (RK) Um Beanstandungen der Handels- und Gewerbetreibenden wegen Nichtbeachtung der Eichvorschriften zu vermeiden, bringt das Marktamt der Stadt Wien die gesetzlichen Bestimmungen in Erinnerung.

Eichpflichtig sind alle Meßgeräte, deren Richtigkeit durch ein rechtlich geschütztes Interesse gefordert wird.

Im öffentlichen Verkehr, das heißt im Geschäftsverkehr der Gewerbetreibenden, im Handelsverkehr von Vereinen und Genossenschaften, auch wenn sich dieser nur auf Mitglieder beschränkt, im geschäftlichen Verkehr von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben und Personen, die aus der Landwirtschaft einen Erwerb ziehen, und im Betrieb von Beförderungsunternehmungen zur Bestimmung der Fracht und Beförderungsgebühr unterliegen der Eichpflicht:

alle Maße, Meßwerkzeuge, Waagen, Gewichtsstücke, Wägemaschinen und Betriebsstoffmeßvorrichtungen (Zapfsäulen); Fässer und Korbflaschen bei der Füllung, in oder samt denen alkoholische Getränke, Most oder Essig verkauft werden, weiter in oder samt denen andere Flüssigkeiten nach dem Volumen verkauft werden; Personenwaagen, die von Ärzten und anderen mit der Gesundheitspflege beschäftigten Personen, ferner in Apotheken, Krankenanstalten und in Bädern (ausgenommen in Saisonbädern), auf Sportfeldern usw. verwendet oder bereitgehalten werden; Fieberthermometer, graduierte medizinische Spritzen, Druckanzeiger der Blutdruckmeßgeräte usw., die angeboten, verkauft oder beruflich verwendet werden.

Maße, Meßwerkzeuge, Waagen, Gewichtsstücke, Wägemaschinen und Betriebsstoffmeßvorrichtungen (Zapfsäulen), Fässer und Korbflaschen bei der Füllung, in oder samt denen alkoholische Getränke, Most oder Essig verkauft werden, weiter in oder samt denen andere Flüssigkeiten nach dem Volumen verkauft werden, alle diese Meßgeräte unterliegen der Eichpflicht auch dann, wenn sie zwar nicht für den An- und Verkauf, wohl aber zur Überprüfung von Lieferungen, zur Bestimmung des Arbeitslohnes,

./.

zur Kontrolle von Arbeitsleistungen und zur Messung von Sachentschädigungen verwendet oder bereitgehalten werden.

Wer ein eichpflichtiges Meßgerät verwendet oder bereithält, ist dafür verantwortlich, daß es geeicht ist. Bereitgehalten ist ein Meßgerät dann, wenn die äußeren Umstände erkennen lassen, daß es ohne besondere Vorbereitung in Gebrauch genommen werden kann. (Verwendungsfähige, aber nicht benützte überzählige Waagen in Verkaufslokalen!)

Der Nacheichung unterliegen alle eichpflichtigen Gegenstände mit Ausnahme von Meßgeräten, die nur aus Glas bestehen, Flüssigkeitsmaße aus Porzellan oder Steingut.

Die Nacheichfrist beträgt grundsätzlich zwei Jahre (auch bei Waagen über 3.000 Kilogramm), bei Fässern mit Ausnahme von Bierfässern drei Jahre. Es ist daher für alle Waagen, Gewichtsstücke, Milchgefäße mit Meßstab und Milchkannen, sämtliche Flüssigkeitsmaße (außer solchen aus Porzellan oder Steingut, jedoch einschließlich der Petroleum-Meßapparate), die mit einem, Ende des Jahres ungültig werdenden Eichstempel 1964 oder mit einem früheren versehen sind, die sofortige Nacheichpflicht gegeben. Ab 1. Jänner 1967 dürfen die genannten Meßgeräte somit nur dann im öffentlichen Verkehr verwendet werden, wenn sie einen Eichstempel 1965 oder später tragen; die mit einem Eichstempel 1965 versehenen sind im Laufe des Jahres 1967 nacheichen zu lassen. Meßgeräte, die eine Beschädigung aufweisen, sind trotz gültigen Eichstempels nach Behebung des Schadens neuerlich nachzueichen.

Alle in Verwendung stehenden Flaschen und Schankgefäße haben den Vorschriften des Maß- und Eichgesetzes zu entsprechen.

Die Meßgeräte sind zur eichamtlichen Überprüfung in Wien dem Eichamt, 9, Nußdorfer Straße 90, zu übergeben. Feststehende oder schwer transportierbare Eichobjekte können nach Anmeldung beim Eichamt auf ihrem Verwendungsplatz nachgeeicht werden.

Mit Beginn des Jahres 1967 wird das Marktamt wieder mit einer allgemeinen maß- und gewichtspolizeilichen Kontrolle einsetzen. Selbstverständlich wird außerdem jederzeit im Rahmen der marktamtlichen Geschäftsrevision auch die Einhaltung der eichpolizeilichen Vorschriften überwacht.

\- - -

## Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft der Wiener Spitalsverwalter

### 7. Informationstag am kommenden Donnerstag

21. November (RK) Die Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien begeht heuer den 10. Jahrestag ihres Bestandes. Zu diesem Anlaß findet im Rahmen des 7. Informationstages der Arbeitsgemeinschaft am kommenden Donnerstag, dem 24. November, auch eine Feierstunde statt.

Der 7. Informationstag wird um 8.30 Uhr im großen Festsaal des Allgemeinen Krankenhauses, 9, Alser Straße 4, eröffnet. Dabei werden Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück, der Leiter des Anstaltenamtes der Stadt Wien, Senatsrat Dr. Franz Widmayer, Verwaltungsdirektor Rudolf Tornar für die Arbeitsgemeinschaften der Verwaltungsleiter der öffentlichen Krankenanstalten Österreichs, und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Robert Weisz, sprechen. Oberamtsrat Otto Klampfel wird anläßlich des Jubiläums einen Rückblick auf die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft geben.

Anschließend sprechen Dipl.-Architekt Prof. Ferdinand Riedl (9.15 Uhr) und Gemeinderat Dozent Dr. Alfred Gisel (11 Uhr). Architekt Riedl wird sich mit "Grundlagen des modernen Krankenhausbaues", Dozent Dr. Gisel mit "Gedanken zur Reform der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten" befassen.

Nach einem Empfang, den Bürgermeister Bruno Marek zu Mittag für die Tagungsteilnehmer im Wiener Rathauskeller gibt, wird der 7. Informationstag mit einem gemeinsamen Besuch der "Internationalen Fachausstellung für Arzt- und Spitalsbedarf" im Wiener Künstlerhaus beendet.

\- - -

## Karl Honay zum Gedenken

21. November (RK) Am 22. November wäre Vizebürgermeister Karl Honay 75 Jahre alt geworden.

Er wurde in Wien geboren, erlernte das Feinmechanikergewerbe und kam schon als Lehrling mit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Berührung. Auf Veranlassung Viktor Adlers wurde er in die Wiener Arbeiterkrankenkasse geholt, wo er im Referat für Sozialpolitik und Jugendschutz tätig war. Während des ersten Weltkrieges leitete er den Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend und redigierte deren Zeitschrift. Als die sozialdemokratische Partei nach dem Zusammenbruch der Monarchie die Führung im Wiener Rathaus übernahm, wurde Honay mit der Organisation des kommunalpolitischen Büros und des Pressedienstes der Stadt Wien betraut. Bis 1932 leitete er das Sektretariat des Klubs der sozialdemokratischen Wiener Gemeinderäte. Gleichzeitig war er Sekretär des Österreichischen Städtebundes und Redakteur der Österreichischen Gemeindezeitung. Bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1932 wurde Honay vom 16. Bezirk in den Wiener Gemeinderat entsendet und von diesem zum Amtsführenden Stadtrat für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten gewählt. Im September 1933 trat er die Nachfolge Prof. Dr. Tandlers als Leiter des städtischen Wohlfahrts- und Gesundheitswesens an und verblieb in dieser Funktion bis zum 12. Februar 1934. Zwischen 1934 und 1945 arbeitete er im Versicherungsgewerbe. Bei Ausbruch des Krieges wurde er im KZ Buchenwald, 1944 im KZ Dachau interniert. Nach der Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes wurde Karl Honay als führender österreichischer Kommunalpolitiker und als hervorragender Kenner der Wiener Kommunalverwaltung wieder in das Rathaus entsandt. Als Finanzreferent konnte er den Finanzdienst der Stadt Wien innerhalb kurzer Zeit neu organisieren und neue Einnahmequellen erschließen. 1947 wurde er zum Vizebürgermeister gewählt und übernahm gleichzeitig das Personalreferat. Seit 1949 wirkte er als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen und führte in dieser Funktion eine Reihe von grundlegender Reformen in der Jugend- und Altersfürsorge durch. In Würdigung seiner besonderen Leistungen für die Wiener Bevölkerung wurde er zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Am 5. Juni 1959 ist er nach kurzer Krankheit im 68. Lebensjahr gestorben. Er wurde in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof bestattet. Mit ihm ist der letzte Wiener Kommunalpolitiker aus der Zeit der Ersten Republik dahingegangen.

\- - -

## Erfolgreicher Probelauf des ersten Wiener Schiliftes

21. November (RK) Am Samstag wurde der rund 400 Meter lange Schlepplift auf der Hohen Wand-Wiese in Mauerbach - der bisher erste und einzige Schilift Wiens - von der bauausführenden Firma offiziell an die Vertreter der Sportstelle der Stadt Wien übergeben. Bei dieser Gelegenheit gab es auch den ersten Probelauf der Anlage, der zur vollen Zufriedenheit verlief. Der Schlepplift kann pro Stunde rund 720 Personen befördern; er überwindet einen Höhenunterschied von 102 Meter. Die Hohe Wand-Wiese ist also bereit, den Wiener Schisportlern Winterfreuden in heimatlichen Gefilden zu bereiten.

Vorläufig ist die Piste allerdings noch nicht befahrbar. Es wird nämlich noch an der Installation der Flutlichtanlage gearbeitet, die in absehbarer Zeit den Schihaserln und -kanonen auch nach Einbrechen der Dunkelheit die Benützung der Hohen Wand-Wiese ermöglichen wird. Vor allem die berufstätigen Schisportler werden es zu schätzen wissen, daß sie durch diese Flutlichtanlage auch nach Feierabend in die Lage versetzt werden, noch ein paar Stunden ihre Bretteln auszuführen. In etwa 14 Tagen werden die Masten aufgestellt und die Leitungen verlegt sein - und dann sind nur noch ein paar Minusgrade notwendig, um dem Wiener Schizentrum Hohe Wand-Wiese zu seiner Premiere zu verhelfen.

\- - -

## Kürzere Intervalle auf der Mariahilfer Straße

21. November (RK) Trotz vieler Schwierigkeiten ist es der Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe gelungen, den Wünschen nach einer Verbesserung des Verkehrs auf der Mariahilfer Straße entgegen zu kommen. Ab heute, 21. November, wird von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.20 bis 16.10 Uhr das Intervall der Züge der Linie 52 von acht auf sechs Minuten herabgesetzt. In den Zeiten der Verkehrsspitzen wird dieses Intervall noch weiter verkürzt. Da auch die Linie 58 in diesem Zeitraum ein Intervall von sechs Minuten hat, kann nun tagsüber auf der Mariahilfer Straße mit einer theoretischen Zugsfolge von drei Minuten gerechnet werden.

\- - -

## Graben-Einbahn und Kärntner Straßen-Halteverbot

### "Das große Experiment" dauert drei Monate

21. November (RK) Wie schon wiederholt berichtet, wird am 23. November der Graben Einbahn. Zur Erläuterung dieser und einiger anderer Verkehrsmaßnahmen, die in der nächsten Zeit in der Inneren Stadt durchgeführt werden sollen, fand heute im Felder-Haus eine Presseinformation statt, bei der der Leiter der Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, Senatsrat Dipl.-Ing. Taborski, der Leiter der Betriebs- und Verkehrsgruppe der Wiener Verkehrsbetriebe, Senatsrat Dipl.-Ing. Pins und Oberpolizeirat Dr. Weinmann die geplanten Maßnahmen erläuterten.

Für das Grabenringelspiel waren umfangreiche Vorbereitungen notwendig. Auch kleinere bauliche Maßnahmen mußten durchgeführt werden. So wurde die Fahrbahn an der Kreuzung Bognergasse-Tuchlauben verbreitert. Der dort befindlich Fußgeherweg soll näher zur Bognergasse hin gerückt werden. Die wichtigsten Kreuzungspunkte sollen während der Dauer des Versuches - die Grabeneinbahn ist zunächst für drei Monate vorgesehen, um die Auswirkungen auf den Verkehr der Inneren Stadt prüfen zu können - genau beobachtet werden, weil sie später Lichtsignalanlagen bekommen soll. Auch ein schon lang gewünschter Fußgeherübergang im Berich des Grabens selbst soll geschaffen werden.

Eine Woche nach der Einführung der Grabeneinbahn, und zwar am 29. November, wird eine andere Verkehrsmaßnahme in der Inneren Stadt wirksam werden. Die Kurzparkzone in der Kärntner Straße wird aufgelöst und statt dessen auf beiden Seiten ein Halteverbot in der Zeit von 7 bis 19 Uhr verordnet. Ausgenommen ist Ladetätigkeit von 8.30 bis 11 Uhr und von 13 bis 16 Uhr. Die 64 Kurzparkplätze, die durch diese Maßnahme verloren gehen, werden durch gleichzeitige Einführung zweier neuer Kurzparkzonen in der Führichgasse und in der Maysedergasse mehr als kompensiert. Dort gibt es 90 Parkplätze. Außerdem ist auch in Kürze mit der Einrichtung der Kurzparkzone im Schellinggassen-Viertel zu rechenen. Gleichzeitig damit werden in diesem Bereich neue Einbahnen beschildert.

Eine weitere Verbesserung für den fließenden Verkehr in der

s/.

Kärntner Straße befindet sich im Ermittlungsstadium. Der Parkplatz am Anfang der Kärntner Straße neben der Oper soll sozusagen ein Stück näher zur Oper gerückt werden. Zweck dieser Absicht ist, die Fahrbahn für den starken stadtwinwärts fließenden Verkehr zu verbreitern.

Bei dem Informationsgespräch wurden auch die Verkehrsmaßnahmen für den Weihnachtsverkehr angekündigt, die ab 26. November in Kraft treten werden und bis 24. Dezember wirksam bleiben. (Wir berichten darüber an anderer Stelle.) Die Kurzparkzonen in der Inneren Stadt werden heuer nicht mehr eingerichtet, da sie sich nicht bewährt haben. Im übrigen fordert die Polizei die Wiener auf, bei ihren Weihnachtseinkäufen möglichst die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Die Polizei warnt gleichzeitig, daß sie bei totaler Verstopfung der Inneren Stadt eine ebenso totale Verkehrssperre verfügen müßte.

Schließlich wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß ab 15. Dezember das Schienenparkverbot wieder Tag und Nacht gilt.

\- - -

## Schneebericht vom Wochenende

21. November (RK) Vergangenes Wochenende herrschten nur Samstag früh in den höher gelegenen Gebieten am Stadtrand einigermaßen winterliche Verhältnisse. Dort gab es zum Teil sogar Straßenglätte. Dies machte den Einsatz von 12 Räum- und Streufahrzeugen sowie 184 Arbeitskräften notwendig. Die Arbeiten konnten jedoch bereits zu Mittag beendet werden. Gestern, Sonntag, war kein weiterer Einsatz erforderlich.

\- - -

## Verkehrsmaßnahmen für den Vorweihnachtsverkehr

21. November (RK) Für die Zeit vom 26. November bis einschließlich 24. Dezember wurden für die nachstehend angeführten Straßenzüge folgende Haltebeschränkungen festgelegt und verordnet:

1. Bezirk: Wipplingerstraße von ONr. 14 bis 28, Halteverbot werktags von 7 bis 19 Uhr, ausgenommen Zustelldienste von 9 bis 11 Uhr und 13 bis 16 Uhr.

3. Bezirk: Landstraßer Hauptstraße von Invalidenstraße bis 50 Meter nach Beatrixgasse Halteverbot, täglich von 9 bis 18 Uhr; Landstraßer Hauptstraße von Gärtnergasse bis Invalidenstraße Halteverbot, täglich von 9 bis 18 Uhr, ausgenommen Zustelldienste;

4. Bezirk: Wiedner Hauptstraße auf Seite der geraden ONrn. von Lastenstraße bis Schleifmühlgasse, Halteverbot von 7 bis 19 Uhr, ausgenommen Zustelldienste von 9 bis 16 Uhr;
Wiedner Hauptstraße auf Seite der ungeraden ONrn. von ONr. 3 bis 9, Halteverbot von 7 bis 19 Uhr, ausgenommen Zustelldienste von 9 bis 16 Uhr;

6./7. Bezirk: Mariahilfer Straße auf beiden Fahrbahnseiten von Lastenstraße bis Kaiserstraße, Halteverbot von 16 bis 19 Uhr (die an den Engstellen bestehenden Halteverbote ohne Ausnahme werden hievon nicht berührt);
Mariahilfer Straße - Stiftgasse: Rechtsabbiegeverbot von der Mariahilfer Straße in die Stiftgasse mit Aufstellung von Vorzeichen in 30 Meter und 100 Meter Entfernung;

8./9. Bezirk: Alser Straße von Spitalgasse bis Brünnlbadgasse, Halteverbot von 16 bis 19 Uhr;

12. Bezirk: Meidlinger Hauptstraße von Niederhofstraße - Philadelphiabrücke bzw. bis Ratschkygasse (ONr. 17 bis 31, 37 bis 55, 65 bis 73 bzw. 16 bis 34), Halteverbot von 7 bis 19 Uhr, ausgenommen Zustelldienste von 9 bis 11 Uhr und 13 bis 16 Uhr.

\- - -

## Die Änderungen auf den innerstädtischen Autobuslinien

21. November (RK) Durch die versuchsweise Einbahnerklärung des "Graben" treten ab Mittwoch, dem 23. November, folgende Änderungen bezüglich der Linienführung und Haltestellen der innerstädtischen Autobuslinien 4, 5, 7, 8, 9 sowie der Nachtlinien A, B, C, D, E, F, G und J in Kraft.

Die Autobusse der Linien 4 und 7 fahren in der Fahrtrichtung vom Praterstern bzw. Franz Josefs-Bahnhof über Tuchlauben-Graben zur Seilergasse.

Die Autobuslinie 5 wird in der Fahrtrichtung von Floridsdorf über Tuchlauben zum Kohlmarkt geführt.

Die Autobusse der Linien 8 und 9 fahren in der Fahrtrichtung zum Hernalser Gürtel bzw. zum Schmerlingplatz, ab der neuerrichteten Haltestelle Stephansplatz vor Rotenturmstraße über Brandstätte-Tuchlauben zur Bognergasse bzw. zum Kohlmarkt.

Die Autobusse der Nachtlinien A, B und F werden in der Fahrtrichtung zur Stadt ab Tuchlauben/Brandstätte über Tuchlauben-Graben-Stock im Eisen-Platz zum Stephansplatz geführt.

Die Autobusse der Nachtlinien C, G und J fahren stadtauswärts ab Stephansplatz/Goldschmiedgasse bzw. Jasomirgottstraße über Stock im Eisen-Platz-Stephansplatz-Brandstätte-Tuchlauben zur Bognergasse bzw. zum Kohlmarkt.

Folgende Haltestellen werden neu errichtet: für die Autobuslinien 4, 5 und 7 sowie die Nachtlinien A, B und F in Fahrtrichtung stadtwärts Tuchlauben Nr. 11 vor Kleeblattgasse; für die Linien 8 und 9 in der stadtauswärtsfahrenden Richtung am Stephansplatz Nr. 7 vor Rotenturmstraße, für die Linien 8, 9, C, G und J in der Brandstätte Nr. 10 vor Tuchlauben.

Die Haltestellen am Stephansplatz gegenüber dem Dom werden für die innerstädtischen Taglinien, die Haltestellen am Graben vor Tuchlauben und in der Brandstätte nach Kühfußgasse werden für alle Linien aufgelassen.

Die für die Linien 5, 8 und 9 bestehende Haltestelle Graben vor Dorotheergasse wird künftig auch von den Linien 4 und 7 eingehalten.

\- - -

## Der Weihnachtsbaum kommt

21. November (RK) Heute wurde in der "Enz", das ist eine Waldgegend zwei Kilometer von Dornbirn entfernt, eine 26 Meter hohe Weißtanne gefällt, die das Weihnachtsgeschenk des Bundeslandes Vorarlberg an Wien darstellt.

Morgen, Dienstag, den 22. November, wird dieser Bundesländerbaum vor der Bundestextilschule in Dornbirn um 13.30 Uhr feierlich verabschiedet werden und hernach reich geschmückt die Reise mit Spezialfahrzeugen nach Wien antreten. Die Fahrt des Konvois, an dem Pioniere des Bundesheeres sowie Gendarmerieeinheiten und Funktionäre der Vorarlberger Forstbehörde teilnehmen, geht über den Arlberg und das Inntal bis Kufstein, von wo ein kurzes Stück auf deutschem Bundesgebiet zurückgelegt werden muß. Nach Überschreiten der österreichischen Grenze bei Salzburg wird die Autobahn erreicht, die den Absichten der Transportleitung gemäß erst wieder beim Auhof in Wien verlassen wird.

### Am Donnerstag in Wien

Mit dem Eintreffen auf Wiener Stadtgebiet ist am Donnerstag mittag zu rechnen. Für 14.30 Uhr ist an diesem 24. November die Übernahmefeier vor der Straßenbahnremise Rudolfsheim, also am Beginn der Mariahilfer Straße vorgesehen. Nach dem Platzkonzert einer Eisenbahnerkapelle wird dort ein Kinderchor Weihnachtslieder anstimmen, worauf die Begrüßung durch den Vorsteher des 15. Wiener Gemeindebezirkes erfolgt. Hierauf wird Hofrat Dipl.-Ing. Märk namens der Vorarlberger Landesregierung das Wort ergreifen, der seinerseits vom Dornbirner Stadtoberförster Rümmele begleitet ist. Anschließend wird Stadtrat Gertrude Sandner den Dank der Bundeshauptstadt Wien aussprechen. Der Kinderchor und die Eisenbahnerkapelle bilden den Abschluß, der für ungefähr 14.50 Uhr vorgesehen ist.

Hierauf soll der Weihnachtsbaum über die Mariahilfer Straße und den Ring vor das Rathaus geleitet werden, wo ab 15.15 Uhr mit den Ablade- und Aufstellungsarbeiten gerechnet wird. Die feierliche Illuminierung findet, wie bereits gemeldet, am Mittwoch, dem 7. Dezember, abends, statt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Übernahmefeier zu entsenden.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

21. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 4 bis 5 S, Weißkraut 2 bis 3 S, Champignons ab 22 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Birnen 7 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Rinderhauptmarkt vom 21. November

21. November (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland 78 Ochsen, 263 Stiere, 542 Kühe, 137 Kalbinnen, Summe 1.020. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.30 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.50 S (8 Stück), Stiere 13.70 bis 16.40 S, extrem 16.50 bis 16.80 S (3 Stück), Kühe 9.70 bis 13 S, extrem 13.50 bis 14.50 S (3 Stück), Kalbinnen 13 bis 16 S, extrem 16.20 bis 17 S (5 Stück); Beinlvieh Kühe 7 bis 9.50 S, Ochsen und Kalbinnen 10.50 bis 12.70 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 27 Groschen, bei Kalbinnen um elf Groschen und erhöhte sich bei Stieren um 13 Groschen und bei Kühen um 30 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen: Ochsen 14.99 S, Stiere 15.22 S, Kühe 11.01 S, Kalbinnen 14.55 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

\- - -

## Neuer Generator für Simmering

21. November (RK) Heute nacht, vom 21. auf den 22. November, wird eines der Kernstücke des neuen Blockes V des E-Werkes Simmering eine abenteuerliche Reise unternehmen. Unter polizeilichem Geleitschutz und im Schrittempo wird ein 108 Tonnen schwerer Generatorständer per Spezialfahrzeug vom Werk Siemensstraße nach Simmering überführt.

Natürlich gehört zum Generator noch einiges dazu, aber die "Kleinteile", unter denen sich immerhin noch der 23,5 Tonnen schwere Generatorläufer befindet, brauchen die Reise am hellichten Tag nicht zu scheuen. Wenn alles zusammengebaut ist, wird der Generator einschließlich der Erregermaschine die imposante Länge von rund 13 Meter aufweisen und das Simmeringer Werk um ein Aggregat von über 150 Tonnen bereichert haben.

Die Leistung des neuen Generators beträgt 125.000 KVA, die Umdrehungszahl 3.000 pro Minute und die Spannung 10,5 KV. Neu an diesem Riesen, der ab Montag sein Quartier in Simmering haben wird, ist die Kühlung: Anstelle von Luft wird Wasserstoff verwendet. Das spezifische Gewicht des Wasserstoffes beträgt 1/14 der Luft, wodurch die Reibungsverluste günstig beeinflußt werden. Da Wasserstoff außerdem die mehr als siebenfache Wärmeleitfähigkeit der Luft aufweist, kann mit einer wesentlichen Leistungssteigerung des neuen Generators gegenüber gleich großen, früheren Modellen gerechnet werden.

### Für die Fotografen:

Der Abtransport vom Werk Siemensstraße nach Simmering erfolgt in der Nacht vom 21. auf den 22. November zwischen 2 und 5 Uhr früh. Über die Route Leopoldauer Platz, Sebaldgasse, Wagramer Straße, Kagraner Brücke, Reichsbrücke, Mexikoplatz, Handelskai, Hafenzufahrtstraße, Freudenau, Hafenbrücke, Simmeringer Lände. Ankunft zirka 5 Uhr früh.

\- - -

## Ein Wiener Kindergarten auf der Expo 1967 in Montreal

21. November (RK) Auf der Weltausstellung in Montreal, die am 28. April kommenden Jahres eröffnet wird, wird Wien nicht nur in den zahlreichen Sonderschauen in Erscheinung treten, die nach dem Gesamtmotto "Der Mensch und seine Welt" in dem repräsentativen Österreich-Pavillon gestaltet werden; als besonderer Beitrag der österreichischen Bundeshauptstadt wird auch ein kompletter Wiener Kindergarten in dem Ausstellungsgelände errichtet werden, und zwar im Gelände des großen Jugendbetreuungs-Zentrums der Expo, wo die Kinder von Ausstellungsbesuchern tagsüber untergebracht werden können.

Stadtrat Maria Jacobi und der Architekt des originellen Kindergartengebäudes, Prof. Dr. Karl Schwanzer, erläuterten heute nachmittag bei einer Pressekonferenz im Wirtschaftsförderungsinstitut die vorgesehene Anlage. Unter den vielen spektakulären Gebäudeformen der Weltausstellung muß sich der kleine Kindergarten schon äußerlich bemerkbar machen. Er wurde daher den Elementen eines Kleinkinder-Baukastens nachempfunden. Das Haus wird aus vorgefertigten Holztafelelementen errichtet, die sich zu würfelförmigen Baukörpern zusammenfügen und bunt gehalten sind.

Im übrigen ist der Kindergarten der Stadt Wien auf der Weltausstellung in Montreal nach den gleichen Prinzipien wie alle Wiener Kindergärten gestaltet. Der Gruppe, die dort geführt wird, stehen ein reichgegliederter Gruppenraum, eine Garderobe und sanitäre Anlagen zur Verfügung. Im Gruppenraum gibt es eine Hauswirtschaftsecke, eine Puppenecke, eine Bauecke, einen Malerwinkel usw. Für die Liegestunde werden in einem Ausweichraum Betten aufgestellt. Der Innenraum öffnet sich ins Freie, sodaß Innen- und Außenraum sich zu einem gemeinsamen Bewegungsraum der Kinder vereinen.

Wenn sich auch in der Zusammensetzung der Kinder, die ja verschiedenen Völkern angehören, von Zeit zu Zeit ein anderes Bild ergeben mag, so verfolgen die Kindergärtnerinnen in ihrer Arbeit auch mit diesen Kindern die gleichen Ziele. Es gilt vor allem, durch Ermöglichen des schöpferischen Spieles die kindliche

./.

Persönlichkeit zu entfalten. Das Spiel und das Beschäftigungsmaterial können daher die Kinder unter eigener Zielsetzung frei planen, nichts wird ihnen aufgezwungen. Doch liegt es in der Geschicklichkeit der Kindergärtnerin, die Kinder zu lenken, ohne daß sie einen Zwang spüren. Ein gewisses Ordnungsprinzip muß natürlich gegeben sein. Dies ergibt sich aber von selbst, wenn die Kinder die Beschäftigung, die ihren Bedürfnissen entspricht, finden. Die reiche Gliederung des Raumes und die verschiedensten Materialien ermöglichen das Einzel- und Gruppenspiel.

Die Arbeit in diesem Tagesheim mit internationalem Kinderpublikum soll zeigen, daß Kinder keine Vorurteile gegenüber anderen Kindern haben, die nicht ihre gleiche Sprache sprechen oder die gar eine andere Hautfarbe aufweisen. Ressentiments in dieser Richtung sind Produkte der Erziehung, sie ergeben sich aus dem Einfluß der Erwachsenen. Kinder verstehen sich unglaublich rasch, auch wenn sie verschiedene Sprachen sprechen. Sie entfalten einen großen Erfindungsreichtum im Verständigen und im Suchen des Kontaktes und sind glücklich in der Gemeinschaft miteinander.

Die Kindergärten der Stadt Wien blicken auf eine große Erfahrung in dieser Arbeit zurück. Schon in der Weltausstellung Brüssel wurde im österreichischen Pavillon ein Wiener Kindergarten geführt, in dem Kinder von 28 Nationen auf längere oder kürzere Zeit zusammenlebten.

In Montreal können 30 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren tagsüber im Wiener Kindergarten betreut werden. Man versucht, jeweils eine Kerngruppe von etwa zehn Kindern zu erhalten, die längere Zeit, also vier bis sechs Wochen, täglich in das Tagesheim gebracht werden. Diese Kerngruppe wirkt als Ferment, um auch die täglich wechselnden kleinen Gäste zu einer festeren Einheit zusammenschließen zu können. Montrealer Eltern zeigen schon heute ein lebhaftes Interesse daran, ihre Kleinen in den Wiener Kindergarten schicken zu können.

In dem Foyer des Tagesheimes wird eine Ausstellung eingerichtet, in der ein Überblick über die Geschichte und die Gegenwart des Wiener Kindergartens geboten wird. Von diesem Vorraum aus können die Eltern ihren Kleinen beim Spiel zusehen.

Die Stadt Wien hat für den Bau und den Betrieb dieses Kindertagesheimes 2,5 Millionen Schilling bereitgestellt. Sie wählt auch die vier Kindergärtnerinnen dafür aus, die fließend Englisch und Französisch sprechen müssen. Mit dem Bau des Tagesheimes wird im kommenden Jahr begonnen.

\- - -

## Florentiner Kinder kommen nicht

21. November (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" am 16. November berichtete, hat Stadtrat Maria Jacobi als Präsidentin des Landesverbandes Wien des Roten Kreuzes dem italienischen Botschafter in Wien, Enrico Martino, das Anerbieten unterbreitet, 100 Kinder aus Florenz nach Wien einzuladen. Die Kosten für diese Aktion hätte die Stadt Wien übernommen.

Heute hat nun der italienische Botschafter Bürgermeister Bruno Marek mitgeteilt, daß dieses Anerbieten nicht angenommen werden kann. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte Ihnen auch im Namen meiner Regierung herzlichst für das Anerbieten danken, 100 Kinder aus Florenz hier in Wien für vier Wochen gastfreundlich aufzunehmen. Dieses Anerbieten fügt sich zu den vielen anderen Kundgebungen der Solidarität und der Großzügigkeit des österreichischen Volkes anläßlich des schweren und plötzlichen Unglücks, das unser Land getroffen hat.

Ich habe jedoch den Auftrag, Ihnen mitzuteilen, daß es seitens der zuständigen Behörden in diesem Augenblick nicht für möglich erachtet wird, diesem Anerbieten stattzugeben, aus Gründen praktischer Art, die mit der Situation der betroffenen Gegend verbunden sind. Erstens trennen sich die Eltern nicht gerne von den Kindern und zweitens, was die Verpflichtung des Besuches der Schulen betrifft, konnten diese den Unterricht glücklicherweise wieder regelmäßig aufnehmen.

Die gleiche Antwort wurde auch ähnlichen Angeboten gegeben, die aus dem Ausland seitens anderer Gemeindeverwaltungen eingelangt sind. Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den Ausdruck meiner hohen Wertschätzung entgegenzunehmen."

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Ab kommenden Freitag, den 25. November:

## Umgebaute Nußdorfer Schleuse in Betrieb

22. November (RK) Der im September 1964 begonnene Umbau der Nußdorfer Schleuse ist nunmehr vollendet. Am kommenden Freitag, dem 25. November, um 11 Uhr, wird Bürgermeister Bruno Marek die neue Anlage dem Betrieb übergeben.

Die Umbauarbeiten konzentrierten sich in erster Linie auf die Schleusentore. Anstelle der alten handbetriebenen Stemmtore, die seitlich geöffnet wurden, sind nunmehr sogenannte Hubschwenktore getreten, die 15 Meter breit und 11,45 Meter hoch sind. Sie werden beim Öffnen zunächst senkrecht hochgehoben und dann bei gleichzeitigem weiterem Heben umgeklappt, so daß sie im geöffneten Zustand waagrecht liegen. Der Vorteil dabei ist, daß man hier keine hohen Türme braucht, wie sie bei gewöhnlichen Hubtoren unvermeidlich sind und meist als "Fremdkörper" im Stadtbild in die Höhe ragen. Die gesamte Schleusenanlage ist vollmechanisiert. Ein einziger Mann kann von einem zentralen Steuerstand aus beide Tore bedienen. Die Signalanlagen und die Befestigungseinrichtungen für die Schiffe in der Schleusenkammer wurden ebenfalls auf den modernsten Stand gebracht. Außerdem hat man eine Beleuchtung installiert, um die Schleuse auch bei Nacht betreiben zu können. Vor dem Schleuseneinlauf wurde ein sogenannter Eisabweiser angebracht, der das Eindringen von Eisschollen in den Donaukanal verhindert.

Die neue Nußdorfer Schleuse wird vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen haben: sie muß im Sommer den Schleusenbetrieb durchführen und im Winter für die ausreichende Kühlwasserversorgung des

./.

Simmeringer E-Werkes sorgen. Darüber hinaus aber stellt die neue Schleusenanlage auch einen wesentlich besseren Hochwasserschutz dar, als bisher. Sie kann einer maximalen Hochwassermenge von 14.000 Kubikmeter je Sekunde widerstehen, während die alte Anlage nur für 12.000 Kubikmeter pro Sekunde ausreichte. Im Mai 1966 konnte bereits ein provisorischer Schleusungsbetrieb aufgenommen werden. Die Gesamtbaukosten, die von der Stadt Wien und den städtischen E-Werken gemeinsam getragen werden, betragen rund 35 Millionen Schilling.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Inbetriebnahme der umgebauten Nußdorfer Schleuse zu entsenden. Termin: Freitag, 25. November, 11 Uhr. Ort: 20, Handelskai. Zufahrt: Straßenbahnlinie D bis Nußdorfer Platz (Wagenzufahrt über den Handelskai).

\- - -

## Entfallende Sprechstunden

22. November (RK) Donnerstag, den 24. November, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Dr. Maria Schaumayer.

\- - -

## Verleihungen des Medizinalratstitels

22. November (RK) Bürgermeister Bruno Marek überreichte heute früh elf Wiener Ärzten die Dekrete, durch die ihnen vom Bundespräsidenten der Titel "Medizinalrat" verliehen worden war.

Die neuen Medizinalräte sind: Dr. Alois Beringer, Facharzt für Innere Medizin; Dr. Karl Busch, praktischer Arzt; Dr. Hans Krasser, praktischer Arzt und Gruppenarzt der Wiener Gebietskrankenkasse; Dr. Wilhelm Luze, Facharzt für Chirurgie; Dr. Karl Radlinger, Facharzt für Nerven- und Geisteskrankheiten und Vorstand der Neurologischen Ambulanz der Rudolfsstiftung; Dr. Auguste Reisner, Fachärztin für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten; Dr. Friedrich Scheitz, Facharzt für Innere Medizin; Dr. Karl Schwarz, Bahnhofsarzt bei den Wiener Verkehrsbetrieben; Dr. Leo Stecher, Facharzt für Chirurgie; Dr. Erich Stern, Facharzt für Chirurgie und Dr. Leopold Walterskirchen, Primarius im Altersheim Lainz.

\- - -

## Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes

22. November (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 9, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung , 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

\- - -

## Neuer Werbebus wirbt für die Verkehrsbetriebe

22. November (RK) Von den guten Erfolgen ermutigt, die der Werbezug und der Werbebus der Wiener Verkehrsbetriebe im vergangenen Jahr zu verzeichnen hatten, wird man auch heuer und zu Beginn des neuen Jahres wieder einen Werbebus durch Wien und die Randgemeinden fahren lassen. Der Bus ist sozusagen das rollende Aufnahmezimmer der Verkehrsbetriebe, die ja bekanntlich mit einem Unterstand von fast zwölf Prozent enorm unter Personalmangel zu leiden haben. In dem neu adaptierten Autobus wird es nicht nur reichliches Informationsmaterial in Bild und Text geben, sondern wird auch ein ausgesuchtes Team von Personalfachleuten zur Verfügung stehen, die alle einschlägigen Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme und dem Dienst bei den Verkehrsbetrieben beantworten können.

Erstmalig fuhr am 8. Februar 1965 ein Straßenbahnzug, für die Personalwerbung umgebaut, im Wiener Liniennetz. Er brachte in den vier Wochen seiner Fahrzeit 318 Aufnahmeansuchen. Der in den Wintermonaten 1965/66 zu gleichen Zwecken eingesetzte Gelenkautobus, der nicht nur Wien sondern auch Niederösterreich, Burgenland und die Steiermark besuchte, vermittelte den Verkehrsbetrieben insgesamt rund 400 Bewerber.

Der Bus 1966/67 soll zunächst vom 28. November bis 18. Dezember in Wien laufen und nach dem Dreikönigstag auch auf Routen außerhalb der Bundeshauptstadt eingesetzt werden. Die Personalwerbung wird diesmal auch durch einen Kurzfilm unterstützt, der immer in jenen Kinos als Vorspann gezeigt wird, die dem jeweiligen Aufstellungsort des Bezirkes benachbart sind.

Der neue Werbebus der Wiener Verkehrsbetriebe wird Montag, den 28. November, um 8 Uhr, im Arkadenhof des Wiener Rathauses von Personalstadtrat Hans Bock und dem Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, verabschiedet werden.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, am Montag, dem 28. November, 8 Uhr früh, im Arkadenhof des Wiener Rathauses an der Verabschiedung des Werbebusses durch die Stadträte Hans Bock und Dr. Maria Schaumayer teilzunehmen.

\+ + +

## Der Fahrplan des Werbebusses

### 1. Woche 28. November bis 3. Dezember

Montag, 28. November:

8.30 bis 10.00 Uhr, Schöpfleuthnergasse
10.30 bis 12.00 Uhr, Brünner Straße 34-38
13.00 bis 14.30 Uhr, Wallensteinplatz Nr. 6
15.00 bis 16.30 Uhr, Augartenbrücke
17.00 bis 18.30 Uhr, Franz Josefs-Bahnhof

Dienstag, 29. November:

8.30 bis 10.00 Uhr, Karmeliterplatz
10.30 bis 12.00 Uhr, Klosterneuburger Straße
13.00 bis 14.30 Uhr, Kärntner Straße-Kärntner Ring (Meinl-Ecke)
15.00 bis 16.30 Uhr, Dr. Karl Renner-Ring
17.00 bis 18.30 Uhr, Universitätsstraße

Mittwoch, 30. November:

8.30 bis 10.00 Uhr, Thaliastraße (Brunnenmarkt)
10.30 bis 12.00 Uhr, Elterleinplatz
13.00 bis 14.30 Uhr, Schuhmeierplatz
15.00 bis 16.30 Uhr, Mariahilfer Straße-Kaiserstraße
17.00 bis 18.30 Uhr, Urban Loritz-Platz

Donnerstag, 1. Dezember:

8.30 bis 10.00 Uhr, Hütteldorfer Straße Nr. 64 (Meiselmarkt)
10.30 bis 12.00 Uhr, Mariahilfer Straße-Stiftgasse
13.00 bis 14.30 Uhr, Kennedy-Brücke
15.00 bis 16.30 Uhr, Meidlinger Hauptstraße Nr. 77
17.00 bis 18.30 Uhr, Westbahnhof

Freitag, 2. Dezember:

8.30 bis 10.00 Uhr, Niederhofstraße (Markt)
10.30 bis 12.00 Uhr, Südbahnhof
13.00 bis 14.30 Uhr, Landstraßer Hauptstraße (AEZ)
15.00 bis 16.30 Uhr, Simmeringer Hauptstraße-Krausegasse
17.00 bis 18.30 Uhr, Landstraßer Hauptstraße-Rochuskirche

Samstag, 3. Dezember:

8.30 bis 10.00 Uhr, Favoritenstraße Viktor Adler-Platz
10.30 bis 12.00 Uhr, Stephansplatz
13.00 bis 14.30 Uhr, Praterstern
15.00 bis 16.30 Uhr, Urban Loritz-Platz.

\- - -

## Neubestellung des Landessanitätsrates für Wien

22. November (RK) Die dreijährige Funktionsperiode des Landessanitätsrates für Wien ist in diesem Monat abgelaufen. Von den acht ordentlichen Mitgliedern dieser Körperschaft, deren Aufgabe es ist, den Landeshauptmann zu beraten, werden sechs auf Vorschlag des Landeshauptmannes vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung ernannt und zwei unmittelbar von der Landesregierung entsandt.

Auf Antrag von Landesamtsdirektor Dr. Rudolf Ertl hat heute die Wiener Landesregierung beschlossen, Univ.-Prof. Dr. Hans Hoff und Medizinalrat Dr. Kurt Steyrer für die nächste, drei Jahre währende Amtsdauer in den Landessanitätsrat zu entsenden.

Die dem Sozialministerium zur Ernennung vorgeschlagenen sechs Persönlichkeiten sind: die Universitätsprofessoren Dr. Leopold Breitenecker, Dr. Franz Brücke, Dr. Karl Fellinger, Dr. Walter Swoboda, sowie Universitätsdozent Dr. Alfred Gisel, und Chefarzt Dr. Emil Tuchmann.

\- - -

## Personalnachricht

22. November (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat Amtsrat Adelheid Lohmann (Magistratsdirektion) zum Oberamtsrat befördert.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

22. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Kohl 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 6 bis 8 S, Orangen 7 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Überschwemmung in der Lützowgasse

### Wasserwerk-Detektiv fand das richtige Rohr

22. November (RK) Heute früh, um 2.42 Uhr, wurden die Wasserwerke davon verständigt, daß im 14. Bezirk in der Lützowgasse große Wassermengen an die Straßenoberfläche quollen. Sofort fuhr ein Rüstwagen zu der Schadensstelle. Da sich aber in dem betroffenen Bereich nicht weniger als vier parallellaufende Rohrstränge befinden, standen die Beamten der Wasserwerke vor einem anscheinend nicht sofort lösbaren Problem. Eine Rücksprache mit der Absperrzentrale ergab jedoch einen sehr starken Wasserverbrauch aus dem Wiental-Behälter. Damit hatte man auch schon das "schuldige" Wasserrohr gefunden. Die 633 mm starke Leitung wurde sofort gesperrt.

Inzwischen waren noch ein zweiter Rüstwagen der Wasserwerke und die Feuerwehr in der Lützowgasse eingetroffen. Da die Straßendecke am Gebrechensort eingestürzt war, mußte die Gasse für den Fahrzeugverkehr gesperrt werden. Bereits in den frühen Morgenstunden begann man mit den Arbeiten zur Behebung des Gebrechens. Die Wasserversorgung des Gebietes ist nicht beeinträchtigt.

\- - -

## Kulturstadtrat Gertrude Sandner - Mitglied der Unesco-Kommission

22. November (RK) Der frühere Vizebürgermeister Hans Mandl gehörte in seiner Eigenschaft als Leiter der Geschäftsgruppe III auch dem Hauptausschuß der österreichischen Unesco-Kommission an. Nunmehr hat er dem Bürgermeister mitgeteilt, daß er auch diese Funktion zurücklege. Die Wiener Landesregierung hat heute seine Amtsnachfolgerin, Kulturstadtrat Gertrude Sandner, für die österreichische Unesco-Kommission nominiert.

\- - -

## Wiener Landes-Feuerwehrverband gegründet

22. November (RK) Im Festsaal der Zentralfeuerwache der Stadt Wien erfolgte heute die Konstituierung des neu gegründeten Wiener Landes-Feuerwehrverbandes. Der Branddirektor der Stadt Wien, Dipl.-Ing. Franz Havelka, konnte außer den satzungsgemäßen Delegierten den Dezernenten für das Feuerwehrwesen in Wien, Stadtrat Rudolf Sigmund, ferner in Vertretung des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes Vizepräsident Franz Hartl, Landes-Feuerwehrkommandant von Oberösterreich, und für den benachbarten niederösterreichischen Landes-Feuerwehrverband Landes-Feuerwehrkommandant-Stellvertreter Wilhelm Hummel, Tulln, begrüßen.

Stadtrat Sigmund wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß in allen Bundesländern außerhalb Wiens schon seit dem Jahre 1948 Landes-Feuerwehrverbände bestehen. Da in Wien bisher ein solcher Verband nicht bestanden hat, bildete der Aufbau des Wiener Feuerwehrwesens gewissermaßen einen Fremdkörper im gesamtösterreichischen Rahmen. Durch die Gründung des Wiener Landes-Feuerwehrverbandes wird nund die Organisationsform der Feuerwehren in Wien der in den Bundesländern angeglichen.

Vizepräsident Hartl entbot namens des Österreichischen Bundes-Feuerwehrverbandes die Grüße der 6000 österreichischen Feuerwehren und gab in deren Namen der Genugtuung über die nun erfolgte Gründung des letzten noch fehlenden Landes-Feuerwehrverbandes Ausdruck. Er wünschte dem Verband ein gutes Gedeihen und schloß mit dem Versprechen kameradschaftlicher Zusammenarbeit seitens der Feuerwehren der übrigen Bundesländer.

Zum Landes-Feuerwehrkommandanten wurde der Branddirektor der Stadt Wien gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind Oberbrandrat Dipl.-Ing. Anton Ströbl für die Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren Wiens, und Betriebsbrandinspektor Johann Weingärtner für die Wiener Betriebsfeuerwehren.

Dem Verband gehören zur Zeit 20 Feuerwehren an, und zwar die Feuerwehr der Stadt Wien (Berufsfeuerwehr), die Freiwilligen Feuerwehren von Breitenlee und Süßenbrunn und 17 Betriebsfeuerwehren, die innerhalb des Wiener Landes-Feuerwehrverbandes zu einem eigenen Unterverband zusammengefaßt sind.

Man erwartet, daß diese Neuorganisation dem Wiener Feuerwehrwesen, das an und für sich schon einen recht guten Ausbildungs- und Ausrüstungsstand aufweist, neuerliche Impulse verleihen wird.

\- - -

## Schweinehauptmarkt vom 22. November

22. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 3.622, Jugoslawien 862, Bulgarien 1.633, Ungarn 3.079, DDR 1.272, Gesamtauftrieb 10.468. Verkauft wurde alles.

Industrieware: DDR 160, Polen 450.

Preise: Extremware 18.30 bis 18.50 S (18.70 S = 26 Stück, 18.80 S = 17 Stück, 19 S = 26 Stück), 1. Qualität 18 bis 18.20 S, 2. Qualität 17.20 bis 17.80 S, 3. Qualität 16 bis 17 S, Zuchten extrem 15.50 bis 16 S, Zuchten 14.50 bis 15.50 S, Altschneider 12.10 bis 12.80 S. Ausländische Schweine: Jugoslawien (15.10 S) 16 bis 16.60 S, Bulgarien 15.10 bis 16.50 S, Ungarn 16 bis 16.50 S, DDR 15.40 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 13 Groschen je Kilogramm auf 17.23 S, für bulgarische Schweine ermäßigte er sich um 18 Groschen auf 15.82 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 4 Groschen auf 16.23 S, für jugoslawische Schweine erhöhte er sich um 11 Groschen auf 16.40 S, für ungarische Schweine ermäßigte er sich um 3 Groschen auf 16.45 S; der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 5 Groschen auf 16.25 S.

\- - -

## Pferdehauptmarkt vom 22. November

22. November (RK) Aufgetrieben wurden 78 Stück, hievon ein Fohlen. Als Schlachttiere wurden 66 Stück verkauft, als Nutztiere 3, unverkauft blieben 9 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 4, Wien 2, Niederösterreich 58, Kärnten 1, Burgenland 6, Steiermark 7.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 S, Pferde extrem 10.20 bis 11,60 S, 1. Qualität 9 bis 10 S, 2. Qualität 8 bis 8.90 S, 3. Qualität 6 bis 7.90 S, Nutztiere Pferde 6.50 bis 8.70 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 20 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 8.73 S, für Schlacht- und Nutzpferde 8.68 S, für Pferde und Fohlen 8.81 S.

\- - -

## Pesser wird Betreuer des Nationalteams

22. November (RK) Karl Pesser wird die Betreuung des österreichischen Fußball-Nationalteams, genau gesagt, die Betreuung des A-Teams übernehmen, aber nicht hauptamtlicher Bundeskapitän werden. Das ist das Ergebnis einer Aussprache, die heute vormittag zwischen Präsident Ing. Walch und Karl Pesser stattgefunden hat. Ing. Walch erneuerte zunächst, gestützt auf die Zusagen von Personalstadtrat Hans Bock das Angebot an Pesser, das Amt des Bundeskapitäns zu übernehmen. Pesser konnte sich jedoch nicht für eine hauptamtliche Anstellung beim österreichischen Fußballbund entschließen.

Nachmittag sprach Präsident Ing. Walch bei Stadtrat Bock im Wiener Rathaus vor und berichtete über die Vormittagsaussprache. Der Unterredung wohnte später auch Karl Pesser bei. Stadtrat Bock erneuerte seine Zusage, Pesser in jeder Weise entgegenzukommen, wie auch die Stadt Wien in anderen Fällen stets bemüht ist, den Wünschen des Fußballverbandes Rechnung zu tragen. Pesser wird also weiterhin Kanzleikommissär bei den Gaswerken bleiben, vor jedem Ländermatch jedoch als Betreuer entsprechenden Sonderurlaub erhalten.

\- - -

## Renoviertes Simmeringer Amtshaus feierlich wiedereröffnet

22. November (RK) Im Rahmen einer stimmungsvollen Feierstunde nahm Bürgermeister Bruno Marek heute nachmittag die Wiedereröffnung des von Grund auf renovierten Simmeringer Amtshauses auf dem Enkplatz Nr. 2 vor. Bezirksvorsteher Wilhelm Weber konnte neben Bürgermeister Marek zahlreiche Festgäste begrüßen, so Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, die Stadträte Maria Jacobi, Hubert Pfoch und Rudolf Sigmund, Nationalratsabgeordnete Rosa Jochmann, Bezirksvorsteher Seitler vom benachbarten 3. Bezirk, mehrere Mitglieder des Gemeinderates, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs und als Vertreter der Wirtschaft Präsident Manfred Mautner Markhof.

Bezirksvorsteher Weber erinnerte sodann an einige Daten aus der Geschichte Simmerings, das 1082 erstmalig urkundlich erwähnt wird. Simmering ist mit seinen 54.000 Einwohnern und einer Fläche von 2.304 Hektar der sechstgrößte Bezirk Wiens, dem zahlreiche ausgedehnte Industriebetriebe das Gepräge geben. Mit dem Dank an die Stadtverwaltung für den Umbau und die neue Ausgestaltung des 1896 errichteten Amtshauses schloß der Bezirksvorsteher seine Begrüßungsrede.

### Simmering - Semmering

Bürgermeister Bruno Marek sagte sodann in seiner Festrede:

"Wenn ich an den Bezirk Simmering denke, dann kommt mir stets der Vers des Dichters Alfons Petzold in Erinnerung: 'Simmering - Semmering. Simmering - Semmering.' In dieser Gegenüberstellung wollte der Dichter die Vergänglichkeit alles irdischen Vergnügens, für welches ihm das Leben am Semmering typisch erschien, ausdrücken. Und wenn wir ganz ehrlich sind, so ist ja für die meisten Wiener Simmering der Bezirk des Zentralfriedhofs.

Nun ist freilich der Zentralfriedhof in seiner weihevollen Größe mit den Ehrengräbern der Besten unserer Stadt, mit der Anlage des Krematoriums und seines Urnenhains in alter historischer Umgebung das Bestimmende des Bezirks. Aber Simmering ist nicht nur ein Ort, der unsere Lieben zur letzten Ruhe aufnimmt, sondern

./.

ein höchst lebendiger Bezirk. Hier ist der Sitz großer für Wien und Österreich lebenswichtiger Betriebe: der Gaswerke, der Elektrizitätswerke und der Simmering-Graz-Pauker-Fabrik für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau, der schon auf eine 120jährige Vergangenheit zurückblicken kann. Hier ist das Wiener Steinmetzgewerbe zu Hause, hier arbeiten viele Gemüsegärtner, und hier haben Gewerbe- und Kaufmannsfleiß zahlreiche Betriebe und Geschäfte entstehen lassen.

Simmering hat eine lange und interessante Geschichte. Es besteht eigentlich aus den drei Orten Simmering, Ebersdorf an der Donau und Kaiser-Ebersdorf. Urkunden aus dem 11. Jahrhundert schon zeugen von der Besiedlung dieses Fleckens. Rittergeschlechter, Klöster und Landesfürsten wechselten einander in der Grundherrschaft ab, und die großen Ereignisse der Weltgeschichte machten hier an der Pforte Wiens nach dem Osten nicht halt.

Vom Dorf zum Industriezentrum

Im 19. Jahrhundert wandelt sich dann das Bild rasch. Der Bauernort wird zu einem industriellen Zentrum; 1851 werden die Simmeringer Waggonfabrik, einige Jahre später die Saurer-Werke gegründet, 1899 wird das Gaswerk und 1902 das E-Werk errichtet. Zwischen den beiden Weltkriegen wurde auch die Simmeringer Haide verbaut, die durch ein Jahrhundert lang zuerst Artillerieschießplatz, dann Rennplatz war. Im Jahr 1909 erhob sich hier Louis Bleriot mit seinem Aeroplan in die Lüfte, und hier zeigte der österreichische Meisterflieger Emmerich Quoika seine Künste.

Der zweite Weltkrieg brachte auch für Simmering großes Unheil. 2.713 Wohnungen wurden durch Bomben zerstört oder beschädigt, von den 12 Schulen waren drei total zerstört und die übrigen schwer beschädigt. 100.000 Kubikmeter Schutt lagen auf den Simmeringer Straßen. Die Simmeringer ließen sich aber nicht entmutigen. Unsere braven 'Gaserer' machten sich sofort ans Werk, und schon am 20. Mai 1945 lieferten sie das erste Gas. Auch das E-Werk nahm sofort die Arbeit auf und konnte trotz größter Schwierigkeiten im Dezember wieder Strom liefern. Die Arbeiter des Straßenbahnhofs Simmering standen vor der gleichen Aufgabe, denn der größte Teil des Wagenparks war zerstört oder beschädigt. Am 20. August 1945 konnte der 71er wieder fahren.

./.

Auch im Rahmen der kommunalen Verwaltung hat Simmering seine Geschichte. Nach Aufhören der Grundherrschaften war 1850 Simmering eine freie Gemeinde, und bei der Schaffung Groß-Wiens 1891 wurde Simmering gemeinsam mit den beiden anderen Gemeinden der 11. Wiener Gemeindebezirk. Als Wiener Bezirk ist er heute zu einem modernen Stadtteil geworden. Die Wohnbauten der Gemeinde Wien haben Simmering ein anderes Gesicht gegeben. Die schrecklichen Hasenleitenbaracken gehören der Vergangenheit an.

Im Jahr 1953 wurde das Bezirksamt Simmering mit dem Bezirksamt Landstraße zusammengelegt. Das war eine Fehlentscheidung, denn von Albern bis zur Landstraße gab es nun kein Bezirksamt. Im Jahr 1958 aber hat die Gemeindeverwaltung diesen Fehler mit der Wiedererrichtung des Bezirksamtes Simmering gutgemacht. Heute sind die Simmeringer nun vollkommen wieder in ihre Rechte eingesetzt, denn wir übergeben ihnen und dem Bezirk nun das renovierte Amtshaus."

Heimatmuseum und Pensionistenklub

Nach der Feier, in der ein Kammermusik-Quartett unter der Leitung von Direktor Georg Schmetterer Mozarts "Kleine Nachtmusik" spielte, besichtigten die Festgäste die renovierten Räume des dreistöckigen Gebäudes. Bei den umfangreichen Umbauarbeiten, die unter Aufrechterhaltung des vollen Amtsbetriebes durchgeführt werden mußten und einen Kostenaufwand von 6,7 Millionen Schilling erforderten, wurde eine neue Zentralheizung installiert, der große und der kleine Festsaal wurden gänzlich umgebaut und sämtliche Räume renoviert. Durch eine neue Anordnung verschiedener Räume konnten auch wesentliche organisatorische Verbesserungen des Dienstbetriebes erreicht werden, so etwa in erster Linie im Zahnambulatorium und im Elektrophysikalischen Institut, die in dem Gebäude untergebracht sind.

Gänzlich neu eingerichtet wurde das Simmeringer Heimatmuseum, das einen informativen Überblick über die Geschichte des Bezirks bietet und gegenwärtig außerdem mit einer Kunstausstellung unter dem Motto "Simmeringer Künstler stellen aus" aufwartet. Die interessante Schau ist an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 Uhr geöffnet. Eine weitere Einrichtung schließlich ist ein Novum für das Amtshaus: ein Pensionistenklub, dessen Besucher Bürgermeister Marek und seine Begleitung beim Rundgang mit begeistertem Applaus begrüßten.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ehrte Mitglieds-Jubilare

23. November (RK) Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Wien, Hauptgruppe Hoheitsverwaltung, ehrte gestern abend in einer Feierstunde 49 langjährige Mitglieder, 45 davon können auf eine 40jährige, einer, Kollege Hans Ofner, sogar auf eine 50jährige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zurückblicken.

Bei der Feier, die musikalisch von einem Orchester der Wiener Feuerwehr umrahmt wurde, sprachen Bürgermeister Bruno Marek, der Präsident der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalratsabgeordneter Robert Weisz, und der Obmann der Hauptgruppe Hoheitsverwaltung Wien, Alfred Billmaier.

Bürgermeister Marek würdigte in seiner Ansprache den Weg und die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten und die Verdienste jener Frauen und Männer, die zur Pioniergeneration dieser Bewegung zählten. "Wenn ich beispielsweise an unsere heutigen Jubilare denke" sagte er unter anderem "die die schweren Jahre der Wirtschaftskrise in der Ersten Republik gemeistert haben, die vielfach nach 1934 persönlich Not tragen mußten und dann nach 1945 eine bewundernswerte Aufbauleistung vollbracht haben, dann muß ich allen Wienern zurufen: Seien wir froh, daß wir solche Frauen und Männer im Dienste unserer Vaterstadt haben!

Die Feierstunde schloß mit einer Aufführung des Josefstädter Theaters in den Kammerspielen.

\- - -

## "Wiener Schüttau" in Döbling

23. November (RK) Eine Straße im 19. Bezirk an der Stadtgrenze gegen Klosterneuburg, die bisher im Sprachgebrauch als "Schüttau" bezeichnet worden ist, erhielt vom Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates die amtliche Benennung "Wiener Schüttau". Diese Verbindung zwischen der Franz Josefs-Bahn und dem Kuchelauer Hafen setzt sich auf dem Gemeindegebiet von Klosterneuburg fort und wird in diesem Abschnitt ebenfalls "Schüttau" genannt. Durch die Bezeichnung "Wiener Schüttau" wird zur Vermeidung von Verwechslungsfällen zwischen Wiener und Klosterneuburger Gemeindegebiet unterschieden.

\- - -

## Subventionen aus dem Wiener Sportfonds

23. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat aus den Mitteln des Wiener Sportfonds neuerlich 341.500,-- Schilling für den Bau oder die Instandhaltung von Übungsanlagen und deren Einrichtung zur Verfügung gestellt.

Diese Subvention wird 13 Wiener Sportverbänden zugute kommen.

\- - -

Mittwoch, 7. Dezember:

Weihnachtsbaum-Feier am Rathausplatz

23. November (RK) Der Bundesländer-Weihnachtsbaum für Wien, der heuer eine Gabe des Landes Vorarlberg ist, wird am Mittwoch, dem 7. Dezember, im Rahmen einer abendlichen Feierstunde am Rathausplatz illuminiert werden. Die 26 Meter hohe Weißtanne aus einem Wald bei Dornbirn wird, wie bereits gemeldet, morgen, um 14.30 Uhr in Wien eintreffen und vor der Straßenbahnremise Rudolfsheim von Stadtrat Gertrude Sandner in Empfang genommen werden.

Am Mittwoch, dem 7. Dezember, wird um 16.54 Uhr das Glockenspiel des Rathausturmes zu spielen beginnen. Ab 17 Uhr konzertieren am Rathausplatz die Stadtmusik Bludenz unter Leitung von Kapellmeister Herbert Baumgartner und die Werkskapelle der Wiener E-Werke unter Kapellmeister Adolf Vancura. Um 17.30 Uhr wird die sogenannte kleine Rathausbeleuchtung, die bis dahin eingeschaltet war, erlöschen, während die Festgäste sich um den Weihnachtsbaum versammeln.

Der eigentliche Festakt wird durch den Bläserchor der Wiener Symphoniker unter Leitung von Rudolf Eidler eingeleitet. Dann spricht der Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Herbert Keßler. Nach dieser Rede werden die musikalischen Sendboten des "Ländles", die Stadtmusikkapelle Bludenz, die Vorarlberger Landeshymne intonieren und der Baum wird im Glanz von rund tausend elektrischen Kerzen erstrahlen. Gleichzeitig wird die Widmungstafel der Vorarlberger Landesregierung mit den Weihnachtswünschen der Vorarlberger für die Wiener enthüllt.

Namens der Stadt Wien wird Bürgermeister Bruno Marek die Dankansprache halten. Ein gemeinsames Platzkonzert der Stadtmusikkapelle Bludenz und der Wiener E-Werkskapelle bilden den Abschluß der Feierstunde.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur Entzündung der Lichter des Vorarlberger Weihnachtsbaumes am Rathausplatz, am Donnerstag, dem 7. Dezember, um 17.30 Uhr, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

## Heuer eine Viertel Million Besucher im Lainzer Tiergarten

23. November (RK) Der Lainzer Tiergarten, der Ende Oktober seine Pforten schloß, verzeichnete in dieser Saison, also seit Anfang April, nicht weniger als 256.000 Besucher. Trotz der vielen Schlechtwettertage des heurigen Sommers haben damit 15 Prozent mehr Erholungssuchende den berühmten Wildpark besucht, als im Jahr 1965.

Auch heuer hat man wieder allerlei zur größeren Bequemlichkeit der Tiergarten-Gäste getan. Mit beträchtlichem Aufwand wurde ins Rasthaus Hirschgstemm Strom eingeleitet. Auch das Forsthaus beim Dianator wurde bei dieser Gelegenheit elektrifiziert. Bei Laab im Walde wurde vom alten zum neuen Dianator eine Straße angelegt, die in diesem Sommer asphaltiert wurde.

Perzentuell noch stärker als die Besucherzahl hat heuer der Wildbestand im Lainzer Tiergarten zugenommen. Gegenwärtig bevölkern nicht weniger als 700 Wildschweine, 500 Mufflons, 150 Damhirsche, 70 Rehe und 50 Stück Rotwild die ausgedehnten Waldungen. Auch bei den "Exoten" des Wildbestandes hat sich Nachwuchs eingestellt: Die Auerochsen-Herde ist von 11 auf 13 Köpfe angewachsen und die Familie der Tarpane (Wildpferde) hat sich von vier auf sechs Köpfe vermehrt.

Der erste Schneefall brachte die Heger des Stadtforstamtes keineswegs in Verlegenheit, denn es wurde rechtzeitig für den Winter vorgesorgt. Nicht weniger als 205.000 Kilogramm "Lebensmittel" für die vierbeinigen Tierparkbewohner sind vorbereitet, nämlich 102 Tonnen Heu sowie 85 Tonnen Mais, Rüben, Kastanien und Hafer. Zum Kastanienvorrat haben die Besucher des Lainzer Tiergartens erheblich beigetragen. Sie sammelten große Mengen dieser braunen Früchte, um dazu beizutragen, daß das Wild auch im Winter wohl versorgt ist.

\- - -

## Kunstausstellung im Studentenheim der Stadt Wien

23. November (RK) Das Internationale Studentenheim der Stadt Wien in Währing, Vegagasse 20, bereitet in Zusammenarbeit mit der Galerie auf der Stubenbastei eine große Kunstausstellung vor, die der "Österreichischen Grafik und Druckgrafik der Gegenwart" gewidmet sein wird. Werke folgender Künstler werden gezeigt: Kurt Ammann (Aquarelle), Peter Baum (Monotypien), Theo Braun (Eisenätzungen), Josef Buttinger (Monotypien), Adolf Frohner (Zeichnungen), Heinrich Heuer (Radierungen), Annelise Karger (Zeichnungen), Günther Kraus (Eisenätzungen), Hans Krenn (Originalgraphiken in verschiedenen Techniken), Ludwig Merwart (Eisenätzungen), Karlheinz Pilcz (Radierungen), Arnulf Rainer (Zeichnungen) und Hans Staudacher (Gouachen).

Die Eröffnung der Ausstellung findet am Dienstag, dem 29. November, um 17 Uhr, statt. Anschließend bieten die Veranstalter den Besuchern die Möglichkeit, mit den Künstlern, die bei der Eröffnung anwesend sein werden, zu diskutieren. Die Ausstellung wird bis 18. Dezember geöffnet sein.

\- - -

## Geglückte Graben-Einbahn Premiere

### Publikum, Polizei und Verkehrsbetriebe sind zufrieden

23. November (RK) Heute früh erlebte das "Graben-Ringelspiel" seine Premiere und zugleich in der Frühspitze seine erste und entscheidende Belastungsprobe. Um es vorwegzunehmen: Die Premiere ist geglückt, Publikum, Polizei und Verkehrsbetriebe sind zufrieden. Die Wiener haben die neuen Autobushaltestellen und die geänderten Umsteigerelationen gleich zur Kenntnis genommen, der Autobusbetrieb weiß von weniger Verspätungen und leichterem Durchkommen zu berichten und auch der Individualverkehr tut sich ein bißchen leichter. Vor allem an der Kreuzung Bognergasse-Tuchlauben-Graben geht jetzt alles viel besser. Nur in der Tuchlauben selbst ist es am Morgen zu einer kleinen "Drängerei" gekommen, an der aber die Autofahrer ein wenig mit schuld sind. Die Polizei bittet deshalb, gerade in der Tuchlauben die beiden vorhandenen Fahrspuren gut auszunützen und genau in der Spur zu fahren.

Jetzt wartet alles gespannt auf die Freitag-Abend-Spitze. Wenn auch diese Belastungsprobe der neuen Einbahnregelung bestanden ist, so ist kaum daran zu zweifeln, daß der für drei Monate angesetzte Versuch zu einer ständigen Einrichtung werden wird.

\- - -

## Schluckimpfung gegen Kinderlähmung

23. November (RK) Am Montag hat die erste Teilimpfung der diesjährigen Schluckimpfung gegen Kinderlähmung begonnen. Die Aktion dauert bis einschließlich 3. Dezember. Alle bereits angemeldeten Personen werden eingeladen, sich dort, wo die Anmeldungen erfolgten, zur Impfung einzufinden.

Geimpft wird in den Bezirksgesundheitsämtern am Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag von 9 bis 11 Uhr, in den Kinderambulatorien und Mutterberatungsstellen ebenfalls bis 3. Dezember an den Beratungstagen.

In der Woche vom 28. November bis 3. Dezember werden auch nicht angemeldete Personen zur Impfung angenommen, soweit Impfstoff vorrätig ist.

\- - -

## Der 13. Stadthallen-Millionär ...

### ... wird morgen von Bürgermeister Marek begrüßt

23. November (RK) Die "Millionäre" in der Wiener Stadthalle häufen sich geradezu: morgen Donnerstag, den 24. November, wird Bürgermeister Bruno Marek bereits den 13millionsten Besucher der Stadthalle auf dem Vogelweidplatz begrüßen und beglückwünschen können. Der neue "Stadthallen-Millionär" wird um etwa 14.30 Uhr beim Publikumseislaufen in der Halle C erwartet. Bürgermeister Marek wird dem Jubiläumsgast eine goldene Uhr als Erinnerungsgeschenk überreichen.

\- - -

Kommenden Freitag im Theater an der Wien:

## Zum 50. Male "Heimweh nach St. Pauli"

23. November (RK) Kommenden Freitag, den 25. November, findet im Theater an der Wien die 50. Vorstellung des Musicals "Heimweh nach St. Pauli" statt. Mehr als 50.000 Zuschauer werden das Musical bis dahin bereits gesehen haben. Am Schluß der Jubiläumsvorstellung wird Hauptdarsteller Freddy Quinn dem 50.000. Besucher eine Sammlung seiner erfolgreichsten Lieder überreichen.

Wegen des großen Erfolges, den das Freddy-Musical im Theater an der Wien hat, wurde das Gastspiel des Operettenhauses Hamburg bis 11. Dezember verlängert.

\- - -

## 102. Geburtstag im Altersheim Baumgarten

23. November (RK) Im städtischen Altersheim Baumgarten beging heute Frau Elisabeth Soklic das Fest des 102. Geburtstages. Frau Soklic wurde in Jugoslawien geboren und lebt seit 1881 in Wien.

Das Altersheim Baumgarten, wo Frau Soklic seit zwei Jahren betreut wird, hat seiner ältesten Jubilarin heute ein großes Fest bereitet. Die Glückwünsche und Ehrengeschenke der Stadt Wien überbrachten Bürgermeister Bruno Marek und Bezirksvorsteher Franz Lehner. Frau Soklic, geistig noch sehr rege, präsidierte der blumengeschmückten Festtafel mit Würde, an der sich auch Altersheimdirektor Dozent Dr. Doberauer mit seinen Ärzten und Schwestern und die beiden Söhne des "Geburtstagskindes" einfanden.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

23. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Champignons ab 22 S, Karotten 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 6 bis 8 S, Orangen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Halali - das Jagdhorn schallt!

### Forstpersonal des Lainzer Tiergartens lernt Jagdhorn blasen

23. November (RK) Was für den Sprachschatz des echten Weidmannes das Jägerlatein ist, ist für seine Musikalität das Jagdhornblasen: beides gehört einfach dazu! So ein Jagdhornsignal draußen im Wald ist wirklich etwas Schönes und es bringt jene besondere, unverwechselbare Stimmung, die das Weidwerk zu einen festlichen Erlebnis machen kann.

Um solche festliche Erlebnisse ging es kürzlich auch im Personalausschuß des Wiener Gemeinderates. Diesem Gremium lag ein Antrag des Stadtforstamtes vor, man möge dem Forstpersonal im Lainzer Tiergarten ermöglichen, das Jagdhornblasen zu erlernen. Dies keineswegs nur zum Vergnügen der städtischen "Waldmenschen", es geht vielmehr um Repräsentationsaufgaben der Bundeshauptstadt Wien. Bei verschiedenen offiziellen Anlässen führt man gerne in- und ausländische Gäste in den berühmten Wildpark der Wiener, den Lainzer Tiergarten. Um dabei die rechte Waldesstimmung zu erwecken, mußte man bisher Jagdhornbläser von irgendeiner Wiener Blasmusikkapelle engagieren. Angesichts dieses Mangels regte Bürgermeister Bruno Marek an, doch den musikbegabten Mitarbeitern des Stadtforstamtes das Jagdhornblasen beizubringen, denn es sei doch viel zünftiger, wenn dieses Instrument auch von einem echten Jäger gehandhabt wird.

Und so beschloß der Personalausschuß, einen staatlichen Musiklehrer für einen etwa 20-stündigen Kurs zu engagieren und die Lainzer Forstbeamten daran teilnehmen zu lassen. Dem Ausschuß fiel dieser Beschluß um so leichter, als die ganze Sache nicht mehr als 1000 Schilling kostet. Die Instrumente sind nämlich in den Beständen des Stadtforstamtes seit langem vorhanden.

\- - -

## Rathaus-Empfang für die Arbeitstagung der Österreichischen Juristenkommission

23. November (RK) Heute wurde in Wien die 4. Arbeitstagung der Österreichischen Juristenkommission eröffnet. Aus Anlaß der Tagung gab Bürgermeister Bruno Marek heute abend einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses, an dem auch Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer und die Stadträte Dr. Pius Prutscher und Rudolf Sigmund teilnahmen. Der Wiener Bürgermeister begrüßte die Delegierten der Tagung und hob hervor, wie sehr der Themenkreis "Staatsbürger - Demokratie - Rechtsstaat" auch für die Stadt Wien von Interesse sei. Er begrüße deshalb die Tagung und wünsche den Beratungen der Österreichischen Juristenkommission viel Erfolg.

\- - -

"Weitgehende Übereinstimmung":

## Tarifgemeinschaft Schnellbahn-Straßenbahn

## "Gipfelkonferenz" im Verkehrsministerium

23. November (RK) Der "Rathaus-Korrespondenz" wird mitgeteilt:

"Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß eine Aussprache zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und der Bundeshauptstadt Wien statt, an der von Wiener Seite Bürgermeister Bruno Marek, Vizebürgermeister Felix Slavik, Stadtrat Dr. Maria Schaumayer, Stadtrat Kurt Heller, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller und von Seiten der Österreichischen Bundesbahnen Generaldirektor Dr. Maximilian Schantl, Generaldirektor-Stellvertreter Dr.Karl Kalz, Finanzieller Direktor Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Dultinger und Baudirektor Hofrat Dipl.-Ing. Liebsch teilnahmen.

In einer sachlichen Aussprache wurden alle Probleme, die zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und der Wiener Stadtverwaltung noch offen und ungelöst sind, eingehend behandelt. Man kam überein, die Frage des U-Bahn-Netzes im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wiener Schnellbahn durch die Österreichischen Bundesbahnen in einer neuerlichen Aussprache zu erörtern. Bezüglich einer Erweiterung der Tarifgemeinschaft zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und den Wiener Verkehrsbetrieben auf den Strecken Meidling - Liesing, Jedlersdorf - Strebersdorf und Floridsdorf - Süßenbrunn wurde eine weitgehende Übereinstimmung erzielt.

Bezüglich der Finanzierung der Fertigstellung der Schnellbahnstationen Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Brünner Straße zeichneten sich Möglichkeiten ab, die noch einer Absprache mit dem Bundesministerium für Finanzen bedürfen."

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Geehrte Redaktion!

Auf Einladung des "Presseclub Concordia" geben Kulturstadtrat Gertrude Sandner und Festwochenintendant Ulrich Baumgartner am kommoden Donnerstag, dem 1. Dezember, um 10 Uhr, im Concordia-Haus, 1, Bankgasse 8, eine

Vorschau auf das Programm der Wiener Festwochen 1967.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter zu dieser wichtigen Pressekonferenz zu entsenden.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 28. November bis 4. Dezember

24. November (RK)

Montag, 28. November:

11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Orchesterkonzert für Schüler der zweiten Klassen; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Robert Leimer (Trompete), Friedl Jaray (Sprecherin), Dirigent Helmut Froschauer (Mozart: Ouvertüre zu "Der Schauspieldirektor"; V. Korda: "Die Instrumente des Orchesters"; Haydn: 3. Satz aus dem Konzert für Trompete und Orchester Es-dur; Prokofieff: "Peter und der Wolf"; Johann Strauß: Schnellpolka "Auf der Jagd")

18.30 Uhr, Musikakademie (Seilerstätte), Festsaal: Wiener Akademie für Musik und d.K.: 2. Hugo Wolf-Liederabend der Klasse für Lied und Oratorium Dr. Erik Werba - Kurt Schmiček

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Wiener Akademie für Musik und d.K.: Öffentliche Reifeprüfung Cembalo und Klavier

19.00 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal: Österreichisch-Bulgarische Gesellschaft: Konzert

19.00 Uhr, Palais Palffy, Kino-Saal: Verband der geistig Schaffenden Österreichs: Literarisch-musikalischer Abend mit Uta Villanders-Wolsegger, Margit Szekely und Marguerite Fadrus

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: "Stimmen der Welt": Belina und Behrend (Chansons, jiddische Lieder, Flamenco, neue Songs)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Violinabend Robert Soetens, Paris; am Flügel Minka Rustschewa (Leclair: Le Tombeau; Bach: Partita d-moll; Debussy: Sonate; C. Franck: Sonate)

20.00 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Österreichische Gesellschaft für Musik - Wiener Volksoper: Einführungsabend zur Volksopernpremiere von Bartóks "Herzog Blaubarts Burg" und Strawinskys "Die Nachtigall"; es spricht Rudolf Klein (mit Vorführung von Aufnahmen berühmter Interpreten)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20; Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Adam Fellegi (Bach, Beethoven, Bartók, Kurtág, Liszt)

Dienstag, 29. November:

11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Orchesterkonzert für Schüler der zweiten Klassen; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Robert Leimer (Trompete), Friedl Jaray (Sprecherin), Dirigent Helmut Froschauer (Mozart, Korda, Haydn, Prokofieff, Johann Strauß)

./.

19.00 Uhr, Musikakademie (Seilerstätte) Festsaal: Wiener Akademie für Musik und d.K.: Gastkonzert des Konservatoriums Ostrau (Bloch, Smetana, Sohiske, Slavicky, Nedbal, Skorzeny, Martinu, Schollum, Suk)

19.00 Uhr, Musikakademie, Orgel-Saal 17: Wiener Akademie für Musik und d.K.: Orgelabend der Klasse Herbert Tachezi (Johann Sebastian Bach)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal; Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus I A (Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wr. Symphoniker Pina Carmirelli (Violine), Dirigent Jascha Horenstein (Brahms, Mahler)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Klavierabend Aurora Mauro-Cottone (Zipoli: Suite; Beethoven: Sonate op.2/3; Schumann: Sonate op. 22; Ravel: Valses nobles et sentimentales; Chopin: Polonaise-Fantasie)

19.30 Uhr, Musikverein, Kammer-Saal, Sonatenabend Peter Pecha, Viola - Liselotte Ott, Klavier (Vivaldi, Schubert, Siegl, Martinu)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: Das Wiener Bläserquintett (Kont: Bläserquintett; P.W. Fürst: Concertante Bläsermusik; Schönberg: Bläserquintett op. 26)

19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Vortrag Dr. Helmut Boese "125 Jahre Wiener Philharmoniker"

Mittwoch, 30. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Pina Carmirelli (Violine), Dirigent Jascha Horenstein (Brahms: Violinkonzert D-dur op. 77; Mahler: 6. Symphonie a-moll)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus XV; Das Wiener Trio (Beethoven: Klaviertrio G-dur op. 1/2; Brahms: Klaviertrio C-dur op. 87; Schumann: Klaviertrio d-moll op. 63)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus V; Orgelabend Hans Haselböck (Scheidt, Bach, Vivaldi, Hindemith, Alain u.a.)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal: Klavierabend Yün-Han Fung, (Beethoven, Schubert, Chopin, Liszt, Debussy)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Franz Brisa (Bach, Haydn, Beethoven); nachgeholt vom 21. November 1966

./.

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20, Musikzimmer: Internationales Kulturzentrum: Schallplattenabend; Das Amadeus-Quartett (Streichquartette von Beethoven)

Donnerstag, 1. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie (Seilerstätte), Festsaal: Wiener Akademie für Musik und d.K.: Öffentliche Reifeprüfung Klavier

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Pina Carmirelli (Violine), Dirigent Jascha Horenstein (Brahms, Mahler)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20; Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Anne Bakowski-Röser (Mozart, Schumann, Chopin, Schubert)

Freitag, 2. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie (Seilerstätte), Festsaal: Wiener Akademie für Musik und d.K.: Vortrag Dr. Harald Goertz "Musikphänomene in den USA"

19.00 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Lieder- und Arienabend Georg Litassy

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Wr. Symphoniker, Pina Carmirelli (Violine), Dirigent Jascha Horenstein (Brahms, Mahler)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Klavierabend Maria Regina Luponi (Bach, Beethoven, Hindemith)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Wiener Singgemeinschaft: Adventsingen

19.30 Uhr, Wr. Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 3. Konzert im Zyklus IV; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Brigitte Lorenz (Violine), Dirigent Franz Allers (Barber: Ouverture zu "The school for scandal"; Dvořák: Violinkonzert a-moll op. 53; Chausson: Symphonie B-dur op. 20)

Samstag, 3. Dezember:

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: 3. Abonnementkonzert, Dirigent Georg Solti (Mozart: Jupiter-Symphonie C-dur KV 551; Bartók: Divertimento für Streichorchester; Brahms: 4. Symphonie e-moll op.98)

17.00 Uhr, Musikakademie, Vortrag-Saal: Wiener Akademie für Musik und d.K.: "Historische Tänze des 16. und 17. Jahrhunderts" (Tanzvorführung)

./.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs 3. Konzert im Zyklus I B (Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die großer Symphonie" der GdM); Wr. Symphoniker, Pina Carmirelli (Violine), Dirigent Jascha Horenstein (Brahms, Mahler)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Kammermusikabend der Cappella Academica; Leitung und Violinsolist Eduard Melkus (Barockmusik)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: "Stimmen der Welt": Esther und Abi Ofarim (Wiederholung des Konzertes vom 15. und 16. Oktober 1966)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Gesangverein "Engelsbergbund": Chorkonzert

Sonntag, 4. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Wiederholung des 3. Abonnementkonzertes, Dirigent Georg Solti (Mozart, Bartók, Brahms)

11.00 Uhr, Wr. Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 3. Konzert im Zyklus II; Wr. Symphoniker, Jean und Claude Francaix (Klavier), Alois Forer (Orgel), Dirigent Dietfried Bernet (Einem: Meditationen op. 18; C. Francaix: Konzert für zwei Klaviere und großes Orchester; Saint-Saens: Symphonie für Orgel und Orchester c-moll op. 78)

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 4. Abonnementkonzert; mitwirkend Kiyoko Tanaka (Klavier), Dirigent Heinz Wallberg (Beethoven: 1. Klavierkonzert; Schubert: 9. Symphonie C-dur)

16.00 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Neubauer Männergesangverein: Chorkonzert; mitwirkend Wiener Frauenchor, Dirigent Franz Huber (Otto Siegl zum 70. Geburtstag)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Kulturgesellschaft: 2. Abonnementkonzert; Orchester der Wr. Kulturgesellschaft, Luise Dreyer-Zeidler (Harfe), Martin Donner (Flöte), Dirigent Lawrence Leonhard (Hanns Eisler: Kleine Symphonie; Mozart: Konzert für Harfe, Flöte und Orchester; Beethoven: 5. Symphonie c-moll op. 67)

\- - -

## Krankenhausbau und Spitalsreform im Mittelpunkt

### 7. Informationstag der Wiener Spitalsverwalter

24. November (RK) Im großen Festsaal des Allgemeinen Krankenhauses hielt heute die Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien ihren 7. Informationstag ab, dem heuer besondere Bedeutung zukam, da gleichzeitig auch die Feier des 10jährigen Bestandes dieser Vereinigung begangen wurde. Im Mittelpunkt des Informationstages standen Fragen des Krankenhausbaues und der Spitalsreform.

In seiner Eröffnungsansprache begrüßte der Obmann der Arbeitsgemeinschaft, Oberamtsrat Otto Klampfel, die zahlreich erschienenen Festgäste, unter ihnen Personalstadtrat Hans Bock, Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück und Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi, ferner den steirischen Landesrat für Sanitätsangelegenheiten, Albert Sebastian, und den Salzburger Landesrat für das Gesundheitswesen, Josef Weisskind.

Sodann hielt Oberamtsrat Klampfel einen kurzen Rückblick auf die 10jährige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, wobei er in großen Zügen ihre Aufgaben umriß und die intensive Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Wiener Stadtverwaltung, insebesondere mit der unmittelbar vorgesetzten Magistratsabteilung 17 (Anstaltenamt) und deren Leiter, Senatsrat Dr. Franz Widmayer, hervorhob. In seinen weiteren Ausführungen zeigte Oberamtsrat Klampfel die enge Kontaktnahme und den intensiven Erfahrungsaustausch mit den in den Bundesländern bestehenden Arbeitsgemeinschaften auf. Er betonte, daß die Arbeitsgemeinschaft bestrebt war, im Sinne des Krankenanstaltengesetzes dem Prinzip der kollektiven Führung der Krankenanstalten gerecht zu werden, was sinnfällig auch dadurch zum Ausdruck kam, daß auch heuer wieder die ärztlichen Direktoren und Leiter mit den Oberinnen sowie die Vertreter des Gremiums der Primarärzte bei der Tagung begrüßt werden konnten.

./.

Mit Worten des Gedenkens an die Begründer der Arbeitsgemeinschaft, die Oberamtsräte Franz Kornherr, Adolf Hejduk und Anton Sedlacek, und mit dem Dank an die vorgesetzten Dienstellen sowie an die Freunde, Förderer, Gönner und Mitglieder der Vereinigung beendete Oberamtsrat Klampfel seine Ausführungen.

Daran schlossen sich die Grußansprachen von Stadtrat Dr. Otto Glück, Senatsrat Dr. Franz Widmayer, des Obmannes der Arbeitsgemeinschaft der Verwaltungsleiter der öffentlichen Krankenanstalten Österreichs, Verwaltungsdirektor Rudolf Tornar, und des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Österreichs, Nationalratsabgeordneter Robert Weisz. Alle Redner nahmen auf die zehnjährige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Bezug und unterstrichen ihr verdienstvolles Wirken zum Wohle der von ihren Mitgliedern verwalteten Kranken- und Wohlfahrtsanstalten.

Stadtrat Dr. Otto Glück sagte in seiner Begrüßungsrede:

"Die vielen Fragen, nicht nur medizinischer Natur, die derzeit auf dem Gebiet des Krankenhauswesens in Fluß sind, bedürfen immer wieder einer eingehenden Beratung und Diskussion des gegenseitigen Gedanken- und Erfahrungsaustausches. Die rapide Entwicklung der medizinischen Wissenschaft hat ja nicht nur die rein medizinische Betreuung und Behandlung unserer Patienten revolutioniert, sondern auch in den vielen Grenzgebieten, wo sich medizinische, technische, personalmäßige, verwaltungstechnische und sonstige Probleme überschneiden, absolut neue Fragen aufgeworfen.

Es ist daher notwendig, von Zeit zu Zeit das Neue zu ordnen und eine Übersicht über die Erfahrungen, die man im Laufe der Jahre sammeln konnte, zu gewinnen.

Gerade heute ist es besonders auf dem Personalsektor immer schwieriger geworden, den Betrieb in den verschiedenen Anstalten klaglos abzuwickeln beziehungsweise in manchen Fällen vielleicht überhaupt nur aufrecht zu erhalten, und so muß sich das Team-Work zwischen Ärzten, Schwestern und Beamten immer wieder aufs Neue einsetzen und bewähren. Aber daneben gibt es noch eine große Zahl von weiteren Problemen, mit denen wir täglich konfrontiert werden und die nur in sinnvoller Zusammenarbeit aller im Krankenhaus Tätigen gelöst werden können. Die Organisation des Krankenhauses selbst ist in steter Entwicklung, und diese Entwicklung bedingt, daß wir uns immer wieder Gedanken machen müssen, den Betrieb besser und rationeller zu gestalten." ./.

Zu den beiden Themen, die im Mittelpunkt der Tagung standen, sprachen Diplomarchitekt Professor Ferdinand Riedl ("Grundlagen des modernen Krankenhausbaues") und Gemeinderat Dozent Dr. Alfred Gisel ("Gedanken zur Reform der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten").

Der Mensch als architektonisches Maß

Dipl.-Architekt Professor Ferdinand Riedl stellte in seinem Referat unter anderem fest, daß eine gewisse Zentralisierung der gesamten Anlage zu den wesentlichen Grundlagen des modernen Krankenhausbaues gehört. Im Mittelpunkt aller Planungen und Bauten auf dem Krankenhaussektor - Professor Riedl untersuchte diesen Fragenkomplex vom Gesichtspunkt des Arztes, des Architekten, des Verwalters und nicht zuletzt des Patienten aus - muß jedoch der Mensch stehen. Das Gebäude muß vom Architekten von Anfang an in eine Beziehung zum Menschen, zur menschlichen Proportion gebracht werden. Bei den Krankenhäusern, die heute gebaut werden, gehört die individuelle Betreuung des Kranken zu den wichtigsten Kriterien.

Die Wahl der Krankenzimmereinheit ist nicht nur für den gesamten Pflegebereich außerordentlich entscheidend, sondern sie bildet auch die Grundlage der Planung. Es ist heute ausgeschlossen, ein Krankenhaus zu bauen, ohne es auf eine Einheit zurückzuführen, ohne ein Maß zu berücksichtigen, das ein menschliches Maß sein muß. Als menschliches Maß bezeichnete der Referent nicht den Meter, sondern alle Maße um 125 oder 130 Zentimeter, das heißt Maße, die sich aus den menschlichen Körperproportionen entwickelt haben. Grundsätzlich stellte Architekt Riedl schließlich fest, daß die Planung eines Krankenhauses nicht eine Sache von zehn oder 20 Jahren, sondern mindestens von 50 Jahren ist.

Um- und Neuplanungen sind notwendig

Gemeinderat Dozent Dr. Alfred Gisel stellte im wesentlichen zur Frage der Reform der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten fest:

Gesundheit und Krankheit, Unfall, Wiederherstellung und Invalidität sind heute nicht mehr ausschließlich Angelegenheit des Betroffenen, seiner Familie und des behandelnden Arztes, sondern sie sind zu einem allgemeinen und sozialen Anliegen geworden und lösen nach bestimmten Systemen organisierte soziale Aktionen aus. Die Spitäler sind Zentren solcher Aktionen.

./.

Die Wiener werden im Krankenhaus geboren, bringen, interpretieren wir die Wiener Statistikzahlen getreu, zwei Tage des Jahres im Spital zu, und viele Wiener tun, geht ihr Leben zu Ende, ihren letzten Atemzug in einem Krankenhausbett.

Mag auch die Kopfzahl der Wiener Bevölkerung derzeit nahezu konstant sein, so darf die Gesundheitsverwaltung daraus nicht schließen, daß damit auch Stabilität im Anstaltenbereich verbunden sei und zu verantworten wäre. Zu viele unserer Anstalten sind in wesentlichen Abschnitten überaltert und personalmäßig unterbesetzt - trotz aller Erneuerung und bereits genehmigter Personalvermehrung. Vor allem macht die Altersumschichtung in Wien Umplanungen in Krankenanstalten und Neuplanungen notwendig und dies muß nach wohlvorbereiteter Aussprache aller beteiligter Stellen geschehen. Darum wird sich die vom Wiener Gemeinderat gewählte Rationalisierungskommission für die Städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zu bemühen haben.

Fachausstellung und Rathaus-Empfang

Heute vormittag eröffnete Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück auch die "1. Internationale Fachausstellung für Arzt- und Spitalsbedarf" im Wiener Künstlerhaus. Aussteller sind zahlreiche Firmen aus Deutschland, der Schweiz, Schweden, Holland, England, den USA, Dänemark, Frankreich, Ungarn und Österreich. Die interessante Fachschau ist bis 28. November täglich von 9 bis 19 Uhr (Sonntag von 10.30 bis 19 Uhr) geöffnet.

Für heute mittag waren die Tagungsteilnehmer zu einem Empfang der Stadt Wien in den Rathauskeller geladen, wo sie namens des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung von Personalstadtrat Hans Bock begrüßt wurden.

\- - -

## Der Wiener Fremdenverkehr im Oktober

24. November (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien gibt folgende Zahlen über den Wiener Fremdenverkehr im Oktober bekannt. (Zahlen vom Oktober 1965 in Klammern.)

Insgesammt wurden im Berichtsmonat 109.992 (99.168) Gäste in Wiener Beherbergungsbetrieben gemeldet. Sie haben 298.471 (283.214) mal genächtigt. Dies bedeutet bei den Besucherzahlen eine Steigerung von 11 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, während die Nächtigungsziffern um rund 6 Prozent stiegen.

85.109 (74.684) Wien-Besucher kamen aus dem Ausland. Unter ihnen rangierten die Gäste aus Westdeutschland und Berlin mit 22.334 (20.155) zahlenmäßig an erster Stelle. Nicht weit hinter ihnen liegen die Amerikaner mit 18.445 (13.563) Touristen. Bei den Gästen aus den USA schlugen sich die Teilnehmer an den Charterflügen der Fedders-Corporation, die ihren Mitarbeitern eine Wien-Reise stiftete, zu Buche. An dritter Stelle liegt die Schweiz mit der runden Zahl von 5.000 (4.594) Gästen, an vierter Stelle die Tschechoslowakei mit 3.977 (3.382) und an fünfter Stelle Großbritannien und Nordirland mit 3.575 (2.732) Wien-Besuchern.

Die Jugendherbergen verzeichneten 6.354 (5.531), die Campingplätze 339 (246) Gäste.

\- - -

## Zwei neue Wohnhausanlagen mit 112 Wohnungen

### Ein "Haus der Begegnung" im 19. Bezirk

24. November (RK) Auf Antrag von Baustadtrat Kurt Heller genehmigte der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates in seiner heutigen Sitzung die Entwürfe und die Sachkredite für die Errichtung je einer städtischen Wohnhausanlage im 19. und im 5. Bezirk. Die beiden Objekte werden insgesamt 112 Wohnungen enthalten. Beide Anträge werden noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Im 19. Bezirk, Billrothstraße-Gatterburggasse, sollen auf einer Baugrundfläche von rund 4.200 Quadratmeter sechs fünfgeschossige Häuser mit insgesamt 67 Wohnungen entstehen. Fünf dieser Häuser werden in einem Baukörper entlang der Billrothstraße angeordnet sein, das sechste Haus, an das sich ein Saaltrakt anschließen wird, soll an der Gatterburggasse errichtet werden. Im Erdgeschoß und im ersten Stock dieses freistehenden Gebäudes wird in Verbindung mit dem Saaltrakt ein neues "Haus der Begegnung" untergebracht sein. Es wird aus einem Mehrzwecksaal mit Galerie und zweigeschoßigem Foyer, einem kleineren Saal, drei Klubräumen, einem Nebenraum mit Kulissendepot und Künstlergarderoben bestehen. Wie in den anderen "Häusern der Begegnung" in Wien werden auch hier Vortragsabende, Theaterveranstaltungen, Filmvorführungen, aber auch Tanzveranstaltungen durchgeführt werden.

Neben den 67 Wohnungen und dem "Haus der Begegnung" werden in dem Objekt Billrothstraße auch noch sechs Geschäftslokale, zwei maschinell eingerichtete Waschküchen, eine Heizzentrale und eine Pkw-Garage untergebracht sein. Zwei weitere Einstellplätze für Pkws sind vorgesehen. Die Baukosten betragen 26,270.000 Schilling, als Baurate für heuer sind 500.000 Schilling vorgesehen.

Die zweite neue Anlage wird vier fünfgeschossige Wohnhäuser mit insgesamt 45 Wohnungen und fünf Ateliers umfassen und in der Gartengasse im 5. Bezirk errichtet werden. Die vier Häuser auf einer Gesamtgrundfläche von fast 1.200 Quadratmeter werden in zwei Baukörper mit je zwei Häusern geteilt sein. Die Baukosten für dieses Projekt belaufen sich auf 11,590.000 Schilling. Als Baurate für 1966 werden 100.000 Schilling bereitgestellt.

\- - -

Rasthaus "Zur Schießstätte" in Mauer wird wieder aufgebaut

24. November (RK) Ein früher sehr beliebtes Ausflugsziel der Wiener, das zu Kriegsende zerstört wurde, soll neu entstehen: das Rasthaus "Zur Schießstätte" zwischen der Antonshöhe und dem Wilden Berg in Mauer, dessen Ruine im Sommer dieses Jahres abgetragen wurde. Auf Wunsch der Liesinger Bezirksvorstehung soll nun an der selben Stelle ein neues Rasthaus errichtet werden. Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte in seiner heutigen Sitzung dieses Projekt, das jedoch noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat vorgelegt wird.

Ähnlich wie die beiden Rasthäuser Hirschgstemm und Rohrhaus im Lainzer Tiergarten wird die neue Anlage in Mauer die Wienerwald-Wanderer zu Rast und Stärkung einladen. Auch in den Wintermonaten wird sie sicherlich stark besucht sein, da sich in der Nähe eine bekannte Schiwiese, die Dopplerwiese, befindet. Die Zufahrtsstraße zu dem künftigen Rasthaus, die Verlängerung der Lange Gasse im 23. Bezirk, ist bereits fertiggestellt; Parkmöglichkeiten wurden ebenfalls geschaffen.

Bei der Gestaltung des neuen Rasthauses wird natürlich darauf Bedacht genommen werden, daß es in das Landschaftsbild des Wienerwaldes paßt. Ein großer Gastraum wird 100 bis 120 Besuchern Platz bieten. Ferner werden in dem Gebäude Küche, Vorratsraum, Kühlraum und Unterkünfte für das Personal untergebracht sein. Rings um das Haus werden Liegewiesen angelegt, und auch Sitzplätze wird es im Freien geben, so daß die Raststätte insgesamt bis zu 400 Personen zur Verfügung stehen wird.

Im Gegensatz zum alten Rasthaus, das Wasser nur aus einem wenig ergiebigen Brunnen beziehen konnte und keinen elektrischen Strom hatte, werden in der neuen Raststätte Wasser- und Stromversorgung gesichert sein. In nur 80 Meter Entfernung wurde erst vor kurzem ein Trinkwasserbehälter der Wiener Wasserwerke errichtet. Da ein Anschluß an das öffentliche Kanalnetz mit sehr hohen Kosten verbunden wäre, wird der Einbau einer biologischen Kläranlage erwogen. Die Baukosten für das neue Rasthaus, das ganzjährig geöffnet sein soll, werden voraussichtlich 2,5 Millionen Schilling betragen.

\- - -

## Neuer Fußgängersteg am Kaiserwasser

24. November (RK) Einer der Nebenarme der Alten Donau ist das sogenannte Kaiserwasser in Kaisermühlen, das sich zwischen Wagramer Straße und Alter Donau hinzieht. Über ein sogenanntes Verbindungsgerinne mündet das Kaiserwasser gegenüber dem Gänsehäufel in die Alte Donau. Über diesen Kanal soll nun ein neuer Fußgängersteg errichtet werden, der eine Verbindung zwischen dem Wanderweg am nördlichen Ufer des Kaiserwassers und den südlichen Gebieten herstellen wird.

Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute die Errichtung dieses Fußgängersteges, der 2,8 Meter breit und 20,8 Meter lang sein wird. Der Steg soll als Fertigteilbrücke ausgeführt werden. Die geschätzten Baukosten betragen 290.000 Schilling. Der Antrag wird noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung zugewiesen werden.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

24. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 S, Karotten 3 bis 4 S, Kohl 2.50 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Orangen 7 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Die älteste Wienerin ist 103 Jahre alt

24. November (RK) Übermorgen, Samstag, den 26. November, begeht die älteste Wienerin, Frau Josefine Gröger, im Altersheim Lainz ihren Geburtstag. Sie kann dann auf volle 103 Lebensjahre zurückblicken. Damit steht Frau Gröger derzeit altersmäßig an der Spitze aller ihrer Wiener Geschlechtsgenossinnen. Gefeiert wurde das seltene Jubiläum wegen Terminschwierigkeiten aber schon heute. Bürgermeister Bruno Marek, Bezirksvorsteher Dipl.-Ing. Josef Gerstbach und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Eduard Popp überbrachten die Glückwünsche, Blumengrüße und Ehrengaben der Stadt Wien. Auch der Direktor des Altersheimes Lainz, Primarius Dr. Viktor Samec sowie die Ärzte und Schwestern der Anstalt fanden sich zur Gratulationscour ein.

Die älteste Wienerin wurde in Graz geboren und kam 18jährig nach Wien. Hier heiratete sie bald, schenkte drei Söhnen das Leben und führte zwölf Jahre ein Milchgeschäft. Dann arbeitete sie als Herrschaftsköchin in verschiedenen Adelshäusern. Zwei ihrer Söhne verstarben, der dritte Sohn aber ist noch am Leben. Frau Gröger hat auch ein Enkelkind und ein Urenkerl. 1949 wurde die 86jährige durch ein Auto niedergestoßen und erlitt einen Schädelbruch. Nach ihrer Genesung kam sie dann in das städtische Altersheim Lainz. Sie ist körperlich und geistig in recht guter Verfassung, geht spazieren und liest sogar noch mit Hilfe einer starken Brille.

Bürgermeister Bruno Marek stattete auch der zweitältesten "Lainzerin", Frau Maria Gmeiner, einer Zimmernachbarin Frau Grögers, einen Besuch ab. Frau Gmeiner wird im März 102 Jahre alt. Sie hat erst kürzlich eine schwere Lungenentzündung überstanden, von der sie völlig genesen ist. Bürgermeister Marek erklärte, er sehe an dem erfreulichen Gesundheitszustand der greisen Heiminsassinnen, wie liebevoll sie gepflegt werden und dankte den Ärzten und Schwestern des Lainzer Altersheimes in herzlichen Worten für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit.

\- - -

Der Vorarlberger Weihnachtsbaum ist da

Festlicher Willkomm für die Riesentanne bei zünftigem Winterwetter

24. November (RK) Trotz des schlechten Wetters fanden sich heute nachmittag 2.500 Wiener im Rudolfsheim ein, um den Vorarlberger Weihnachtsbaum zu empfangen, der auch pünktlich um 14.30 Uhr eintraf. Die Wartezeit wurde durch Darbietungen einer Eisenbahnerkapelle verkürzt, während die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bunte Luftballons an die zahlreich erschienenen Kinder verteilte.

Das Spezialfahrzeug auf dem die 26 Meter lange Weißtanne transportiert wurde, war von weißen Mäusen begleitet. Bei seinem Eintreffen stimmte ein Schulchor das Lied "Oh Tannenbaum" an.

Hierauf hieß Bezirksvorsteher Leo Mistinger die Vorarlberger Gäste willkommen und dankte auch der Gendarmerie für das sichere Geleit durch Tirol, Salzburg sowie Ober- und Niederösterreich.

Hierauf ergriff Hofrat Mörk damens der Vorarlberger das Wort und umriß in launigen Worten die Beziehungen zwischen Wien und dem "Ländle":

"Dieser Weihnachtsbaum soll unter Beweis stellen, daß auch wir Vorarlberger genau so gut und genau so gern österreichisch denken und fühlen, wie die Bewohner der anderen Bundesländer. Wir haben eine fast 700 Kilometer lange Reise hinter uns, die auch nicht weiter gewesen wäre, wenn wir einen Christbaum nach Nizza, Köln oder Paris gebracht hätten. Die Vorarlberger Bevölkerung aber hat die Schlägerung und den Transport dieses für Wien bestimmten Baumes mit Freude und Interesse verfolgt und damit zu verstehen gegeben, daß wir Vorarlberger uns mit der Bundeshauptstadt verbunden fühlen.

Dieser Christbaum wurde von der Stadt Dornbirn zur Verfügung gestellt. Er stand im verschneiten Waldtal der Dornbirner Ach. Ursprünglich war er 28 Meter lang, wurde jedoch aus technischen Gründen etwas gekürzt, so daß er auch jetzt noch die Länge von 26,5 Meter aufweist. Sein größter Durchmesser am Stock beträgt 90 Zentimeter, handelt es sich doch um eine neunzig Jahre alte Weißtanne. Sie wurde von städtischen Forstarbeitern gefällt, wobei ein 32 Tonnen schwerer Kran einer Bregenzer Speditionsfirma den Stamm sorgsam auf den Sattelschlepper legte.

./.

Ursprünglich sollte unser Bundesheer die Fracht übernehmen, doch wollte man selbstverständlich die im Katastropheneinsatz in Osttirol befindlichen Spezialfahrzeuge nicht abziehen. Daher hat sich die erwähnte Feldkirchner Firma bereit erklärt, den Transport nach Wien kostenlos durchzuführen.

Die Fahrt über den tief verschneiten Arlberg war keine Kleinigkeit und auch in Tirol gab es bei Bahnunterführungen und engen Kurven manche Probe technischen Könnens abzulegen. Ein Bundesheerkommando begleitete den Weihnachtsbaum und war jedesmal mit Rat und Tat zur Stelle."

Nachdem Hofrat Märk noch die herzlichen Grüße Vorarlbergs an Wien übermittelt hatte, begab sich Stadtrat Gertrude Sandner ans Rednerpult. In ihrer Grußadresse führte sie aus:

"Wenn die Tage kürzer und die Nächte länger werden, in den Auslagen die ersten Weihnachtsdekorationen erscheinen und unsere Buben und Mädchen an die Briefe ans Christkind denken, stellen viele Wienerinnen und Wiener, wenn sie beim Rathaus vorbeikommen, die gleiche Frage: Woher wird denn heuer unser Weihnachtsbaum kommen und wie wird er ausschauen? Und man drückt im Geist die Daumen, damit alles gut gehe und der Baum unbeschadet nach Wien gelangen kann. Jetzt ist es so weit!

Vor uns liegt eine herrliche Weißtanne, ein freundschaftlicher Gruß Vorarlbergs an die Bundeshauptstadt Wien. Mit Freuden begrüßen wir dieses schöne Weihnachtsgeschenk und danken den Vorarlbergern und allen jenen, die dafür sorgten, daß dieser Prachtbaum seine Reise durch Österreich zu uns unbeschadet zurücklegen konnte.

Seit dem Jahre 1959 steht in der Vorweihnachtszeit auf unserem Rathausplatz immer ein großer Lichterbaum, das Weihnachtsgeschenk eines Bundeslandes. Dieses Geschenk bringt uns Wienerinnen und Wienern mehr als weihnachtliche Vorfreude. Es bringt die Verbundenheit aller Österreicher mit ihrer Bundeshauptstadt Wien zum Ausdruck. Am 7. Dezember wird der Herr Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Keßler die vielen Lichter, die diese Weißtanne dann schmücken werden, entzünden, und ich lade alle schon jetzt herzlich zu dieser Feierstunde auf dem Rathausplatz, die mit Musik und Gesang gestaltet wird, ein.

./.

Im Jänner, wenn die Weihnachtskerzen erloschen sind und der Alltag wieder eingekehrt ist, fahren unsere Wiener Symphoniker nach Vorarlberg. Ihr Musizieren wird wohl am besten den Dank Wiens an die Vorarlberger Bevölkerung zum Ausdruck bringen."

Nachdem die Rudolfsheimer Kinder noch ein Weihnachtslied gesungen hatten, fuhr der Konvoi über die Mariahilfer Straße und den Ring zum Rathausplatz. Auf der ganzen Strecke begrüßten die Passanten die Vorarlberger Weihnachtsgabe mit Beifall und Winken. Auch am Rathausplatz selbst, wo sofort mit den Entladearbeiten begonnen wurde, hatte sich eine größere Menschenmenge eingefunden.

Und nächstes Jahr?

Mit dem Vorarlberger Weihnachtsbaum haben nun seit dem Jahr 1959 alle österreichischen Bundesländer ihrer Bundeshauptstadt einen Weihnachtsbaum gespendet. Somit erhebt sich zwangsläufig die Frage: Wie wird es weitergehen? Die Stadt Wien beabsichtigt, im nächsten Jahr den Wienern "aus eigenen Beständen" einen Christbaum vor dem Rathaus zu bescheren. Der Weihnachtsbaum 1967 wird voraussichtlich aus den städtischen Forsten in Naßwald kommen. Dann wird der Reigen der Bundesländer-Weihnachtsbäume von vorne beginnen.

\- - -

## Rindernachmarkt vom 24. November

24. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 1 Kalbin, 1 Kuh, Summe 2. Verkauft wurde alles. Hauptmarktpreise.

\- - -

## Schweinenachmarkt vom 24. November

24. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 151, Ungarn 170, Gesamtauftrieb 321. Verkauft wurde alles. Industrieware: DDR 200, Ungarn 589. Marktverkehr ruhig. Ungarische Schweine: 16.30 bis 16.50 S.

\- - -

## Pferdenachmarkt vom 24. November

24. November (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

## Eine Penzinger Volksschülerin als 13."Stadthallen-Millionärin"

24. November (RK) Heute nachmittag hieß Bürgermeister Bruno Marek in der Eishalle der Wiener Stadthalle persönlich den 13millionsten Besucher willkommen. Der mit viel Spannung von den anwesenden Honoratioren und Journalisten erwartete Besucher-Jubilar war - ein kleines Mädchen! Es handelte sich um die achteinhalbjährige Volksschülerin Monika Winckelmüller aus dem 14. Bezirk. Sie nahm aus der Hand des Stadtoberhauptes freudestrahlend eine goldene Armbanduhr, eine riesige Bonbonniere und ein Paar funkelnagelneue Schlittschuhe entgegen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Österreichische Uraufführung des Bibel-Filmes

### Die Film-Eva wurde von Bürgermeister Marek empfangen

25. November (RK) Gestern abend fand im Apollo-Kino die festliche österreichische Uraufführung des Großfilms "Die Bibel" unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek statt. Unter den Ehrengästen sah man Kardinal Erzbischof Dr. König, Bundesminister Dr. Prader und Staatssekretär Dr. Gruber als Vertreter der Bundesregierung, ferner den päpstlichen Nuntius Rossi, den italienischen Botschafter Martino und in Vertretung des israelischen Botschafters Gesandten Shimron. Von seiten der Stadt Wien wohnten der Premiere Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer und mehrere Mitglieder des Stadtsenates bei. Ferner sah man viele Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens unserer Stadt.

Vor der Premiere besuchte die Film-Eva, Ulla Bergryd, das Wiener Rathaus. Bürgermeister Bruno Marek und seine Gattin begrüßten die junge Schwedin herzlich, die ihrerseits flüsterte: "Das Rathaus ist eine so schönes Platz". Als Geschenk für den Bürgermeister überreichte sie stilgemäß eine Prachtausgabe der Bibel. Der Wiener Bürgermeister seinerseits übergab seinem blonden Gast als Erinnerung an Wien eine Vase aus Lobmeyerglas und einen Blumenstrauß. Im Verlauf der angeregten Unterhaltung wurde das biblische Geschehen ins Gegenteil verkehrt. Der Wiener Bürgermeister brachte es fertig, die Film-Eva mit einer Tafel Schokolade "zu verführen".

\- - -

## Heute früh schwere Störungen im Straßenbahnnetz

25. November (RK) Die Verkehrssituation, mit der die Wiener und die Wiener Verkehrsbetriebe heute fertig werden mußten, kann man als katastrophal bezeichnen. Der nasse Schnee führte zu ungezählten schweren Störungen im Straßenbahnverkehr. Dabei hatte es durchaus harmlos begonnen.

Als es heute nacht zu schneien anfing, erkundigten sich die Verkehrsbetriebe nach der Wetterlage. Höchstens drei bis fünf Zentimeter Schnee lautete die Prognose der Wetterfrösche. Dann aber fielen, vor allem im Westen des Stadtgebietes, bis zu 35 Zentimeter nasser und schwerer Schnee.

Mit allem in der Nacht verfügbaren Personal wurden bereits um ein Uhr früh Vorreinigungsfahrten und Hauptreinigungsfahrten durchgeführt, besser gesagt man begann damit, denn auf den westlichen Strecken blieben sogar die Schneepflüge der Straßenbahn stecken. Dazu kam, daß zum Beispiel auf den Linien 39 und 43 Bäume unter der Last des schweren Schnees zusammenbrachen und die Gleise verlegten. Die Linie 10 konnte heute früh überhaupt nicht ausfahren. Auf der Mariahilfer Straße fiel die Weihnachtsbeleuchtung auf die Oberleitungen und brachte den Straßenbahnverkehr zum Erliegen.

Aus den südlich und östlich gelegenen Betriebsbahnhöfen lief der Frühverkehr zunächst normal aus, als aber dann durch den Individualverkehr die Weichen verstopft wurden, kam es auch auf diesen Strecken zu zahlreichen Entgleisungen. Einzig dem Autobusbetrieb ging es diesmal besser, zumindest auf den innerstädtischen Linien. Zu schweren Störungen kam es jedoch auf der Autobuslinie 47.

(Wir bringen nachmittag voraussichtlich weitere Berichte.)

\- - -

## Karl Johann Braun-Braunthal zum Gedenken

25. November (RK) Auf den 26. November fällt der 100. Todestag des Schriftstellers Karl Johann Braun Ritter von Braunthal.

Er wurde 1802 in Eger geboren, verlor früh seine Eltern und verlebte die Jugend in ärmlichen Verhältnissen. 1826 wurde er Erzieher in einem gräflichen Haus, 1829 betätigte er sich in Berlin als Journalist, die Zeit von 1830 bis 1845 verbrachte er in Wien als freier Schriftsteller. 1850 erhielt er den Posten eines Bibliothekars in der neu gegründeten Bibliothek der Polizeihofstelle in Wien. Braun-Braunthal begann sein literarisches Schaffen mit Jugendgedichten und wandte sich schließlich dem Drama zu, doch war keinem seiner Bühnenwerke ein dauernder Erfolg beschieden. Seine Stärke lag auf dem Gebiet der romanhaften Erzählung. Braun-Braunthal erwies sich in diesem Genre als besonders fruchtbarer phantasievoller Autor, der auch über ein umfangreiches Wissen verfügte. Am bekanntesten wurde sein dreibändiger historischer Roman "Neuhof".

\- - -

## Verkehrsbetriebe suchen dringend Schneearbeiter

25. November (RK) Die Wiener Verkehrsbetriebe suchen dringend Schneearbeiter. Die Aufnahmestellen befinden sich in allen Wiener Betriebsbahnhöfen.

\- - -

## Gedenktage im Dezember

25. November (RK)

| | | |
|---|---|---|
| 2. | Karl Schwender, Besitzer einer Alt-Wiener Vergnügungsstätte | 100. Todestag |
| 5. | Dr. Karl F. Cory, Nobelpreisträger für Medizin | 70. Geburtstag |
| 5. | Professor Hanns Jelinek, Komponist | 65. Geburtstag |
| 5. | Emerich Kastner, Musikschriftsteller | 50. Todestag |
| 5. | Hans Richter, Hofkapellmeister | 50. Todestag |
| 8. | Adolf Fischhof, Liberaler Politiker des Jahres 1848 | 150. Geburtstag |
| 9. | Eduard Böhm-Ermolli, k.k.Feldmarschall | 25. Todestag |
| 10. | Univ.-Prof. Dr. Arnold Pillat, Ophthalmologe | 75. Geburtstag |
| 12. | Univ.-Prof. Dr. Bruno Wahl, Zoologe, korrespondierendes Mitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften | 90. Geburtstag |
| 13. | Ludwig Koch, Friegs- und Pferdemaler | 100. Geburtstag |
| 15. | Josef Franz Maximilian Fürst Lobkowitz, Gönner Beethovens | 150. Todestag |
| 15. | Emil Lucka, Romanschriftsteller | 25. Todestag |
| 19. | Josef Engelhart, Maler und Bildhauer | 25. Todestag |
| 19. | Franz Sacher, Begründer des Hotels Sacher | 150. Geburtstag |
| 20. | Monsignore Jakob Weinbacher, Domkapitulär von St. Stephan | 65. Geburtstag |
| 21. | Karl Pick, Gründer und Obmann des Zentralvereines kaufmännischer Angestellter (gestorben 3. August 1938) | 100. Geburtstag |
| 24. | Professor Otto Basil, Lyriker und Schriftsteller | 65. Geburtstag |
| 24. | Franz Dworak, Buchhändler | 70. Geburtstag |
| 27. | Carl Zuckmayer, Schriftsteller | 70. Geburtstag |
| 28. | Professor Sergius Pauser, Maler | 70. Geburtstag |
| 28. | Eduard Strauß, Komponist | 50. Todestag |
| 30. | Univ.-Prof. Dr. Heinrich Benedikt, Historiker | 80. Geburtstag |
| 30. | Univ.-Prof. Dr. Moriz Enzinger, Germanist | 75. Geburtstag |
| 31. | Dr. Siegmund Guggenberger, öffentlicher Verwalter für das österreichische Rundspruchwesen | 75. Geburtstag |
| 31. | Kommerzialrat Alfred Liewers, Autogroßhändler | 80. Geburtstag |

- - -

## Österreichisches Kunststoffinstitut im Arsenal eröffnet

25. November (RK) Gestern wurde das vom Chemischen Forschungsinstitut der Wirtschaft Österreichs neu errichtete Österreichische Kunststoffinstitut im Objekt 212 des Arsenals durch Bautenminister Dr. Vinzenz Kotzina eröffnet.

In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek übermittelte Stadtrat Kurt Heller die Grüße und Glückwünsche der Wiener Stadtverwaltung. Stadtrat Heller führte in seiner Rede aus, daß Wien immer stolz darauf gewesen sei, ein Zentrum der wissenschaftlichen Forschung zu sein. Die Forschung müsse heute mehr denn je methodisch und systematisch betrieben werden, da Zufallserfindungen heute keine Rolle mehr spielen. Diesen Gegebenheiten müssen auch kleine Länder wie Österreich Rechnung tragen und ihren Beitrag zum Fortschritt der Wissenschaft leisten.

Wien begrüße es daher, daß hier eine neue Forschungsstätte für die Kunststofftechnik errichtet wurde. Dieser junge Zweig der Technologie, dessen weitere Entwicklung noch gar nicht abgeschätzt werden kann, ist für die Wirtschaft von größter Bedeutung. Daß das Österreichische Kunststoffinstitut sich im Arsenal niedergelassen hat, trägt dazu bei, daß hier ein neues Wiener Forschungszentrum entsteht.

Als größter Bauherr Österreichs sei die Stadt Wien an der Entwicklung von Kunststoffen sehr interessiert, besonders an solchen, die in der Bautechnik verwendet werden können. Von besonderer Bedeutung sei dabei das Brandverhalten von Kunststoffen. In dankenswerter Weise hat das Kunststoffinstitut zu Testzwecken ein eigenes "Brandhaus" gebaut, von dem wertvolle Erkenntnisse zu erwarten sind.

Stadtrat Heller erinnerte in diesem Zusammenhang an das von der Stadt Wien gemeinsam mit anderen Körperschaften gegründete Institut für Bauforschung und an die städtische Prüf- und Versuchsanstalt, die bereits grundlegende Arbeiten geleistet und neue Baustoffe in technologischer und physikalischer Hinsicht überprüft haben.

./.

Abschließend stellte Stadtrat Heller fest: "Viele Institutionen und Körperschaften bemühen sich, die Forschungsarbeit zu beleben und zu intensivieren. Leider fehlt aber noch immer ein gesamtösterreichisches Konzept zur Förderung der Wissenschaften und der Forschung. Die bestehenden Förderungsmaßnahmen müßten koordiniert und entsprechend den Bedürfnissen der Wissenschaften und der Wirtschaft eingesetzt werden. So beispielgebend der Bau eines Kunststoffinstitutes für Forschungszwecke ist, so bedauerlich ist es, daß der Gesetzgeber noch immer keinen 'Österreichischen Forschungsrat' als Körperschaft mit öffentlichem Recht ins Leben gerufen hat, dem diese Aufgaben der Förderung und Koordinierung übertragen werden. Vielleicht ist aber das erfreuliche Ereignis der heutigen Eröffnung neuerlich ein Impuls für die Verwirklichung der gesetzlichen Grundlagen.

Ich möchte nochmals meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Wien durch die Schaffung des Kunststoffinstitutes um eine moderne Forschungsstätte reicher geworden ist und wünsche den Wissenschaftlern und ihren Mitarbeitern viel Freude und Erfolg bei der Arbeit in dem neuen Haus."

\- - -

## Schlepplift auf der Hohen Wand-Wiese in Betrieb

25. November (RK) Die Sportstelle der Stadt Wien teilt mit, daß die Schleppliftanlage auf der Hohen Wand-Wiese in Wien 14, Mauerbachstraße, bereits in Betrieb ist.

\- - -

## Grazer Müll wird in Wien getestet

25. November (RK) Im Zusammenhang mit Plänen der Grazer Stadtverwaltung über eine hygienische und zweckmäßige Entfernung und Verwertung des in der steirischen Landeshauptstadt anfallenden Kehrichts ersuchte Bürgermeister Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum die Wiener Stadtverwaltung um die Möglichkeit, den Heizwert des Grazer Mülls in Wien zu testen. Selbstverständlich wird Wien dieser Bitte gerne nachkommen, umso eher, als ja auch der Heizwert des Wiener Mülls untersucht werden mußte, ehe man an den Bau der ersten Müllverbrennungsanlage schritt. Damals wurde Wiener Müll nach Bern "exportiert", um untersucht zu werden. Darauf wies auch der für die Wiener Müllabfuhr zuständige Stadtrat Hubert Pfoch hin, als er die Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) beauftragte, die Untersuchungen in Zusammenarbeit mit den Grazer Stellen vorzunehmen.

Morgen, Samstag, sollen bereits 20 Müllfahrzeuge aus Graz mit insgesamt 50 Tonnen Kehricht in Wien eintreffen. Um etwa 9.30 Uhr werden diese Fahrzeuge bei der Müllverbrennungsanlage auf dem Flötzersteig erwartet.

\- - -

## Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Dezember

25. November (RK) Im Dezember sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Dezember: Ankündigungsabgabe für November,
Getränkesteuer für November,
Gefrorenessteuer für November,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte November

14. Dezember: Anzeigenabgabe für November,
Ortstaxe für November

15. Dezember: Lohnsummensteuer für November

25. Dezember: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Dezember.

\- - -

## Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

25. November (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, den 30. November:

18.15 Uhr, Innere Stadt, Zipplingerstraße 8/2.

Donnerstag, den 1. Dezember:

15.00 Uhr, Döbling, Gatterburggasse 14/1.

\- - -

Neue Ausstellung im Kulturamt:

## Schönwald-Graphiken und Schwaiger-Plastiken

25. November (RK) Heute vormittag eröffnete Kulturstadtrat Gertrude Sandner im Schauraum am Friedrich Schmidt-Platz 5, eine Ausstellung, in der 35 Graphiken von Rudolf Schönwald und rund ein Dutzend Kleinplastiken von Rudolf Schwaiger gezeigt werden. Beide Künstler wurden vor wenigen Tagen mit einem Förderungspreis der Stadt Wien ausgezeichnet. Bei der Vernissage hatten sich trotz dem schlechten Wetter zahlreiche Kunstfreunde eingefunden, unter ihnen auch Landesrat Kuntner und Hofrat Hermann von der Niederösterreichischen Landesregierung. Selbstverständlich waren auch die Aussteller selbst und die Wiener Kunstkritiker erschienen.

In ihrer Eröffnungsansprache führte Stadtrat Gertrude Sandner aus:

"Die Verleihung der Förderungspreise der Stadt Wien für das Jahr 1966 bot den eigentlichen Anlaß zu dieser Ausstellung. Es soll hier versucht werden, das Werk zweier junger Künstler, des Graphikers Rudolf Schönwald und des Bildhauers Rudolf Schwaiger, der Öffentlichkeit vor Augen zu stellen. Allzu leicht liest man in der Zeitung über zwei Namen hinweg, ohne daß man damit einen Begriff zu verbinden vermag.

Der Graphiker Rudolf Schönwald, um noch einmal kurz die beiden Herren vorzustellen, wurde 1928 geboren und hatte bereits als Kind, das in die Mühle des zweiten Weltkrieges geraten war, ein bewegtes Schicksal. Erst nach dem Krieg legte er 1948 die Reifeprüfung ab und war von 1948 bis 1956 Schüler an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Schönwald wandte sich ausschließlich der Graphik zu und erreichte mit einer Reihe von Graphikzyklen eine beachtliche künstlerische Höhe, die ihm gute Kritiken und in- und ausländische Preise eintrugen. Das Visionäre, Spukhafte, Hintergründige, auch das Groteske, scheint, wie seine bisherigen Arbeiten zeigen, seinem Wesen besonders zu liegen.

Der Bildhauer Rudolf Schwaiger wurde 1924 geboren und besuchte die Holzfachschule in Hallstatt und die Akademie der bildenden Künste in Wien - Klasse Professor Fritz Wotruba. Schwaiger wurde

./.

vor allem als Stein- und Holzbildhauer bekannt. Er ist Figuralist und fühlt sich vor allem einem klaren, formstrengen Stil verpflichtet. Gewisse Anklänge an die heimatliche Folklore sind in seiner Arbeit ebenso spürbar, wie die Tatsache, daß er Schüler von Fritz Wotruba war. Die Einstellung, die Schwaiger zur Erfüllung seiner Arbeit hat, ist stark emotionell betont. Das gibt seinen Plastiken eine ursprüngliche, menschliche Wärme. Schwaiger hat vor allem für die Gemeinde Wien eine Reihe von Aufträgen erfüllt. Daß er ein fruchtbarer Kleinplastiker ist, sieht man in dieser Ausstellung."

Auch in Hinkunft wird das Kulturamt der Stadt Wien alljährlich die Förderungspreisträger dem Publikum in solchen Ausstellungen vorstellen.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

25. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Kohl 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Birnen 6 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

## Wiens Baustadtrat hob 98 Tonnen mit dem Zeigefinger ...

### Nußdorfer Schleuse ihrer Bestimmung übergeben

25. November (RK) Von Wiens Baustadtrat Kurt Heller ist bekannt, daß er schon figürlich nicht gerade zu den Schwächlingen zählt, aber die "körperliche" Leistung, die er heute vollbrachte, muß selbst Superathleten in Erstaunen versetzen: Mit dem Zeigefinger hob er mühelos und ohne jede sichtbare Anstrengung 98 Tonnen Stahl 3.80 Meter in die Höhe.

Die anschließende Leistung von Stadtwerke-Stadtrat Dr. Maria Schaumayer stand diesem Kraftakt jedoch in nichts nach, vor allem, wenn man bedenkt, daß sie dem sogenannten schwachen Geschlecht angehört: Gleichfalls mit dem Zeigefinger brachte sie die von ihrem Stadtsenatskollegen gehobenen 98 Tonnen wieder in die ursprüngliche Lage zurück.

Solche erstaunlichen Dinge begaben sich heute Vormittag am Donaukanal in Nußdorf, als Stadtrat Heller in Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek die neue Nußdorfer Schleuse offiziell ihrer Bestimmung übergab. Die Schwerarbeit der beiden Stadträte wurde in dem rundum verglasten Kommandostand der Schleuse allerdings dadurch erleichtert, daß die gesamte Anlage vollständig mechanisiert ist und mit einem Knopfdruck bedient werden kann. Das heißt also, daß von hier aus alle Einrichtungen der Schleuse von einem einzigen Mann zentral gesteuert werden können. Und so heben und senken sich also auch die beiden Hubschwenktore der Schleuse, von denen jedes 98 Tonnen wiegt, auf Knopfdruck.

Bei der Eröffnungsfeier konnte der Brigittenauer Bezirksvorsteher Franz Koblitzka zahlreiche Festgäste begrüßen, die sich bei der Schleuse eingefunden hatten, obwohl auch der Himmel seine Schleusentore geöffnet hatte und es heftig schneite. Außer Stadtrat Kurt Heller waren auch die Stadträte Rudolf Sigmund und Dr. Maria Schaumayer, die Bezirksvorsteher Hubert Hladej (2. Bezirk) und Otmar Emerling (21. Bezirk), Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller mit den leitenden Beamten des Stadtbauamtes, mehrere Mitglieder des Gemeinderates, die Leiter der am Bau beteiligten städtischen Dienststellen und Vertreter der Baufimren erschienen.

./.

## Kühlwasserversorgung und Hochwasserschutz

Stadtrat Heller gab in seiner Eröffnungsrede einen kurzen bautechnischen Überblick über die neue Schleuse, die an Stelle der rund 70 Jahre alten bisherigen Wehranlage in Nußdorf errichtet wurde. Die veraltete Konstruktion war im Winter nicht mehr betriebsfähig, bei Frost- und Eistreiben gelangte zuwenig Wasser aus der Donau in den Donaukanal. Eine ausreichende Wasserführung im Donaukanal ist jedoch aus mehreren Gründen unbedingt erforderlich: Vor allem das Kraftwerk Simmering braucht große Mengen an Kühlwasser, die dem Donaukanal entnommen werden müssen. Außerdem ist ein genügend hoher Wasserstand auch für den Schutz der Holzpfähle der Uferschutzbauten, zur Verbesserung der Grundwasserverhältnisse und nicht zuletzt aus sanitären Gründen wünschenswert.

Im allgemeinen hat die Nußdorfer Schleuse vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen: Sie muß im Sommer den täglichen Schleusenbetrieb durchführen und im Winter für die ausreichende Kühlwasserversorgung des Simmeringer E-Werkes sorgen. Aber noch ein drittes Moment kommt hinzu: der Hochwasserschutz. Von den beiden alten mit der Hand betätigten Stemmtoren diente nur das obere diesem Schutz, und zwar nur bis zu einer Hochwassermenge von rund 11.000 Kubikmeter je Sekunde. Die neue Schleuse hingegen reicht für eine Hochwassermenge von 14.000 Kubikmeter je Sekunde aus und bietet durch die Anordnung von zwei gleichhohen Toren doppelte Sicherheit. Bei Hochwasserführung können die Tore jederzeit soweit geschlossen, das heißt gesenkt werden, daß höchstens 100 Kubikmeter je Sekunde in den Donaukanal gelangen. Damit ist der Schleusenumbau die erste Maßnahme zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Wien und gleichzeitig der erste Teil der geplanten Bauten für den "totalen" Hochwasserschutz an der Donau.

## Hubschwenktore zum erstenmal in Österreich verwendet

Bei der Verwendung der von der VÖEST gelieferten Hubschwenktore handelt es sich im übrigen um eine "österreichische Premiere". Solche Schleusentore wurden nämlich in Österreich noch niemals verwendet, sie haben sich aber in der Bundesrepublik Deutschland bei Schleusenanlagen am Neckar und am Dortmunder-Ems-Kanal außerordentlich gut bewährt.

./.

Die Hubschwenktore sind so konstruiert, daß sie beim Öffnen zuerst senkrecht hochgezogen und dann bei gleichzeitigem weiterem Heben umgeklappt werden, so daß sie in geöffnetem Zustand waagrecht liegen. Beim Schließen verläuft dieser Vorgang natürlich umgekehrt. Der Vorteil dabei ist, daß keine hohen Türme benötigt werden, wie sie bei gewöhnlichen Hubtoren unvermeidlich sind und meist als "Fremdkörper" im Stadtbild in die Höhe ragen.

Neben dem Einbau der neuen Tore und der völligen Mechanisierung der gesamten Anlage wurden auch die Signalanlagen und die Befestigungseinrichtungen für die Schiffe in der Schleusenkammer auf den modernsten Stand gebracht. Ferner wurde eine Beleuchtung installiert, um die Schleuse auch bei Nacht betreiben zu können. Vor dem Schleuseneinlauf hat man einen sogenannten Eisabweiser angebracht, der aus vier Meter langen und 1,5 Meter breiten Holzflößen besteht, die an Stahlseilen zu einer Kette verbunden und an den Ufern befestigt sind. Mit dieser Einrichtung wird das Eindringen von Eisschollen in den Donaukanal verhindert.

Mit den Bauarbeiten, die von der Magistratsabteilung 29 (Brücken- und Wasserbau) geleitet und von der Universale Hoch- und Tiefbau-AG durchgeführt wurden, hatte man im Oktober 1964 begonnen. Die gesamte Planung war von den Wiener Starkstromwerken durchgeführt worden. Heuer im Mai wurden die Arbeiten soweit abgeschlossen, daß man bereits mit einem provisorischen Schleusenbetrieb beginnen konnte. Die Baukosten in der Höhe von 35 Millionen Schilling werden gemeinsam von der Stadt Wien und den städtischen Elektrizitätswerken getragen. Die Schleuse geht in das Eigentum der Donau-Hochwasser-Schutzkonkurrenz über, einer Interessengemeinschaft der Stadt Wien, Niederösterreichs und des Bundes, deren Aufgabe es ist, die Hochwasserschutzanlagen an der Donau zu erhalten.

In seiner Rede dankte Stadtrat Heller abschließend allen an dem Bau Beteiligten und gedachte dabei des VÖEST-Monteurs Konrad Jaksch, der bei einem tragischen Unfall während der Bauarbeiten im August vergangenen Jahres sein Leben lassen mußte.

Der "Eisvogel" als Premierenschiff

Nach der Eröffnungsrede begaben sich die Festgäste auf den Kommandoturm, wo sich Baustadtrat Heller und Stadtwerke-Stadtrat

./.

Dr. Maria Schaumayer unter hilfreicher Assistenz von Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Gassner (Magistratsabteilung 29) und Schleusenmeister Widhalm als "Knopfdrücker" betätigten - und zwar mit großem Erfolg, wie wir bereits eingangs geschildert haben. Zunächst hob sich das untere Schleusentor, so daß der "Eisvogel" als fahnengeschmücktes Premierenschiff vom Donaukanal in die Schleusenkammer einfahren konnte. Während das Wasser in der Kammer auf das Niveau der Donau gehoben wurde, zeigte der "Eisvogel", der von der Hafenbetriebs-Gesellschaft als Lösch- und Schleppschiff verwendet wird, in einer eindrucksvollen Löschvorführung, was er alles kann. An der Kaimauer begrüßte Stadtrat Heller den Kapitän des Schiffes, das sodann, als das obere Schleusentor geöffnet war, donauwärts seine Fahrt fortsetzte.

Bürgermeister Marek zur Eröffnung der Nußdorfer Schleuse

Anläßlich der offiziellen Inbetriebnahme der umgebauten Nußdorfer Schleuse stellte Bürgermeister Bruno Marek der "Rathaus-Korrespondenz" interessante historische Angaben über das Gebiet an der Schleuse zur Verfügung. Dabei kam er auch auf die geplanten großen Hochwasserschutzanlagen zu sprechen.

"Nur wenige werden wissen", sagte der Bürgermeister, "daß das Gebiet an der Nußdorfer Schleuse historischer Boden der österreichischen Schiffahrt ist. Hier war einst der große Hafen unserer Stadt, hier standen Zollgebäude und Polizeistation; der Fremde, der auf dem Wasserwege eintraf, betrat in dem vielbesungenen Nußdorf zum erstenmal Wiener Boden.

Die alte Nußdorfer Schleuse weckt aber nicht nur schöne Erinnerungen, sondern auch Mahnungen; hier war das Einfallstor des Hochwassers, das im vergangenen Jahrhundert - insbesondere 1830 und 1862 - ganze Stadtteile verheerte. Nach der im Jahr 1875 vollendeten Donauregulierung wurde der neu entstandene Donaukanal zunächst durch ein sogenanntes Sperrschiff und schließlich durch die von dem Architekten Otto Wagner gestaltete Schleuse gegen den Hauptstrom geschützt.

Die im Jahr 1894 in Betrieb gestellte alte Nußdorfer Schleuse hat nun - nach 72 Jahren - ausgedient.

./.

Mit der Eröffnung der neuen, modernen Anlage wird sie zu einem Stück romantischer Erinnerung an unsere Stadtgeschichte. Die Erfordernisse der Gegenwart haben dazu geführt, daß die alte Schleuse den Anforderungen nicht mehr genügte. Sie bot weder wirklich zuverlässigen Schutz gegen drohende Hochwassergefahren, noch erfüllte sie die Funktion, die ihr im Dienst der Wiener E-Werke in Simmering zugedacht war.

Schon zur Zeit der Entstehung des Donaukanals waren kritische Stimmen laut geworden, die darauf hinwiesen, daß diese Regulierung allein der Stadt Wien keinen vollkommenen Hochwasserschutz gewähre. Das Katastrophenjahr 1954 und alle nachfolgenden Überflutungen haben uns darüber belehrt, daß auch die Schleusenanlage keine ausreichende Sicherung bieten konnte. Die Gemeindeverwaltung hat sich daher zur Tat entschlossen, ehe es vielleicht zu spät ist und eine Katastrophe über uns hereinbricht, wie sie heuer Kärnten und Ost-Tirol heimgesucht hat. Als ein Teil dieses Programmes wurde die neue Nußdorfer Schleuse gebaut, die einem höheren Wasserdruck stand zu halten vermag als die frühere Anlage und zudem in ihrer Bedienung wesentlich einfacher ist.

Darüber hinaus bleibt uns allerdings auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes noch viel zu tun. Das große Hochwasserschutzprojekt des Stadtbauamtes sieht bekanntlich einen weiteren Entlastungskanal auf der Seite des Hubertusdammes vor. Seine Realisierung würde die Stadt Wien nicht nur gegen jede künftige Flutkatastrophe vollendet abschirmen, sondern auch ein neues Erholungs- und Sportzentrum für unsere Bevölkerung schaffen. Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit dem Bund, und ich darf die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, einen gemeinsamen finanziellen Weg zur Verwirklichung des großzügigen Planes zu finden.

Die Inbetriebnahme der Nußdorfer Schleuse ist somit der erste Schritt zur Verwirklichung des Wiener Hochwasserschutzprogrammes, dem in Kürze weitere folgen sollen."

\- - -

## "Matschbericht" der Stadtreinigung

25. November (RK) Zu der heutigen misslichen Verkehrssituation in Wien, verursacht durch den nassen Schnee, der bald nur mehr pappiger Matsch war, gibt die Wiener Stadtreinigung folgenden Bericht:

Heute um 2 Uhr früh wurden auf den Alarmrouten der Stadtreinigung 79 Räumgeräte eingesetzt. Bei diesem nächtlichen Einsatz war die Technik gegenüber dem Menschen entschieden in der Überzahl. Nur 13 fremde Schneearbeiter standen zur Verfügung, die zusammen mit 41 Mann des eigenen Personals die Arbeit der Räumgeräte ergänzten.

Heute früh kam es infolge des extremen Wetters zu den von allen berufstätigen Wienern miterlebten umfangreichen Verkehrsstörungen, die sich besonders in den Hauptverkehrsstraßen am Stadtrand auswirkten. Tagsüber verstärkte die Stadtreinigung ihren Einsatz: 182 Räumgeräte und 1.203 Schneearbeiter, darunter 497 aufgenommene Arbeitskräfte, versuchten, der Schneelage Herr zu werden.

### Die Verkehrsbetriebe zu Mittag

In den Mittagsstunden war die Situation bei den Wiener Verkehrsbetrieben schon etwas erfreulicher. Auf der Mehrzahl der Linien konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden, zum Teil regelmäßig, zum Teil allerdings kommt es noch immer zu Störungen, vor allem durch verstopfte Weichen. Nur die Linien im 2., 20., 21. und 22. Bezirk sind so gut wie störungsfrei. Auf den Straßen mit starkem Individualverkehr jedoch wird der Straßenbahnverkehr öfter behindert, so vor allem in der Mariahilfer Straße, in der Wiedner Hauptstraße und am Gürtel. Fünf Straßenbahnlinien konnten auch zu Mittag noch immer nicht fahren, und zwar die Linie 10 zwischen Ottakring und Hietzing, die Linie 43 nach Neuwaldegg, die Linie 48 nach Dornbach, die Linie 49 nach Hütteldorf und die Linie J nach Ottakring.

\- - -

## Rat und Tat für die finanziellen Nöte der Gemeinden

### 4. Kuratoriumssitzung des Informationszentrums für Kommunale Finanzierungen

25. November (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat heute das Kuratorium des 1964 ins Leben gerufenen "Informationszentrums für Kommunale Finanzierungen" zusammen.

Einleitend umriß Zentralsparkassen-Generaldirektor Dr. Josef Neubauer als IKF-Vorstandsmitglied die Tätigkeit dieser Institution in den ersten beiden Jahren, wobei er besonders die Informationsarbeit hervorhob. Es wurden bisher zwei Broschüren und zwei Nummern eines aktuellen Informationsdienstes herausgegeben. Außerdem wurden zahlreiche Gemeinden in verschiedenen Bundesländern beraten.

Wegen der angespannten Lage auf dem Kapitalmarkt sei es unbedingt erforderlich, daß die österreichischen Geldinstitute erklären, welche Mittel sie im kommenden Jahr beziehungsweise in den Folgejahren an Gemeinden für deren Vorhaben zur Verfügung stellen können. Um den Tätigkeitsrahmen des IKF, dem derzeit die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, die Wiener Städtische Versicherung, die Wiener Hypothekenanstalt und die Österreichische Kommunalkredit-AG als Mitglieder angehören, erweitern zu können, sollen andere Geldinstitute oder Körperschaften eingeladen werden, als Mitglied beizutreten.

IKF-Geschäftsführer Nationalratsabgeordneter Erwin Lanc gab in seinem Tätigkeitsbericht bekannt, daß das Informationszentrum im Jahr 1965 insgesamt 19 Darlehen mit einem Gesamtbetrag von rund 70 Millionen und heuer bisher 18 Kredite mit zusammen rund 20 Millionen vermitteln konnte. Von den Darlehen gingen 60 Millionen an niederösterreichische, 18 Millionen an burgenländische und sechs Millionen an Tiroler Gemeinden. Beim Verwendungszweck der Kommunaldarlehen stand der Schulbau zahlenmäßig an erster Stelle, aber auch Altersheime, Bäder, Kanalisationen, Wasserleitungen, Kindergärten und andere kommunale Projekte wurden mit Hilfe dieser Gelder verwirklicht.

Das IKF hat auch die Darlehenswünsche zahlreicher Gemeinden in fast allen Bundesländern erhoben. Von den 64 beratenen Gemeinden wurden Wünsche nach Kreditmitteln in der Höhe von rund 83 Millionen

./.

Schilling für dringende Vorhaben geäußert. Bei den angegebenen Verwendungszwecken steht auch hier der Schulneubau an erster Stelle.

Bei der Neuwahl des Präsidiums wurde Bürgermeister Bruno Marek zum Präsidenten und Vizebürgermeister Felix Slavik sowie der Eisenstädter Bürgermeister Landesrat Hans Tinhof zu Vizepräsidenten gewählt. Auch die Neuwahl des zwölfköpfigen Kuratoriums und des Vorstandes wurde mit Stimmeneinhelligkeit vorgenommen.

\- - -

## Korrekturen am "Graben-Ringelspiel"

25. November (RK) Nach zwei Tagen "Grabeneinbahn-Ringelspiel" wurden nun einige Korrekturen durchgeführt, die eine weitere Verbesserung für den Straßenverkehr in der Inneren Stadt bringen. In der Einbahn Brandstätte wurde auf der rechten Seite, von Bauernmarkt bis zur Bushaltestelle bei der Einmündung in die Tuchlauben, ein Halteverbot von 7 bis 19 Uhr erlassen. Ausgenommen ist davon nach dem Beispiel der Kärntner Straßen-Regelung, die nächste Woch in Kraft tritt, die Ladetätigkeit von 9 bis 11 Uhr und von 13 bis 16 Uhr. In der Tuchlauben wurde in dem engen Teil vor der Kleeblattgasse ein Halteverbot verfügt, so daß nun im Stauraum vor der Einmündung Brandstätte zwei volle Fahrstreifen vorhanden sind. Bei der Signalanlage beim Stock im Eisen-Platz konnte die Fußgängerphase auf das doppelte verlängert werden. In der Kärntner Straße werden nächste Woche gleichzeitig mit der Einführung des Halteverbotes bei der Einmündung in den Stock im Eisen-Platz zusätzlich Gebotstafeln aufgestellt, mit den Fahrtrichtungspfeilen "Geradeaus und Rechts". Die Ampel in der Kärntner Straße zeigt bereits auf der Signalblende das gleiche Bild.

\- - -

## Erinnerungstafel für "Stellt's meine Roß in Stall"

25. November (RK) Sonntag, den 27. November, um 10 Uhr, wird Stadtrat Gertrude Sandner im Hause Wien 2, Pazmanitengasse 10, eine Gedenktafel für Franz Ichmann in die Obhut der Stadt Wien nehmen. Mit dieser Erinnerungstafel will der Verein "Das Wiener Lied" seines langjährigen Mitgliedes, des Textdichters Ichmann (1898 bis 1965), gedenken. Aus Ichmanns Feder stammt unter anderem der Text für das Lied "Stellt's meine Roß in Stall". Seine Gattin Emmi Kurz hat zahlreiche Texte . des Verstorbenen vertont.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Die Radiorede des Bürgermeisters

26. November (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprechen morgen, Sonntag, den 27. November, um 19.45 Uhr im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek, Museumsdirektor Dr. Franz Glück und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Museen der Stadt Wien, das Archiv der Stadt Wien und die Ausstellung "Das gute Bild für jeden". Im Anschluß an den nun folgenden Text des Gesprächs bringen wir eine Kurzfassung!

\- - -

Gesperrt bis Sonntag, 27. November, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

## Archiv, Museen und gute Bilder

26. November (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprachen am Sonntag, dem 27. November, Bürgermeister Bruno Marek, Museumsdirektor Dr. Franz Glück und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Museen der Stadt Wien, das Archiv der Stadt Wien und die Ausstellung "Das gute Bild für jeden".

Dr. Gerle: Guten Abend meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Bruno Marek möchte sich in seiner heutigen Sendung mit den Museen der Stadt Wien, mit dem Archiv der Stadt Wien und auch mit der Aktion "Das gute Bild für jeden" beschäftigen. Unterstützt wird er dabei vom Direktor der Museen der Stadt Wien, Herrn Dr. Franz Glück.

./.

Herr Bürgermeister, haben Sie einen besonderen Grund, sich mit den Museen und dem Archiv der Stadt Wien zu beschäftigen?

Bgm. Marek: Ja und nein. Der eine Grund ist, daß ich glaube, es sollte den Wienerinnen und Wienern immer wieder in Erinnerung gebracht werden, welch bedeutende kulturelle Schätze sich im Besitz der Stadt befinden, und ein weiterer Grund ist, daß sich meiner Ansicht nach die jetzige Jahreszeit ganz besonders dazu eignet, die eben erwähnten Kunstschätze kennen zu lernen oder, falls man sie schon kennt, sich an ihrem Anblick wieder zu erfreuen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, die offizielle Bezeichnung lautet "Museen der Stadt Wien". Es gibt aber doch nur ein "Museum der Stadt Wien".

Bgm. Marek: Das ist richtig, es gibt ein großes Museumsgebäude und zwar auf dem Karlsplatz. Aber es gibt auch noch einige kleinere Museen und Gedenkstätten in Wien, über die aber am besten Herr Direktor Dr. Glück Auskunft gibt. Bitte, Herr Direktor.

Direktor Dr. Franz Glück: Gerne, Herr Bürgermeister. Wenn man von den kleineren Museen und Gedenkstätten spricht, so sind in erster Linie die ehemaligen Wohnungen der großen Wiener Musiker zu erwähnen: Die Mozart-Räume im sogenannten Figaro-Haus in der Domgasse, ferner das Haydn-Museum in Haydn's Wohnhaus, die Beethoven-Räume im Pasqualati-Haus auf der Mölker Bastei, das Schubert-Museum in Schuberts Geburtshaus und das Sterbezimmer von Franz Schubert in der Kettenbrückengasse.

Bgm. Marek: In diesen Gedenkstätten ist alles vereint, was wir an Erinnerungen an diese Großen besitzen. Ich glaube aber, diese Gedenkstätten sind mehr als Museen im gewöhnlichen Sinne, denn in ihnen fühlt man den Hauch des Genies, und die Verantwortlichen haben sich sehr bemüht, die Räume so lebensnah als möglich zu gestalten.

Dr. Glück: Wenn ich hier ergänzen darf, Herr Bürgermeister, so möchte ich ausdrücklich feststellen, daß es in diesen Gedenkstätten keinerlei Imitationen oder gar Fälschungen gibt. Was es dort zu sehen gibt, ist absolut echt.

./.

Dr. Gerle: Zählen nicht auch die Erinnerungsstätten an das römische Wien zum Bereich der Museen der Stadt Wien?

Bgm. Marek: Sehr richtig, die Erinnerungsstätten auf dem Hohen Markt und in der Feuerwehr-Zentrale Am Hof, ebenso die Modesammlung in Hetzendorf, sind gewissermaßen Teile unseres historischen Museums. In diesem Zusammenhang muß auch das Uhrenmuseum der Stadt Wien erwähnt werden, das von einem begeisterten Privatsammler, dem Lehrer Rudolf Kaftan geschaffen wurde.

Dr. Glück: Ich glaube, Herr Bürgermeister, wir müssen hier auch das kürzlich eröffnete Pratermuseum im neuen Planetarium nennen, das ebenfalls aus einer Sammlung eines Privatmannes hervorgegangen ist. Und dann gibt es noch die Heimatmuseen in den Bezirken unserer Stadt, die in einem lockeren Verhältnis zu uns stehen und über die die Stadt Wien die Oberaufsicht führt.

Bgm. Marek: Diese werden von Vereinen betreut und sollen die Entwicklung der einzelnen Bezirke in ihren verschiedenen Phasen vom Dorf über die Vorstadt zum Stadtteil darstellen. Ich halte die Heimatmuseen für eine sehr wichtige, vor allem lokalgeschichtlich bedeutsame Einrichtung. In diesen Museen werden nämlich viele wertvolle Dinge vor dem Untergang bewahrt.

Dr. Gerle: Herr Direktor Glück, welche Objekte sind nach Ihrer Ansicht die wertvollsten und schönsten in den Ihnen unterstellten Museen und Gedenkstätten?

Dr. Glück: Da möchte ich in erster Linie die Sammlung gotischer Plastiken nennen, die unzweifelhaft die größte in Wien ist. Weiters möchte ich nennen die Glasgemälde aus dem Stephansdom und zwar da besonders die sogenannten Fürstenscheiben aus der Herzogskapelle. Aber auch die auserlesenen Stücke aus dem Wiener bürgerlichen Zeughaus sind von höchstem materiellem und ideellem Wert. Dieser Bestand ist geschlossen in den Besitz des Museums übergegangen. In Europa ist nur dieses eine städtische Zeughaus in solcher Vollständigkeit erhalten.

Bgm. Marek: Vergessen wir aber bitte nicht alle jene Dinge, die mit Augustin Hirschvogel in Zusammenhang stehen. Er hat nämlich die erste Vermessung der Stadt Wien durchgeführt und darnach den ersten Stadtplan gezeichnet und in Kupfer gestochen. Von ihm stammen auch die ersten absolut wirklichkeitsgetreuen Ansichten Wiens.

./.

Dr. Glück: Ja, dieser bedeutende Mann ist aber auch als Landschaftsradierer berühmt geworden. Er stammte aus Nürnberg, aber schon sein Sohn hat das Wiener Bürgerrecht erworben.

Dr. Gerle: Und wie ist die Wiener Biedermeier-Malerei in den städtischen Museen vertreten?

Dr. Glück: In reichstem Maße. Die hervorragendsten Werke von Fendi, Danhauser, Eybl, Gauermann, Waldmüller, Amerling, um nur die wichtigsten zu nennen, befinden sich in unserem Besitz. An dieser Stelle möchte ich auch noch erwähnen, daß meiner Meinung nach eine ganz besondere Attraktion des Museums der Stadt Wien die originalgetreu aufgestellte Wohnung Franz Grillparzers aus der Spiegelgasse Nr. 21 ist. Gewissermaßen ein Gegenstück aus der Zeit um 1900 ist die im Museum wiedererrichtete Wohnung des Architekten Adolf Loos aus der Bösendorferstraße.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wann und wie ist eigentlich das Museum der Stadt Wien entstanden?

Bgm. Marek: Ein genaues Datum läßt sich nicht so ohne weiteres nennen. Mit dem Wachsen des geschichtlichen Bewußtseins im 19. Jahrhundert hat auch das Sammeln von sogenannten Altertümern begonnen. Dazu kamen jene großen Bestände, die gewissermaßen schon immer vorhanden waren, wie etwa die Zeughausbestände. Auf diese Weise sind die "Städtischen Sammlungen" entstanden und aus ihnen wurde durch einen Beschluß des Gemeinderates vom 20. Mai 1887 das Historische Museum der Stadt Wien. Es wurde am 26. Juli 1888 in eigens dafür geschaffenen Räumen im Rathaus eröffnet.

Dr. Glück: Leider waren das unzulängliche Räume und daher setzten bald Bemühungen ein, für das Museum ein eigenes Haus zu bauen. Otto Wagner hat mehrere Projekte ausgearbeitet, aber dann hat der erste Weltkrieg diesen Bemühungen ein Ende gesetzt. Rund 40 Jahre mußten vergehen, bis endlich 1953, anläßlich des 80. Geburtstages von Bundespräsident Theodor Körner, der Gemeinderat die Errichtung eines eigenen Gebäudes für das Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz beschloß.

Bgm. Marek: In diesem Museum wird die Geschichte unserer Stadt in ihrem Ablauf und in der Vielfalt ihrer Erscheinungen anschaulich dargestellt. Die Bestände, das darf ich mit gewissem Stolz sagen, sind in ihrer Gesamtheit so wertvoll, daß das Wiener Stadtmuseum zu den bedeutendsten Stadtmuseen der Welt gezählt werden kann.

./.

Dr. Gerle: Ist in den Museen der Stadt Wien alles ausgestellt, was die Stadt an historischen Gegenständen besitzt?

Bgm. Marek: Keineswegs, es ist nur ein Bruchteil davon ausgestellt. Damit möchte ich aber nicht sagen, daß wir mehr zeigen möchten. Meiner Meinung nach hätte es nämlich wenig Sinn, die Besucher durch eine Überfülle zu überfordern. Das ist doch auch Ihre Meinung, Herr Direktor Glück?

Dr. Glück: Gewiß, Herr Bürgermeister. Ich glaube, jedes Museum hat nicht nur Ausstellungsaufgaben, sondern auch die Verpflichtung, zu sammeln um zu bewahren. Das ist sogar eine der wesentlichsten Aufgaben des Museums, besonders in Zeiten, in denen so viel durch die rasch fortschreitende Entwicklung zugrunde geht. Abgesehen davon gibt es einen großen Komplex von Museumsgegenständen, der die Dauerausstellung nicht verträgt, wie Aquarelle, Miniaturen und Zeichnungen. Diese Dinge werden aber von Zeit zu Zeit in Sonderausstellungen gezeigt.

Dr. Gerle: Herr Direktor Glück, können Sie sagen, wieviele Objekte die Museen der Stadt Wien besitzen?

Dr. Glück: In unserem Besitz befinden sich etwa 300.000 Objekte. Diese Anzahl zwingt uns, in den nächsten Jahren eine totale Reorganisation des Inventar- und Karteiwesens vorzunehmen, wobei wir uns der verschiedenen Erleichterungen, die die moderne Betriebsorganisation gebracht hat, bedienen wollen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wenn Sie erlauben, so möchte ich vorschlagen, daß wir uns jetzt dem Archiv der Stadt Wien zuwenden.

Bgm. Marek: Gerne. Im Archiv der Stadt Wien werden alle jene wichtigen Dokumente aufbewahrt, die sich auf die Entwicklung unserer Stadt beziehen. Die älteste Originalurkunde, die sich dort befindet, ist ein Privileg Herzog Leopolds VI. für die flandrischen Tuchfärber aus dem Jahre 1208. Es ist daher begreiflich, daß das Archiv der Stadt Wien gewissermaßen zu einer Zentralstelle der Wiener stadtgeschichtlichen Forschung wurde. Abgesehen von den sich auf die Stadt und ihre Entwicklung direkt beziehenden Dokumente, finden wir im Archiv unter anderem auch das letzte eigen-

./.

händige Testament Ludwig van Beethovens vom 23. März 1827, sowie auch die Verlassenschaftsabhandlungen nach Mozart und Schubert.

Dr. Gerle: Neben diesen Dokumenten befinden sich im Archiv der Stadt Wien doch sicher auch andere Kostbarkeiten.

Bgm. Marek: Natürlich, so zum Beispiel die großen Stadtrechtsprivilegien von 1296 und 1340, ferner der berühmte Wappenbrief von 1461, mit dem Kaiser Friedrich III. der Stadt Wien die Führung des kaiserlichen Doppeladlers im Wappen konzedierte, oder die wunderbare Urkunde vom 24. Februar 1506, die Fang und Verkauf gewisser Fischarten regelte und mit der Abbildung einer Reihe erlesener Fischarten geschmückt ist. Und wenn ich jetzt einen Sprung in die jüngste Vergangenheit machen darf, so möchte ich noch das sehr bekannte Ehrenbürgerbuch der Stadt Wien erwähnen, dem - 1839 angelegt - die Aufgabe zukommt, Namen und Wirkungskreis der Ehrenbürger festzuhalten.

Dr. Gerle: Wieviele Dokumente umfaßt das Archiv der Stadt Wien?

Bgm. Marek: Mehr als 11.000 Urkunden, über 52.000 Faszikel Akten und nahezu 6.000 Pläne, hinter all denen sich das Werden unserer Stadt verbirgt. Es ist schade, daß diese unvergleichlichen Kostbarkeiten aus acht Jahrhunderten dem breiten Publikum noch viel zu wenig bekannt sind.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, Sie wollten doch auch noch über die Aktion "Das gute Bild für jeden" sprechen.

Bgm. Marek: Das halte ich für äußerst wichtig. Das Kulturamt der Stadt Wien veranstaltet seit dem Jahr 1950 gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden die Weihnachtsverkaufs-Ausstellung "Das gute Bild für jeden". Die Künstler, die sich an dieser Ausstellung beteiligen, haben sich in liebenswürdiger Weise damit einverstanden erklärt, daß ihre Werke zu niedrigen Preisen angeboten werden.

Dr. Gerle: Welchen besonderen Zweck verfolgt denn das Kulturamt der Stadt Wien mit dieser Ausstellung?

Bgm. Marek: Wie ich eben erwähnte, möchte man gute Bilder zu verhältnismäßig niedrigen Preisen verkaufen und auf diese Weise erreichen, daß jedermann die Werke unserer zeitgenössischen Künst-

./.

ler erwerben kann. Mit anderen Worten: Das gute Bild soll auch Eingang in die Wohnungen jener Menschen finden, die bisher glaubten, ein Originalkunstwerk sei für sie unerschwinglich.

Dr. Gerle: Ist in dieser Ausstellung "Das gute Bild für jeden" nur eine Stilrichtung vertreten?

Bgm. Marek: Keineswegs, es sind Kunstwerke der verschiedensten Stilrichtungen vertreten und jeder kann nach seinem persönlichen Geschmack wählen, Gegenständliches ebenso wie Abstraktes.

Dr. Gerle: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Bürgermeister, so nehmen an dieser Ausstellung nur heimische Künstler teil?

Bgm. Marek: Genauer gesagt, nur Wiener Künstler, die Mitglieder von Künstlerverbänden sind.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wenn Sie erlauben, möchte ich jetzt nach den Preisen der ausgestellten Werke fragen.

Bgm. Marek: Aquarelle kosten bis zu 800 Schilling, Zeichnungen bis 600 Schilling und Druckgraphiken bis 350 Schilling. In der Ausstellung kann man auch Kleinplastiken aus Holz oder Keramik erwerben, diese kosten bis 700 Schilling, Ölbilder und Bronzeplastiken bis 3.000 Schilling. Damit es zu keinen Mißverständnissen kommt, möchte ich ausdrücklich feststellen, daß es selbstverständlich in dieser Ausstellung auch billigere Kunstwerke gibt, ich habe jetzt nur die oberste Preisgrenze genannt.

Dr. Gerle: Und wann wird die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" eröffnet?

Bgm. Marek: Sie wird am 30. November eröffnet und dauert bis 23. Dezember und kann täglich, auch an Samstagen und Sonntagen, von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt besucht werden. Die Kosten dieser Ausstellung werden von der Stadt Wien getragen; das ist eine Förderung unserer Künstler, die ansonsten bei Ausstellungen für Miete und für die nicht unbeträchtlichen Nebenspesen selbst aufkommen müssen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, kaufen viele Wiener in dieser Ausstellung?

Bgm. Marek: Ich glaube schon. Von 1950 bis 1965 wurden bei

./.

dieser Aktion insgesamt 6.540 Arbeiten verkauft und zwar um den Gesamtbetrag von rund 2,400.000 Schilling. Meine Damen und Herren, ich hoffe, Ihnen auch heute einen umfassenden Überblick über die Bedeutung der Museen der Stadt Wien und unseres städtischen Archivs gegeben zu haben. Beide Institutionen stehen allen Bewohnern Wiens zur Verfügung und es wäre zu wünschen, daß die dort aufbewahrten Kostbarkeiten auch in verstärktem Maße das Interesse der Besucher unserer Stadt fänden. Was die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" betrifft, so glaube ich sagen zu können, daß wir es dabei mit einer Einrichtung zu tun haben, die den Künstlern ebenso wie den Wienern zugute kommt. Die Tatsache, daß diese Ausstellung heuer zum 17. Mal veranstaltet wird, beweist wohl überzeugend, daß sie bereits einen festen Platz im kulturellen Leben unserer Stadt gefunden hat. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verabschiede mich - auch im Namen von Herrn Direktor Dr. Franz Glück - sehr herzlich von Ihnen.

+

K u r z f a s s u n g:

In seiner sonntägigen Rundfunkrede sprach Bürgermeister Bruno Marek mit Museumsdirektor Dr. Franz Glück über die Museen der Stadt Wien, das Archiv der Stadt Wien und die vorweihnachtliche Kunstausstellung "Das gute Bild für jeden".

Das Museum der Stadt Wien wurde am 26. Juli 1888 in eigens dafür geschaffenen Räumen im Rathaus eröffnet. Später arbeitete Otto Wagner mehrere Projekte für ein eigenes Museumsgebäude aus, der erste Weltkrieg machte diese Bemühungen jedoch zunichte. Erst 40 Jahre später, 1953, beschloß der Wiener Gemeinderat die Errichtung eines eigenen Gebäudes auf dem Karlsplatz. Durch seine überaus wertvollen Bestände gehört dieses Museum zu den bedeutendsten Stadtmuseen der Welt. Daneben gibt es auch noch einige kleinere Museen und Gedenkstätten, die in erster Linie den großen Wiener Musikern gewidmet sind. Aber auch die Erinnerungsstätte an das römische Wien auf dem Hohen Markt, die Mode-

./.

sammlung in Hetzendorf, das Uhrenmuseum, das Pratermuseum im Planetarium und nicht zuletzt die von Vereinen betreuten Heimatmuseen in den einzelnen Bezirken gehören zum musealen Bereich der Stadtverwaltung. Im Besitz der Museen der Stadt Wien befinden sich insgesamt etwa 300.000 Objekte. Angesichts dieser hohen Zahl ist für das nächste Jahr eine totale Reorganisation des Inventar- und Karteiwesens vorgesehen.

Im Archiv der Stadt Wien werden mehr als 11.000 Urkunden, 52.000 Akten und fast 6.000 Pläne aufbewahrt, die sich auf die Entwicklung unserer Stadt beziehen. Die älteste Originalurkunde, die sich dort befindet, ist ein Privileg Herzog Leopolds VI. aus dem Jahr 1208. Alle diese unvergleichlichen Kostbarkeiten aus den vergangenen Jahrhunderten sollten noch viel mehr als bisher das Interesse des breiten Publikums finden. Sowohl die Museen als auch das Archiv stehen allen Bewohnern unserer Stadt zur Verfügung.

Vom 30. November bis 23. Dezember veranstaltet das Kulturamt der Stadt Wien die 17. Weihnachtsverkaufs-Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen sein wird. Die Grundidee dieser Ausstellung ist, Werke von Wiener Kühstlern zu verhältnismäßig niedrigen Preisen zu verkaufen. Die obersten Preisgrenzen sind zum Beispiel für Aquarelle 800 Schilling, für Zeichnungen 600 Schilling und für Druckgraphiken 350 Schilling. Die Kosten dieser Ausstellung werden von der Stadt Wien getragen. In den bisherigen Ausstellungen von 1950 bis 1965 wurden insgesamt bereits 6.540 Arbeiten um den Gesamtbetrag von rund 2,4 Millionen Schilling verkauft.

\- - -

## Stadtrat Gertrude Sandner eröffnete 670. Christkindlmarkt

26. November (RK) 669 mal wurde bisher bereits der traditionelle Wiener Christkindlmarkt abgehalten. Die 670. Veranstaltung dieser Art eröffnete heute nachmittag Kulturstadtrat Gertrude Sandner in der Kalvarienberggasse. In ihrer Eröffnungsrede sagte sie:

./.

"An uns alle stellt der Alltag heute große Anforderungen. Wir sind in der täglichen Arbeit verstrickt, oft mehr, als uns gut tut, und jagen von Termin zu Termin. Nur selten haben wir Zeit zur Besinnung, nur gelegentlich tritt der Augenblick ein, wo wir uns von unseren Verpflichtungen lösen und an jene Dinge denken können, die das Leben lebenswert und schöner machen. Als vor knapp zwei Wochen die ersten Schneeflocken aus dem grau verhangenen Himmel unserer Wienerstadt auf das Pflaster sanken und die Dächer und Straßen mit einer weißen Schicht überzuckerten, fiel uns allen plötzlich ein, daß in wenigen Wochen Weihnachten sein wird. Und auch jetzt wieder kommt uns zum Bewußtsein, daß schon in vier Wochen die festlichen Tage kommen werden, die uns allen, ob groß oder klein, so viel bedeuten, die uns Gelegenheit geben, dem Nächsten Freude zu machen und unseren Lieben wieder einmal zu zeigen, was sie uns sind.

Wenn der Wiener Christkindlmarkt seine Pforten öffnet, dann kommt wirklich Weihnachten. Dies wissen wir in Wien ganz besonders, denn hier hat dieser Markt eine Tradition, wie kaum in einer anderen Stadt, die ähnliche vorweihnachtliche Veranstaltungen durchführt. Viele werden es mir nicht glauben, aber der Wiener Christkindlmarkt findet heuer zum 670. Male statt. Denken Sie also daran, daß er schon eine Institution Wiens geworden ist, die länger besteht, als die Wiener Universität, deren 600-Jahr-Bestehen wir im Vorjahr feiern konnten.

Ich weiß, daß die Aufrechterhaltung einer solchen Tradition nicht einfach ist, daß der Wiener Christkindlmarkt immer wieder in der Vergangenheit um sein Fortbestehen bangen mußte, daß er Platzsorgen hat und immer wieder veranlaßt war, ein neuerliches Domizil zu suchen. Aber irgendwie ist es stehts gegangen, und dank der Tatkraft und Initiative jener, die heute die Veranstaltung durchführen, bin ich sicher, daß dies auch in aller Zukunft der Fall sein wird.

Ich bitte Sie um Ihr Verständnis, wenn ich nicht viele Worte machen möchte. Aber ich verspreche Ihnen, daß ich mit meinem Amte, so weit dies in meiner Kraft steht, gerne auch in Zukunft zur Erhaltung des Christkindlmarktes beitragen werde, so sich wieder

./.

einmal irgend welche größere Schwierigkeiten ergeben sollten.

Nun sehe ich aber überall schon erwartungsvolle Kindergesichter, glänzende Augen, die sich gerne die Pracht, die nun vor uns liegen wird, ansehen möchten. Silberketten und Glasschmuck, türkischer Honig und Baumkraxler erwarten uns. Lassen wir sie nicht mehr warten!

In diesem Sinne eröffne ich den 670. Christkindlmarkt von Wien."

\- - -

## Vorbereitungen für das 10. Europa-Gespräch der Stadt Wien

26. November (RK) Im Kulturamt der Stadt Wien werden gegenwärtig die ersten Vorbereitungen für das Europa- Gespräch 1967 getroffen, das als 10. Veranstaltung dieser Art am Dienstag, dem 13. Juni nächsten Jahres in der Volkshalle des Rathauses durch Bundespräsident Franz Jonas eröffnet werden soll. Das Arbeitsthema des Europa-Gespräches 1967 lautet: "Wissenschaft und Gesellschaft in Europa". Für die Gesamtleitung konnte Univ.-Prof. Dr. E. Heintel gewonnen werden, der sich gemeinsam mit hervorragenden Referenten aus zahlreichen europäischen Staaten und aus Übersee um die Grenzziehung der Wissenschaften bemühen wird. Dabei soll auch die künftige "Steuerungsfunktion" der Wissenschaft in Politik, Wirtschaft, öffentlicher Meinung usw. untersucht werden.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Voranschlag der Bundeshauptstadt und der Stadtwerke für 1967 im Stadtsenat

Gemeinsame Sitzung des Stadtsenates mit dem Finanzausschuß des Gemeinderates

28. November (RK) In der heute vormittag unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß des Gemeinderates referierte der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 und Stadtrat Dr. Maria Schaumayer über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1967.

Im Anschluß an diese Sitzung wurden die Einzelheiten des Budgets von den beiden genannten Referenten in einer Pressekonferenz im Concordia-Haus der Öffentlichkeit mitgeteilt. (Siehe heutige "Rathaus-Korrespondenz" Blätter 3511 bis 3531)

Überprüfung von städtischen Gebühren durch den Wiener Gemeinderat

In der gleichen gemeinsamen Sitzung verwies der städtische Finanzreferent auf die Bestimmung der im November 1965 beschlossenen Novelle zur Wiener Stadtverfassung, wonach der Gemeinderat im Zusammenhang mit jedem neuen Voranschlag verpflichtet ist, zu prüfen, ob bei Abgaben oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Geldleistungen Änderungen notwendig sind. Bei vielen Gebühren ist bekanntlich der derzeit bestehende Kostendeckungssatz derart gering, daß eine volle Kostendeckung in einer einzigen Nachziehetappe kaum erreichbar erscheint. Aus diesem Grund soll der Angleichungsprozeß in mehreren Etappen erfolgen.

./.

In einigen Fällen ist das Prinzip der Kostendeckung gesetzlich vorgeschrieben, so bei den Wassergebühren, den Kanalgebühren und bei der Müllabfuhrabgabe. Bei anderen Gebühren wieder wäre es angezeigt, eine Kostendeckung zu erreichen, während eine dritte Gruppe von Gebühren derart gering angesetzt ist, daß von einer vollen Kostendeckung niemals die Rede wird sein können. Vizebürgermeister Felix Slavik stellte hierauf den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, die städtischen Gebühren zu überprüfen und Regulierungsvorschläge zu unterbreiten.

\- - -

Gesperrt bis 13.30 Uhr!

## Vorschau auf das Budget der Stadt Wien 1967

(Nähere Einzelheiten in der Einleitung zum gedruckten Voranschlag)

28. November (RK) Der städtische Finanzreferent, Vizebürgermeister Felix Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1967 vor.

Wie Vizebürgermeister Slavik einleitend feststellte, bereitete die Erstellung des Voranschlages für 1967 mehr Schwierigkeiten als die Aufstellung der Voranschläge der vergangenen Jahre. Vor allem die bereits teilweise zu erwartenden Mindereinnahmen infolge der im Parlament beschlossenen Wirtschaftsgesetze inklusive der sogenannten kleinen Einkommen- und Lohnsteuerreform, die zur Zeit der Verhandlungen noch schwer abschätzbaren Erträge aus dem neuen Finanzausgleich, die bereits teilweise vorgenommene und nunmehr sogar beabsichtigte völlige Aufhebung der Selbstträgerschaft nach dem Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsgesetz stellten gewisse zusätzliche Unsicherheitsfaktoren bei der Budgetierung dar. Gleichzeitig mußte den zu erwartenden Mehrausgaben infolge der beschlossenen Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst, wegen der Einführung des neunten Schuljahres und aus dem stetig ansteigenden Defizit der städtischen Krankenanstalten Rechnung getragen werden.

### Hoheitsverwaltung: Einnahmen 10.213 Millionen - Ausgaben 10.616 Millionen

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppen I bis XI) für das Jahr 1967 rechnet mit Einnahmen von 10.213,767.300 Schilling (1966: 9.505,061.100 S) und mit Ausgaben von 10.616.601.400 Schilling (1966: 9.741,632.000 S). Es ist somit ein Abgang von 402,834.100 Schilling (1966: 236,570.900 S) zu erwarten.

./.

Die Gesamteinnahmen weisen damit gegenüber dem Voranschlag 1966 eine Steigerung von 7,5 Prozent, die Gesamtausgaben von 9 Prozent auf. Der veranschlagte Abgang beträgt 3,8 Prozent (1966: 2,4 Prozent). Wird die durchlaufende Anlehens- und Darlehensgebarung auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite herausgenommen (504 Millionen), so ergeben sich Steigerungssätze von 10,8 beziehungsweise 12,4 Prozent (1966: 9,1 und 8,9 Prozent).

Die Gesamtsumme der Einnahmen setzt sich zusammen: Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 3.720,000.000 S (38,3 Prozent), Landes- und Gemeindeabgaben 1.826,450.100 S (18,8 Prozent), Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren, Gebühren für die Benützung städtischer Einrichtungen und Betriebsentgelte 1.122,122.000 (11,6 Prozent), verschiedene Einnahmen 2.181,437.300 S (22,5 Prozent), Wertdurchführungen (kassenmäßig unwirksam) 859,757.900 S (8,8 Prozent). Dazu kommen 500 Millionen Schilling als angenommener Erlös der Investitionsanleihen 1966 beziehungsweise 1967 und vier Millionen Schilling an Darlehen, die alle zur Weitergabe an die Wiener Stadtwerke bestimmt sind, um diesen außerordentliche Investitionen zu ermöglichen.

Die Gesamtsumme der Ausgaben setzt sich zusammen: Personalaufwand 3.023,528.500 (29,9 Prozent), Sachaufwand 3.818,376.100 S (37,8 Prozent), Investitionen 2.610,196.800 S (25,8 Prozent), Darlehen 660,500.000 S (6,5 Prozent). Auch auf der Ausgabenseite sind so wie bei den Einnahmen die bereits angeführten 500 Millionen der Investitionsanleihe sowie vier Millionen Schilling Darlehen, welche Beträge für die Stadtwerke bestimmt sind, eingesetzt.

## Das Personal

Der Personalstand wird mit insgesamt 34.782 Bediensteten um 44 Personen höher sein als im Vorjahr.

Die Zahl der Pensionisten wird mit 17.479 um 329 höher sein als heuer.

./.

## Kultur, Volksbildung und Schulen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung werden mit 575,853.500 S (1966: 533,7 Millionen S) angenommen. Einige Details: Ausstellungen und Veranstaltungen 5,3 Millionen S, Ehrenpensionen und Zuwendungen 2,9 Millionen S, Studienförderung 2,8 Millionen S, Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport 58,1 Millionen S, Wiener Festwochen 7,3 Millionen S, Fremdenverkehrsförderung 12,8 Millionen S, Förderungszuschüsse 7,6 Millionen S, Ehrungen und Ehrenpreise 1,1 Millionen S. Für Bauvorhaben sind 22,1 Millionen S veranschlagt; damit wird der Bau des Hauses der Begegnung, 21, Angerer Straße, fortgesetzt, die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes in Döbling begonnen sowie der Umbau der ehemaligen Schule in Mauer in ein Volksbildungsheim und zur Unterbringung von Gästen geplant. Eine Million S wird für die Einrichtung des Hauses der Begegnung bereitgestellt.

Musiklehranstalten der Stadt Wien 15,5 Millionen S, Modeschule 3,5 Millionen S, Städtische Büchereien 25,3 Millionen S, davon sieben Millionen für bauliche Herstellungen. Mit einer Baurate von sieben Millionen S werden die Arbeiten am "Haus des Buches" in Angriff genommen. Landesbildstelle 3,3 Millionen S, im Rahmen der Denkmalpflege wird unter anderem die Errichtung eines Dr. Karl Renner-Denkmales und die stilgerechte Renovierung von Fassaden im Altstadtgebiet fortgesetzt. Die Abteilung Museen der Stadt Wien wird Instandsetzungsarbeiten am Geburtshaus von Franz Schubert in der Nußdorfer Straße mit 1,3 Millionen S weiterführen.

Körpersport 40 Millionen S, davon 3,5 Millionen für Förderungsbeiträge aus dem Sportgroschenerträgnis und 30,3 Millionen für bauliche Herstellungen. Für Objekte, die von der Wiener Stadthalle-Stadion-Betriebs- und Produktions-Ges.mbH verwaltet werden, sind 15 Millionen S, für den Neubau beziehungsweise für Fortsetzungs- und Fertigstellungsarbeiten an Jugendsport- und Spielplätzen acht Millionen S, für den Umbau der Ausstellungshalle im Donaupark in eine Kunsteishalle sieben Millionen S und für Kleinkinder- und Ballspielplätze 0,2 Millionen S vorgesehen.

Der Gesamtaufwand der städtischen Schulen wird mit 352,5 Millionen S angenommen. Davon entfallen 130,2 Millionen S auf den Personalaufwand, 107,8 Millionen S auf den Sachaufwand und 114,5 Millionen S auf den Investitionsaufwand.

./.

Zahl der Schulen und der Schüler im Schuljahr 1966/67, in Klammer der Vergleich zum Schuljahr 1965/66:

Schulen: Volksschulen 171 (169), Hauptschulen 100 (103), Sonderschulen 37 (37), Berufsschulen 37 (38), Polytechnischer Lehrgang 10 (0).

Schüler: Volksschüler 52.769 (50.278), Hauptschüler 25.518 (24.471), Sonderschüler 6.669 (6.195), Berufsschüler 23.310 (31.459), Schüler im neunten Schuljahr 2.994 (0).

Im Vergleich mit dem Vorjahr ist somit ein Ansteigen der Schülerzahl in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen zu bemerken. Durch die erstmalige Führung der Polytechnischen Lehrgänge entfallen in den Berufsschulen die ersten Klassen. Dadurch erklärt sich die stark sinkende Zahl von Berufsschülern.

Für bauliche Herstellungen sind 275,5 Millionen S vorgesehen. Einige Details: Fortsetzung beziehungsweise Fertigstellung bereits begonnener Schulbauten, wie 8, Pfeilgasse, 10, Migerkastraße, 11, Enkplatz, 20, Adalbert Stifter-Straße, 21, Autokaderstraße, Roda-Roda-Gasse, Dunantgasse, 22, Anton Sattler-Gasse, Düsseldorfstraße, Wagramer Straße, 23, Mauer-Mangasse, und Mauer-Bendagasse.

Beginn neuer Schulbauten: 10, Per Albin Hansson-Siedlung, 11, Weißenböcksiedlung, 12, Marschallplatz, 19, Krottenbachstraße, 21, Großfeldsiedlung, 22, Quadenstraße, sowie Breitenleer Straße und 23, Altmannsdorfer Straße.

## Wohlfahrtswesen

Die Verwaltungsgruppe für das Wohlfahrtswesen (ohne Lehrlings- und Altersheime) wird 670,6 Millionen (1966: 609 Millionen S) aufwenden. Der Bedarf an Säuglingswäschepaketen wurde nach der Geburtenstatistik mit 19.000 angenommen, wofür 5,5 Millionen S benötigt werden.

Einige Detailbeträge: Heime für Kinder und Jugendliche, in denen 2.451 Zöglinge untergebracht werden können, 111,1 Millionen S; Instandsetzungen 3,7 Millionen S; Neubauten 11,7 Millionen S, darunter der Umbau des Pavillons I im Zentralkinderheim, Umbau im Heim Lindenhof und Sanierung des Schultraktes im Heim Biedermannsdorf.

./.

Durch die Erhöhung der Verpflegskostensätze in den privaten Vertragsheimen und der Pflegegelder in den Pflegestellen der Bundesländer sowie durch die höhere Zahl der in Pflege der Stadt Wien befindlichen Kinder steigen die Ausgaben für das Pflegekinderwesen von 93,4 Millionen S im Jahr 1966 auf 106,9 Millionen S.

Mit einem Aufwand von 199,3 Millionen S werden 207 Kindertagesheime mit rund 20.000 Plätzen betrieben. Für die Erhaltung der bestehenden Heime sollen 7,5 Millionen S aufgewendet werden. Für bauliche Herstellungen werden 26,8 Millionen S zur Verfügung stehen, womit der Bau von zehn Kindertagesheimen weitergeführt wird, sechs Bauten neu begonnen und in fünf Heimen größere bauliche Veränderungen vorgenommen werden.

In der Erholungsfürsorge werden für die Unterbringung von 8.248 Kindern in Heimen und Tageserholungsstätten mit rund 248.000 Verpflegstagen 9,4 Millionen S verbraucht werden.

Der Aufwand der Erwachsenenfürsorge steigt weiter und wird 155,2 Millionen S erreichen. Diese Steigerung wird durch die laufende Verbesserung der Fürsorgeleistungen, durch die Inbetriebnahme von fünf neuen Pensionistenklubs und durch das vor kurzem in Kraft getretene Behindertengesetz verursacht.

Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten (ohne Heime für Kinder und Jugendliche) werden in den Verwaltungsgruppen IV und V geführt. Sie rechnen mit Ausgaben von 1.880,5 Millionen S (1966: 1.778 Millionen S). Werden davon die veranschlagten Einnahmen von 806,5 Millionen S abgerechnet und der Rest von 1.073,9 Millionen S um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenen Pflegegebühren von 76,1 Millionen S erhöht, ergibt sich ein tatsächlicher Abgang von 1.150 Millionen S, der aus Steuermitteln getragen werden muß.

Details: Instandhaltung der Gebäude 40,5 Millionen S, Verbrauchsmaterialien, wie Brennstoff, Gas, Strom, Lebensmittel, Arzneien, Verbandstoffe, etc. 281,4 Millionen S. Im Aufwand für bauliche Herstellungen in Höhe von 219,7 Millionen sind unter anderem enthalten: der Umbau des Pavillons XI im Altersheim Lainz, die Errichtung eines Isotopen- und Zentrallaboratoriums im Krankenhaus

./.

Lainz, Erweiterung des Wilhelminenspitals, Neubau eines Unfallchirurgischen Pavillons im Wilhelminenspital, Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung und eine weitere Rate für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses.

3,4 Milliarden für Bau- und Baunebengewerbe

Die Verwaltungsgruppe für Bauangelegenheiten hat auf der Ausgabenseite einen Betrag von 1.905 Millionen vorgesehen (1966: 1.690 Millionen S).

Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezählt, ergibt dies eine Summe von 3.407,110.000 S (1966: 3.222,403.000 S). Das entspricht einer Steigerung um 184,707.000 S. Damit erreichen die Ansätze 33,7 Prozent der Ausgaben.

1967: 11.500 neue Wohnungen

Mit den für den Wohnhausbau bereitgestellten Mitteln wird der Bau von 5.200 Gemeindewohnungen (einschließlich Montagebauweise) gesichert. Die veranschlagten Beträge für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Höhe von 306,5 Millionen und für Zusatzdarlehen zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds von 100 Millionen Schilling ermöglichen den Bau von 4.300 Wohnungen. Im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion 1964 sind 2.000 Wohnungen vorgesehen. Das ergibt zusammen 11.500 neue Wohnungen.

Für laufende Instandhaltungsarbeiten und größere bauliche Herstellungen an städtischen Amtshäusern und Liegenschaften sind 69 Millionen S vorgesehen. Davon bemerkenswerte Vorhaben: Erneuerung der Kesselanlage im Rathaus 7,5 Millionen S; Neubau des Amtshauses, 4, Favoritenstraße 18, 7 Millionen S; Umbau der Amtshäuser, 5, Schönbrunner Straße 54, und 7 Hermanngasse 24, mit je 4 Millionen S; Errichtung einer Halle für die städtische Prüf- und Versuchsanstalt, 11, Rinnböckstraße mit 4 Millionen S.

./.

## Straßen und Brücken

Folgende wichtige Straßenbauten (172,5 Millionen S) sind vorgesehen: Lastenstraße von Linke Wienzeile bis Universitätsstraße, Matzleinsdorfer Platz-Gürtel, Quellenstraße von Favoritenstraße bis Triester Straße, Laxenburger Straße von Gudrunstraße bis Buchengasse.

Die Abteilung für Brücken- und Wasserbau (161,6 Millionen S) hat folgende Hauptaufgaben: Unterführung Lastenstraße mit Fußgängerpassage Mariahilfer Straße (Restzahlung), Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz, Brücke über die Stadtbahn und den Wienfluß in Verlängerung des Margaretengürtels zur Linken Wienzeile, Liesingbachregulierung, Ausbau der Kaianlage im Hafen Freudenau.

Die Hauptarbeiten des Stadtgartenamtes (139,5 Millionen S): Neuanlagen und Ausgestaltungen in fast allen Bezirken, Neugestaltung der Grünanlagen Lastenstraße und Gürtel nach Durchführung der Straßenbauarbeiten, Fortsetzung der Grünanlagen am linken und rechten Donaukanalufer, Staubfreimachung von Spielplätzen und Wegen, Ballfanggitter und Einfriedungen.

## Beleuchtung, Verkehrsregelung

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten steigen um 10,2 Millionen S auf 221,5 Millionen.

Die Instandhaltung und der Betrieb der Öffentlichen Beleuchtung wird 53 Millionen S erfordern, für den Neubau und Umbau der Beleuchtung sind 10 Millionen S vorgesehen, davon 5 Millionen S als vierte Rate des Fünf-Jahres-Programmes zur Verbesserung der Beleuchtung in den Hauptstraßen.

Für die baulichen Herstellungen in den Friedhöfen sind 12,5 Millionen S vorgesehen, im Programm steht die Feuerhalle Simmering sowie Um- und Zubauten verschiedener Aufbahrungshallen und die Ausgestaltung mehrerer Friedhofsobjekte.

Auch die Kosten für die Erhaltung der Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz steigen. Es sind für die Verkehrszeichen 2,8 Millionen S, für Verkehrslichtsignalanlagen 3,2 Millionen S veranschlagt.

./.

Der Neubau solcher Anlagen, größtenteils durch Neu- und Umbauten von Straßen verursacht, erfordert 18,5 Millionen S.

Bei den Stadtforsten wird mit 0,5 Millionen S die Instandsetzung der Tiergartenmauer und mit 1,5 Millionen S die Wiederherstellung des Rasthauses "Zur Schießstätte" in Mauer fortgesetzt. 0,4 Millionen S werden für die Aufforstung auf dem Laaer Berg und im Bezirk Donaustadt verwendet.

Wasser, Stadtreinigung

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, werden 999,4 Millionen S betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 32,7 Millionen S beziehungsweise um 3,4 Prozent.

Für die Erhaltung von Kanälen sind 16,9 Millionen S, für deren Neubau 36 Millionen S vorgesehen. Das aufwendigste Vorhaben: Kläranlage Inzersdorf-Blumental mit 15 Millionen S.

Bei den Wasserwerken entfallen von den Ausgaben in Höhe von 367,8 Millionen S auf die Instandhaltung der Wasserleitungsanlagen 59 Millionen S und auf deren Ausbau und Neubau 96,1 Millionen S. Weiter ausgebaut wird das Grundwasserwerk Lobau mit Transportleitungen, Rohrlegungen in der Großfeld- und Nordrandsiedlung sowie am Handelskai. 29 Millionen S sind für die Fassung und Ableitung der Sieben Quellen bestimmt. Der weitere Ausbau des Rohrnetzes wird 21 Millionen S erfordern, für die Anschaffung von Wassermessern sind 1,1 Millionen S veranschlagt.

Für die städtischen Bäder werden 99,1 Millionen S ausgegeben. Hauptprogrammpunkte: Fortsetzung des Baues des Floridsdorfer Hallenbades, Erneuerung der technischen Anlagen im Volksbad 12, Ratschkygasse, und im Jörgerbad.

Den städtischen Wäschereien stehen für die Fortsetzung des Neubaues einer Zentralwäscherei in der Nähe der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig 23 Millionen S zur Verfügung. Weitere zwölf Millionen S sind für die maschinelle Einrichtung vorgesehen.

Die Gesamtausgaben für die Stadtreinigung und den Fuhrpark betragen 348,8 Millionen S. Bauliche Herstellungen sind unter anderem: eine Anlage zur Eisenabscheidung bei der ersten Müllverbrennungsanlage und die Errichtung von Bedürfnisanstalten.

./.

Bei der Kehrichtabfuhr sollen 12.000 Rundtonnen und 1.000 Großraumbehälter angeschafft werden. Zur Erneuerung des Fuhrparkes stehen 11,8 Millionen S zur Verfügung, womit unter anderm acht Müllwagen, eine Kehrmaschine, ein Kanalspülwagen, ein Schulautobus angekauft werden.

Der Gesamtaufwand für die Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen beträgt 512,7 Millionen S. Allein auf die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser entfallen 471,5 Millionen S. Der Erhaltungsaufwand steigt gegenüber 1966 um 12 Millionen S und erreicht somit eine Höhe von 110 Millionen S. Die Ausgaben für Steuern und Betriebskosten werden auf 183 Millionen S geschätzt. 3,6 Millionen S sind für den Ankauf von Waschmaschinen zur maschinellen Ausrüstung der Wohnhauswaschküchen vorgesehen. Im Programm dieser Geschäftsgruppe steht auch die weitere Modernisierung der Wäschereien und Badeanlagen. Mit dem Neubau eines Obdachlosenheimes in Wien 3, Gänsbachergasse, wird begonnen. Die Kredite für Siedler- und Kleingartenvereine und deren Verband wurden gegenüber heuer um 0,4 Millionen S auf 1,2 Millionen S erhöht.

Märkte, Feuerwehr

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten betragen 208,9 Millionen S (1966: 186,1 Millionen S). Vorgesehen ist der weitere Austausch und die Neuanschaffung von Büromöbeln und Büromaschinen. Der Aufwand für die Reinigung steigt durch die Verwendung gemeindefremder Aushilfsarbeiter.

Die Märkte setzen mit einer Million die Planung eines Groß-Grünmarktes in Inzersdorf fort. Die Märkte werden auch weiter ausgebaut. Ebenso die Versorgungsanlagen in St. Marx. In der Tierkörperverwertungsanstalt wird eine Autowasch- und Desinfektionsanlage eingerichtet.

In der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, wird mit 442,7 Millionen S an Ausgaben gerechnet, das ist um 41,7 Millionen S mehr als im Vorjahr. Die Steigerung geht vor allem auf die Erhöhung des Beitrages zu den Kosten der Bundespolizei gemäß des neuen Finanzausgleichs zurück. Der Mehraufwand hierfür beträgt 32,6 Millionen S.

./.

Der Feuerwehr werden 143,2 Millionen S zur Verfügung gestellt, das sind um 12,7 Millionen S mehr als 1966. Vorgesehen sind vor allem bauliche Herstellungen, darunter die Fertigstellung der Feuerwachen Leopoldstadt und Liesing und der Beginn der Feuerwache Simmering. Die Zentralfeuerwache Am Hof erhält eine neue Zentralheizung. Bei diesem Gebäude ist auch an die Erneuerung der Barockfassade eines Stiegenaufganges gedacht. Unter den Inventaranschaffungen scheinen auch vier Tanklöschfahrzeuge auf.

Für Grunderwerbungen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben werden so wie im Vorjahr wieder 150 Millionen S veranschlagt.

\- - -

Gesperrt bis 13.30 Uhr!

## Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1967

28. November (RK) Der Erstellung des Voranschlages 1967 gingen bekanntlich die sogenannten Sanierungsverhandlungen voran. Das Ergebnis dieser Verhandlungen beeinflußt sowohl die Aufwandsseite (private Autobusunternehmen, Trafiken, Österreichische Bundesbahn) wie auch die Ertragsseite der Verkehrsbetriebe. Auf der Aufwandsseite wird bei allen Teilunternehmungen die 1966 beschlossene Gehaltserhöhung voll wirksam, einschließlich der mit 1. Jänner 1967 fälligen 2,5 Prozent.

Die Hoheitsverwaltung übernimmt für 1967 und die beiden folgenden Jahre eine Kapitalaufstockung von je rund 400 Millionen Schilling. Hievon werden 150 Millionen Schilling als Bareinlage gegeben, der Rest als Sacheinlage. Im Jahre 1967 wird diese Sacheinlage in Form der Übertragung des Tunnelstückes Lastenstraße erfolgen. Dabei ist von der Hoheitsverwaltung die Vergütung des durch den Tunnel für die Verkehrsbetriebe erwachsenden Mehraufwandes bereits vereinbart. Die Kapitalaufstockung selbst wird im Erfolgsplan nicht wirksam, sondern erst in der Bilanz 1967 sichtbar werden.

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1967 weist bei einem Gesamtaufwand von 4.487,6 Millionen Schilling und einem Gesamtertrag von 4.367,6 Millionen Schilling einen Abgang von 120 Millionen Schilling aus. Das sind 2,7 Prozent des Gesamtaufwandes. Der Jahresverlust 1966 war mit 19,5 Millionen Schilling veranschlagt. Im Erfolgsplan 1966 war aber ein Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 170 Millionen Schilling enthalten. In betrieblicher Sicht ist der präliminierte Verlust 1967 also geringer. Gegenüber 1965 - dieses Jahr schloß mit einem Abgang von 176,9 Millionen Schilling - weist das Präliminare 1967 ebenfalls eine Verbesserung auf.

Die Summe der Erträge der einzelnen Teilunternehmungen steigt gegenüber dem Voranschlag 1966 um 193,9 Millionen Schilling, oder 4,6 Prozent. Daran sind 1967 vor allem Elektrizitätswerke und Verkehrsbetriebe beteiligt, während bei den Gaswerken eher ein

./.

Stagnieren der Ertragslage zu verzeichnen ist. Die Ertragsannahmen im Wirtschaftsplan 1966 waren durchwegs zu optimistisch angesetzt. Das läßt sich bereits feststellen, da auch Oktober und November keinen Ausgleich für die extrem milde Witterung des ersten Halbjahres brachten.

Von den für 1967 angenommenen Erträgen seien nur die Erzeugnis- und Leistungserlöse herausgegriffen und mit dem Ergebnis 1965 verglichen:

| | Ansatz 1967 | Ergebnis 1965 | Prozent |
|---|---|---|---|
| Stromabgabe | 1,859,800.000 S | 1,650,899.288 S | + 12,6 % |
| Gas, Koks, Teer | 818,642.000 S | 798,136.443 S | + 2,5 % |
| Straßenbahn und Autobus | 1.109,018.000 S | 860,376.728 S | + 29,0 % |

Auch mit diesen Zahlen ist erhärtet, daß die Tariferhöhung bei den Verkehrsbetrieben mit einem Durchschnitt von 37 Prozent richtig angegeben war. Der Frequenzabfall ist mit acht Prozent angenommen.

Die Aufwandsentwicklung gegenüber dem Voranschlag 1966 zeigt bei den Elektrizitätswerken einen Mehraufwand um rund 75,4 Millionen Schilling, bei den Gaswerken einen Minderaufwand von 0,3 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben einen Mehraufwand von 201,9 Millionen Schilling und bei der Bestattung einen solchen von 17,4 Millionen Schilling. Der Mehraufwand beträgt gegenüber dem Voranschlag 1966 insgesamt 294,4 Millionen Schilling, das entspricht einer Aufwandssteigerung um sieben Prozent. Der Mehraufwand von 201,9 Millionen Schilling bei den Verkehrsbetrieben verdient eine Erklärung, da er nicht ausschließlich aus Preis- und Lohnsteigerungen resultiert. So ist darauf hinzuweisen, daß den Österreichischen Bundesbahnen aus der Wiener Tariferhöhung Mehreinnahmen von rund fünf Millionen Schilling für den Gemeinschaftstarif zufallen. Weiters äußert sich die Vereinbarung der Verkehrsbetriebe mit den privaten Autobusunternehmen in einem Mehraufwand von etwa sechs Millionen Schilling. Auch die Beförderungssteuer steigt auf Grund der neuen Tarife um etwa vier Millionen Schilling. Schließlich bedeutet auch die neue

./.

Tunnelstrecke Lastenstraße einen Mehraufwand von geschätzt 8 Millionen Schilling für die Verkehrsbetriebe. Wenngleich ich hinzufügen muß, daß die Hoheitsverwaltung diesen Mehraufwand analog der Schneeräumregelung vergüten wird. Die Zinsen der Investitionsanleihen bringen den Verkehrsbetrieben einen Mehraufwand von rund 10 Millionen Schilling. Und schließlich ist die Summe der Personalkosten (einschließlich Pensionisten) trotz sinkenden Personalstandes 1967 um rund 100 Millionen Schilling höher als 1966 präliminiert.

Die erfolgswirksamen Subventionen der Elektrizitätswerke werden 110 Millionen Schilling, jene der Gaswerke 55 Millionen Schilling zugunsten der Verkehrsbetriebe betragen. Weiters nimmt die Hoheitsverwaltung eine Kapitalaufstockung bei den Verkehrsbetrieben in der Höhe von 150 Millionen Schilling vor, die - wie schon gesagt - im Erfolgsplan nicht wirksam ist. 1966 waren Subventionen der Teilunternehmungen in der Höhe von 160 Millionen Schilling, ein erfolgswirksamer Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 170 Millionen Schilling und ein Darlehen der Bestattung für die Verkehrsbetriebe von 6 Millionen Schilling vorgesehen.

Durch die im Erfolgsplan ausgewiesenen Subventionen verteilt sich der Abgang auf die vier Teilunternehmungen wie folgt: Die Elektrizitätswerke veranschlagen einen Gewinn von 252,8 Millionen Schilling, die Gaswerke einen solchen von 5,9 Millionen Schilling, die Bestattung einen Gewinn von 183.000 Schilling, während die Verkehrsbetriebe einen Verlust von 378,9 Millionen Schilling ausweisen.

Der echte Betriebsverlust der Verkehrsbetriebe ist 1967 mit 543,9 Millionen Schilling präliminiert. Im Jahre 1966 beträgt die Annahme 584,5 Millionen Schilling, allerdings wird diese Ziffer durch die letzte Gehaltsregulierung, durch Preiserhöhungen und geringere Fahrgastziffern eine tatsächliche Verschlechterung um etwa 80 Millionen Schilling erfahren. Der echte betriebliche Verlust der Verkehrsbetriebe im Jahre 1965 betrug 575,2 Millionen Schilling. Es erscheint daher die Annahme gerechtfertigt, daß durch die Tarifregulierung und Rationalisierung eine Stabilisierung des Defizits etwa auf der Höhe des Jahres 1965 erreicht werden kann.

./.

Auch zur Erfolgslage der Gaswerke noch einige Bemerkungen: Die letzte materielle Erhöhung des Wärmepreises für Haushalts- und Gewerbegas erfolgte mit 1. August 1951. Am 1. April 1958 erfolgte zwar mit Genehmigung der Preisbehörde eine formale Anhebung des Kubikmeterpreises für Gas um rund acht Prozent. Gleichzeitig wurde jedoch eine Heizwerterhöhung um etwa zehn Prozent durchgeführt, so daß damals der Preis für die Wärmeeinheit, auf die es ja ankommt, tatsächlich gesenkt wurde.

In den 15 Jahren seit 1951 gab es trotz Personaleinsparung natürlich namhafte Kostenerhöhungen, während die Nebenprodukte Koks, Teer und Benzol Preiseinbußen zu verzeichnen hatten.

Auch der Nachholbedarf auf dem Rohrnetzsektor ist inzwischen kritisch geworden: Fast ein Fünftel der in Betrieb befindlichen Rohrstränge ist über 45 Jahre alt. Dieser Umstand führt bekanntlich wieder dazu, daß die Gaswerke immer wieder gezwungen sind, Heizgasanträge abzulehnen, damit an kalten Wintertagen der Gasdruck nicht unter das zulässige Ausmaß sinkt.

Als Ergebnis der Sanierungsverhandlungen stellte daher die Direktion der Wiener Gaswerke an die Preisbehörde den Antrag auf Wiedereinführung einer Grundgebühr und auf Umstellung der Gasverrechnung von Kubikmeter auf Megacal, wobei aus abrechnungstechnischen Gründen mit einem Megacal-Preis ohne Dezimalstellen operiert werden soll. Diese Megacal-Verrechnung hat aktuelle Bedeutung, da die Gaswerke in Kürze im Raume Süßenbrunn mit der Direktlieferung von Erdgas beginnen werden.

Über die Zweckmäßigkeit einer Megacal-Verrechnung gab es Diskussionen. Der Standpunkt erscheint jedoch berechtigt, daß eine Verrechnung nach dem Heizwert den Kunden die Vergleichbarkeit der Wärmepreise für die einzelnen Energiearten - Stadtgas, Erdgas, Öl, Kohle, Flüssiggas, Strom - erleichtert. Darüber hinaus bietet eine Megacal-Verrechnung den Gaswerken auch den Vorteil des einfacheren Betriebsvergleiches.

Produktions- und Leistungsannahmen:

Die Wiener Elektrizitätswerke haben im Jahre 1965 2.407,7 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie abgegeben. Der voraussichtliche Stromverkauf im Jahre 1966 wird mit 2.510 Millionen Kilo-

./.

wattstunden angenommen. Für 1967 wird der Stromverkauf mit rund 2.690 Millionen Kilowattstunden veranschlagt, das ist um rund 7,2 Prozent höher als im Erfolgsplan 1966. Eine eher optimistische Annahme. Von den 2.690 Millionen Kilowattstunden wurden 61,2 Prozent in den eigenen Dampf- beziehungsweise Wasserkraftwerken erzeugt. Die restlichen 38,8 Prozent müssen von der Verbundgesellschaft um den Betrag von 391 Millionen Schilling bezogen werden. Durch den Ausbau der eigenen Erzeugungsanlagen erfährt das Verhältnis Eigenerzeugung zu Fremdstrombezug eine zeitweilige Verbesserung. Zur Illustration sei gesagt, daß die im Durchschnitt täglich bereitgestellte Strommenge von 8,403.000 Kilowatt fast dem Jahresstrombedarf von Kindberg oder Imst entspricht.

Gaswerke:

Der Gasverkauf betrug im Jahre 1965 727,6 Millionen Kubikmeter. Im Erfolgsplan 1966 waren 750,1 Millionen Kubikmeter präliminiert. Diese Schätzung war zu hoch angesetzt und dieses Präliminare wird für 1966 kaum erreicht werden. Für 1967 wird der Gasverkauf entsprechend dem langjährigen Temperaturmittel mit 774,4 Millionen Kubikmeter angenommen, das ist eine Steigerung von rund 6,3 Prozent gegenüber 1965.

Verkehrsbetriebe:

Für 1967 wird beim Einheitstarif die Beförderungsleistung mit 422,5 Millionen Fahrgästen, beim Autobus-Sondertarif mit 20,1 Millionen, zusammen also mit 442,6 Millionen Fahrgästen angenommen. Gegenüber dem Voranschlag für 1966 mit zusammen 468,4 Millionen und gegenüber dem Abschluß 1965 mit 463,9 Millionen Fahrgästen wird auch im Hinblick auf die ab 2. Jänner 1967 wirksam werdende Tarifregulierung mit einem zirka achtprozentigen Frequenzrückgang gerechnet. Für 1967 wird für den neuen Einheitstarif mit einem Durchschnittserlös von 248 Groschen pro Fahrgast, beim Autobus-Sondertarif von 300,9 Groschen pro Fahrgast gerechnet.

./.

Die Städtische Bestattung hat in ihrem Wirtschaftsplan 1967 die Ansätze für die voraussichtliche Zahl der Bestattungsfälle entsprechend der Normalsterblichkeit gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 28.650 angenommen, davon sind 1.000 Fälle mittellos.

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke:

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das Jahr 1967 mit einem Stand von insgesamt 18.531 Bediensteten (inklusive 141 kaufmännischer Lehrlinge). Auf die Elektrizitätswerke entfallen davon 3.896, auf die Gaswerke 2.099, auf die Verkehrsbetriebe 11.973 und auf die Bestattung 563 Bedienstete (inklusive fallweise Beschäftigter). Gegenüber den Ansätzen für das Jahr 1966 ergibt sich eine Verminderung des Personalstandes um 393 Bedienstete. Im einzelnen weisen die Personalstände der Elektrizitätswerke eine Abnahme um 140, die der Gaswerke eine Abnahme um 93, die der Verkehrsbetriebe eine Abnahme um 169 und die der Bestattung eine Zunahme um 9 Bedienstete auf. Im Präliminare 1967 wurden die sogenannten Personal-Sollstände weitgehend den Iststänten angepaßt.

Bei den Pensionsparteien wird eine Abnahme um 407 Pensionsparteien, nämlich von 18.670 auf 18.263 angenommen.

Auf 100 aktive Bedienstete kommen bei den Gaswerken bereits 118 Pensionsparteien und bei den Verkehrsbetrieben 114 Pensionsparteien. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird im Jahre 1967 36.794 gegenüber 37.594 im Jahre 1966 betragen, also um 800 geringer sein. Der tatsächliche Stand der Aktiven zum 31. Oktober 1966 betrug 17.421 Bedienstete (inklusive kaufmännischer Lehrlinge). Daraus ist zu ersehen, daß gegenüber dem Sollstand den Stadtwerken noch immer rund 1.370 Bedienstete fehlen. Den Verkehrsbetrieben allein fehlen auf den Sollstand 1.037 Bedienstete, vorwiegend Fahrpersonal und Hilfsarbeiter.

Investitionsvolumen

Die Wiener Stadtwerke beabsichtigen, im Jahre 1967 Neuanschaffungen im Gesamtwert von 1.222 Millionen Schilling durchzuführen.

./.

Mangels Geldbedeckung sind jedoch davon 146,5 Millionen Schilling gesperrt, sodaß für Investitionen vorläufig rund 1.075,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, das sind rund 88 Prozent der präliminierten Summe. Auch diese Investitionsrate wird aber nur dann gehalten werden können, wenn es gelingt, im Jahre 1967 Fremdkapital in der Höhe von rund 527 Millionen Schilling für die Wiener Stadtwerke aufzunehmen. Gegenüber 1966 erfährt das Investitionsvolumen eine Verminderung um rund 49,7 Millionen Schilling oder um 4,6 Prozent. Mit leiser Bitternis muß darauf hingewiesen werden, daß der Investitionsanteil der Hoheitsverwaltung sich um 1,4 Prozent verringert. Im einzelnen beträgt das nicht gesperrte Investitionserfordernis der Elektrizitätswerke 602,9 Millionen Schilling,das der Gaswerke 184,9 Millionen Schilling, das der Verkehrsbetriebe 270,8 Millionen Schilling und das der Bestattung 16,8 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1966 ergibt sich bei den Elektrizitätswerken eine Verminderung um 3,7 Millionen Schilling, bei den Gaswerken eine Verminderung um 30,1 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben eine Verminderung um 27,6 Millionen Schilling und bei der Bestattung eine Steig rung um 11,7 Millionen Schilling.

Investitionspläne der Teilunternehmungen:

Den Elektrizitätswerken stehen für 1967 vorläufig 602,9 Millionen Schilling für Investitionen zur Verfügung, die sich auf folgende Gruppen verteilen:

Im ordentlichen Investitionsprogramm: Ausbau der Kraftwerke Simmering und der Wasserkraftwerke 50,5 Millionen Schilling, Umspann- und Unterwerke 85,8 Millionen Schilling, Leitungsnetze 140,8 Millionen Schilling, Energieversorgung der Verkehrsbetriebe 11,5 Millionen Schilling, Ortsnetze 30,2 Millionen Schilling, Kundendienst und Zähler 28,1 Millionen Schilling, Sonstiges 12,9 Millionen Schilling.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind für das bereits arbeitende Werk 4 noch Restzahlungen in der Höhe von 7 MilHonenSchilling vorgesehen.

./.

Für das Werk 5 sind 1967 120 Millionen Schilling vorgesehen und für das Werk 6 82 Millionen Schilling eingeplant. Für den Bau einer Pipeline Österreichische Mineralölverwaltung - Schwechat - Dampfkraftwerk Simmering sind 13 Millionen Schilling präliminiert.

An interessanteren Details aus den Investitionsplänen der Elektrizitätswerke wären zu erwähnen: Die Generalüberholung des Werkes 1, wofür 1967 insgesamt 13,9 Millionen Schilling vorgesehen sind. Für den Umbau der Schaltanlage 4 und 5 Kilovolt auf 10 Kilovolt einschließlich des Umbaues der Netzwarte in Dampfkraftwerk Simmering sind 4 Millionen Schilling präliminiert.

Entsprechend dem nach wie vor steigenden Stromverbrauch wird auch im Jahre 1967 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. So sind für die Fertigstellung des Umspannwerkes Gaudenzdorf 3,9 Millionen Schilling, für die Weiterführung des Umspannwerkes Kaiserebersdorf 25 Millionen Schilling, für die Erweiterung des Umspannwerkes Michelbeuern 7,1 Millionen Schilling und für die Errichtung einer 110 Kilovolt Schaltanlage in Michelbeuern 7,2 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Weiterführung des Umspannwerkes Währing sind 6,7 Millionen S, für den Ausbau des Umspannwerkes Klosterneuburg 4 Millionen S, für den Umbau der 5 Kilovolt Schaltanlage auf 10 Kilovolt im Umspannwerk Leopoldstadt sind 6,5 Millionen S präliminiert.

Bei den Leitungsnetzen wird eine Sperre von 56,7 Millionen S oder 29 Prozent als besonders drückend empfunden.

Gaswerke:

Die Gaswerke planen für 1967 Investitionen in Höhe von insgesamt 231,4 Millionen S, wovon allerdings 46,5 Millionen S vorderhand gesperrt sind. Die freien Beträge von 184,9 Millionen S verteilen sich auf folgende Gruppen:

Im ordentlichen Investitionsprogramm: 9,7 Millionen S für das Werk Simmering, 26,2 Millionen S für das Werk Leopoldau, 53,3 Millionen S für das Straßenrohrnetz, für Gaszähler 20,9 Millionen S und für Betriebsgeräte und Einrichtungsgegenstände 2,3 Millionen S.

./.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind 1967 54 Millionen Schilling für die Errichtung von CO-Konvertierungsanlagen zu bestehenden Erdgas-Wasserdampf-Spaltanlagen, einschließlich Gasbehältern, Luft-Methan-Spaltanlagen mit CO-Konvertierung und sonstige notwendige Nebeneinrichtungen in beiden Werken veranschlagt. Für die Fertigstellung der Erweiterung des Kesselhauses und die Aufstellung neuer Dampfkessel für die Gaserzeugung und Gasförderung mit dazugehörigen Notstrom-Aggregaten sind in beiden Werken 1967 noch 5 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Anschaffung von Stadtgebläsen mit Gasturbinenantrieb im Werk Leopoldau werden 8 Millionen Schilling präliminiert. Für die Anschaffung und Aufstellung eines Gasgebläses im Werk Simmering sind 5,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Beim Straßenrohrnetz beweist eine Sperre von 43 Millionen Schilling oder 45 Prozent, daß die Gaswerke in einen echten Liquiditätsengpaß geraten sind. Auch die Ertragslage erfuhr eine laufende Verschlechterung.

Verkehrsbetriebe:

Die Verkehrsbetriebe planen für 1967 Investitionen mit einem Gelderfordernis in Höhe von 290,2 Millionen Schilling, wovon 19,4 Millionen Schilling gesperrt sind, sodaß nur 270,8 Millionen Schilling frei zur Verfügung stehen. Von diesem Betrag entfallen 53,7 Millionen Schilling auf substanzerhaltende und verkehrsverbessernde Investitionen und 217,1 Millionen Schilling auf außerordentliche Investitionen. Unter diesen außerordentlichen Investitionen sind durch das Stadtbauamt verursachte Umbauten mit 46 Millionen Schilling veranschlagt. Zirka die Hälfte dieses Betrages wird den Verkehrsbetrieben allerdings wieder von der Magistratsabteilung 28 rückvergütet. Unterfahrung Matzleinsdorf ist hier die größte Aufwandspost.

Schwerpunkt des Investitionsprogrammes für 1967 bildet wieder der Ersatz für auszuscheidende überalterte Straßenbahnwagen mit einem Aufwand von 96 Millionen Schilling, wovon allerdings auch 4,1 Millionen Schilling unter Sperre liegen.

./.

Weiters sollen für 30 Millionen Schilling Autobusse angeschafft werden. Im Hochbausektor bildet die Fortsetzung des Baues der Zentralwerkstätte, wofür 35 Millionen Schilling vorgesehen sind, 5 Millionen Schilling allerdings davon gesperrt, einen wesentlichen Teil der gesamten Investitionstätigkeit.

Mit den automatischen Fahrscheinentwertern wird es 1967 wirklich ernst, da diese Anschaffungen einen Bestandteil der notwendigen personalsparenden Rationalisierung darstellt.

Bestattung:

Die Bestattung plant Investitionen in einer Gesamthöhe von rund 16,8 Millionen S. Davon entfallen 2,7 Millionen S auf die Ausgestaltung von Friedhofs-Aufbahrungshallen und die Wiedererrichtung der Aufbahrungseinrichtungen in der Halle II des Zentralfriedhofes. Ein Betrag von 11 Millionen S ist für den Erwerb und den Ausbau eines neuen Sargerzeugungsbetriebes vorgesehen. Der restliche Betrag betrifft die Anschaffung von Totentransportfahrzeugen und verschiedene sonstige kleinere Investitionen.

Anleihedienstplan:

Geplant ist die Tilgung von Krediten in Höhe von insgesamt rund 405 Millionen S. 332,6 Millionen S entfallen davon allein auf die Verkehrsbetriebe! Für die Verkehrsbetriebe ist 1967 also als ein Jahr forcierter Tilgung anzusehen.

Der Finanzplan enthält unter anderem 150 Millionen Schilling als Kapitalaufstockung in barem durch die Gemeinde Wien. Dem Gelderfordernis in Höhe von 2.126,743.000 S steht eine Geldbedeckung von nur 1.453,245.000 S unter Einschluß der 150 Millionen S Kapitalaufstockung gegenüber. Das ungedeckte Gelderfordernis von 673,498.000 S wird durch Sperren im Investitionsplan in der Höhe von 146,5 Millionen S und durch Kreditaufnahmen in Höhe von 527 Millionen S abzudecken sein.

Zusammenfassung:

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Wiener Stadtwerke unbedingt darauf angewiesen sind, 1967 Fremdkapital von

./.

527 Millionen S zu erhalten, um ihr Investitionsprogramm erfüllen zu können. Dieses Investitionsprogramm ist gegenüber 1966 leicht restringiert.

Bei den Verkehrsbetrieben erscheint die Hoffnung gerechtfertigt, daß eine Stabilisierung der Verlustlage eingeleitet ist. Die Gaswerke sind an der Verlustschwelle und bei den Elektrizitätswerken wirkt sich der Ausbau der eigenen Erzeugungsanlagen günstig auf die Ertragslage aus.

\- - -

## Infektionskrankheiten im Oktober

28. November (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat Oktober folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: Scharlach 510, infektiöse Leberentzündung 63 (5 Todesfälle), Keuchhusten 47, bakterielle Lebensmittelvergiftung 5, Ruhr 3, Typhus 1, Paratyphus 1. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Diphtherie, Kinderlähmung und Malaria.

Bei einer Gesamtzahl von 6.105 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 2.040. In 113 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 2.576 Röntgendurchleuchtungen, 536 Röntgenaufnahmen und 1.897 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.199. Von 582 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 14, von 127 untersuchten Geheimprostituierten 31 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 176 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungsstellen wurden an 304 Beratungstagen 8.038 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 582 Frauen untersucht, davon erstmalig 213. Bei 93 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 20.633 Kinder untersucht, in den Kindergärten 1.293, in der Augenärztlichen Zentrale 911 und in der Ohrenärztlichen Zentrale 611.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 289 Personen, davon 96 Männer, untersucht worden. Dabei wurden sechs geschwulstverdächtige Befunde erhoben. 205 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 29 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandlet in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 122 Sportler untersucht.

---

## Auch weiterhin Schienenparkverbot in der Gumpendorfer Straße!

### Zunächst freundliche Mahnung - dann Strafen

28. November (RK) Man mag darüber denken wie man will. Das Schienenparkverbot gilt in Wien, und es hat wesentlich zu einem flüssigeren Verkehr beigetragen. Auch die Schneeräumung in den Hauptverkehrsstraßen wäre heute ohne Schienenparkverbot längst unmöglich geworden. Das haben nicht zuletzt die Schneefälle der letzten Tage wieder bewiesen. Das Schienenparkverbot stellt aber auch die einfachste Lösung für die Erlassung eines allgemeinen Parkverbotes in den Wiener Hauptverkehrsstraßen dar. Wollte man die Verordnung aufheben, müßte der oft kritisierte "Schilderwald" beträchtlich aufgeforstet werden.

Das Schienenparkverbot ist also durchaus nicht unbedingt in einem Zusammenhang mit der Straßenbahn zu bringen. Es erfüllt seinen Zweck auch dort, wo keine Straßenbahn mehr fährt, die Schienen aber liegen bleiben. Besser gesagt, es erfüllt seinen Zweck dann, wenn sich die Autofahrer an das Verbot halten. Tun sie es nicht, dann kommt es zu großen Verkehrsschwierigkeiten, zum Beispiel in der Gumpendorfer Straße.

In dieser wichtigen Verkehrsader hat sich seit der Umstellung der Straßenbahnlinie 57 auf Autobus eingebürgert, das Parkverbot zu mißachten. Die Gumpendorfer Straße ist fast durchgehend verparkt. Die Folgen zeigen sich nicht nur für den fließenden Verkehr, sie wirken sich auch auf die Wirtschaft aus. Viele in der Gumpendorfer Straße angesiedelte Firmen haben Schwierigkeiten mit der Ladetätigkeit. Ladezonen aber können nicht verfügt werden, weil ja ohnehin das Parkverbot weiter gültig ist. So konnte zum Beispiel eine Firma eine Zeitschrift nicht zum Termin ausliefern, weil es ganz einfach nicht möglich war, das Papier für den Druck abzuladen. Der Schaden war beträchtlich. Es geht also nicht ohne Parkverbot in der Gupendorfer Straße. Die Magistratsabteilung 46 hat deshalb Flugblätter anfertigen lassen, die die Polizei in den nächsten Tagen jedem parkenden Autofahrer in der Gumpendorfer Straße als freundliche Mahnung hinter den Scheibenwischer klemmen wird. Nach einer kurzen "Schonzeit" wird die Polizei wieder rigoros die Einhaltung des Parkverbotes überwachen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Verkehrs und im Interesse der Wirtschaft kann auf das Parkverbot nicht verzichtet werden. Die Alternative wäre nur ein "Schilderwald".

\- - -

## Hausmusik-Nachmittag bei Bürgermeister Marek

### Konservatoristen spielen für Industrielle und Bankdirektoren

28. November (RK) Seit 1950 werden alljährlich im November in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses Hausmusik- Nachmittage beim Wiener Bürgermeister abgehalten. Diese Veranstaltung, die bereits zur liebenswerten Tradition geworden ist, wird deshalb stets im November abgehalten, weil auf den 19. dieses Monates der Todestag von Franz Schubert fällt und dieser wohl "wienerischste" Komponist nicht nur durch die Art seiner Kompositionen, sondern auch durch die von ihm veranstalteten "Schubertiaden" gleichsam Vorbild für das Musizieren im häuslichen Kreis, für die leider schon fast vergessene gepflegte Hausmusik ist.

Auch heuer findet wieder ein solcher Hausmusik-Nachmittag im Rathaus statt, und zwar übermorgen, Mittwoch, den 30. November, um 16 Uhr. Bürgermeister Bruno Marek hat diesmal Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft, nämlich prominente Mitglieder der Vereinigung Österreichischer Industrieller und die Generaldirektoren der großen Wiener Banken, zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Das Programm mit Musik von Ludwig van Betthoven, Johannes Brahms, Franz Schubert, Hugo Wolf, Richard Strauß und Marin Marais wird von Professoren des Konservatoriums der Stadt Wien - Kammersängerin Hilde Zadek, (Sopran), Kapellmeister Professor Karl Hudez, (Klavier) und Dominique Weber (Bariton) - und von Schülern der letzten Ausbildungsklassen des Konservatoriums bestritten.

\- - -

## 80. Geburtstag von Viktor Graef

28. November (RK) Am 30. November vollendet der Gesangspädagoge und Pianist Professor Viktor Graef das 80. Lebensjahr. Er wurde in Wien geboren, wo er sein Studium absolvierte und sich entschloß, Sängererzieher zu werden. 1921 erfolgte seine Berufung an die Musikakademie, an der er seither die jungen Gesangseleven im Solo- und Ensemblegesang in hervorragender Weise ausbildete. Die Zeit seiner verdienstvollen erzieherischen Tätigkeit an diesem Institut ist eng verbunden mit dem ständigen Wirken, dem er sich als Klavierbegleiter namhafter Sänger in öffentlichen Konzerten widmete. Professor Graef ist Träger der Ehrenmedaille der Stadt Wien.

\- - -

## Subvention für die "Musikalische Jugend" Wiens

28. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat der "Musikalischen Jugend Österreichs", Landesgruppe Wien, zur weiteren Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 100.000 Schilling gewährt. Die Musikalische Jugend veranstaltet in Wien schon seit dem Jahre 1948 Konzerte für junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren. Sie erfaßt damit jene Jahrgänge, die weder im Rahmen der Konzerte des Kulturamtes für Schulklassen, noch durch das "Theater der Jugend" betreut werden. Der Mitgliederstand der Musikalischen Jugend Wien ist von 1.800 im Jahre 1948 auf 28.000 im Jahre 1966 gestiegen. Darum sieht sich die Musikalische Jugend veranlaßt, neben den Konzerten der Gesellschaft der Musikfreunde und der Wiener Konzerthausgesellschaft immer mehr Konzerte mit eigenen Ensembles und eigenem Programm anzusetzen. Diese Konzerte verursachen naturgemäß ein rapides Ansteigen der Eigenkosten. Die Stadt Wien ermöglicht der Organisation durch ihre Subventionen die Durchführung ihrer musikalischen Veranstaltungsreihen.

\- - -

## Tramway-Werbebus unterwegs

### Das rollende Personalbüro der Verkehrsbetriebe auf Wintertour

28. November (RK) Heute früh wurde der Werbebus der Wiener Verkehrsbetriebe, mit dem das unter Personalmangel besonders stark leidende Unternehmen nach Arbeitskräften "fahndet", im Arkadenhof des Wiener Rathauses von den Stadträten Dr. Maria Schaumayer und Rudolf Sigmund, letzterer in Vertretung von Personalstadtrat Bock, verabschiedet.

Im Beisein der Direktion der Verkehrsbetriebe und der Personalvertretungen wurde der Bus besichtigt. Er bietet auch heuer wieder neben zahlreichen informativen Bildern aus dem Arbeitsalltag der Schaffnerinnen und Schaffner, der Straßenbahnfahrer und Autobuslenker zahlreiches Informationsmaterial über die Arbeitsbedingungen bei Straßenbahn und Autobus. Unterstützt wird das Werbeteam, das aus drei Männern und einer Frau besteht, durch eine Tonbandanlage, die über Außenlautsprecher mit Musik und entsprechenden Mitteilungen direkt die Wiener Bevölkerung anspricht.

Heute wird der Werbebus in Floridsdorf und in der Brigittenau seine Tätigkeit aufnehmen. Für die nächsten Tage sind jeweils fünf Aufstellungsplätze vorgesehen, die im Laufe des vorweihnachtlichen Einsatzes (vom 28. November bis 18. Dezember) sämtliche Bezirke Wiens erfassen werden. Gleichzeitig mit dieser neuen Aktion der Wiener Verkehrsbetriebe wird auch ein Kurzfilm über die Arbeit des Personals bei Straßenbahn und Autobus in den Wiener Kinos gezeigt. Dieser Fünfminuten-Streifen wird auch im Fernsehen und über die örtlichen Arbeitsämter zum Einsatz gelangen.

\- - -

## Sitzung des Kollegiums des Wiener Stadtschulrates

### Stellungnahme zu einigen wichtigen Schul- und Jugendgesetznovellen

28.November (RK) Unter Vorsitz des Amtsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Dr. Max Neugebauer, trat heute vormittag in Gemeinderatssitzungssaal das Kollegium des Stadtschulrates für Wien zu einer Plenarsitzung zusammen.

Zunächst gab Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem neunten Schuljahr und der Pädagogischen Akademie.

Die Polytechnischen Lehrgänge konnten in Wien klaglos beginnen. Die Stadt Wien hat dafür zehn Schulhäuser, die speziell adaptiert wurden, zur Verfügung gestellt. Schwierigkeiten durch lange Anmarschwege gibt es nur im 21. und 22. Bezirk. In Floridsdorf war das Schulgebäude in der Ferstlgasse für das neunte Schuljahr vorgesehen, konnte aber noch nicht geräumt werden, weil das Ersatzschulhaus für die darin untergebrachte Volksschule, das in der Prießnitzgasse errichtet werden soll, noch nicht geschaffen werden konnte. Bekanntlich kam dort noch keine Einigung mit den Besitzern des Grundstückes zustande. Für die Schüler des Polytechnischen Lehrganges in der Donaustadt wurde ein Schulneubau in der Wagramer Straße bereits begonnen.

Polytechnische Klassen werden auch an acht Wiener Sonderschulen geführt. Insgesamt werden 3.000 Schüler, und zwar 1.868 Knaben und 1.132 Mädchen im Rahmen des neunten Pflichtschuljahres unterrichtet. Die durchschnittliche Schülerzahl der einzelnen Klassen liegt bei 30,6, was als pädagogisch sehr befriedigend zu bezeichnen ist. Auch das Problem der Lehrkräfte, unter denen es solche mit voller und solche mit teilweiser Lehrverpflichtung gibt, konnte gelöst werden. Gegenwärtig befassen sich mehrere Arbeitsgemeinschaften mit der Erstellung von Lehrbüchern und anderen Lehrbehelfen für das neunte Schuljahr. Eine Reihe von Lehrbüchern und sehr gute Lehrstoff-Verteilungspläne konnten bereits zur Verfügung gestellt werden.

./.

Wien hat wohlvorbereitet mit dem 9. Schuljahr begonnen, und zwar sowohl was die Schulräume, als auch was die Lehrpersonen-Frage betrifft.

In seinem Bericht über die Eröffnung der ersten Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien gab Stadtschulratspräsident Doktor Neugebauer seiner Hoffnung Ausdruck, daß der für dieses neue Lehrerbildungsinstitut geplante Neubau in der Ettenreichgasse bald begonnen werden möge. Die Anstalt ist derzeit noch im Pädagogischen Institut der Stadt Wien untergebracht. Schon im kommenden Jahr werden aber die Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen und es wurde daher an das Unterrichtsministerium das Ersuchen gestellt, der Pädagogischen Akademie einen Teil der Räume des Realgymnasiums in der Neustiftgasse zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Bericht des Stadtschulratspräsidenten beschäftigte sich das Kollegium mit einigen wichtigen Gesetzesnovellen, die das Schulwesen beziehungsweise den Jugendschutz betreffen.

Zunächst referierte Obermagistratsrat Dr. Wilhelm Schink einen Entwurf zu einer Änderung des Wiener Pflichtschulorganisationsgesetzes, die durch eine Novelle des Schulorganisationsgesetzes des Bundes notwendig geworden ist. Ursprünglich sah das Schulorganisationsgesetz nämlich vor, daß die Schüler des neunten Schuljahres nicht nur nach Geschlecht und Vorbildung gesondert unterrichtet werden, sondern auch je nachdem, ob sie bereits eine Berufswahl getroffen haben oder nicht. Da eine solche Differenzierung vor allem in den Bundesländern zu großen Komplikationen geführt hätte, will man allgemein davon abgehen und hat diese Änderung in einer Novelle formuliert, die dem Wiener Landtag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird.

In der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt gab Verwaltungsoberkommissär Alfred Valentin namens des Bundesverbandes der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß man diese allzu weit gehende Differenzierung der polytechnischen Lehrgänge aufgeben will.

./.

Ferner soll das Wiener Schulaufsichts-Ausführungsgesetz dahin abgeändert werden, daß die bisher fehlenden Bestimmungen über eine Vertretung des Amtsführenden Präsidenten als Vorsitzenden des Kollegiums, der Sektionen und Untersektionen für den Fall seiner Verhinderung nachgetragen werden.

In der Debatte über diesen Punkt erläuterte Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer eingehend die vielen Schwierigkeiten, die sich in der Praxis aus dem Fehlen einer gesetzlich geregelten Vertretungsmöglichkeit ergeben. Er beleuchtete die juristischen Konsequenzen der geplanten Neuregelung und regte auch an, den Ausdruck "Plenarsitzung" des Stadtschulratskollegiums im Gesetz zu verankern. Eine weitere Anregung betraf die Modalitäten der Neubestellung des Kollegiums.

Auch Vizepräsident Gemeinderat Markus Bittner begrüßte die vorgesehene Neuregelung und erinnerte daran, daß sie in Salzburg bereits eingeführt worden ist.

Als Sprecher der FPÖ-Fraktion schlug Prof.Dr. Wolfram vor, im Falle der Verhinderung des Amtsführenden Präsidenten den Vizepräsidenten des Stadtschulrates mit seiner Vertretung zu betrauen, wurde aber von Landtagspräsident Dr. Stemmer dahingehend belehrt, daß dies aus juristischen Gründen nicht möglich sei.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde den Novellen mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP- und KLS-Fraktion zugestimmt.

## Wiens Schulpflichtige werden "elektronisch" erfaßt

Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell sprach über die geplante Schaffung einer zentral geführten Schulmatrik. Dieses Verzeichnis aller schulpflichtigen Kinder, das laut Gesetz von jeder Gemeinde geführt werden muß, wird gegenwärtig in 16 regionalen Inspektionsbezirken gesondert geführt. Das neunte Schuljahr und der immer häufiger werdende Besuch einer Schule außerhalb des Wohnbezirkes führt jedoch zu einer solchen Komplizierung, daß mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Aus Rationalisierungsgründen soll diese Matrik nun mit Hilfe von Lochkarten zentral geführt werden, wofür die Elektronenanlage im Wiener Rathaus zur Verfügung stünde. Ab 1967 wird es eigene Beiblätter zu den Haushaltsbogen geben, auf

./.

denen auch die Kinder im vorschulpflichtigen Alter einzutragen sind. Davon versprechen sich die Schulbehörden einen genauen Überblick über die Schülerzahlen künftiger Jahre, was eine exakte Schulraumplanung auf lange Sicht ermöglicht.

In der Debatte begrüßte Bezirksschulinspektor Jonasch diese Regelung und betonte, daß man damit mindestens 16 Beamte ersparen könne. Außerdem ermögliche das in Aussicht genommene System eine exakte Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht. Die entsprechenden Vorlagen wurden einstimmig gebilligt.

Obermagistratsrat Dr. Walter Prohaska referierte einen Entwurf eines Landesgesetzes, betreffend die Änderung des Wiener Jugendschutzgesetzes. Man wil den Begriff der "Aufsichtsperson" genau definieren, eine Ausweispflicht für Kinder und Jugendliche bei Besuch einer Veranstaltung mit Jugendverbot gesetzlich verankern und die Bestimmungen über den Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen in Gaststätten denen in den anderen Bundesländern angleichen. Neu eingeführt werden Bestimmungen, die nicht nur unzüchtige, sondern auch verrohende Schriften, Abbildungen oder Gegenstände verbieten und Kindern und Jugendlichen das Autostoppen verbietet. Dieser in der Novelle vorgesehene Paragraph verbietet auch den Kraftfahrern, Kinder und Jugendliche zum Mitfahren einzuladen oder sie mitzunehmen, ausgenommen in Notfällen oder wenn das Kind oder der Jugendliche mit einem Insassen des Fahrzeuges näher bekannt ist.

In der Debatte sprach Prof. Dr. Wolfram über die Zunahme des Alkoholismus der Jugendlichen und trat für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung über den Gaststättenbesuch von Kindern und Jugendlichen ein.

Präsident Dr. Neugebauer teilte hiezu mit, daß die Errichtung eines neuen Referates im Stadtschulrat geplant sei, das sich ausschließlich mit der Erziehung und Aufklärung gegen den Alkoholmißbrauch befassen soll.

Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher begrüßte die Gesetzesänderungen vom soziologischen Standpunkt aus: Eine Differenzierung zwischen Kindern und Jugendlichen sei ebenso wünschenswert, wie eine Angleichung der Wiener Bestimmungen an die der benachbarten Bundesländer. Auch Dr. Karl Vogler sprach sich für die Novelle aus.

./.

Ressortleiter Karl Damisch beleuchtete an Hand konkreter Untersuchungsergebnisse die materielle Situation von Kindern und Jugendlichen: Der Jugendliche verfüge heute über mehr Geld, als jemals zuvor. Im EWG und EFTA-Raum gibt es insgesamt 63 Millionen Kinder, um die sich eigene Industrien bemühen. In Deutschland gibt es beispielsweise 40 Illustrierte für Jugendliche, die monatlich 17 Millionen Seiten produzieren, von den 50 Prozent der Werbung dienen, der Werbung, die sich an die Jugendlichen wendet!

In Wien wurden kürzlich 524 Burschen und Mädchen einem Test unterzogen, bei dem sie unter anderem in zehn Minuten alle Werbeslogans aufschreiben sollte, die ihnen einfielen. Bis zu 32 solcher Werbeslogans wurden in der verfügbaren Zeit produziert. 45 Prozent der Slogans stammten aus der Alkohlwerbung, 20 Prozent aus der Reklame für Kosmetika.

Alle diese Tatsachen lassen eine verstärkte Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, immer wichtiger erscheinen. Die geplante Novellierung sei zu begrüßen, weil sie klare Verhältnisse schaffe und in der Alkoholfrage keine Aufweichungen des Standpunktes bringe.

Auch die Debattenredner Kurt Zahradnik, Dr. Wolfgang Speiser und Dr. Heinz Zaslawski nahmen positiv zu der Gesetzesnovelle Stellung, die schließlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS-Fraktion vom Stadtschulratskollegium gebilligt wurde. Zur Gesetzeswerdung bedrüfen die Novellen selbstverständlich eines entsprechenden Beschlusses des Wiener Landtages, dem sie in Kürze vorgelegt werden.

Zwei weitere Abänderungsanträge, betreffend die Wahlordnung für die Qualifikationskommissionen und Disziplinarkommissionen der Lehrerschaft fanden ebenfalls die Billigung des Stadtschulratskollegiums.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

28. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Kohl 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Orangen 6.50 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

## Rinderhauptmarkt vom 28. November

28. November (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 40 Ochsen, 305 Stiere, 799 Kühe, 151 Kalbinnen, Summe 1.295. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13 bis 16.90 S, extrem 17.20 S, 1 Stück; Stiere 13.50 bis 16.30 S, extrem 16.50 bis 16.60 S, 6 Stück; Kühe 9.50 bis 12.80 S, extrem 13 bis 14 S, 12 Stück; Kalbinnen 12.70 bis 15.80 S, extrem 16 bis 16.80 S, 13 Stück; Beinlvieh Kühe 6.50 bis 9.40 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 12.70 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 8 Groschen, bei Stieren um 14 Groschen, bei Kühen um 40 Groschen, bei Kalbinnen um 30 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 14.91 S, Stiere 15.08 S, Kühe 10.61 S, Kalbinnen 14.25 S; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 50 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



## Preisverteilung im Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck 1966"

29. November (RK) Kommenden Montag, den 5. Dezember, wird Bürgermeister Bruno Marek um 17.30 Uhr im Festsaal des Wiener Rathauses die Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs "Wien im Blumenschmuck" verkünden. Zu diesem Anlaß werden der Bürgermeister, der Präsident der Österreichischen Gartenbaugesellschaft, Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer, und der Vizepräsident dieser Gesellschaft, Stadtrat Kurt Heller, sprechen. Bürgermeister Marek wird die Preisverteilung vornehmen. Verliehen werden die Goldene, die Silberne und die Bronzene Rose, 10 Ehrenplaketten in Gold, 15 Ehrenplaketten in Silber, 22 Ehrenplaketten in Bronze und 8 Ehrenpreise der Wiener Landwirtschaftskammer.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Preisverteilung zu entsenden. Zugang:1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiegen I und II.

\- - -

## Empfang im Rathaus

28. November (RK) Die XIV. Internationale ORTHO-Konferenz, der Zusammenschluß jener Wissenschaftler, die sich mit dem Pflanzenschutz beschäftigen, tagte dieser Tage in Wien. Gestern abend gab die Stadt Wien für die Delegierten der Konferenz in den Wappensälen des Rathauses einen Empfang. Stadtrat Sigmund begrüßte im Beisein von Stadtrat Dr. Prutscher die Gäste und hieß sie im Namen des Bürgermeisters herzlich willkommen.

\- - -

## Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 30. November, um 15.30 Uhr, eine Presseführung durch die diesjährige Verkaufsausstellung des Kulturamtes "Das gute Bild für jeden" in der Secession stattfindet. Um 17 Uhr wird Kulturstadtrat Gertrude Sandner die Ausstellung eröffnen.

Ferner erinnern wir daran, daß gleichfalls morgen, Mittwoch, um 16 Uhr, in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses der traditionelle Hausmusik-Nachmittag beim Wiener Bürgermeister abgehalten wird. Bürgermeister Bruno Marek hat diesmal als Zuhörer des vom Konservatorium der Stadt Wien bestrittenen Hausmusik-Konzerts Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft eingeladen.

\- - -

## Ausstellung im Studentenheim

28. November (RK) Im Internationalen Studentenheim der Stadt Wien, Wien 19, Vegagasse 20, wurde die erste Ausstellung österreichischer Grafik und Druckgrafik der Gegenwart in Zusammenarbeit mit der Galerie auf der Stubenbastei eingerichtet. Die Eröffnung der im Parterre untergebrachten Exposition findet am 29. November, um 17 Uhr, statt. Anschließend Diskussion mit den anwesenden Künstlern.

Die Schau bleibt bis 18. Dezember geöffnet. Sie ist nicht nur den Bewohnern des Studentenheimes, sondern auch allen Interessenten gegen Anmeldung in der Rezeption bei freiem Eintritt zugänglich. Insgesamt sind 16 zeitgenössische Künstler mit ihren Werken vertreten.

\- - -

## August Schaeffer zum Gedenken

28. November (RK) Auf den heutigen Tag fällt der 50. Todestag des Malers, Grafikers und Galeriedirektors August Schaeffer.

Er wurde am 30. April 1833 in Wien geboren und studierte bei dem Landschaftsmaler Franz Steinfeld an der Akademie. Dort arbeitete er auch an der Bibliothek und seit 1874 an der Galerie. 1892 erfolgte seine Bestellung zum Direktor der kaiserlichen Gemäldegalerie. 1910 wurde er als Edler von Wienerwald geadelt. August Schaeffer, der vor allem Bilder mit Ansichten aus der Umgebung Wiens und des Salzkammerguts schuf, gehört zu den bedeutendsten Wiener Landschaftsmalern des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Das Künstlerhaus, dessen Ehremitglied er war, veranstaltete 1917 eine Nachlaßausstellung.

\- - -

## Die besten Plakate des dritten Vierteljahres

28. November (RK) Die Jury des Kulturamtes hat die Wiener Plakate des dritten Vierteljahres 1966 überprüft und hiebei acht hervorragende Leistungen ausgezeichnet.

Es handelt sich um folgende Plakate: "STEFFL" (4 Bogen Hochformat), Entwerfer: Kurt Czerney, Wien, Drucker: F.Adametz, Wien;

"Kodak-Farbfilm" (12 Bogen breit), Entwerfer: Peter Pleyel, Wien Drucker: Piller-Druck, Wien;

"30.7. - 7.8. Messe Dornbirn 1966" (2 Bogen Hochformat), Entwerfer: Rudolf Tronje Hagen, Vorarlberg, Drucker: Vorarlberger Graphische Anstalt;

"Künstlerische Volkshochschule Wiener Kunstschule" (1 Bogen Hochformat), Entwerfer: Professor Hans Fabigan, Wien, Drucker: Waldheim-Eberle, Wien;

"Selection 66" (2 Bogen Hochformat), Entwerfer: Tino Erben, Wien, Drucker: Tusch-Druck, Wien;

"Kein Sitzplatz frei?...Fox Medana Schuhe tragen" (Tramwaypickerl), Entwerfer: Alfred Proksch, Wien, Drucker: Druckerei Schreier & Braune, Wien;

"Der heimische Kunststoffbelag FUNDOPAL - Der i-Punkt im Möbelbau" (Tramwaypickerl), Entwerfer: Walter Hauch, Wien, Drucker: Piller-Druck, Wien.

Innerhalb dieser Wertung wurde von der Jury zum besten Plakat des dritten Vierteljahres die Werbegraphik "Selection 66" ausgewählt. Alle acht Werbegraphiken werden durch Diplome für Entwerfer, Drucker und Auftraggeber gewürdigt und auf eigenen Plakatflächen ausgestellt. "Selection 66" erhält außerdem einen Geldpreis der Gewista.

\- - -

## Haydn- und Mozart-Konzert der Volkshochschule Favoriten

29. November (RK) Am Montag, dem 5. Dezember, um 19.30 Uhr, findet in der Volkshochschule Favoriten, Arthaberplatz 18, ein Konzert statt, bei dem Werke von Haydn und Mozart zur Aufführung gelangen. Ausführende sind diesmal Clara Reganzini-Guttmann (Klavier), Gerlinde More, Sopran, und Peter Drahosch, Tenor. Robert Schollum spricht einleitende Worte und übernimmt die Klavierbegleitung der Gesangssolisten.

Mit dieser Veranstaltung setzt das Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Volksbildung jene Konzertreihe fort, die vor Jahren in den Wiener Bezirken begonnen wurde. Seither haben sich diese Darbietungen einen Interessentenkreis geschaffen, der sonst kaum vom musikalischen Geschehen in Wien erfaßt worden wäre.

\- - -

## Stärkerer Straßenbahn- und Autobusverkehr für Weihnachtseinkäufe

+ 29. November (RK) Die Wiener Verkehrsbetriebe teilen mit, daß ab sofort an allen Samstagen bis einschließlich 17. Dezember ein verstärkter Weihnachtsverkehr durch die Hauptverkehrsstraßen Wiens geführt wird. Besonders nach Mariahilf werden die Intervalle der Straßenbahn- und Autobuslinien verkürzt. An den Haupteinkaufstagen der Vorweihnachtszeit, vornehmlich an den Samstagen, soll damit eine günstigere Verkehrssituation geschaffen werden.

\- - -

## Theaterabonnement für 15.000 Wiener Jugendliche

29. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat der Durchführung des Jugendabonnements 1966/67 die Zustimmung erteilt und einen Kostenbeitrag von 1,6 Millionen Schilling dafür genehmigt. Dieses Jugendabonnement der Stadt Wien wird wie in den Vorjahren insgesamt 15.000 jugendlichen Teilnehmern im Alter von 14 bis 25 Jahren die Möglichkeit geben, je eine Aufführung im Burgtheater, in der Volksoper, im Theater in der Josefstadt, in einer Wiener Kleinbühne, zwei Aufführungen im Volkstheater und drei Aufführungen im Theater an der Wien zu besuchen. Die Darbietungen im Theater an der Wien sind zwei Eigenproduktionen des Theaters der Jugend.

Ferner werden den Jugendlichen ein Orchesterkonzert im Rahmen des Anton Dworak-Zyklus der Wiener Symphoniker sowie eine Eisrevuevorstellung in der Wiener Stadthalle und ein Vortrag im Wiener Planetarium geboten. Im Abonnementheft befinden sich außerdem Gutscheine für eine 50prozentige Platzermäßigung bei den vorgesehenen Gastspielen der Opernhäuser Prag, Budapest und Zagreb im Rahmen der Wiener Festwochen 1967. Weiters gibt es Gutscheine für 50prozentige Platzermäßigung anläßlich verschiedener Vorstellungen in Wiener Kleinbühnen, für den kostenlosen Besuch einer Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien während der Festwochen 1967 sowie Zahlungsbegünstigungen für die Wiener Städtischen Büchereien, die Wiener Volkshochschulen und der Schule für gutes Benehmen.

Die Preise für das Jugendabonnement der Stadt Wien in dieser Saison sind je nach der Sitzkategorie von 80 bis 250 Schilling gestaffelt. Mit der Durchführung des Jugendabonnements ist das Theater der Jugend in Zusammenarbeit mit den Wiener Mittel- und Berufsschulen, den Wiener Jugendverbänden und Volkshochschulen betraut.

\- - -

## Ausstellung zum "Tag der Briefmarke 1966"

Unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek

29. November (RK) Der Bundesverband Österreichischer Briefmarkensammlervereine und die Österreichische Staatsdruckerei veranstalten zum "Tag der Briefmarke 1966" in den Schauräumen der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, eine große Briefmarken-Ausstellung, die unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek steht. Die Eröffnung dieser Schau findet übermorgen, Donnerstag, den 1. Dezember, um 11 Uhr statt.

\- - -

## Personalnachrichten

29. November (RK) Auf Antrag von Stadtrat Rudolf Sigmund hat heute der Wiener Stadtsenat den Stadtbaurat Dipl.-Ing. Johann Helscher zum Oberstadtbaurat und die Amtsräte Leopold Marschalek und Josef Reinhardt zu Oberamtsräten befördert. Der ärztliche Institutsvorstand Dr. Ingeborg Müller und der ärztliche Abteilungsvorstand Dr. Raoul Schindler wurden in die Dienstklasse VII befördert.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

29. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 2.50 bis 3 S, Weißkraut 2 bis 2.50 S je Kilogramm, Endiviensalat 2.60 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 5 bis 7 S, Orangen 5 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

## Proteststreik der Wiener Verkehrsbetriebe

29. November (RK) Heute zwischen 11 und 11.10 Uhr traten 1.500 Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe in einen spontanen Proteststreik wegen der gestrigen Einreise Otto Habsburgs nach Österreich. Von dem Streik waren sämtliche Straßenbahn-, Autobus- und Stadtbahnlinien betroffen, allerdings nur auf die Dauer von zehn Minuten. In der Hauptwerkstätte und in der Signalwerkstätte traten die Arbeiter und Angestellten in der Zeit von 7.30 bis 9 Uhr ebenfalls in einen Proteststreik.

\- - -

## Schneebericht

29. November (RK) In der Nacht von gestern auf heute waren 40 Mitarbeiter der städtischen Straßenreinigung und 114 aufgenommene Schneearbeiter mit der Fortsetzung der Schneeabfuhrarbeiten und mit der Bestreuung von Gehwegen wegen der Glatteisgefahr beschäftigt. 14 Sandstreuautos und zwölf Lastwagen für die Schneeabfuhr standen der Nachtpartie zur Verfügung.

Heute früh herrschte bei einer Temperatur von minus einem Grad klares, windiges Wetter. Die Straßenreinigung will sich heute besonders auf die Abfuhr von verkehrsbehindernden Schneehaufen konzentrieren. Es stehen ihr dafür 728 Bedienstete aus eigenem Personal und 539 aufgenommene Schneearbeiter zur Verfügung. An Fuhrwerken werden heute 62 Streufahrzeuge, 50 Lastkraftwagen für die Schneeabfuhr, 22 Lademaschinen und drei Schneepflüge eingesetzt. Die 62 Streufahrzeuge sollen nach Beendigung der Sandstreuung ebenfalls für die Schneeabfuhr verwendet werden.

\- - -

## Schweinehauptmarkt vom 29. November

29. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 3.130, Polen 300, Jugoslawien 256, Bulgarien 1.815, Ungarn 2.992, DDR 1.501, Gesamtauftrieb 9.994. Verkauft wurde alles. Industrieware: DDR 280, Polen 449, Ungarn 629.

Preise: extrem 18.30 bis 18.50 S (19 S), 1. Qualität 18 bis 18.20 S, 2. Qualität 17.50 bis 17.80 S, 3. Qualität (16 S), 16.80 bis 17.50 S, Zuchten 13 bis 15.50 S, Altschneider 11 bis 12 S.

Ausländische Schweine: Polen 15.40 und 16.50 S, Jugoslawien 15.70 bis 16.70 S, Bulgarien 15.10 bis 16.50 S, Ungarn 16.20 bis 16.50 S, DDR 15.40 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 19 Groschen auf 17.42 S, für bulgarische Schweine erhöhte er sich um 2 Groschen auf 15.84 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 11 Groschen auf 16.12 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 3 Groschen auf 16.37 S, für ungarische Schweine erhöhte er sich um einen Groschen auf 16.46 S, für polnische Schweine beträgt er 16.26 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 4 Groschen auf 16.21 S.

\- - -

## Pferdehauptmarkt vom 29. November

29. November (RK) Aufgetrieben wurden 67 Stück, hievon 9 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 59 Stück verkauft, unverkauft blieben 8 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 2, Niederösterreich 39, Burgenland 16, Steiermark 10.

Preise: Schlachttiere Fohlen (12.20 S) 14 bis 15 S, Pferde extrem 10 bis 10.80 S, 1. Qualität 9 bis 9.80 S, 2. Qualität 8 bis 8.80 S, 3. Qualität 6 bis 7.70 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 48 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 9.21 S, für Schlachtfohlen 14.11 S, für Pferde und Fohlen 9.96 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Kurz, aber gut:

## Autobus-Ausgleichslinien gegen Verstopfungen

30. November (RK) Seit einigen Jahren, jedesmal nach dem Ende der Urlaubszeit, sobald alle Wiener Kraftfahrer wieder zurückgekehrt waren, begannen sich die allgemeinen Verkehrsschwierigkeiten, beginnend etwa von Mitte Oktober, bis Weihnachten zu steigern. Das war und ist auch heuer wieder die Zeit, in der die öffentlichen Verkehrsmittel, besonders aber der Autobus-Linienverkehr, die größten Verspätungen erleidet, und sich die Fahrgäste mit Recht über die Unregelmäßigkeit der Wagenfolgen, über lange Intervalle bzw. Geleitzugbildungen und über dementsprechend sehr ungleiche Besetzungen der Wagen beklagen. Sie machen dafür leider zu Unrecht die Fahrplangestaltung verantwortlich ohne zu bedenken, daß es in Wahrheit die Einflüsse des starken Individualverkehres sind, unter denen nicht nur die Fahrgäste, sondern auch die Fahrbediensteten und das Verkehrsunternehmen in gleicher Weise zu leiden haben. Es wird Abhilfe gefordert, die aber nicht leicht geschaffen werden kann, weil dort, wo die Straßen verstopft sind, auch die Linienbusse nicht weiter kommen. Auf den anderen Streckenteilen, wo der Verkehr nicht so dicht ist, sehen die Fahrgäste nicht ein, wieso die Autobusse so unpünktlich verkehren.

Um dem zu begegnen, gibt es nur ein Mittel, nämlich nicht alle Autobusse auf der gesamten Linienlänge verkehren zu lassen, sondern einen Teil bereits außerhalb der meistverstopften Gebiete "umzudrehen". Im Falle der Autobuslinie 13 ist es besonders die Neubaugasse, in deren Verlauf es zu den größten Verspätungen kommt.

Um den Fahrgästen eine Verbesserung zu bringen oder wenigstens eine günstigere Fahrmöglichkeit ab Mariahilfer Straße in Richtung Südbahnhof zu bieten, wurde deshalb seit Mitte Oktober von Montag

./.

bis Freitag in der Nachmittag-Verkehrsspitze eine kurzgeführte Ausgleichslinie geschaffen. Die Busse dieser Linie fahren vom Südbahnhof auf der Strecke der Autobuslinie 13 bis zur Hofmühlgasse/Gumpendorfer Straße, dann über Otto Bauer-Gasse zur Mariahilfer Straße und ab Mariahilfer Straße/Amerlingstraße werden sie wieder über die normale Strecke zurück zum Südbahnhof geführt. Sie haben das Liniensignal durchgestrichen und auf den Routentafeln die Zielbezeichnung "Südbahnhof - Mariahilfer Straße". Dadurch wird erreicht, daß zumindest in diesem Streckenteil ein regelmäßigerer Verkehr geboten wird.

Auf Grund des guten Erfolges auf der Linie 13 wurde nun ab 21. November auch auf der Autobuslinie 63 zum Ausgleich der durch den Individualverkehr bedingten Störungen eine kurzgeführte Ausgleichslinie betrieben. Diese Busse werden von der Endstelle Schönbrunn/Meidlinger Tor über die Route der Linie 63 bis zum Margaretenplatz und von da wieder zurück nach Schönbrunn geführt. Sie tragen das Linienzeichen durchgestrichen. Beide Ausgleichslinien werden im Abend- und Geschäftsschlußverkehr in der Zeit von 16 Uhr nach Bedarf bis 18.30 Uhr geführt. Die bestehende Personalknappheit setzt nämlich dieser Maßnahme enge Grenzen. Trotzdem kann daraus erkannt werden, daß die Verkehrsbetriebe bestrebt sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch dort für Verkehrsverbesserungen zu sorgen, wo sie die Ursachen der Schwierigkeiten selbst nicht beseitigen können.

\- - -

Die Wiener Bevölkerung im Oktober:

## Weniger Eheschließungen, mehr Geburten

30. November (RK) Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien haben im Oktober 1.195 Brautpaare geheiratet, 1.681 Kinder wurden geboren und die Zahl der Sterbefälle betrug 2.267. Damit lag die Zahl der Eheschließungen um 36 unter und die der Geborenen um 51 über den vorjährigen Oktoberzahlen. Die Zahl der Gestorbenen ist um 161 zurückgegangen. Nach dem Bericht der Bundes-Polizeidirektion sind im Oktober 12.523 Personen nach Wien zugewandert, 10.428 haben sich abgemeldet.

\- - -

Die Wiener Wasserwerke gehen wohlgerüstet in den Winter

Bürgermeister Marek besuchte die Zentralen der Wasserwerke, des Kanalbauamtes und des Stadtforstamtes

30. November (RK) Heute früh besuchte Bürgermeister Bruno Marek das erweiterte Amtshaus in der Grabnergasse, in dem nicht nur die städtischen Wasserwerke ihre moderne Kommandozentrale eingerichtet haben, sondern auch das Kanalbauamt und das Stadtforstamt, die bisher in der Hermanngasse sehr unzulänglich untergebracht waren, zweckentsprechende Räumlichkeiten erhielten. Er wurde dabei von Stadtrat Hubert Ifoch und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Rudolf Koller geführt.

Durch Abbruch und Verlegung der alten Wasser-Lastverteilungszentrale wurde im Anschluß an das bestehende Amtsgebäude in der Grabnergasse Platz für ein neues sechsgeschossiges Gebäude geschaffen. Die neue Lastverteilungszentrale wurde in einem zweigeschossigen Gebäude untergebracht, das im Hof errichtet wurde. Das neue Haus wurde zu Beginn dieses Jahres in Betrieb genommen.

Durch den Ausbau des Dachbodens konnten dringend benötigte Archivräume geschaffen werden. Das Gebäude enthält auch einen Vortragssaal mit einer 16 Millimeter-Tonfilmanlage, die für die Schulung der Mitarbeiter, aber auch für Fachvorträge anderer Art dient. Hier wurde bereits zahlreichen Wiener Lehrern, aber auch Klassen von höheren Schulen ein Überblick über die komplizierten Einrichtungen für die Wiener Wasserversorgung gegeben.

Die Herzkammer der Wiener Wasserwerke ist die imposante Lastenverteilungszentrale. In diesem Kommandoraum hat man jederzeit einen genauen Überblick über den Wasserstand in sämtlichen Wiener Behältern. Die Instrumentenwand enthält 35 Wasserstandsanzeiger, 74 Wassermesser, 16 Mengenmesser und sieben Druckmelder, die alle ferngesteuert sind. Ein hydraulisches Schaltbild ermöglicht dem Ingenieur, der am Schaltpult steht, alle erforderlichen Wasserstandsregelungen mit Hilfe der Fernsteuerung durchzuführen. Der Wasserverbrauch jedes einzelnen Behälters wird durch einen Schreibautomaten laufend graphisch auf einem Papierband festgehalten. (Die so entstehende Wasserverbrauchskurve läßt beispielsweise genau erkennen, wann ein besonders publikumswirksames Fern-

./.

sehprogramm zu Ende ist: Der vorher auf ein Minimum gesunkene Wasserverbrauch steigt sprunghaft an, sobald der Täter des Krimis endgültig entlarvt ist!) Das Schaltpult enthält auch eine 100-stellige Gefahrenmeldeanlage. Die Installationskosten für die Apparatenzentrale betrugen 1,350.000 Schilling.

Wasserwerkschef Senatsrat Dipl.-Ing. Kochanek teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß gegenwärtig alle Behälter und Reservebehälter zu 70 Prozent gefüllt sind, was einen sehr befriedigenden Wasservorrat darstellt. Der Wasserzufluß hat infolge der Niederschläge der letzten Zeit eine zunehmende Tendenz, so daß die Wasserwerke hoffen, daß die Behälter am Ende dieser Woche wieder ganz voll sein werden. Die derzeitige Kapazität des Wasseraufkommens ist so groß, daß die Wiener Wasserwerke beruhigt in die Winterperiode gehen. Nach wie vor besteht jedoch die Verpflichtung jedes Wasserverbrauchers, das kostbare Naß nicht sinnlos zu verschwenden!

Das Gebäude erhielt auch eine neue Ölheizungsanlage. Insgesamt wurden durch den Erweiterungsbau rund 1.000 Quadratmeter Nutzfläche geschaffen. Der umbaute Raum hat mehr als 19.000 Kubikmeter. Die Gesamtkosten für die innenarchitektonisch sehr zweckmäßig und dauerhaft ausgestatteten Baulichkeiten betragen rund 23 Millionen Schilling.

Bürgermeister Bruno Marek sprach sich über die neue Wasserwerkszentrale, aber auch über die neuen Räume des Kanalbauamtes und des Stadtforstamtes sehr lobend aus und trug sich als erster in ein neues Gästebuch der Wiener Wasserwerke ein. Er sprach den Mitarbeitern der hier tätigen Magistratsabteilungen 30, 31 und 49 den Dank für ihre vorbildliche Arbeit im Dienste der Wiener Bevölkerung aus.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen, Donnerstag, den 1. Dezember, um 10 Uhr, Kulturstadtrat Gertrude Sandner und Festwochenintendant Ulrich Baumgartner im "Presseclub Concordia", 1, Bankgasse 8, eine Vorschau auf das Programm der Wiener Festwochen 1967 geben.

\- - -

## Schneebericht

30. November (RK) In der Nacht von gestern auf heute waren 41 Bedienstete der städtischen Straßenreinigung und 90 aufgenommene Schneearbeiter mit der Fortsetzung der Schneeabfuhr aus den Wiener Straßen beschäftigt. An technischem Material standen zur Verfügung: 22 Fahrzeuge und drei Ladegeräte des städtischen Fuhrparkes sowie 21 Fahrzeuge und 5 Ladegeräte von Privatunternehmern. Ursprünglich war geplant, zusätzlich zu den städtischen Fahrzeugen 70 Privatfahrzeuge heranzuziehen; die Privatunternehmen konnten jedoch nur 21 Fahrzeuge stellen.

Heute früh herrschte bei einer Temperatur von plus einem Grad klares Wetter. Die Schneeabfuhr wird weiterhin fortgesetzt. Mit diesen Arbeiten sind heute insgesamt 1.255 Arbeitskräfte (davon 520 aufgenommene Schneearbeiter) beschäftigt. 130 Fahrzeuge, 25 Lademaschinen und zwei Schneepflüge stehen im Einsatz.

\- - -

## Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

30. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 2.50 bis 3 S, Kohl 4 S, Weißkraut 2 bis 2.50 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 5 bis 7 S, Orangen 6 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

## Endlich wieder ein Hundertjähriger in Wien

30. November (RK) 22 Wienerinnen, aber nur zwei Wiener haben heuer das 100. Lebensjahr vollendet oder überschritten. Dieses krasse Mißverhältnis wird ab morgen ein bißchen durch Herrn Alois Schneider gemildert, der am 1. Dezember seinen 100. Geburtstag feiern kann.

Der Jubilar, der aus Jägerndorf in Schlesien in der heutigen CSSR stammt, kam 1905 nach Österreich, und zwar nach Tirol, wo er auch geheiratet hat. Herr Schneider kommt aus einer Weberfamilie und betrieb in Ried im Innkreis eine Spinnerei. 1939 zog er sich vom Geschäft zurück und kam nach Wien. Seit einigen Jahren lebt Wiens jüngster Hundertjähriger im Altersheim in der Gentzgasse, das von den Barmherzigen Schwestern vom heiligen Borromäus geführt wird. Insgesamt werden dort 260 alte Leute von den Schwestern betreut.

Zum morgigen Jubiläumsgeburtstag fand sich heute Bürgermeister Bruno Marek in der Gentzgasse ein, um die Glückwünsche und die Ehrengaben der Stadt Wien zu übermitteln. Im Namen der Währinger Bevölkerung gratulierte Bezirksvorsteher DDr. Viktor Gräf. Mit einem Glas Wein stieß man auf das Wohl des Geburtstagskindes an. Sichtlich erfreut dankte der rüstige Hundertjährige für die Ehrung durch die Stadt Wien und wünschte dem Wiener Bürgermeister ebenfalls alles Gute.

\- - -

## Karl Schwender zum Gedenken

30. November (RK) Auf den 2. Dezember fällt der 100. Todestag Karl Schwenders, des Gründers und Besitzers einer bekannten Altwiener Vergnügungsstätte. Er wurde 1809 in Karlsruhe geboren und kam 1828 nach Wien, wo er als Kaffeehausmarkör tätig war. 1835 pachtete er auf den Arnsteinschen Gründen in Rudolfsheim einen Kuhstall und eröffnete dort ein Kaffeehaus. In der Folge vergrößerte er das Lokal durch Zubauten zu einem großen Unterhaltungsetablissement, in dessen Sälen bis zu 15.000 Besucher anwesend waren. Karl Schwender war aus dem Vergnügungsleben der damaligen Zeit nicht wegzudenken. Seine Säle waren der Schauplatz aller großen Wiener Bälle, die sich innerhalb der Gürtellinie angesiedelt hatten. Alle berühmten Wiener Tanzorchester spielten dort auf. Schwender hatte aber noch andere Pläne. Er ließ in dem groß angelegten Komplex einen Saal zu einem Theaterlokal umbauen, das 324 Personen faßte. Es wurde ein Ensemble zusammengestellt und der Betrieb im Jahre 1866 eröffnet. Nach Schwenders Tod führte sein Erbe und Nachfolger das Theater nicht in eigener Regie, sondern verpachtete es an verschiedene Direktoren. Das Repertoire des "Rudolfsheimer Theaters" umfaßte klassische Werke, Possen, Operetten. Aufgeführt wurden Schiller, Hebbel, Körner, ja sogar Shakespeare, vor allem aber Nestroy und Raimund. 1897 wurde die Bühne wegen finanzieller Schwierigkeiten geschlossen. An den "Kulturmanager" Karl Schwender erinnert die nach ihm benannte Gasse im 15. Bezirk. Auch für den alten Rudolfsheimer Markt hat sich die Bezeichnung "Schwendermarkt" erhalten.

\- - -

## Neuer Leiter der städtischen Friedhofsverwaltung

### Abschied von Senatsrat Ing. Adametz

30. November (RK) Heute nachmittag fand im Gebäude der städtischen Friedhofsverwaltung (Magistratsabteilung 43) die Amtseinführung des neuen Leiters dieser Abteilung, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. August Zak und die Verabschiedung des bisherigen Leiters, Senatsrat Ing. Eduard Adametz, statt. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller nahmen die Amtseinführung vor, bei der auch Obersenatsrat Dr. Max Steiner in Vertretung des Magistratsdirektors und die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses anwesend waren.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller entschuldigte die Abwesenheit von Senatsrat Adametz, der an der kleinen Feier leider nicht teilnehmen konnte. Der bisherige Leiter auf diesem verantwortungsvollen Posten, so führte der Stadtbaudirektor aus, war fast vier Jahrzehnte lang im Dienst der Wiener Stadtverwaltung. Von 1927 bis 1928 war er bei der städtischen Brückenbauabteilung tätig, aber bereits 1928 kam er zur Magistratsabteilung 43, zu deren Leiter er im Jahr 1950 bestellt wurde. Der Stadtbaudirektor bezeichnete Senatsrat Adametz als überragenden Fachmann auf seinem Gebiet, dem es in fast 38jähriger Tätigkeit gelungen ist, sein schweres Amt zur vollsten Zufriedenheit aller zu führen.

Besonders nach dem zweiten Weltkrieg galt es auch in der Friedhofsverwaltung, die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Die zum Teil schwer beschädigten Friedhöfe unserer Stadt mußten wieder aufgebaut werden. Bald jedoch trat das Problem in den Vordergrund, ein neues Programm für das gesamte Bestattungswesen zu entwerfen. An dieser Reform des Bestattungswesens arbeitete Senatsrat Adametz mit größtem Erfolg. Nicht zuletzt in Anbetracht dieser großen Leistung sprach der Wiener Gemeinderat Senatsrat Ing. Adametz anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand Dank und besondere Anerkennung aus.

./.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel würdigte gleichfalls die hervorragende Tätigkeit des scheidenden Abteilungsleiters und dankte Senatsrat Ing. Adametz nicht nur für seine hervorragenden Verdienste bei der Reformierung des Wiener Friedhofswesens, sondern auch für die zahllosen fachmännischen Ratschläge bei der Lösung des Problems der Feuerbestattung. Senatsrat Ing. Adametz zählt zu jenen Bediensteten der Stadt Wien, die in schwierigsten Zeiten ihre Existenz aufbauen mußten. Die Härten des Lebens haben den Weg dieser Menschen anders gestaltet als jenen der nachfolgenden Generation, und es ist nur zu hoffen, daß die Jüngeren auch verstehen, wieviel Großes diese Menschen geleistet haben.

Dem neuen Leiter der Magistratsabteilung 43, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. August Zak, gaben der Vizebürgermeister und der Stadtbaudirektor die besten Wünsche auf seinen weiteren Weg mit. Für ihn stellt sich nun die Aufgabe, die großen Pläne in die Tat umzusetzen. Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Zak trat 1938 in den Dienst der Stadt Wien ein, wo er bis 1950 bei der Magistratsabteilung 28 (Straßenbau) und anschließend bis 1957 bei den Wasserwerken tätig war. Seit nunmehr fast zehn Jahren arbeitet er in der Magistratsabteilung 43, zuletzt war er der Stellvertreter von Senatsrat Ing. Adametz.

\- - -

## Magistratsabteilung mit dem längsten Namen bekam neuen Chef

### Senatsrat Dipl.-Ing. Bauer in Pension - Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Swaty neuer Leiter

30. November (RK) Außer ihrer ständig steigenden Bedeutung kann die Magistratsabteilung 32 auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Abteilung mit dem längsten Namen ist. Ihr Titel lautet: Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe. Diese Magistratsabteilung nun bekam heute einen neuen Chef. Der bisherige Leiter, Senatsrat Dipl.-Ing. Wilhelm Bauer, tritt in den Ruhestand, ausgestattet mit dem Dank und der besonderen Anerkennung durch den Wiener Stadtsenat. Die Verdienste des scheidenden Leiters wurden auch durch das Große Ehrenzeichen der Republik Österreich gewürdigt. Senatsrat Bauer stand 40 Jahre im Dienst der Stadt Wien, die meiste Zeit davon in jener Abteilung, die er seit 15 Jahren leitet. In seine Amtsführung fällt die Zeit der großen Entwicklung des Heizwesens in Wien, die vor allem in den letzten Jahren weit fortgeschritten ist.

Der neue Chef, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Franz Swaty, steht im 53. Lebensjahr und ist seit 20 Jahren im Gemeindedienst. Auch er wurde für seine Tätigkeit bereits ausgezeichnet, und zwar mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Oberstadtbaurat Swaty hat an der Entwicklung des Heizwesens in Wien maßgeblichen Anteil.

Zur heutigen Verabschiedung und Amtseinführung hatten sich Stadtrat Heller, Baudirektor Dipl.-Ing. Koller, Obersenatsrat Dr. Steiner in Vertretung des Magistratsdirektors und die Mitarbeiter der Magistratsabteilung 32 versammelt. Der Baudirektor überreichte dem neuen Leiter das Dekret des Bürgermeisters. Stadtrat Heller dankte Senatsrat Bauer für seine Dienstleistung. Die Entwicklung in den letzten Jahren wird am besten dadurch deutlich, daß die Heizbetriebe, die früher über ein Budget von einigen Millionen verfügten, nunmehr einen Ausgabenrahmen von 150 Millionen Schilling jährlich haben. Der neue Leiter hat große Aufgaben vor sich, stehen wir doch in Wien vor dem Bau eines Fernheiznetzes. Es wird auch notwendig sein, die Investitionskosten für Zentralheizungsanlagen und die Betriebskosten möglichst niedrig zu halten.

\- - -

## Hausmusik-Nachmittag bei Bürgermeister Marek

30. November (RK) Ein 45-Minuten-Programm erlesener Hausmusik bot heute Bürgermeister Bruno Marek prominenten Vertretern aus Industrie und Wirtschaft, die diesmal zum traditionellen Hausmusik-Nachmittag im Wiener Rathaus geladen waren. Seit 1950 werden alljährlich im November - auf den 19. dieses Monats fällt der Todestag von Franz Schubert - solche Hausmusik-Nachmittage beim Wiener Bürgermeister in den Repräsentationsräumen des Rathauses abgehalten. Das große Vorbild dieser Veranstaltungen sind die "Schubertiaden" des Wiener Liederfürsten, die die Tradition des Musizierens im häuslichen Kreis pflegten.

Bürgermeister Marek, mit dem auch seine Gattin, Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel, die Stadträte Gertrude Sandner und Rudolf Sigmund sowie mehrere Mitglieder des Gemeinderates erschienen waren, hieß seine Gäste herzlich willkommen, unter ihnen den Präsidenten der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Dr. Mayer-Gunthof, den Generaldirektor der Städtischen Versicherung, Otto Binder, und Zentralsparkassen-Generaldirektor Dr. Josef Neubauer.

Das vom Direktor des Konservatoriums der Stadt Wien, Professor Erwin Weiss, zusammengestellte Programm wurde von den Professoren des Konservatoriums Kammersängerin Hilde Zadek (Sopran), Kapellmeister Professor Karl Hudez (Klavier), die beide auch Mitglieder der Wiener Staatsoper sind, und Dominique Weber (Bariton) sowie von Schülern der letzten Ausbildungsklassen des Konservatoriums bestritten. Kammersängerin Hilde Zadek sang, begleitet von Karl Hudez, Lieder von Johannes Brahms und Richard Strauss, Dominique Weber brachte Lieder von Franz Schubert und Hugo Wolf zu Gehör. Die Konservatoriumsschüler spielten das Scherzo in c-moll für Violine und Klavier von Johannes Brahms, das B-Dur-Trio für Klarinette, Violoncello und Klavier, op.11, von Ludwig van Beethoven und "La Folia", ein Thema mit Variationen für Violoncello und Klavier von Marin Marais.

\- - -

## Gegen die Produkte des schlechten Geschmacks!

### Stadtrat Gertrude Sandner eröffnete "Das gute Bild für jeden"

30. November (RK) Kulturstadtrat Gertrude Sandner eröffnete heute abend in der Secession die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die heuer bereits zum 17.mal vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft in der Vorweihnachtszeit veranstaltet wird. Auch heuer soll mit dieser Ausstellung der Beweis erbracht werden, daß es möglich ist, um verhältnismäßig wenig Geld wertvolle Kunstwerke zu erwerben.

In ihrer Eröffnungsansprache stellte Stadtrat Gertrude Sandner fest:

"Die Ausstellung 'Das gute Bild für jeden' ist in erster Linie für jene breite Schichte von Käufern gedacht, die nicht finanzkräftig ist, dennoch aber Zugang zu guten Werken der bildenden Kunst haben und finden soll. Es gibt allzuviele Wiener Wohnungen, in denen niemals ein gutes Bild Eingang gefunden hat und wo man sich mit jenem Surrogat begnügt, das man schlicht und einfach als Kitsch bezeichnet. Mit allen Mitteln gegen diese Produkte des schlechten Geschmacks aufzutreten, war immer einer der Programmpunkte des Kulturamtes der Stadt Wien.

Während in den ersten Ausstellungen dieser Art alle Wiener Künstler mitmachten, auch jene, die seither große Namen bekommen haben, sind inzwischen die zuletzt Genannten zum Teil ausgeblieben. Ich glaube aber, daß jemand, der nicht nur Namen, sondern vor allem die Kunst sucht, auch in der heuer stattfindenden Ausstellung viel Schönes und Wertvolles findet - vor allem wohl in dieser vorweihnachtlicher Zeit, da man unterwegs nach Geschenken ist.

Ich hoffe, daß die diesjährige Ausstellung 'Das gute Bild für jeden' Anklang beim Publikum findet. Ich danke der Künstlerschaft, die sich in reichem Maß an dieser Ausstellung beteiligt hat, und der Jury, die die Mühe der Sichtung auf sich nahm. Mit allen guten Wünschen erkläre ich die Ausstellung für eröffnet."

Für die diesjährige Ausstellung wurden dem Kulturamt von 295 Künstlern insgesamt 1.399 Arbeiten zur Verfügung gestellt, aus

./.

denen eine Jury 808 Werke ausgewählt hat. Davon werden vorerst 357 ausgestellt, die restlichen 451 bleiben "in Reserve". Neben Ölbildern und Bronzeplastiken (Preise bis zu 3.000 S), Aquarellen (bis zu 800 S), Zeichnungen (bis zu 600 S), Druckgraphiken (bis zu 350 S), Kleinplastiken (bis zu 700 S) und Keramiken (bis zu 500 S) werden heuer zum erstenmal auch kleine Tapisserien (Gobelins, Stickereien usw.) angeboten, deren obere Preisgrenze 5.000 Schilling beträgt. In den vorangegangenen 16 Ausstellungen wurden insgesamt 6.540 Arbeiten im Wert von 2,392.620 Schilling verkauft.

Die diesjährige Ausstellung, für die die Gemeinde Wien wie bisher sämtliche Veranstaltungskosten trägt, ist bis 23. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr und am 24. Dezember von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen.

\- - -




13844
GROSSBUCHBINDEREI
GUIDO PEER
WIEN, XX. OSPELGASSE 18